

Stenographisches Protokoll

368. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Donnerstag, 10. November 1977

Tagesordnung

1. Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird
2. Änderung des Rechnungshofgesetzes 1948
3. Änderung des Bundesgesetzes über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial
4. Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens
5. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten
6. 2. Abgabenänderungsgesetz 1977
7. Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967
8. Änderung des Fernmeldeinvestitionsgesetzes (FMIG-Novelle 1977)
9. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977
10. Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation und Anwendung einer Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation auf die Beziehungen mit Finnland
11. Ausschußergänzungswahlen

Inhalt

Bundesrat

Angelobung der Bundesräte Anton Berger, Josef Medl, Reinhold Polster (Burgenland) und Waltraud Klasnic (Steiermark) (S. 12275 und S. 12388)

Personalien

Entschuldigungen (S. 12274)

Bundesregierung

Zuschrift des Bundeskanzleramtes betreffend Gesetzesbeschluß des Nationalrates (S. 12275)

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates (S. 12275)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 12275)

Ausschußergänzungswahlen (S. 12388) – Verzeichnis der neu- bzw. wiederbesetzten Ausschußmandate (S. 12389)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977: Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (1719 und 1721 d. B.)
- (2) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977: Änderung des Rechnungshofgesetzes 1948 (1722 d. B.)
Berichteratter: Czerwenka (S. 12276)
Redner: Bürkle (S. 12276) und Dr. Bösch (S. 12278)
kein Einspruch (S. 12279)
- (3) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977: Änderung des Bundesgesetzes über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (1723 d. B.)
Berichteratterin: Rosa Heinz (S. 12279)
Redner: Dr. Heger (S. 12280 und S. 12284) und Schamberger (S. 12281)
kein Einspruch (S. 12284)
- (4) Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977: Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens (1726 d. B.)
Berichteratterin: Hermine Kubanek (S. 12285)
kein Einspruch (S. 12285)
- (5) Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977: Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (1727 d. B.)
Berichteratter: Matzenauer (S. 12285)
kein Einspruch (S. 12286)

Gemeinsame Beratung über

- (6) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977: 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 (1728 d. B.)
- (7) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977: Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (1729 d. B.)
- (8) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977: Änderung des Fernmeldeinvestitionsgesetzes (FMIG-Novelle 1977) (1730 d. B.)
- (9) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977: Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 (1720 und 1724 d. B.)

12274

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Berichterstatterin: Rosa Gföllner (S. 12286)

Redner: Ing. Dittrich (S. 12288), Dr. Schambeck (S. 12291 und S. 12384), Steinle (S. 12293 und S. 12368), Heinzinger (S. 12296), Dr. Fuchs (S. 12302), Leopoldine Pohl (S. 12305), Göschelbauer (S. 12309), Pumpernig (S. 12312), Dr. Bösch (S. 12316), Staatssekretärin Elfriede Karl (S. 12320), Fürst (S. 12322 und S. 12361), Dkfm. Dr. Pisek (S. 12326), Schmölz (S. 12330), Pischl (S. 12334), Dkfm. Löffler (S. 12336), Schickelgruber (S. 12343), Ing. Eder (S. 12349), Koppensteiner (S. 12352), Schipani (S. 12355 und S. 12385), Hötzen dorfer (S. 12361), Tirnthaler (S. 12362), DDr. Pitschmann (S. 12364), Hesoun (S. 12369), Dr. Lichal (S. 12376), Ottilie Liebl (S. 12383) und Windsteig (S. 12386)

Einspruch gegen die vier Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates (S. 12387)

Entschließungsantrag der Bundesräte Dr. Schambeck und Genossen betreffend

Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze anstatt ständiger Belastungen der Bevölkerung (S. 12291) - Annahme (S. 12387)

- (10) Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977: Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation und Anwendung einer Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation auf die Beziehungen mit Finnland (1725 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Schwaiger (S. 12387)

kein Einspruch (S. 12388)

Eingebracht wurde

Anfrage

der Bundesräte Fürst und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend den Ausgang von Strafgefangenen (352/J-BR/77)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender Dr. Skotton: Hoher Bundesrat! Ich eröffne die 368. Sitzung des Bundesrates.

Das Amtliche Protokoll der 367. Sitzung des Bundesrates vom 11. Oktober 1977 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Czettel und Wally.

Ich begrüße den im Hause erschienenen Herrn Staatssekretär Dr. Nussbaumer. (Allgemeiner Beifall.)

Ich gebe auch gleichzeitig meiner Freude darüber Ausdruck, daß der Rechnungshof an den Verhandlungen des Bundesrates so regen Anteil nimmt und daß der Herr Präsident des Rechnungshofes der Debatte über das Rechnungshofgesetz ebenfalls beiwohnen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Einlauf

Vorsitzender: Eingelangt sind Schreiben der Präsidenten des Steiermärkischen und des Burgenländischen Landtages betreffend einen Mandatsverzicht und die Neuwahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Bundesrates.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung dieser Schreiben.

Schriftführerin Ottilie Liebl:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gestatten Sie mir mitzuteilen, daß Frau Bundesrat Edda Egger ihr Mandat mit 24. Oktober 1977 und Frau Dr. Gertie Pakesch-Kaan ebenfalls ihr Mandat als Ersatzmitglied mit sofortiger Wirkung zurückgelegt haben.

Die erforderliche Neuwahl wird voraussichtlich in der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 25. Oktober 1977 erfolgen.

Das Ergebnis dieser Wahl werde ich Ihnen sodann umgehend bekanntgeben.

Der Präsident des Steiermärkischen Landtages
Dr. Hanns Koren"

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Zu meinem Schreiben vom 19. Oktober 1977, Präs.Nr. B 1/15-1977, erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß in der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 25. Oktober 1977 anstelle der zurückgetretenen Frau Bundesrat Edda Egger Frau Waltraud Klasnic, wohnhaft in 8044 Graz, Niederschöckel 83, als Mitglied und Frau Dr. Gertie Pakesch-Kaan, 8010 Graz, Merangasse 5, neuerlich als Ersatzmitglied in den Bundesrat gewählt wurden.

Der Präsident des Steiermärkischen Landtages
Dr. Hanns Koren"

„An die Parlamentsdirektion

Der Burgenländische Landtag hat in seiner 1. Sitzung der XIII. Wahlperiode am 27. Oktober

Schriftführerin

1977 gemäß Art. 35 B-VG als Vertreter des Burgenlandes im Bundesrat gewählt:

Mitglied: Medl Josef, geboren am 15. Mai 1917 in Poppendorf, Volksschuldirektor, wohnhaft in 8380 Jennersdorf, Bahnhofring 44, SPÖ

Ersatzmann: Krutzler Hans, 3. Präsident des Burgenländischen Landtages, geboren am 28. Dezember 1913 in Riedlingsdorf, Hauptschuldirektor, wohnhaft in 7503 Großpetersdorf, Beethovenstraße 6, SPÖ

Mitglied: Polster Reinhold, Ökonomierat, geboren am 7. Juni 1922 in Oberschützen, Landwirt, wohnhaft in 7432 Oberschützen 59, ÖVP

Ersatzmann: Katsich Dr. Thomas, Mitglied des Burgenländischen Landtages, geboren am 29. Dezember 1919 in Nebersdorf, Direktor der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, Landesstelle Burgenland, wohnhaft in 7000 Eisenstadt, Dr. Lorenz Karall-Straße 6, ÖVP

Mitglied: Berger Anton, geboren am 17. Mai 1928 in Baumgarten, Kaufmann, wohnhaft in 7301 Deutschkreutz, Arbeitergasse 73, SPÖ

Ersatzmann: Moser Rudolf, Mitglied des Burgenländischen Landtages, geboren am 6. Feber 1931 in Pöttching, Direktor der Burgenländischen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte, wohnhaft in 7033 Pöttching, Gartengasse 2 a.

Herr Bundesrat Josef Medl hat als erster Vertreter des Landes zu gelten.

Der Landtagspräsident:
Matthias Pinter"

Angelobung

Vorsitzender: Die Gewählten - mit Ausnahme von Bundesrat Medl - sind im Hause anwesend. Sollte er später eintreffen oder plötzlich erkrankt sein, müßte die Angelobung nachgeholt werden. Ich werde daher die Angelobung der anwesenden Bundesräte sogleich vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Frau Schriftführer werden die Bundesräte über Namensaufruf die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführerin Otilie Liebl verliest die Gelöbnisformel. - Die Bundesräte Waltraud Klasnic, Anton Berger und Reinhold Polster leisten die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“.

Vorsitzender: Ich begrüße die eben angelobten Bundesräte herzlich im Haus. *(Allgemeiner Beifall.)*

Einlauf und Behandlung der Tagesordnung

Vorsitzender: Das Bundeskanzleramt hat unter Hinweis auf Art. 42 Abs. 5 des Verfassungsgesetzes einen Gesetzesbeschluß des Nationalrates übermittelt.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung dieses Schreibens.

Schriftführerin Otilie Liebl:

„An den Vorsitzenden des Bundesrates

Der Präsident des Nationalrates hat dem Bundeskanzler mit Schreiben GZ 618 den oben angeführten Gesetzesbeschluß vom 4. November 1977, Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1977 genehmigt werden (Budgetüberschreitungs-gesetz 1977), übermittelt.

Das Bundeskanzleramt beehrt sich, diesen Gesetzesbeschluß bekanntzugeben und mitzuteilen, daß es beabsichtigt, entsprechend dem letzten Satz des Artikels 42 Abs. 5 B-VG vorzugehen.

Für den Bundeskanzler:
Weiss"

Vorsitzender: Dient zur Kenntnis.

Eingelangt sind ferner jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

Ich habe diese Vorlagen den in Betracht kommenden Ausschüssen zur Vorberatung zugewiesen. Die Ausschüsse haben die Beschlüsse des Nationalrates einer Vorberatung unterzogen. Die diesbezüglichen schriftlichen Ausschlußberichte liegen vor.

Ich habe daher die eingelangten Beschlüsse des Nationalrates auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Erhebt sich gegen die Tagesordnung ein Einwand? - Es ist dies nicht der Fall.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, die Debatte über die Punkte 1 und 2 sowie 6 bis 9 der Tagesordnung jeweils unter einem abzuführen.

Die Punkte 1 und 2 sind: Novellen zum Bundes-Verfassungsgesetz und zum Rechnungshofgesetz 1948.

Die Punkte 6 bis 9 sind: ein Abgabenänderungsgesetz 1977, eine Novelle zum Familien-

12276

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Vorsitzender

lastenausgleichsgesetz 1967, eine Fernmeldeinvestitionsgesetz-Novelle 1977 und ein Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, werden zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben. Sodann wird die Debatte über die zusammengezogenen Punkte jeweils unter einem abgeführt. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? - Es ist dies nicht der Fall.

Der Vorschlag ist somit angenommen.

1. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (1719 und 1721 der Beilagen)

2. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rechnungshofgesetz 1948 geändert wird (1722 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die eingangs beschlossen wurde, die Debatte unter einem abzuführen.

Es sind dies:

Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes 1929 und

Änderung des Rechnungshofgesetzes 1948.

Berichterstatter über beide Punkte ist Herr Bundesrat Czerwenka.

Ich bitte um die Berichterstattung.

Berichterstatter Czerwenka: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird.

Im Sinne des Forderungsprogrammes 1976 der Bundesländer soll mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates die bundesverfassungsgesetzliche Beschränkung der Zahl der Mitglieder der Landtage sowie des Gemeinderates der Stadt Wien aufgehoben werden. Als zweiten Schwerpunkt sieht die vorliegende Verfassungsnovelle vor, daß hinsichtlich der Prüfungskompetenzen des Rechnungshofes sachlich nicht gerechtfertigte Verschiedenheiten zwischen Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, und solchen, an denen Länder

oder Gemeinden beteiligt sind, beseitigt werden sollen.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Zum zweiten Bericht:

Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rechnungshofgesetz 1948 geändert wird.

Durch den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend eine Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes (1721 der Beilagen) soll unter anderem die Prüfungskompetenz des Rechnungshofes bei Unternehmungen, an denen Gebietskörperschaften beteiligt sind, einheitlich gestaltet werden. Diese vorgesehenen Änderungen von Bestimmungen des V. Hauptstückes des Bundes-Verfassungsgesetzes machen auch eine Anpassung des Rechnungshofgesetzes 1948 erforderlich. Diesem Umstand trägt der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates Rechnung.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rechnungshofgesetz 1948 geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein, die über die zusammengezogenen Punkte unter einem abgeführt wird.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Bürkle. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat **Bürkle** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Unsere Bun-

Bürkle

desverfassung wird wieder einmal geändert. Seit dem Jahr 1945 sind die gesetzgebenden Körperschaften - wir müssen uns auch an die eigene Brust klopfen - mit dem Grundgesetz des Staates nicht sehr fürsorglich umgegangen.

Groß ist die Zahl der Verfassungsänderungen größeren oder kleineren Ausmaßes. Heute muß ich allerdings sagen, daß ich mich freue über diese Verfassungsänderung, der wir unsere Zustimmung geben werden. Meine Freude ist zwar ein ganz klein bißchen getrübt, denn eine Verfassungsänderung wird in einem kleinen Stück gemacht, obwohl Gelegenheit gewesen wäre, einen großen Teil der Verfassung entsprechend den Wünschen der Länder zu ändern. Aber trotzdem: auch ein kleiner Schritt ist gut.

Ich freue mich auch ganz besonders deswegen, weil der Nationalrat eine Verfassungsänderung im Interesse der Länder vornimmt, die nicht durch Antrag der Bundesregierung in die gesetzgebenden Körperschaften gekommen ist, sondern vom Nationalrat selbst initiiert wurde.

Diese Vorgangsweise bestärkt meine Hoffnung, daß der Nationalrat auch die Initiative, die der Bundesrat im Sommer dieses Jahres ergriffen hat, bald in Behandlung ziehen und wohlwollend, wie er dies bei seiner eigenen Initiative getan hat, behandeln wird.

Es braucht nämlich wirklich nur guten Willen und etwas Gesprächsbereitschaft, dann wird auch das Forderungsprogramm der Bundesländer in Bälde den Verfassungsausschuß des Nationalrates und das Plenum passiert haben. Ich glaube, Sie sind mit mir einig, wenn ich sage, daß wir doch nicht wollen und auch nicht glauben können, daß der Nationalrat seine eigene Initiative höher werten und besser behandeln wird, als eine Initiative der zweiten gesetzgebenden Körperschaft dieses Landes.

Geändert wird durch das vorliegende Bundesverfassungsgesetz die Bestimmung, wonach die Länder hinsichtlich der Zahl der Landtagsabgeordneten an Grenzen, und zwar an Einwohnerzahlgrenzen, gebunden sind. Eine solche Bestimmung ist eines Bundesstaates unwürdig. Es sollte - und nun wird es endlich so - den Bundesländern überlassen bleiben, wie groß sie ihre eigenen gesetzgebenden Körperschaften haben wollen. Eine Bevormundung durch den Oberstaat ist nicht gerechtfertigt. Daß Wien, für das in der Verfassung die Zahl der Gemeinderäte beziehungsweise Landtagsabgeordneten mit 100 begrenzt ist - derzeit noch -, bis jetzt eine Sonderstellung hatte, ist eigenartig. Daß diese Sonderstellung jetzt beseitigt und Wien so behandelt wird wie alle übrigen Bundesländer, ist erfreulich für Wien und auch für die anderen.

Die bisherige Regelung war im Bundesstaat

systemwidrig. Es ist - das muß noch einmal gesagt werden - doch nicht Sache des Bundes, die Größe der gesetzgebenden Körperschaften der Gliedstaaten zu bestimmen. Eine Änderung betrifft auch noch die Stellung des Landeshauptmannes von Wien, der hinsichtlich der Besoldung bisher eine Sonderstellung eingenommen hat, weil er nicht vom Bund besoldet wurde. Diese Sonderstellung wird beseitigt und der Landeshauptmann von Wien beziehungsweise auch seine Stellvertreter den anderen Landeshauptmännern und Landeshauptmann-Stellvertretern gleichgestellt.

Eine Änderung, die sich aus der Entwicklung des Universitätswesens in Österreich ergibt, ist ebenfalls noch in der Novelle enthalten. Bisher konnten nur Professoren an den rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes werden. Durch die jetzt vorgesehene Änderung können auch Professoren eines rechtswissenschaftlichen Faches an einer Universität in den Verfassungsgerichtshof als Verfassungsrichter bestellt werden.

Ich darf dazu noch bemerken, daß diese Änderung auch vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesrates, Dr. Schambeck, in seiner Rede zur Volksanwaltschaft hier im Hause verlangt wurde. Zu den Verfassungsbestimmungen, die den Rechnungshof betreffen und das Rechnungshofgesetz selbst, will ich meiner Freude Ausdruck geben, daß der Wirkungsbereich des Rechnungshofes beachtlich erweitert worden ist.

Ich will aber auch anmerken, daß nach meiner Meinung übersehen wurde, dem Rechnungshof ein Überprüfungsrecht auch für Gemeindeverbände einzuräumen. Es gibt heute Gemeindeverbände, zum Beispiel große Wasser- und Abwasserverbände, die gewaltige Summen aus öffentlichen Mitteln verbauen, die aber auch nach der neuen Regelung vom Rechnungshof nicht geprüft werden können, weil sich im Rahmen eines solchen Verbandes unter Umständen keine Gemeinde befindet, die mehr als 20 000 Einwohner hat.

Besonders freue ich mich, daß die Kollegen aus der SPÖ-Fraktion des Bundesrates dieser heutigen Verfassungsänderung, die wir zu beraten haben, zustimmen. Ich bin sicher, die Kollegen der SPÖ-Fraktion werden dafür eintreten, daß der Nationalrat die Initiative des Bundesrates so, wie er die Initiative der eigenen Kollegen behandelt hat, behandeln wird.

Auf jeden Fall ist durch die jetzige Vorgangsweise, Initiativantrag des Nationalrates, Behandlung im Nationalrat und Zustimmung im Bundesrat, erwiesen, daß auch Fragen der

12278

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Bürkle

Verfassungsänderung nicht unbedingt via Regierung in den Nationalrat kommen müssen, sondern von der gesetzgebenden Körperschaft selbst initiiert werden können. Schließlich ist es nicht Sache der Regierung, Gesetze zu machen, sondern Sache der gesetzgebenden Körperschaft. Die Regierung kann und wird selbstverständlich in den Beratungen des Verfassungsausschusses des Nationalrates ihren Standpunkt vertreten, entscheiden werden aber die gesetzgebenden Körperschaften, nicht die Regierung.

Und weil das, was heute hier geschieht, gut ist und ein ganz kleiner Teil des Forderungsprogrammes der Länder - der heutige Antrag ist auch im Initiativantrag des Bundesrates enthalten - erfüllt wird, stimmen wir diesem Gesetz mit großer Freude zu, allerdings in der Erwartung - das muß noch einmal gesagt werden -, daß der Nationalrat die Initiative des Bundesrates mit gleicher Anteilnahme und Schnelligkeit behandelt wie seine eigene Initiative. *(Beifall bei der ÖVP und bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Bösch. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. **Bösch** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Die vorliegenden Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates stellen eine teilweise Novellierung des IV. und V. Hauptstückes der österreichischen Bundesverfassung, verbunden mit einer Anpassung des Rechnungshofgesetzes, dar. Im IV. Hauptstück der Bundesverfassung sind Gesetzgebung und Vollziehung der Länder geregelt, wobei im Artikel 95 Abs. 4 eine Obergrenze für die Zahl der Landtagsabgeordneten und im Artikel 108 Abs. 2 eine Obergrenze für die Zahl der Mitglieder des Wiener Gemeinderates festgesetzt ist.

Der Initiativantrag der Abgeordneten Professor Koren und Genossen sieht eine ersatzlose Streichung der angeführten Bestimmungen sowie der damit im Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Verfassungsübergangsgesetzes 1929 vor, sodaß nunmehr die Länder in der Festsetzung der Zahl der Abgeordneten in ihren jeweiligen Landtagen an kein Bundesverfassungsrecht mehr gebunden sind.

In den Beratungen des Verfassungsausschusses des Nationalrates herrschte Einhelligkeit darüber, daß diese bundesverfassungsgesetzliche Einschränkung des Landesverfassungsgesetzgebers im Hinblick auf den föderalistischen Aufbau unseres Staates nicht mehr gerechtfertigt ist.

Es verdient festgehalten zu werden - und mein Vorredner hat es ja bereits ausführlich

getan -, daß die Länder den genannten Bestimmungen immerhin eine solche Bedeutung beimessen, daß eine entsprechende Novellierung dieser Bestimmung Teil des Bundesländer-Forderungsprogrammes ist.

Mit dem vorliegenden Beschluß des Nationalrates, über den wir heute debattieren, steht, wie bereits erwähnt, noch ein Antrag der Abgeordneten Dr. Heinz Fischer, Friedrich Peter und Genossen zur Diskussion, der eine Änderung der Prüfungskompetenzen des Rechnungshofes zum Gegenstand hat, auf die ich doch etwas näher eingehen möchte.

Durch die Novellierung des Rechnungshofgesetzes, zusammen mit der Bundesverfassung, soll die Zuständigkeit des Rechnungshofes der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre angepaßt und gleichzeitig sachlich nicht gerechtfertigte Differenzierungen bei der Überprüfung von Betrieben, an denen der Bund beteiligt ist, und von Betrieben, an denen die Länder und Gemeinden beteiligt sind, beseitigt werden.

Bei Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, und zwar unabhängig von der Größe des Bundesanteiles an der zu prüfenden Unternehmung, ist der Rechnungshof nach der geltenden Verfassungs- und Gesetzeslage immer prüfungsberechtigt.

Grundsätzlich umgekehrt ist es bei der Prüfung von Unternehmungen, an denen Länder oder Gemeinden oder Länder und Gemeinden beteiligt sind. Bei den Letztgenannten wird schon durch einen geringen privaten Mitbesitz an den Unternehmen die Prüfungskompetenz des Rechnungshofes ausgeschlossen. Diese Differenzierung entbehrt einer sachlichen Grundlage und Rechtfertigung und hindert den Rechnungshof in erheblicher Weise an der Wahrnehmung der ihm von der Verfassung übertragenen Aufgaben, soll er doch grundsätzlich das gesamte wirtschaftliche Handeln des Staates und nicht nur des Bundes überprüfen und kontrollieren.

Es erheben sich aber sicherlich einzelne Fragen: Welche Beteiligungsverhältnisse an einem Betrieb begründen die sogenannte Quasi-Öffentlichkeit wirtschaftlichen Handelns, wann handelt es sich um wirtschaftliches Handeln des Staates? Muß die öffentliche Hand Alleineigentümer eines Betriebes sein oder reicht bereits der Besitz einer Aktie oder eines sonstigen geringen Beteiligungsverhältnisses aus, um die Prüfungskompetenz des Rechnungshofes zu begründen.

Im vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates wird auf das Kriterium des beherrschenden Einflusses zurückgegriffen, und zwar einheitlich für alle Gebietskörperschaften, und das

Dr. Bösch

ist das grundsätzlich Neue an der Regelung, gleichgültig ob Bund, Land oder Gemeinde diese öffentliche Hand darstellt.

In Anbetracht der Tatsache, daß es immer mehr 50-Prozent-Beteiligungen der öffentlichen Hand an Unternehmungen gibt, die einerseits eine Majorisierung durch andere Miteigentümer verhindern, andererseits aber einen beherrschenden Einfluß auf das betreffende Unternehmen sichern, soll bei Vorliegen einer Mindestbeteiligung der öffentlichen Hand von 50 Prozent an einem Unternehmen die Prüfungskompetenz des Rechnungshofes gegeben sein.

Darüber hinaus bestehen natürlich weitere Kompetenzen des Rechnungshofes zur Überprüfung von Unternehmungen, die eine Gebietskörperschaft allein oder mit anderen Gebietskörperschaften betreibt, und zwar unabhängig von der gewählten Rechtsform.

Im heute zur Debatte stehenden Gesetzesbeschluß ist weiter Vorsorge dafür getroffen, daß auch jene Unternehmen der öffentlichen Hand, die in einer Dachgesellschaft oder Holding zusammengefaßt sind, vom Rechnungshof geprüft werden können, und zwar unabhängig von der Prüfung der Dachgesellschaft. Bis jetzt war es ja so, daß ein solches Unternehmen nur im Zusammenhang mit dieser Prüfung der Dachgesellschaft kontrolliert werden konnte. Durch die genannte Neuregelung ist die Zuständigkeit in entscheidenden Punkten den wirtschaftlichen Gegebenheiten der heutigen Zeit angepaßt worden, damit ist gleichzeitig der Rechnungshof in die Lage versetzt worden, den ihm von der Verfassung übertragenen Aufgaben – die Kontrolle der gesamten Staatstätigkeit – in effizienter Weise nachzukommen.

Meine Damen und Herren! Der österreichische Rechnungshof hat eine lange Tradition und ist – und das ist hier besonders positiv zu bemerken – auch im Bewußtsein der Bevölkerung fest verankert. Er ist ein effizientes Element der österreichischen Verfassungsordnung und steht als solches natürlich im besonderen Maße im Spannungsfeld zwischen geschriebener Verfassung und gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Zudem – und das kommt noch hinzu – ist er nicht eindeutig in die drei Typen von Staatsorganen – Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung – einzuordnen, was dann besonders sichtbar und bemerkbar wird, wenn der Rechnungshof beispielsweise eine andere Rechtsansicht als eine der klassischen Staatsfunktionen, beispielsweise die Regierung, vertritt.

Diese Situation ist ja in jüngster Zeit bereits eingetreten, ohne daß hiebei auf eine entsprechende Regelung in der Verfassung zurückgegriffen werden konnte. Die Verfassung läßt

nämlich die Frage offen, wer darüber zu befinden hat, welche der divergierenden Rechtsmeinungen, die Meinung der Bundesregierung oder die Meinung des Rechnungshofes, gesetzmäßig sind.

Eine entsprechende, sicherlich nicht einfach zu findende verfassungsrechtliche Regelung wäre gerade im Hinblick auf die große Bedeutung des österreichischen Rechnungshofes in der österreichischen Rechtsordnung zu begrüßen.

Dieses Anliegen soll jedoch in keiner Weise die Tragweite und die Wichtigkeit der heute zur Debatte stehenden Gesetzesbeschlüsse schmälern. Sie sind ein entscheidender Schritt zu einer Verbesserung, zu einer weiteren Verbesserung der eminent wichtigen Kontrollfunktion, die der Rechnungshof zu erfüllen und tatsächlich auch erfüllt hat.

Meine Fraktion gibt daher den vorliegenden Gesetzesbeschlüssen gerne ihre Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Wünscht noch jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Die Abstimmung über die vorliegenden Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates erfolgt getrennt.

Bei der getrennt durchgeführten Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen die beiden Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

3. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (1723 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Rosa Heinz. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Rosa Heinz: Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht grundsätzlich vor, daß die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial einer Bewilligung gemäß den vorgesehenen gesetzlichen Vorschriften bedarf und die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates durch Verordnung bestimmt, was

12280

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Rosa Heinz

als Kriegsmaterial im Sinne des Gesetzes anzusehen ist. Die Neuregelung knüpft an die bisher bewährte Verwaltungspraxis an, übernimmt aber auch Anregungen von vergleichbaren Rechtsvorschriften anderer Staaten, insbesondere der Schweiz und Schwedens, soweit diese in die österreichische Rechtsordnung übertragen werden können und nicht bereits Gegenstand anderer gesetzlicher Bestimmungen sind.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Ich danke der Frau Berichterstatter für ihren Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Heger. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. **Heger** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer gestern, wie ich, Gelegenheit hatte, im Fernsehen diesen Dokumentarfilm aus dem Ersten Weltkrieg über die Schlacht an der Marne zu sehen, wer dieses entsetzliche Elend, das über Deutsche und Franzosen damals hereingebrochen ist, seelisch miterlebt hat, der macht sich Gedanken, welche Vorschubleistung durch die Lieferung von Kriegsmaterial erfolgen kann.

Der Anlaß, daß es zu diesem Gesetz gekommen ist, ist allzu bekannt, und ich möchte mich darüber überhaupt nicht äußern. Was meine kurze Intervention betrifft, so richtet sie sich im wesentlichen auf das Wirtschaftliche, das dieses Gesetz mit sich bringt.

Zunächst einmal möchte ich den Titel des Gesetzes als solchen kritisieren: „Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial.“ Man sieht bald, daß dieses Gesetz nicht allein nur vom „Kriegsmaterial“ spricht, sondern auch von „zivilen Waffen“ und „ziviler Munition“. Hier steht bereits die erste Frage im Raum, meine verehrten Zuhörer: Wo endet das Kriegsmaterial, und wo beginnt die zivile Waffe? Wo endet die Kriegsmunition, und wo beginnt die zivile Munition?

Der Gesetzgeber hat sich in seiner Diktion hier auf einen Passus verlassen, der mir ganz und gar nicht gefällt, worin es nämlich heißt, daß „die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates durch Verordnung bestimmt, welche Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände nach dem jeweiligen Stand der militärtechnischen Entwicklung als Kriegsmaterial im Sinne dieses Bundesgesetzes anzusehen sind“.

Meine Damen und Herren! Überlegen Sie, daß sich ein nicht unbeträchtliches Potential der österreichischen Industrie mit der Erzeugung von Kriegswaffen und Kriegsmunition beschäftigt.

Außerdem wird in diesem Bundesgesetz bedauerlicherweise nicht von der Frist gesprochen, innerhalb der eine Durchfuhr, Ausfuhr oder Einfuhr von Waffen genehmigt werden muß. Ein praktisches Beispiel allein würde zeigen, welche Schwierigkeiten damit verbunden sind, denn die Waffenlieferanten der ganzen Welt lauern überall auf Aufträge, und Verzögerungen im Abschluß sind hier unter Umständen für die Wirtschaft arbeitsplatzgefährdend. Auch hier erwarte ich mir dringend eine alsbaldige Lösung.

Ich bin selbstverständlich damit einverstanden, daß wir auf unsere Neutralität und auf unsere sicherheitspolitischen, polizeipolitischen und militärpolitischen Rücksichten besonderes Augenmerk legen.

Ich möchte Ihnen aber nur eines sagen: Gerade diejenigen Staaten, auf die wir in diesem Gesetz Bezug nehmen – ich will sie absichtlich nicht nennen –, waren diejenigen, die im Zweiten Weltkrieg für alle Seiten hochbrisante Sicherheitszünder für Granaten und Bomben erzeugt, ihr enormes Geschäft gemacht haben und diese Munition, obwohl sie wußten, für welche Zwecke sie bestimmt war, sich sogar gegen Goldbarren bezahlen ließen.

Meine Damen und Herren! Wir in Österreich erleben es in der Gegenwart, daß wir in einer bestimmten wirtschaftlichen Situation um jedes Geschäft besorgt sein müssen. Es wird also eine große Aufgabe der Regierung sein, so schnell wie möglich die bestehenden offenen Fragen zu lösen.

Was ich weiter als Anmerkung hier anführen darf, ist folgendes: Im § 4 des vorliegenden Gesetzes heißt es folgendermaßen: „Die Bundesregierung wird ermächtigt, zur Wahrung außenpolitischer Interessen der Republik Österreich nach Anhörung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten die Ausfuhr von Kriegsmaterial sowie von zivilen Waffen und ziviler

Dr. Heger

Munition in bestimmte Staaten durch Verordnung zu untersagen."

Das bedeutet, das Gesetz ist nicht nur ein Kriegsmaterialgesetz, sondern auch eines für die zivile Ausfuhr, Durchfuhr und Einfuhr von Waffen und Munition.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte den Schluß wie folgt an Sie herantragen: Ich könnte mir vorstellen, daß dieses Gesetz, wie es uns vorliegt, im Hinblick auf die Bedeutung des Industriezweiges, der mit der Erzeugung von Kriegsmaterial, Waffen und Munition in Österreich beschäftigt ist - hier darf ich auf den Anlaß dieses Gesetzes zurückkommen -, ein taugliches Mittel ist, daß die Verantwortlichen aus Politik, Militär und Wirtschaft die Tragweite eines Mißbrauches ihrer Funktionen erkennen und sie davor gewarnt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Schamberger. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Schamberger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich stimme, Herr Kollege Dr. Heger, mit Ihnen voll überein, daß man sich bei der Lieferung, beim Export, Import und bei der Durchfuhr von Waffen ständig Gedanken zu machen hat. Deswegen, Herr Kollege, weil wir uns eben darüber Gedanken gemacht haben, war dieses Gesetz eine dringende Notwendigkeit, wobei ich noch auf die Frist und auf die zivilen Waffen in meinen Ausführungen eingehen darf.

Dieser uns vorliegende Gesetzesbeschluß ist in erster Linie dem Bundeskanzler zu danken, da er auf ein von ihm gestelltes Verlangen zurückgeht. Der Bundeskanzler hat sowohl im Außenpolitischen Rat als auch im Landesverteidigungsausschuß eine klare und eindeutige gesetzliche Regelung angekündigt.

Dieses Verlangen nach Klarheit und Eindeutigkeit resultiert daraus, daß die bisherige Rechtslage, die die Grundlage des Verhaltens der Behörden darstellte, unzulänglich, abänderungsbedürftig war und zum Teil sogar als grotesk zu bezeichnen war, vor allem was das Datum so mancher rechtlicher Voraussetzungen betraf.

Ein deutsches Gesetz vom 6. November 1935 über die Aus- und Einfuhr von Kriegsgeräten, die durch eine Verordnung des Reichsministers des Inneren vom 13. Februar 1939 über die Einführung des deutschen Waffenrechtes im Land Österreich mit Wirkung vom 1. Juni 1939 in Österreich in Geltung gesetzt wurde, war die letzte legislative Regelung dieses Bereiches.

Ich möchte mich, meine Damen und Herren, jetzt nicht mit der Frage beschäftigen, ob dieses Gesetz rechtswirksam war oder noch ist, ich kann nur dem Bericht des Untersuchungsausschusses, der sich mit dieser Frage befaßt hat, entnehmen, daß, wie es dort heißt, besondere Rechtsvorschriften nicht bestehen. Auch eine Ressortvereinbarung konnte in diesem Zusammenhang aktenmäßig nicht festgestellt werden. Diese Erkenntnis und die Tatsache, daß sich die österreichische Waffenwirtschaft ständig ausweitet, führt zu einem zunehmenden Exportstreben dieser Branche.

Diese Ausweitungsbestrebungen gehören naturgemäß zum ökonomischen Prinzip jeder Geschäftsführung, die Produktion so auszuweiten, daß erstens dadurch der Stückpreis auch für den Verbrauch in Österreich selbst auf ein Minimum gesenkt werden kann, also wirtschaftlich ist, daß zweitens sämtliche Produktionsmittel voll ausgelastet werden können und so auch wiederum wertvolle Arbeitsplätze erhalten werden können, stellt aber auch einen wesentlichen Punkt dar, der hier anzuführen wäre: daß eine eigene Waffenproduktion die Unabhängigkeit und natürlich auch unseren Neutralitätswillen glaubwürdig macht.

All diese Gründe ließen es als geboten erscheinen, für diesen sehr diffizilen Bereich des Waffenhandels, der Ein-, Aus- und Durchfuhr, eine neue gesetzliche Regelung zu schaffen.

Bisher wurden Anträge auf Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsgerät schon in der Praxis wesentlich strenger gehandhabt, als es nach den bestehenden gültigen Rechtsvorschriften nötig gewesen wäre.

An diese schon strenger geübte Praxis knüpft der uns vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates an. In ihm sind aber, wie wir schon gehört haben, auch Anregungen aus anderen neutralen Staaten wie der Schweiz und Schweden enthalten, sofern sie in die österreichische Rechtsordnung übertragen werden konnten und soweit sie nicht schon Bestandteil anderer Rechtsvorschriften, wie zum Beispiel des Waffengesetzes 1967 oder der Gewerbeordnung 1973, sind.

Nun zu den einzelnen Punkten dieses Gesetzes. Nahezu alle Industriestaaten der Welt unterziehen die Einfuhr, die Ausfuhr und den Transit von Kriegsgerät, also von Waffen, Waffenteilen und ähnlichem mehr, einer besonderen Regelung. Sie sind fast überall einer speziellen Kontrolle des Staates unterworfen. Für unsere Republik ergibt sich diese spezielle Behandlung solcher Exporte schon auf Grund unseres Neutralitätsstatus.

12282

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schamberger

Dieser unser vorliegender Gesetzesbeschluß des Nationalrates bedeutet aber nicht, daß dadurch andere Rechtsvorschriften wie das Außenhandelsgesetz 1968 und die Gewerbeordnung 1973 entbehrlich würden. Er bedeutet also nur eine zusätzliche Sicherung dieser Art von Exporten, was uns notwendig erscheint, da damit sehr wesentliche außenpolitische und sicherheitspolizeiliche Risiken verbunden sind.

Durch unsere immerwährende Neutralität ergeben sich besondere zusätzliche Aspekte, die noch zu berücksichtigen sind.

Daher legt dieser Gesetzesbeschluß fest, daß grundsätzlich jede Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial einer besonderen Bewilligung bedarf. Was unter „Kriegsmaterial“ zu verstehen ist, so heißt es im Gesetzestext, wird durch eine Verordnung der Bundesregierung bestimmt. *(Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck übernimmt die Leitung der Verhandlungen.)*

Daß dies durch Verordnung erfolgen soll, scheint mir besonders erwähnenswert, da die Bundesregierung diese Verordnung jederzeit an den neuesten Stand der Waffentechnik anpassen kann. Dies gewährleistet auch die schnellste Aufnahme von ganz neu entwickeltem Kriegsgerät in diese Liste der Waffen. Dies entspricht einer Praxis, wie sie auch heute schon in Staaten wie Schweden, Schweiz oder auch Deutschland geübt wird, wobei zu erwähnen wäre, daß eine Anwendung dieses Gesetzes - wie es auch in den Erläuterungen heißt - auf das Überfliegen entbehrlich zu sein scheint, da eben unserer Meinung nach das jetzt schon bewährte System der luftfahrtrechtlichen Behandlung des Ein- und Ausfliegens sowie des Überfliegens unverändert beibehalten werden kann.

Die Bewilligung für eine Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät erteilt das Bundesministerium für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung und nach Stellungnahme des Bundeskanzlers.

Sie sehen also, daß hier eine ganz, ganz große Sicherheitsbasis eingebaut wurde. Im Zuge solch eines Verfahrens wird eben geprüft, ob einer solchen Bewilligung nicht eventuell völkerrechtliche Verpflichtungen, ob nicht außenpolitische Interessen - ich darf nur verweisen auf das Waffenembargo, das von der UNO gegen die Südafrikanische Republik jetzt erteilt wurde -, ob nicht sicherheitspolizeiliche, ob nicht militärische Gründe oder - wie es auch in den Erläuterungen heißt - ob nicht andere diesen vergleichbare gewichtige Gründe entgegenstehen. Ein solch gewichtiger Grund wäre für uns auf alle Fälle gegeben, sollte sich

herausstellen, daß Waffen, die geliefert werden sollen, im Empfängerland zur Unterdrückung der Menschenrechte verwendet würden. Das würde zum Beispiel der gewichtigste Grund sein, der solch einer Bewilligung entgegenzustehen hat.

Das im Gesetz geforderte Einvernehmen wird nur dann als gegeben anzusehen sein, wenn natürlich keine damit befaßte Stelle gegen die Ein-, Aus- und Durchfuhr Bedenken hat, wobei noch zu bemerken ist, daß die Erteilung einer beantragten Bewilligung entweder von der Vorlage einer sogenannten Endverbrauchsbescheinigung, einer End-use-Certification abhängig gemacht, angemessen befristet werden kann oder - der dritte Punkt, falls die Voraussetzungen eben weggefallen sind für die Bewilligungswahl - jederzeit widerrufen werden kann.

Diese Bewilligung kann aber auch mit bestimmten Auflagen verbunden werden: Auflagen hinsichtlich des Transportmittels, hinsichtlich des Transportweges, hinsichtlich der Transportsicherheit und hinsichtlich der Festlegung einer ganz bestimmten Grenzübergangsstelle.

Dieser uns vorliegende Gesetzesbeschluß beinhaltet aber auch eine Ermächtigung für die Bundesregierung zur Wahrung außenpolitischer Interessen - nach Anhörung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten -, die Ausfuhr von Kriegsmaterial, aber auch - und da unterscheiden wir uns jetzt von der anderen Fraktion ein bißerl - die Ausfuhr von zivilen Waffen und ziviler Munition in bestimmte Staaten durch Verordnung festzulegen.

Diesbezüglich zeigt sich ein etwas schizophres Verhalten der ÖVP-Fraktion (*Zwischenruf des Bundesrates Bürkle*), wie ja diese Krankheit in letzter Zeit - ich darf das bezüglich Oberösterreich sagen - in der ÖVP eigentlich sehr stark grassiert (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), wenn ich die Aussagen des Landeshauptmannes von Oberösterreich Ratzenböck mit den Aussagen von Ihrem Parteiobmann Taus hinsichtlich der Spitalfinanzierung betrachte. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. - Ruf bei der SPÖ: Das ist eine Epidemie! - Widerspruch bei der ÖVP.*) Das ist ein sehr, sehr schizophres Verhalten. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Herren der ÖVP! (*Bundesrat Dr. Lichal: Bei uns gibt es noch eine eigene Meinung! Das ist der Unterschied! - Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Eigene Meinungen, Herr Kollege - das gebe ich Ihnen zu -, die aber dann unter Druck zurückgezogen werden müssen, wie man ja gesehen hat bei der gemeinsamen Pressekonferenz. (*Bundesrat Pumpernig: Wie ist das mit dem Porsche, Herr Kollege?*)

Schamberger

Ich darf Ihnen das schizophrene Verhalten, Herr Kollege, doch ein bisschen nachweisen. (*Ruf bei der ÖVP: Ich habe gar nicht gewußt, daß Sie Nervenarzt sind!*) Lassen Sie mich dieses schizophrene Verhalten auch etwas dokumentieren.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich, daß Herr Kollege Dr. Heger heute immer wieder von diesem Anlaßfall gesprochen hat. Ich möchte ihm widersprechen. Es war nicht ein Anlaßfall, sondern es waren mehrere Anlaßfälle. Ich darf an die Affäre um den AMX 13, um den Verkauf von Panzern nach Frankreich, wo verschiedene dubiose Vorgänge vorgekommen waren, die man auch untersucht hatte, erinnern. Ich erinnere an die Westland Wirlwind oder an die SAAB-Exporte. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. - Bundesrat Dr. Lichal: Das ist eine Diffamierung! - Gegenrufe bei der SPÖ.*) Ich führe das nur an, damit man eben sieht (*Bundesrat Dr. Lichal: Diffamieren Sie nicht! - Bundesrat Schipani: Lesen Sie Ihren Initiativantrag! Das sind Diffamierungen! - Gegenrufe bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Wir werden reden darüber!*), meine Damen und Herren, daß ein Anlaß gegeben war.

Das schizophrene Verhalten lassen Sie mich belegen. Ich habe hier ein Fernschreiben der Handelskammer (*der Redner zeigt ein Fernschreiben vor*), Herr Kollege Fürst. (*Zwischenruf des Bundesrates Fürst.*) Ich erinnere mich noch sehr deutlich an das Aufheulen der ÖVP, als Herr Kollege Heger gesagt hat, im Anlaßfall, wenn zivile Waffen exportiert werden sollten. In dem Fernschreiben der Handelskammer heißt es:

Angesichts der bevorstehenden Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial ersucht die Bundeswirtschaftskammer ... (*Bundesrat Bürkle: Das kennen wir schon, das brauchen Sie nicht vorlesen! - Bundesrat Schipani: Das ist Ihnen unangenehm!*)

Herr Kollege Bürkle! Ich darf Sie bitten, das zur Kenntnis zu nehmen. Sie werden das Fernschreiben wahrscheinlich kennen. (*Bundesrat Bürkle: Ich kenne es!*)

In dem Fernschreiben heißt es ausdrücklich: ..., die mit dem erwähnten Gesetzesvorhaben verbundene Behinderung der österreichischen Exportmöglichkeiten - jetzt auf einmal wären es Behinderungen in Ihren Augen - für zivile Waffen und zivile Munition fallenzulassen. (*Ruf bei der ÖVP: Was wollen Sie damit? - Bundesrat Schipani: Ihr habt geschrien! Jetzt ist es euch unangenehm! Jetzt schreit die Handelskammer, gestatten und nicht behindern!*)

Meine Damen und Herren! Ich behaupte

schlicht und einfach eines: So geht es eben nicht! Entweder man steht zu einer Kritik, dann muß man aber auch dafür sein, wenn es im Gesetz heißt, daß man auch zivile Waffen dieser Ausfuhrziehung unterstellen kann. Aber man kann jetzt nicht auf einmal die Forderung aufstellen: Nur Kriegsmaterial und nicht auch die zivilen Waffen. - Noch dazu hatte Dr. Heger gesagt: Der Trennungsstrich zwischen zivilen Waffen und zwischen Kriegsmaterial ist sehr schwer zu ziehen. - Deshalb verstehe ich umsoweniger die Stellungnahme der Handelskammer in diesem Fall. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. - Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich verstehe auch die Stellungnahme Ihres Herrn Abgeordneten Prader nicht. Auch das ist jetzt angeklungen. Grundsätzlich war ich mit den Ausführungen des Kollegen Dr. Heger einverstanden. Nur gegen denjenigen Punkt, den er angeführt hat, daß eine sogenannte - wie es Dr. Prader ja gefordert hätte im Verfassungsausschuß - Fallfrist auch einzuführen wäre, sprechen wir uns aus, denn eine Fallfrist hieße folgendes: Wird die Bewilligung nicht in einem bestimmten Zeitraum erteilt, dann wäre diese Bewilligung automatisch als gegeben anzusehen.

Meine Damen und Herren! Diesbezüglich möchten wir auch einen Riegel vorgeschoben wissen. Das Geschäft kann eben erst gemacht werden, wenn die Bewilligung von all den zuständigen Stellen gegeben wurde. Deswegen wurden auch die Sportwaffen, die zivilen Waffen in diese Ausfuhrbestimmungen hineingenommen. Im Gesetzestext heißt es ja nur, daß lediglich im Krisenfall die Ausfuhr auch ziviler Waffen zu untersagen ist.

Die Einfuhr von Kriegsmaterial, meine Damen und Herren, für das Bundesheer, für die Gendarmerie, für die Sicherheitskörper, für die Justizwache und für die Zollwache durch die dafür zuständigen Ressortminister bedarf zwar keiner besonderen Regelung, es kann aber auch diesbezüglich bei der Einfuhr vorkommen, daß völkerrechtliche oder außenpolitische Fragen berührt werden. Daher wurde in diesem Gesetzesbeschluß vorgesehen, daß in solchen Fällen das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten herzustellen ist.

Eine ganz besondere Behandlung in diesem Gesetz erfuhr die Ausfuhr von Kriegsmaterial oder Kriegsgerät durch Staatsorgane selbst. Da hier ganz besondere völkerrechtliche Beschränkungen angeschnitten werden und solche Exporte vor allem eine sehr große außenpolitische Tragweite haben, ist vorgesehen, daß die Bewilligung dieser Exporte nur von der Bundesregierung als Ganzes erteilt werden kann.

12284

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schamberger

Ausgenommen ist hier aber natürlich nur die Ausfuhr an die militärischen und polizeilichen österreichischen UN-Kontingente, die im Ausland stationiert sind.

Meine Damen und Herren! Da bei Waffenexporten die Gefahr des Durchschlagens von Profitinteressen, und zwar von reinen Profitinteressen, und dadurch wiederum eine schon von vornherein einkalkulierte eventuelle Umgehung von bestehenden Rechtsnormen eintreten kann, wird man diesen Delikten nicht allein nur durch Androhung von verwaltungsstrafrechtlichen Sanktionen entgegenwirken können. Es war daher notwendig, als Präventivmaßnahme, als eine echte Vorbeugung eine Gerichtsstrafe - sprich Freiheitsstrafe - bis zu zwei Jahren oder eine Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen vorzusehen. Wer aber gegen die bestehenden, auf Grund dieses Gesetzes möglichen Auflagen verstößt, begeht eine Verwaltungsübertretung, und die ist wieder von der zuständigen Verwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 100 000 S zu bestrafen.

Meine Damen und Herren! Mit Genugtuung stelle ich fest, daß dieser Gesetzesbeschluß des Nationalrates zu einer wirklichen Klarheit und Transparenz auf dem heiklen Gebiet der Waffenexporte führen wird. Wir wollen damit bekunden, daß wir die uns selbst und freiwillig auferlegte Neutralität und die internationalen Verpflichtungen sehr, sehr ernst nehmen. Und damit, meine Damen und Herren, haben wir wieder, so glaube ich, einen weiteren Schritt zu einer Aufwertung des schon sehr hohen internationalen Ansehens Österreichs geleistet.

Aus diesen Gründen stimmen wir diesem Gesetzesbeschluß, der ja voll unseren Intentionen entspricht, natürlich sehr gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Dr. Heger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. **Heger** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich habe mich bewußt in meiner Wortmeldung vor dem Hohen Haus gerade bei dieser schwierigen Materie in einer bestimmten mir eigentümlichen Fassung gehalten und geglaubt, daß mit meiner Wortmeldung ein Beitrag von seiten eines Wirtschaftlers zu dem Gesetz gegeben ist. *(Bundesrat Pumpernig: Und für die Arbeitsplatzsicherung! - Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundesrates Schipani.)* Wenn Sie mir zugehört haben, Herr Kollege, dann habe ich bewußt von der Arbeitsplatzsicherung gesprochen.

Ich darf folgendes sagen: Herr Kollege Chamberger! Es ist Ihr gutes Recht, hier zu sprechen wie Sie wollen. Aber wenn Sie meiner Partei und damit auch mir Schizophrenie in diesem Fall vorwerfen *(Bundesrat Pumpernig: Ungeheuerlich! - Bundesrat Schipani: Lesen Sie in den Protokollen nach, was Sie schon alles gesagt haben!)*, dann weise ich das ausdrücklich zurück.

In einem Punkt muß ich Sie berichtigen: Sie haben von Fallzeiten gesprochen, die die Regierung erst setzen wird. Darf ich Sie dahingehend informieren, daß es im Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz eine zwingende Fallfrist von sechs Monaten gibt. Somit ist dieser Teil Ihrer Intervention hinsichtlich unserer Forderungen, kürzere Fristen zu setzen, weil sie automatisch nicht gegeben sind, eben nicht richtig gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? - Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird vom Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**: Bevor wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung gelangen, begrüße ich den im Haus inzwischen erschienenen Bundesminister für Inneres Lanc. *(Allgemeiner Beifall.)*

4. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend eine Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens (1726 der Beilagen)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**: Wir gelangen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung: Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und Niederschrift betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Hermine Kubanek. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Hermine Kubanek: Der über Ersuchen des GATT-Rates vom 28. März 1974 ausgearbeitete Entwurf einer Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen wurde von den Vertragsparteien durch schriftliche Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit am 23. Juli 1975 genehmigt. Österreich votierte dabei positiv. Am 12. November 1976 wurde diese Deklaration durch die Niederschrift betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum GATT vom GATT-Rat genehmigt und zur Annahme durch Kolumbien und die anderen Vertragsparteien aufgelegt. Auf Grund der Niederschrift soll die Gültigkeit der Deklaration bis zum 31. Dezember 1978 verlängert werden. Die Deklaration und die Niederschrift weisen auf den endgültigen Beitritt Kolumbiens zum GATT hin, machen diesen aber von der vorherigen befriedigenden Durchführung von Zollverhandlungen im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen abhängig. Die Annahme der Deklaration und der Niederschrift ist im handelspolitischen Interesse Österreichs gelegen.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend eine Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht jemand das Wort? - Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Bevor wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung gelangen, begrüße ich die im Hause erschienenen Bundesminister für Verkehr Lausacker und für soziale Verwaltung Dr. Weißenberg. *(Allgemeiner Beifall.)*

5. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (1727 der Beilagen)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Wir gelangen nun zum 5. Punkt der Tagesordnung: Abkommen mit Ungarn über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Matzenauer. Ich ersuche um den Bericht.

Berichterstatter Matzenauer: Die Zielsetzungen des vorliegenden Abkommens bestehen darin, eine allgemeine Zusammenarbeit der Zollverwaltungen der beiden Staaten zwecks Verbesserung der Bedingungen für die zollbehördliche Grenzabfertigung zu regeln. Auf dem eigentlichen Gebiet der Amtshilfe beschränkt sich das Abkommen auf Mitteilung beziehungsweise Bestätigungen über Waren und Beförderungsmittel.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck:

12286

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht jemand das Wort? - Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

6. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuerengesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Vermögensteuergesetz 1954, das Umsatzsteuergesetz 1972, das Alkoholabgabengesetz 1973 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden (2. Abgabenänderungsgesetz 1977) (1728 der Beilagen)

7. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird (1729 der Beilagen)

8. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgesetz geändert wird (FMIG-Novelle 1977) (1730 der Beilagen)

9. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen geändert werden (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977) (1720 und 1724 der Beilagen)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Wir gelangen nun zu den Punkten 6 bis 9 der Tagesordnung, über die eingangs ebenfalls beschlossen wurde, die Debatte unter einem abzuführen.

Es sind dies:

2. Abgabenänderungsgesetz 1977,

Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967,

FMIG-Novelle 1977 sowie

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977.

Berichterstatter über alle vier Punkte ist Frau Bundesrat Rosa Gföller. Ich ersuche sie um die Berichterstattung.

Berichterstatterin Rosa Gföller: Ich bringe den Bericht des Finanzausschusses über den Geset-

zesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend 2. Abgabenänderungsgesetz 1977.

Der gegenständliche Gesetzesbeschluß des Nationalrates enthält folgende Änderungen:

Auf ertragsteuerlichem Gebiet erfolgt eine Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Anschaffungs- und Betriebskosten von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen sowie der Wegfall der steuerlichen Begünstigungen für Kombinationskraftwagen. Weiters ist eine Einschränkung der steuerbegünstigten Bildung des Sozialkapitals sowie der Abbau der unterschiedlichen abgabenrechtlichen Behandlung einzelner Gruppen von Kreditunternehmen vorgesehen.

Ferner sieht der Gesetzesbeschluß noch vor, daß jede Anrechnung von tatsächlichen Verdienstzeiten durch den Arbeitgeber bei Ermittlung der gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Abfertigungsansprüche zu berücksichtigen ist.

Außerdem soll dem Umstand Rechnung getragen werden, daß auf Grund einer Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz 1967 in Hinkunft an die Stelle der steuerlichen Kinderabsetzbeträge erhöhte Familienbeihilfen treten, womit eine Reihe von Folgeänderungen auf einkommensteuerlichem Gebiet verbunden sind.

Auch im Bereich der Vermögensteuer soll die unterschiedliche abgabenrechtliche Behandlung einzelner Gruppen von Kreditunternehmen abgebaut werden.

Im Bewertungsgesetz ist der Wegfall der Passivposten für Pensionsrückstellungen vorgesehen.

Auf umsatzsteuerlichem Gebiet ist in Ergänzung der ertragsteuerlichen Maßnahmen betreffend eine Einschränkung der steuerlichen Anerkennung der Kosten von Personen- und Kombinationskraftwagen vorgesehen, daß die mit der Anschaffung, der Miete und dem Betrieb derartiger Kraftfahrzeuge zusammenhängenden Vorsteuern vom Vorsteuerabzug ausgeschlossen sind.

Weiters soll im Umsatzsteuergesetz in Ergänzung zu den bisherigen Umsatzsteuersätzen eine Erhöhung des Umsatzsteuersatzes auf 30 vom Hundert für die Lieferungen, den Eigenverbrauch und die Einfuhr von bestimmten Gegenständen vorgenommen werden. *(Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Reichl übernimmt die Verhandlungsleitung.)*

Schließlich sieht der Gesetzesbeschluß eine weitere Verlängerung des Strukturverbesserungsgesetzes um zwei Jahre vor.

Rosa Gföller

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen.

Der Antrag der Berichterstatterin, Einspruch zu erheben, fand gleich einem Antrag des Bundesrates Schmölz, keinen Einspruch zu erheben, keine Mehrheit. Es ergab sich in beiden Fällen Stimmgleichheit, sodaß die Anträge als abgelehnt gelten.

Im Sinne des § 24 Abs. I der Geschäftsordnung sieht sich der Finanzausschuß veranlaßt, über das Ergebnis seiner Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Ich bringe weiter den Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend eine Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967.

Das derzeitige doppelgleisige System des Familienlastenausgleiches, welches einerseits bei der Einkommensteuer einen Kinderabsetzbetrag, andererseits eine vom Einkommen unabhängige Familienbeihilfe vorsieht, hat den Nachteil, daß es Familien mit einem geringeren Einkommen und Familien mit einer großen Kinderzahl schlechter stellt, weil diese den steuerlichen Kinderabsetzbetrag nicht ausnützen können. Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll die Beseitigung dieses Nachteiles dadurch erreicht werden, daß an Stelle der steuerlichen Kinderabsetzbeträge eine entsprechend erhöhte Familienbeihilfe tritt. Demnach soll der steuerliche Kinderabsetzbetrag in Höhe von 4 200 S jährlich für jedes Kind wegfallen, dafür aber die Familienbeihilfe für jedes Kind um 4 200 S jährlich erhöht werden. Weiters soll die Familienbeihilfe in Zukunft nur mehr in zwölf gleich hohen Monatsbeträgen ausgezahlt werden. Das Steuermehraufkommen, welches durch den Wegfall der Kinderabsetzbeträge entsteht, soll dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zugewiesen werden, welcher die Last der höheren Familienbeihilfen zu tragen hat.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen.

Der Antrag der Berichterstatterin, Einspruch zu erheben, fand gleich einem Antrag des Bundesrates Schmölz, keinen Einspruch zu erheben, keine Mehrheit. Es ergab sich in beiden Fällen Stimmgleichheit, sodaß die Anträge als abgelehnt gelten.

Im Sinne des § 24 Abs. I der Geschäftsordnung sieht sich der Finanzausschuß veranlaßt, über das Ergebnis seiner Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Ich bringe ferner den Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend FMIG-Novelle 1977.

Die Fernmeldeinvestitionen im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung werden derzeit aus den Einnahmen an Fernsprechgebühren finanziert. Danach leitet sich das Investitionsvolumen eines Jahres grundsätzlich von der Höhe der Einnahmen an Fernsprechgebühren des betreffenden Jahres ab.

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll nun der Beitrag der Fernsprecheinnahmen an der Finanzierung der jährlichen Investitionen etwas reduziert werden und durch eine vergleichsweise geringe Erhöhung des Ausmaßes an Zwischenfinanzierungen ausgeglichen werden.

Nach der Rechtsansicht des Bundeskanzleramtes unterliegt von dem gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates lediglich Artikel I Z. 1, soweit darin Bestimmungen über den Wirkungsbereich der Bundesministerien getroffen werden, sowie Artikel II, soweit er sich auf die oberwähnten Bestimmungen des Artikels I Z. 1 bezieht, im Sinne des Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz dem Einspruchsrecht des Bundesrates.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen.

Der Antrag der Berichterstatterin, Einspruch zu erheben, fand gleich einem Antrag des Bundesrates Schmölz, keinen Einspruch zu erheben, keine Mehrheit. Es ergab sich in beiden Fällen Stimmgleichheit, sodaß die Anträge als abgelehnt gelten.

Im Sinne des § 24 Abs. I der Geschäftsordnung sieht sich der Finanzausschuß veranlaßt, über das Ergebnis seiner Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Ich bringe schließlich den Bericht des Sozialausschusses über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977.

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht Änderungen im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, im Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, im Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz, im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz, im Bauern-Krankenversicherungsgesetz, im Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und im Arbeitslosenversicherungsgesetz vor. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Maßnahmen:

12288

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Rosa Gföller

Erstens: Die Einführung eines Zusatzbeitrages in der Pensionsversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz;

Zweitens: die vorübergehende Herabsetzung der Ausfallhaftung des Bundes für die Pensionsversicherungen um einen Prozentpunkt;

Drittens: die Einrichtung eines Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger zur bedarfsmäßigen Verteilung der durch den Zusatzbeitrag einfließenden Mittel;

Viertens: die Überweisung eines Beitrages aus der Arbeitslosenversicherung an diesen Ausgleichsfonds zur Abgeltung der Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger aus der Anrechnung der Ersatzzeiten des Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezuges;

Fünftens: die Erhöhung der Beiträge zu den Selbständigen-Pensionsversicherungen;

Sechstens: die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung von bisher Zweidrittel auf Dreiviertel der Höchstbeitragsgrundlage der Pensionsversicherung;

Siebtens: die Erhöhung der Rezeptgebühr;

Achtens: die Erhöhung der Beitragsleistung des Bundes zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger;

Neuntens: die außertourliche Erhöhung der Richtsätze der Ausgleichszulagen;

Zehntens: die Beseitigung von Härten, die im Zusammenhang mit der Einkaufsregelung nach der 32. ASVG-Novelle entstanden sind.

Der Sozialausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen.

Der Antrag der Berichterstatterin, Einspruch zu erheben, fand gleich einem Antrag des Bundesrates Schipani, keinen Einspruch zu erheben, keine Mehrheit. Es ergab sich in beiden Fällen Stimmgleichheit, sodaß die Anträge als abgelehnt gelten.

Im Sinne des § 24 Abs. I der Geschäftsordnung sieht sich der Sozialausschuß veranlaßt, über das Ergebnis seiner Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Reichl**: Ich danke der Frau Berichterstatter.

Wir gehen nun in die Debatte ein, die über die zusammengezogenen Punkte unter einem abgeführt wird.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. **Dittrich**. Ich darf ihn bitten, das Wort zu ergreifen. (*Bundesrat Hermine Kubanek: Der Reigen wird eröffnet!*)

Bundesrat Ing. **Dittrich** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Die Herren Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion wird das 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 beanspruchen.

Ich erlaube mir daher, folgenden

Antrag

zur Verlesung zu bringen.

Der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesrat erhebt Einspruch gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuerengesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Vermögensteuergesetz 1954, das Umsatzsteuergesetz 1972, das Alkoholabgabengesetz 1973 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden. (2. Abgabenänderungsgesetz 1977.)

Begründung:

Die sozialistische Finanzpolitik hat dazu geführt, daß die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen der öffentlichen Hand bereits mehr als 40 Prozent des nominellen Bruttonationalproduktes ausmachen. (*Bundesrat Schipani: Stimmt nicht!*) Somit hat jeder erwerbstätige Österreicher im Schnitt pro Kopf 115 000 S an Steuern und steuerähnlichen Abgaben jährlich zu berappen. Das entspricht einer durchschnittlichen monatlichen Pro-Kopf-Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung von etwa 9 500 S.

Dies ist vor allem das Ergebnis der permanenten sozialistischen Belastungspolitik. So wurde vor etwa zwei Jahren seitens der Regierung eine Belastungswelle ins Rollen gebracht, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist und die der österreichischen Bevölkerung jährlich zusätzliche Tarif-, Gebühren- und Steuererhöhungen in einem Ausmaß von 45 bis 50 Milliarden Schilling beschert. (*Bundesrat Schipani: 35 hat Ihr verlangt!*) Das sind im Durchschnitt immerhin zirka 16 000 S pro Kopf jedes erwerbstätigen Österreichers.

Diese Belastungspolitik führt letzten Endes zur Gefährdung zahlreicher Arbeitsplätze, denn sie vermindert unsere internationale Konkurrenzfähigkeit und schöpft zur Unzeit Kaufkraft ab und drosselt damit die Nachfrage nach einer Reihe von Gütern und Dienstleistungen.

Eine solche Politik ist angesichts der vom Institut für Höhere Studien prognostizierten Arbeitslosenraten von 4 bis 5 Prozent in den

Ing. Dittrich

Jahren 1979 und 1980 und infolge der Tatsache, daß in den nächsten Jahren jährlich zirka 30 000 neue Arbeitsplätze benötigt werden, schärfstens abzulehnen. (*Bundesrat Schipani: Kassandra!*)

Ich stelle daher den Antrag, die folgende Debatte als General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen. (*Ruf bei der SPÖ: Das wissen wir eh!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heute zu behandelnde Vorlage, unterscheidet sich sehr wesentlich von einem routinemäßigen Vorgang. Denn heute stehen wir an einer Grenze, hinter der, wird sie einmal überschritten, eine Umkehr sehr schwierig ist. Wir ändern ein Steuersystem, das sich nicht nur hierzulande, sondern in der ganzen freien Welt bewährt hat und überall anderswo auch bestehen bleibt. Nur bei uns glaubt man, den Grundsatz, daß Betriebsausgaben steuerlich absetzbar sein müssen, mißachten zu dürfen. Ich bedauere daher außerordentlich, daß der Herr Bundesminister für Finanzen gerade bei dieser Vorlage und bei diesen schwerwiegenden Problemen nicht anwesend ist.

Über die Einzelheiten ist in den letzten Wochen und Monaten sehr viel gesprochen und sehr viel geschrieben worden, ich brauche daher auf Details nicht näher einzugehen. Aber gestatten Sie, daß ich mich mit einigen Auswirkungen allein jenes Punktes auseinandersetze, der sich auf die veränderte steuerliche Behandlung der Kombis als Betriebsfahrzeug bezieht.

Wir alle, meine Damen und Herren, sind Konsumenten, wir alle - auch Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion - haben in den letzten Jahren gewiß wiederholt die Verschlechterung in der Nahversorgung beklagt. Dies gilt für den ländlichen Bereich genauso wie für den städtischen. Aber wie stellt sich denn der Finanzminister vor, daß der kleine Kaufmann künftig zu seiner Ware kommt? Wie soll denn der Bäcker seine Kunden beliefern und wie der Fremdenverkehr beziehungsweise die Fremdenverkehrsbetriebe die Gäste ordnungsgemäß versorgen? (*Ruf bei der SPÖ: Mit einem Fernlaster!*) Meine Damen und Herren, ich habe nur drei Berufsgruppen herausgegriffen, die ganz besonders von diesem Anschlag gegen die freie Wirtschaft betroffen sind. (*Zwischenruf des Bundesrates Schipani.*)

Wir haben ausgerechnet, daß ein Gewerbetreibender mit einem Gewinn von derzeit 100 000 S und bei Benützung eines Kombis der normalen Preisklasse mit einer durchschnittlichen Jahreskilometerleistung künftig jährlich um 38 000 S mehr versteuern wird müssen. Er wird statt 100 000 S nun 138 000 S versteuern

müssen. (*Bundesrat Schamberger: Solche Privilegien waren das bisher!*) Die Einkommensteuer - mit Alleinverdienerabsetzbetrag, ohne Kinder - wird daher von 18 700 S auf 31 000 S ansteigen. Da geht es genau um eine Erhöhung von 60 Prozent. Ja, Sie haben richtig gehört: eine Erhöhung von 60 Prozent!

Tausende und Abertausende Gewerbetreibende in Österreich werden ab dem nächsten Jahr unter die Räder dieses 2. Abgabenänderungsgesetzes kommen. (*Zwischenruf des Bundesrates Schipani. - Bundesrat Schamberger: Muß ein enorm großer Steueranteil gewesen sein! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Aber dann soll man nicht mehr klagen, daß die Nahversorgung schlechter wird. Dann soll man nicht das Fehlen unternehmerischer Initiativen kritisieren, denn, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, es werden alle Österreicher, auch die Unselbständigen, in vielfacher Weise unter dem maßlosen Drehen der Steuerschraube zu leiden haben. (*Ruf bei der ÖVP: Das muß eine Hetz sein! - Bundesrat Schipani: Was heißt Hetz?*) Es sei denn, meine Damen und Herren, Sie machen nicht nur von einem Recht Gebrauch, sondern erfüllen auch eine Verpflichtung: Von dem Recht und der Verpflichtung des freien Mandates spreche ich hier. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denn wozu sind wir denn als Ländervertreter in den Bundesrat entsandt, wozu gibt es freie Abgeordnete im Parlament, die aller Voraussicht nach noch einmal mit dieser Gesetzesmaterie befaßt werden? Wenn Sie dem Auftrag des Wählers entsprechen, so müssen Sie doch einsehen, daß der Weg aus der Himmelfahrtsgasse beileibe nicht in den Himmel, sondern ganz woanders hinführt.

Meine Damen und Herren! Das 2. Abgabenänderungsgesetz ist keine bloße Formalität, mit der sich halt der Bundesrat beschäftigen muß. Es ist vielmehr für die Wirtschaft dieses Landes und damit für das Wohlergehen Österreichs eine Frage größter Tragweite; eine Frage auch, die an den Wurzeln unseres Wirtschaftssystems rührt. Das erkennen durchaus viele Sozialisten an, unter ihnen namhafte Vertreter ihrer Partei, zumindest in privaten Gesprächen.

Man muß sich daher die Frage vorlegen, warum die selben Leute in ihrem offiziellen Auftreten gelegentlich eine andere Meinung vertreten; auf alle Fälle dazu zu schweigen, wenn eine kleine Schar von Schreibern Klassenkampf predigt und am liebsten den privaten Unternehmer ausradieren möchte. (*Beifall bei der ÖVP. - Ruf bei der SPÖ: Den größten Klassenkampf führen Sie!*)

Dieses Gesetz, über das wir heute zu befinden

12290

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Ing. Dittlich

haben, ist nämlich ein Beweis für diese Haltung: es zielt auf eine weitere massive Umverteilung ab. Es soll der offiziellen Lesart zufolge Abbau von Privilegien bewirken, die natürlich gar keine sind wie etwa die Absetzbarkeit von nachweislichen Betriebsausgaben. *(Bundesrat Schamberger: Die aber sehr großzügig ausgefallen sind!)*

Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben in Ihrer Ideologie ebenfalls eine freie Gesellschaft als eines der höchsten Güter der Menschheit apostrophiert. Ich weiß, daß der weitaus größte Teil Ihrer Mitglieder und Funktionäre es ehrlich meint. Aber dann muß Ihnen auch allen klar sein, daß eine freie Gesellschaft ohne freien Unternehmer nicht möglich ist. Und gegen diesen freien Unternehmer, dessen Basis geradezu von den Klein- und Mittelbetrieben in Österreich gebildet wird, wendet sich dieses 2. Abgabenänderungsgesetz. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich soll der freie Unternehmer nicht mit einem Schlag verschwinden. Aber man will ihn amputieren und seinen Freiheitsraum Schritt für Schritt einengen.

Offenkundig können und wollen jene Apostel der Umverteilung nicht wahrhaben, daß mit jedem amputierten Glied der freien Wirtschaft Arbeitsplätze gefährdet sind.

Vergessen wir doch eines nicht: Das 2. Abgabenänderungsgesetz ist auch für unsere gesamte Exportwirtschaft eine Trockenperiode, an deren Ende freilich es auch lachende Erben geben wird, nämlich unsere Konkurrenten in den anderen Ländern auf den Weltmärkten. Der fortwährenden Belastungswelle der österreichischen Wirtschaft - dies geht bereits seit Beginn des Jahres 1976 so - steht auch nicht ein einziger im finanziellen Ausmaß vergleichbarer Schritt der Sparsamkeit gegenüber.

Freilich, der Herr Bundeskanzler rühmt sich, im kommenden Jahr würden weitere 39 Dienstfahrzeuge eingespart. Dies ist natürlich eine sehr beachtliche Leistung gemessen an jenen rund 26 Milliarden Schilling - 8 Milliarden davon in Wien -, die auf die Wirtschaft im kommenden Jahr als Gesamtbelastung durch das 2. Abgabenänderungsgesetz, die Supermehrwertsteuer, die angekündigte oder angeordnete Straßenbenützungsgeldabgabe oder wie immer dieses Monstrum heißen wird, und das Sozialpaket entfallen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Natürlich wissen wir, daß diese 26 Milliarden Schilling nicht mit den realen zusätzlichen Kasseneingängen des Bundes übereinstimmen, aber wir werden wohl hier nicht dem Finanzminister das kleine Einmaleins beibringen müssen.

(Bundesrat Schipani: Der kann schon das große!)

Denn in der ganzen Art, meine Damen und Herren, wie das 2. Abgabenänderungsgesetz in der Öffentlichkeit von der staatlichen Administration präsentiert und verteidigt worden ist, ist sicher nicht zufällig der Eindruck erweckt worden, als sei der betriebliche Umsatz mit dem Gewinn ident. Vielleicht will man sich bewußt eine weit verbreitete Fehlmeinung und Verwechslung unter der Bevölkerung zunutze machen.

Meine Damen und Herren! Die freie Wirtschaft im freien Österreich wird durch diesen fiskalischen Kraftakt des Finanzministers und seiner Partei mit dem Rücken gegen die Wand gedrängt; von einem Finanzminister, der erst vor wenigen Monaten, am 12. Mai, vor dem Parlament erklärt hat: In seinem Ressort bestünden derzeit - und dies für die gesamte Legislaturperiode, jawohl, er hat erklärt für die gesamte Legislaturperiode - keine Pläne für eine Erhöhung von Steuern und Gebühren.

Umgekehrt weiß der Herr Bundeskanzler Kreisky laut ausdrücklicher Erklärung des Zentralsekretärs Blecha vor der letzten Regierungsklausur angeblich schon seit drei Jahren, daß eine Wirtschaftskrise kommt, und er habe seither mit Entschiedenheit auch langfristige Maßnahmen zur Sicherung der österreichischen Zahlungsbilanz verlangt.

Eigenartig - ein Regierungschef, der die wirtschaftlichen Schwierigkeiten offenkundig im Gegensatz zu seinem Finanzminister seit Jahren erkannt haben will, ohne dagegen schon längst etwas unternommen zu haben. Was sollen wir von einem Bundeskanzler und von einem Minister halten, die einander derart widersprechen? Offenbart sich in dieser Diskrepanz Frivolität oder Unvermögen?

Wenn die Bundesräte der Österreichischen Volkspartei das 2. Abgabenänderungsgesetz heute beeinspruchen, so ist das in dieser Kammer ein eher seltener Vorgang, der deshalb von der Regierung und von der Mehrheitsfraktion des Nationalrates umso ernster genommen werden sollte.

Wir bringen damit deutlich zum Ausdruck, daß wir der Regierung und der SPÖ auf dem Weg einer völlig verfehlten Wirtschaftspolitik nicht folgen. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schamberger: Für Sie ist eine Wirtschaftspolitik, die Vollbeschäftigung garantiert, verfehlt! Wir nehmen das gerne zur Kenntnis! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wir protestieren dagegen, daß die Regierung jede ernst zu nehmende Spargesinnung vermis-

Ing. Dittrich

sen läßt. Unser Einspruch ist eine ernste und gewichtige Warnung. (*Bundesrat Schipani: 35 Milliarden Schilling Mehrausgaben wollen Sie noch haben!*) Wir warnen davor, die Entfaltungsmöglichkeiten der Wirtschaft wider besseres Wissen zu unterbinden.

Wir warnen davor, die Erneuerung und Rationalisierung der Betriebe größtenteils zu vernachlässigen und die wirtschaftliche Substanz unseres Landes entscheidend zu schmälern. Und wir warnen davor, mit der Dezimierung der freien selbständigen Unternehmer auch den Freiheitsraum der Gesellschaft einzuengen, ja aufs Spiel zu setzen. (*Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundesrates Schipani.*)

Daher bitte ich Sie, meine Damen und Herren des Bundesrates ebenso wie unsere Kollegen im Nationalrat, sich Ihrer Verantwortung gegenüber den Bundesländern und den freien Wählern bewußt zu werden (*Bundesrat Schipani: Darum haben wir es ja gemacht!*), bitte Sie auch im Interesse der 800 000 Arbeiter und Angestellten des Bundeslandes Wien. Noch ist es Zeit, den falschen Weg nicht zu beschreiten. (*Bundesrat Schipani: Für die zu reden, haben Sie kein Recht!*)

Als Repräsentant der Wiener Wirtschaft habe ich mich - und Sie wissen das - immer zu einer vernünftigen Zusammenarbeit der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen bekannt, und ich weiß mich darin mit vielen Kollegen aus den Reihen der SPÖ einig.

Ich appelliere daher an Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, einen wirtschaftlich vernünftigen Weg zur Sanierung der österreichischen Staatsfinanzen zu suchen und zu gehen. Die Opferbereitschaft auch der Wirtschaft - und dies hat Präsident Sallinger vor wenigen Tagen betont - wird ganz gewiß dabei ansprechbar sein. (*Bundesrat Schipani: Wenn es die anderen zahlen!*) Aber verwechseln Sie bitte Opferbereitschaft nicht mit einem Opferlamm. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aus diesem Grund und auch deshalb, um wenige Minuten vor zwölf den Verantwortlichen in Regierung und Parlament Zeit zur Besinnung zu geben, wird meine Fraktion in diesem Haus das 2. Abgabenänderungsgesetz beeinspruchen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Reichl: Ich darf zunächst einmal zwei Mitglieder der Bundesregierung herzlich begrüßen. Es ist der Herr Vizekanzler und Finanzminister Dr. Hannes Androsch (*Beifall bei der SPÖ*) und Frau Staatssekretär Elfriede Karl. (*Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten der ÖVP.*)

Der von den Bundesräten Ing. Dittrich und

Genossen eingebrachte Antrag, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuergesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Vermögensteuergesetz 1954, das Umsatzsteuergesetz 1972, das Alkoholabgabengesetz 1973 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden (2. Abgabenänderungsgesetz 1977), Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Es wurde weiter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? Es ist dies nicht der Fall. Die weitere Debatte ist demnach als General- und Spezialdebatte anzusehen.

Zu Wort hat sich nun gemeldet Herr Universitätsprofessor Dr. Schambeck. Darf ich bitten, das Wort zu ergreifen.

Bundesrat Dr. Schambeck (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Bundesrat Ing. Dittrich hat in seinen Ausführungen sowohl aus der Sicht des ersten Repräsentanten der Wiener Wirtschaft, aber auch im Hinblick auf die Situation der österreichischen Arbeitnehmer, der Arbeiter und Angestellten (*Bundesrat Schamberger: Die haben die Steuervorteile bei den Pkw nicht gehabt! - Bundesrat Bürkle: Er kann nur Schlagworte nachreden, der Herr Lehrer!*), auf die Situation des österreichischen Wirtschafts- und Soziallebens und damit auch der sozialen Sicherheit hingewiesen, und in einer sehr klaren Form die Folgen der heutigen Finanz-, Budget- und Steuerpolitik aufgedeckt.

Im Anschluß an seine Ausführungen möchte ich vor allem zum 2. Abgabenänderungsgesetz den EntschlieBungsantrag der Bundesräte Dr. Schambeck und Fraktionskollegen betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze anstatt ständiger Belastung der österreichischen Bevölkerung mit folgendem nachstehendem Wortlaut und Begründung, Hoher Bundesrat, einbringen.

Der Bundesrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, anstelle der permanenten Belastungspolitik - die die österreichische Bevölkerung und die heimische Wirtschaft seit zwei Jahren zu spüren bekommt und die die Vollbeschäftigung ernstlich gefährdet - umgehend sowohl ein Gesamtkonzept zur Erhaltung der bestehenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze - analog dem ÖVP-Modell - zu erstellen als auch konkrete Detailmaßnahmen

12292

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dr. Schambeck

zur Sicherung der Vollbeschäftigung zu ergreifen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, Hoher Bundesrat, zur Begründung anführen:

Die sozialistische Finanz- und Budgetpolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, daß die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen der öffentlichen Hand 1978 erstmals mehr als 40 Prozent des nominellen Bruttonationalproduktes ausmachen werden.

Immerhin arbeitet somit jeder berufstätige Österreicher mit einer Fünf-Tage-Woche im Durchschnitt bereits mehr als zwei Tage alleine für den Finanzminister. *(Bundesrat Schipani: Die Kommunisten haben früher gesagt, sie arbeiten fünf Tage für den Arbeitgeber! - Bundesrat Schamberger: Nehmen Sie zur Kenntnis, daß der Arbeitnehmer das zurückbekommt in vielseitiger Hinsicht!)* Jeder Erwerbstätige hat im Schnitt pro Kopf 115 000 S an Steuern zu bezahlen. Das entspricht einer durchschnittlichen monatlichen Pro-Kopf-Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung von zirka 9 500 S. Dabei ist in erster Linie die generelle Tendenz unverkennbar, jene Abgaben zu erhöhen, die nicht unmittelbar als solche erkennbar sind, nämlich die indirekten Steuern, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer.

Daneben ist vor allem die Lohnsteuer - eine Nichtsenkung der Lohnsteuer kommt einer Steuererhöhung auf kaltem Wege gleich - seit 1975 explosionsartig angestiegen. Brachte sie im Jahre 1975 dem Finanzminister Einnahmen in Höhe von 26,8 Milliarden Schilling, so sind für 1978 bereits 50,9 Milliarden Schilling prognostiziert.

Sie ist somit seit 1975 um 90,3 Prozent gewachsen. Das bedeutet, daß die Lohnsteuereinnahmen fast dreimal so rasch gestiegen sind wie die Löhne und Gehälter selbst.

Entfielen 1975 auf jeden Lohn- und Gehaltsempfänger pro Jahr im Durchschnitt noch 9 900 S an Lohnsteuer, so werden es 1978 bereits 18 800 S sein.

Auch die Umsatzsteuer erfuhr nach der Umstellung im Jahre 1973 eine kräftige Aufwärtsentwicklung. Während sie in den vier Jahren von 1966 bis 1970 um knapp 8 Milliarden Schilling oder 44 Prozent zugenommen hatte, beträgt ihre voraussichtliche Steigerungsrate von 1973 bis 1977 35 Milliarden Schilling oder 97 Prozent. Das ist beinahe das Viereinhalbfache der ÖVP-Zeit, womit wohl eindeutig feststeht, daß sich der Finanzminister durch die Umstellung auf die Mehrwertsteuer zusätzliche Einnahmen von jährlich mehreren Milliarden Schilling verschafft hat. Durch die Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes ab 1978 ist

abermals bei der Mehrwertsteuer ein gewaltiger Ruck nach oben zu erwarten.

Diese Fakten, Hoher Bundesrat, sind vor allem das Ergebnis der permanenten sozialistischen Belastungspolitik. So wurde vor etwa zwei Jahren seitens der Regierung eine Belastungslawine ins Rollen gebracht, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist und die der österreichischen Bevölkerung jährlich zusätzliche Tarif-, Gebühren- und Steuererhöhungen in einem Ausmaß von 45 bis 50 Milliarden Schilling beschert. Das sind im Durchschnitt immerhin zirka 16 000 S pro Kopf jedes erwerbstätigen Österreichers.

Dazu kommt noch, daß alle in der Zwischenzeit eingetretenen beziehungsweise unmittelbar bevorstehenden Belastungen trotz gegenteiliger Versprechungen seitens des Finanzministers und des Bundeskanzlers erfolgt sind.

Die sozialistische Belastungspolitik führt letzten Endes zum Verlust jeglichen Leistungsanreizes und gefährdet so manchen Arbeitsplatz. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Denn einerseits wird dadurch unsere internationale Konkurrenzfähigkeit vermindert, andererseits wird Kaufkraft zur Unzeit abgeschöpft und somit die Nachfrage nach einer Reihe von Gütern und Dienstleistungen gedrosselt.

Dies ist angesichts der vom Institut für Höhere Studien prognostizierten Arbeitslosenraten von 4 und 5 Prozent in den Jahren 1979 und 1980 und infolge der Tatsache, daß in nächster Zeit jährlich zirka 30 000 neue Arbeitsplätze benötigt werden, besonders bedenklich.

Lassen Sie mich, Hoher Bundesrat, meine Damen und Herren, zum Schluß kommend die Bemerkung hinzufügen, daß ich diesen Entschließungsantrag zu Beginn dieser Debatte eingebracht habe, weil wir nach der Meinungsbildung über das gesamte Belastungspaket, wie wir es bezeichnen, doch Gelegenheit nehmen sollten, gemeinsam als zweite Kammer der österreichischen Gesetzgebung im Sinne unserer uns ungeteilt treffenden Verantwortung für das Gemeinwohl gemeinsam einen Schritt in der Öffentlichkeit zu setzen, nicht bloß eine kritische Auseinandersetzung, die sehr wohl erforderlich ist, sondern eine gemeinsame Aufforderung an die österreichische Bundesregierung, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, aber lassen Sie mich auch betonen, auch der Landwirtschaft und die Arbeitsplätze der österreichischen Arbeiter und Angestellten zu sichern und darauf eindeutig hinzuweisen.

In diesem Sinne übergebe ich Ihnen, Herr Vorsitzender, den Entschließungsantrag. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Reichl**: Der von den Bundesräten Dr. Schambeck und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Zu Wort hat sich weiters gemeldet Herr Bundesrat Steinle. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Bundesrat **Steinle** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Meine Fraktion wird dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates die Zustimmung erteilen. Aus diesem Anlaß habe ich folgenden Antrag einzubringen:

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen den nachstehenden Antrag, der Bundesrat wolle beschließen: Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. 11. 1977 betreffend 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 wird kein Einspruch erhoben.

Hohes Haus! Bevor ich in meinen Ausführungen fortfahren werde, möchte ich Kollegen Ing. Dittrich zu seinen Ausführungen doch eine Antwort geben. Wir verwahren uns schärfstens dagegen, daß in Ihren Ausführungen davon gesprochen wurde, daß diese Bundesregierung das freie Unternehmertum abschaffen will. Gerade ich, Herr Kollege, stehe einer Berufsgruppe vor, die sicher eine der ärmsten in Österreich ist. Ich bin der Vorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft Österreichs und muß Ihnen eines hier zur Antwort geben: Wenn diese Bundesregierung nicht bereit gewesen wäre, Hunderte Millionen zur Verfügung zu stellen, um überhaupt in dieser Berufsgruppe heute noch Beschäftigte zu haben, dann wäre wahrscheinlich diese Sparte bereits aus Österreich weg. Wir haben Tausende Arbeitsplätze nur mit Unterstützung dieser Bundesregierung halten können. Zu gleicher Zeit können wir durch Strukturbereinigungsmaßnahmen heute noch rund 95 000 Menschen beschäftigen gegenüber 135 000 Menschen in diesen Berufsgruppen im Jahre 1973.

Ich stehe dazu und bin bereit, den Beweis für diese Behauptung anzutreten, daß das schlechte Management in den meisten Fällen die Schuld daran getragen hat, daß diese Betriebe in diese Wirtschaftskrise hineingeschlittert sind. Die Bundesregierung war dann auf Grund unserer Intervention bereit, diese Betriebe mit den Arbeitsplätzen neuerlich abzusichern und zu erhalten. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Und wenn Sie, Herr Kollege Dittrich, die Wirtschaft Wiens vertreten, dann werden Sie als Präsident der Handelskammer sicher auch jene

Importziffern kennen, die unsere Arbeitsplätze in Österreich gerade in dieser Branche sehr verunsichern. Nie waren die Handelskammer und der Handel in Österreich bereit, darüber zu reden, Selbstbeschränkung zu üben, um unsere Arbeitsplätze abzusichern. Das ist Ihre Wirtschaftspolitik, die wir ablehnen. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe des Bundesrates Bürkle.)* Bitte, Kollege Bürkle, ich bin bereit, alles zu beweisen, was ich hier spreche.

Und wenn Sie in Ihren Ausführungen, Herr Kollege Dittrich, das Wort „Privilegien“ verwendet und von „Privilegienabbau“ gesprochen haben, dann kann ich Ihnen sagen, daß wir eine Berufsgruppe sind, für die das Wort „Privilegien“ in der Regel ein Fremdwort bedeutet und sonstige Begünstigungen einfach nicht gegeben sind, wenn das nicht auf gesetzlicher Basis im Parlament vereinbart wurde.

Ich bekenne mich voll zu den im Abgabenänderungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen. Was hat es mit diesem Gesetz auf sich?

Sämtliche Luxusautos Österreichs wurden mobilisiert, um in Wien zu bekunden, daß einer Gruppe unrecht getan wird. Ich will nicht polemisch werden, wie Sie es getan haben, aber sicher wäre mir darnach zumute.

Mit diesem 2. Abgabenänderungsgesetz, sehr geehrte Damen und Herren, werden gleich zwei Fliegen mit einem Streich geschlagen, und zwar führt dieses Gesetz zu einer größeren Steuergerechtigkeit und andererseits auch zu wesentlichen Mehreinnahmen des Bundes. Über notwendige Mehreinnahmen des Bundes mag der eine oder der andere in diesem Gremium anderer Meinung sein. Ich persönlich halte es als unabdingbare Notwendigkeit, hier entsprechende Maßnahmen zu setzen, Maßnahmen, die sich letzten Endes wieder im Positiven auf die Beschäftigungssituation dieses Landes umschlagen. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Wir haben es seit dem Jahre 1974 mit unserer Beschäftigungspolitik bewiesen, daß wir Vollbeschäftigung haben. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Reichl** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte jetzt den Redner sprechen zu lassen.

Bundesrat **Steinle** *(fortsetzend)*: Man kann sicher in diesem Entwurf neue Weichenstellungen erkennen, und zweifelsohne sind das nicht nur solche, die die ungetrübte Freude der Bundeswirtschaftskammer auslösen.

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo jeder sein Scherlein dazu beitragen muß, daß die soziale Sicherheit und Stabilität in Österreich in

12294

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Steinle

der Form, wie sie jetzt besteht, erhalten bleibt. *(Bundesrat Dr. Fuchs: Dann tun Sie es doch, bitte!)* Ich komme noch darauf zu sprechen! Ich möchte nun auf die vorgeschlagenen Maßnahmen näher eingehen.

Sicher ist klar erkennbar, daß die Verteilung der Steuerlast zu Ungunsten der Unternehmungen verschoben wird. Das, meine Damen und Herren, ist aber nichts anderes als die Korrektur einer Verzerrung, die erst in den letzten Jahren entstanden ist. Nehmen Sie bitte nur einen Vergleich her, und zwar ist der Anteil der Lohnsteuer am Bruttomasseneinkommen von 4,9 Prozent 1968 auf 8 Prozent im Jahre 1977 gestiegen. Das läßt natürlich einen deutlich steigenden Trend erkennen.

Die Gewinnsteuern 1977 laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung werden etwa 20 Prozent der Gewinne ausmachen. 1968 sind das zum Beispiel noch 21,4 Prozent gewesen, 1969 sind sie bereits auf 20,4 Prozent abgesunken.

Bei den Löhnen sind die Steuern in den letzten Jahren wesentlich rascher gestiegen, als das bei den Gewinnen der Fall war. Meine Damen und Herren, man redet ja auch nicht von einer vollen Korrektur. Eine volle Korrektur wäre gerade jetzt in der wirtschaftlichen Gesamtsituation nicht praktikabel. In einem gewissen Ausmaß, so wie das jetzt geschehen ist, sind solche Korrekturen auf alle Fälle notwendig.

Am Rande möchte ich nur erwähnen, daß jetzt mit dieser letzten Schließung der Steuerlücken wahrscheinlich nicht einmal jene Einnahmenseitige Kompensiert werden, die die zahlreichen neuen Begünstigungen der letzten Jahre mit sich gebracht haben.

Mein Vorredner hat bereits auf die Neuregelung des Vorsteuerabzuges für die Kraftfahrzeuge, ich möchte höflich sein, dezent hingewiesen. Ich sehe es als eine Forderung der Steuergerechtigkeit an, daß auch der Unternehmer seinen Teil zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben beitragen soll und neue Autos nur mehr in geringerem Ausmaß von der Steuer absetzbar sind.

Tatsache allerdings ist, daß rein betrieblich genutzte Fahrzeuge nach wie vor voll absetzbar sind. Die steuerliche Begünstigung wird nur durch die Herabsetzung der vorzeitigen Abschreibungsmöglichkeit auf 25 Prozent eingeschränkt.

Mittels Erlasses wird auch der Grenzbereich zwischen betrieblichem Nutzfahrzeug und Lkw festgelegt. So sind zum Beispiel Kleinbusse voll abschreibbar. Fahrzeuge mit einer Ladefläche und zwei Sitzen haben den vollen Vorsteuerabzug.

Meine Damen und Herren! Ich will diesen Punkt nicht dazu verwenden, polemisch zu werden. Aber eines möchte ich hier in diesem Raum festgestellt haben: Tatsache ist, daß für die Ausübung des Berufes nicht unbedingt Luxusfahrzeuge, also gewisse Größen von Pkw, absolut notwendig sind. Dieser Meinung sind wir, und das wurde mit dieser Neuregelung abgeschafft. Dazu bekenne ich mich als Gewerkschafter, der eine Gruppe zu vertreten hat, die wohl die niedrigsten Verdienste in Österreich hat.

Daß dieser Gesetzentwurf von der ÖVP dazu hergenommen wurde, um zu einem Steuerstreik aufzurufen, ist eine Sache, die sehr beunruhigt *(Bundesrat Dkfm. Löffler: Das ist doch ungeheuerlich! - Bundesrat Schipani: Das ist gar nicht ungeheuerlich! Erst streiken und dann bestreiten!)*, und zwar deswegen, weil von uns Gewerkschaftern in bestimmten Situationen immer wieder gerade von Seiten der Industrie das Leisetreten verlangt wird. Daher glaube ich, daß es auch Verpflichtung jener Wirtschaftstreibenden ist, auf Grund dieses Maßnahmenpaketes auch die dazu notwendige Verantwortung zu tragen.

Ich ersuche, daß diese Regelung so zu sehen ist, wie sie vorliegt. Nicht die Privilegien einzelner oder einzelner Gruppen helfen uns, die weitere wirtschaftliche Entwicklung gut zu überstehen und dem österreichischen Staatsbürger eine angemessene soziale Sicherheit und Stabilität zu bieten.

Mehr Steuergerechtigkeit ist und bleibt ein wesentlicher Punkt für ein vernünftiges Miteinander in der Zukunft.

Der zweite strittige Punkt des Abgabenänderungsgesetzes betrifft die Beseitigung der Überdotierung des Sozialkapitals. Es ist mir klar, daß diese Begünstigung eine der wichtigsten Quellen für die Steuerfreibildung von Eigenkapital in Österreich war. Schon aus dem einen Grund, weil nämlich Abfertigungs- und Pensionsansprüche lange vor ihrer Fälligkeit in einer Höhe von 80 Prozent als Aufwand verbucht werden konnten.

Das hatte den Effekt, daß bei sehr vielen Firmen die jährlichen Dotierungen dieser Reserven ein Vielfaches der ausgewiesenen Gewinnsomme ausmachen. Die Folgewirkung dieser großzügigen Förderung und auch noch einiger anderer Begünstigungen war die langfristige Stagnation der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Bei der Körperschaftsteuer ist diese Auswirkung besonders deutlich, nämlich dort, wo diese Stagnation trotz einer Vervielfachung der Zahl der steuerpflichtigen Gesellschaften und da wiederum insbesondere der Gesellschaften mit beschränkter Haftung eintrat.

Steinle

Auf Grund dieses Gesetzentwurfes soll nun eine Vorsorge für Abfertigungen bis zur Hälfte der bestehenden Ansprüche gebildet werden können. Statt bisher einem Viertel muß künftig die Hälfte des Reservebetrages in Form von festverzinslichen Wertpapieren angelegt werden.

Die Pensionsrückstellung wird mit dem Fünffachen des Jahreserfordernisses für zugesagte Pensionen beschränkt. Der Finanzminister hat damit eines erreicht: daß eine große Steuerlücke, die bis jetzt vorhanden war, geschlossen werden konnte.

Immer wieder wird von seiten der ÖVP angeführt, daß diese Bestimmung eine Gefährdung bestehender Arbeitnehmeransprüche darstellt. Ich bin überzeugt davon, daß das schon deshalb nicht der Fall sein kann, weil die ausgewiesenen Rückstellungen ja keineswegs eine reale Sicherung dieser Ansprüche darstellten und im Konkursfall keineswegs auf die Reserven zurückgegriffen werden konnte.

Was damit tatsächlich verändert wird, ist der Beitrag, den der Staatshaushalt an die Unternehmer leistet. Damit wird den Unternehmern die Zahlung von Abfertigungen und Betriebspensionen erleichtert.

Es wäre einfach völlig unlogisch für die Gewerkschaftsbewegung, wenn die Durchsetzung von Forderungen oder die Erhaltung von Ansprüchen immer durch Förderungsmaßnahmen für Unternehmer geschützt werden müßten. Das würde auf keinen Fall den Grundsätzen der Gewerkschaft entsprechen. Eine solche Steuerpolitik wäre für Arbeitnehmervertreter einfach nicht verantwortbar. Das würde darauf hinauslaufen, daß der Staat solche Maßnahmen lediglich aus den Massensteuern der Umsatz- und der Lohnsteuer finanziert.

Wir haben dafür zu sorgen, daß derartigen Tendenzen Einhalt geboten wird.

Es ist mir auch verständlich, daß solche Schritte sehr, sehr empfindliche Reaktionen auf der Unternehmerseite auslösen. Aber das, meine Damen und Herren, muß eben einmal in Kauf genommen werden, wenn die Lasten, Gemeinschaftsleistungen einigermaßen gerecht - ich sage: nur einigermaßen gerecht - verteilt werden sollen.

Leider ist es so, daß die Steuermoral der österreichischen Unternehmer nicht unbedingt die beste ist. (*Bundesrat Dr. Fuchs: Vorsicht! Schauen Sie sich einmal die Pfuscher an, ob die die Steuern bezahlen!* - *Bundesrat Schamberger: Das ist kein Vergleich, die Größenordnung ist anders!* - *Bundesrat Dr. Fuchs: Eben! Die Größenordnung ist interessant!*)

Herr Bundesrat Fuchs, das sage ich deshalb, weil unlängst eine Schätzung über die Flucht österreichischer Unternehmer in das Steuerparadies Liechtenstein publiziert wurde. Ich möchte das nur am Rande erwähnen. (*Bundesrat Dr. Fuchs: Von wem! - Bundesrat Dkfm. Löffler: Von wem ist die Schätzung?*) Danach sollen von rund 28 000 Sitzgesellschaften in dieser kleinen wunderbaren Steueroase an die 10 000 Österreicher gehören.

Meine Damen und Herren, überlegen Sie: Von 28 000 Gesellschaften in Liechtenstein gehören 10 000 Österreicher oder österreichischen Staatsbürgern, die nichts anderes als Steuerflucht begangen haben. (*Bundesrat Pumpernik: Auch Gesellschaften mit Ausländern!*) Die habe ich nicht ausgenommen. Das ist die Bestätigung, daß ich die Wahrheit gesagt habe. Es ist nett, daß Sie das sagen.

Eines ist klar, sehr geehrte Damen und Herren: daß die Transferierung von Gewinnen in solche Briefkastenfirmen von einer großen Zahl österreichischer Firmen praktiziert wird, und das ist nicht nur eine vage Annahme. Vermutlich wären die Steuereinnahmen bei diesen Firmen doppelt so hoch, könnte man diese Praktiken offen darlegen. Aber das ist eine Illusion und einfach unmöglich.

Am Rande sei noch vermerkt, daß der Erfindungsreichtum der Steuersparexperten auch nicht ohne ist und immer wieder neue Steuerlücken entdeckt werden. Gerade die Herren der Industrie möchte ich wieder einmal mehr an das Auftauchen der sogenannten Verlustgesellschaften erinnern. So nebenbei gesagt, sind die Mißbräuche des Strukturverbesserungsgesetzes und auch der steuerfreie Gewinn aus den wertgesicherten Gesellschafterdarlehen nicht ohne. (*Der Vorsitzende übernimmt die Geschäftsführung.*)

Auf der einen Seite weiß man, daß man das Gleichgewicht im Staatshaushalt herstellen muß. Ich unterstelle niemandem, daß das nicht das Interesse jedes einzelnen in diesem Raum sein sollte. Anscheinend ist es notwendig und vielen nicht klar genug, daß man auf diese Situation immer wieder hinweisen muß.

Das Gleichgewicht im Staatshaushalt ist eine unabdingbare Notwendigkeit dafür, daß wir in Zukunft auch in der Lage sein müssen, sichere Arbeitsplätze zu gewährleisten.

Die Rezession 1974/1975 hat ihren Preis gefordert. Teilweise auslösendes Moment für die damalige Situation war der Ölpreis-Schock. Auf Details brauche ich ja heute nicht mehr einzugehen, aber jeder weiß, daß es damals die stark anfälligen Branchengruppen wie eben die Branchen der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie besonders arg getroffen hat. Mit

12296

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Steinle

Unterstützung der Bundesregierung konnte damals das Ärgste verhindert werden.

Ich erinnere daran, daß die öffentliche Hand Großaufträge vergeben hat. Auf diese Weise sind stark unterbeschäftigte Betriebe so halbwegs mit der Beschäftigungssituation über die Runden gekommen. Ich erinnere weiters daran, daß mit Hilfe von Arbeitsmarktförderungsgeldern so manchem Betrieb die Möglichkeit geboten wurde, sich wieder zu erfangen, daß begünstigte Kredite zur Errichtung neuer Arbeitsplätze und zur Sanierung bestehender Arbeitsplätze jedenfalls stärksten Ausmaßes vergeben und daß viele gemeinsame Aktionen dazu geführt haben, die Substanz so mancher Betriebe zu erhalten, die ansonst in der Riemergasse gelandet wären.

Aber das alles, meine Damen und Herren, hat sehr viel Geld gekostet. Aus diesem Grunde ist es höchst notwendig, im Rahmen des Staatshaushaltes dafür Sorge zu tragen (*Bundesrat Bürkle: Wieviel hat das gekostet?*) - 35 Milliarden Schilling, Herr Kollege -, daß wir auch 1978 in der Lage sein werden, Beschäftigungspolitik im wahrsten Sinne des Wortes zu praktizieren. Daß das Jahr 1978 kein Jubeljahr der Hochkonjunktur werden wird, ist in diesem Kreis jedem klar. (*Bundesrat Dr. Fuchs: Dank dieser Regierung! - Rufe bei der SPÖ: Ihr wißt ja überhaupt nicht, was in der Welt vorgeht!*)

Dieser Umstand darf und kann nicht zur Folge haben, daß der sozial schwächste Teil in diesem Staat - und das sind auch die Arbeiter der Bereiche, die ich zu vertreten habe - nicht auch noch durch Arbeitslose zusätzlich bestraft wird.

Vielleicht, meine Damen und Herren, sollten wir in mancher Beziehung auch ein bißchen Umdenken lernen. Nicht jeder darf alles für sich beanspruchen, jeder muß seinen Obulus zur Bewältigung schwieriger Situationen beitragen.

Steuergerechtigkeit ist eine Voraussetzung für ein faires Miteinander in jedem Staat. Privilegien machen einzelne nur scheinbar stärker und das auch nur kurzfristig, weil sie einfach Sand im Getriebe eines gerechten Systems sind. Die positive Einstellung zu sich selbst ist zwar gut, darf aber nicht das Maß aller Dinge sein. In jedem Betrieb ist eine solche positive Einstellung des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer und umgekehrt notwendig. Auch hier ist Gerechtigkeit das Maß aller Dinge. Ich bitte Sie, das auch auf steuerlichem Gebiete so zu sehen, wie es ist.

Von dieser Warte aus betrachtet, ist eine Demonstration mit Pkw sicherlich noch nicht so beunruhigend, beunruhigend wäre für uns sicher ein Aufmarsch arbeitsloser Arbeiter. Um das zu vermeiden, sollen eben die Selbständigen

mit speziell teuren Autos in Wien vorgefahren sein und, wie die Wiener so schön sagen, ein „Alzerl“, ein bisserl mehr dazu beitragen, daß wir auch in der Zukunft in der Lage sind, auf uns zukommende Probleme im Sinne unserer Mitmenschen lösen zu können.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, seitens Ihrer Fraktion so vehement dafür eintreten, daß dieses vorliegende Gesetz nicht beschlossen werden soll, dann würde ich Sie doch bitte noch auf eines hinweisen: Gestern nachmittag hat der Bundesvorstand des ÖGB getagt und in dieser Sitzung im Zusammenhang mit dem vorliegenden Maßnahmenpaket einen Entwurf zur Aussendung erstellt. Ich werde mir erlauben, einige Sätze aus diesem Entwurf vorzulesen, und zwar deswegen, weil auch die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaftsfraktion einstimmig diesen Entwurf gebilligt und nicht so wie der Generalsekretär des ÖAAB im Juni gesagt haben, wir müssen die Steuerreform verlangen, damit wir den Sozialisten das Geld entziehen, damit sie ihr Wirtschaftsprogramm nicht durchsetzen können. Diese Aussage auf der einen Seite, auf der anderen Seite jene Vertreter der Christlichen Fraktion im ÖGB, die bereit sind, diesem Maßnahmenpaket und dem Entwurf zu diesem Maßnahmenpaket einstimmig zuzustimmen. Ich glaube, hier sei gesagt, daß jene Menschen, die mit der Materie und mit der Praxis zu tun haben, immer bereit sind, auch bei Maßnahmen, die nicht immer sehr populär sein können, mitzustimmen.

Ich glaube, es müßte Kollege Dr. Lichal ja bei der Abstimmung dafür stimmen, weil er gestern auch im Bundesvorstand des ÖGB mitgestimmt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion wird dieser Gesetzesvorlage gerne die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Steinle und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuer-gesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Vermögenssteuergesetz 1954, das Umsatzsteuer-gesetz 1972, das Alkoholabgabengesetz 1973 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden (2. Abgabenänderungsgesetz 1977), keinen Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Heinzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat **Heinzinger** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein

Heinzinger

Vorredner, der Vorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft, hat gleich in seiner Einleitung die Entschuldigungspalette für das Versagen der sozialistischen Bundesregierung um eine neue Variante bereichert: Schuld sei das Management, wenn' es nicht funktioniert. Und die sozialistischen Programmbastler in Graz - ich hoffe, die Kollegen haben das studiert, wenngleich darüber nicht diskutiert wurde - sagten über dieses gleiche Management - damit sie es dann leichter finden, kann ich Ihnen genau sagen ... *(Ruf bei der SPÖ: Das kennen wir!)*

Das kennen Sie, aber Sie haben es zu wenig sorgfältig gelesen. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sozialistische Programmbastler in Graz sagten über das gleiche Management: Kapitalformen wie Aktiengesellschaften - und das soll es im Textilbereich geben - lassen den persönlichen Eigentümer der Produktionsmittel in seiner Bedeutung zurücktreten - offensichtlich ist er nach dieser Meinung nicht mehr so verantwortlich - und übertragen die Verfügungsmacht auf eine Schicht von Managern; die technische und wissenschaftliche Intelligenz wird für die Entwicklung der Produktion und ihrer Organisation entscheiden. *(Ruf bei der SPÖ: Was hat denn Ihr Vorredner anderes gesagt?)*

Diese Leute, für die Sie auf der einen Seite groß eintreten, diese Kollegenschaft diffamieren Sie hier persönlich, diese Kollegenschaft, die durch die angestelltenfeindliche Politik des Herrn Finanzministers besonders drankommt; darauf werde ich noch zurückkommen.

Sie haben heute von dieser Stelle aus eine Diffamierung in die Welt gesetzt, indem Sie uns unterstellt haben, die Österreichische Volkspartei habe sich für einen Steuerstreik ausgesprochen.

Ich bitte Sie, ein bißchen zu überlegen, bevor Sie eine solche Unwahrheit unverantwortlich in die Welt setzen. Die Österreichische Volkspartei hat sich für keinen Steuerstreik ausgesprochen, in keiner Institution, in keiner ihrer Organisationen, weil sie um die Schwierigkeiten weiß, in die diese sozialistische Bundesregierung unser Land hineingewirtschaftet hat.

Und Sie haben versucht zu erklären, daß die Rückstellung bei den Pensionen dazu geführt habe, daß eigentlich die Arbeitsplätze nicht gesichert werden können.

Es scheint Ihrer Aufmerksamkeit entgangen zu sein bzw. dem wirtschaftspolitischen „Weitblick“ des Arbeiterkammerpräsidenten Czettel zu entsprechen, wenn Sie nämlich nicht erkennen, daß nur die laufenden Investitionen in ein Unternehmen, die gesunden Strukturen eines Unternehmens und nicht ein Kapital auf einem Bankkonto die Arbeitsplätze sichern. Weil

nämlich zu wenig investiert werden konnte durch die Gesamtpolitik dieser Bundesregierung, weil die Atmosphäre für Investitionen zerschlagen wird, weil mutwillig das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer von Ihnen sabotiert wird *(Zwischenrufe der Bundesräte Schamberger und Steinle)*, deshalb sind die Arbeitsplätze bei Ihnen gefährdet, deshalb können in der Textilindustrie keine höheren Gehälter gezahlt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und zum Schluß haben Sie natürlich versucht, in eine untere Lade zu greifen, indem Sie angedeutet haben: Na ja, diese Volkspartei wäre dagegen, aber in der Gewerkschaft habe man dafür gestimmt. Und Sie waren unredlich - im Detail wird mein Freund Lichal, der dem Vorstand angehört, darüber berichten -, denn Hans Gassner hat deutlich gesagt, daß er dem Abgabenänderungsgesetz nicht zustimmen kann, daß er der Lohnsteuernpolitik dieser Regierung nicht zustimmt *(Bundesrat Steinle: Und trotzdem einstimmig angenommen!)*, daß er aber - großartige Leistung von ihm - diesen ÖGB, dem eine besondere Verantwortung zukäme - die er im Augenblick gegenüber der Regierung wahrnimmt, nicht aber gegenüber den Arbeitnehmern - nicht spalten möchte. Diese Geschlossenheit des ÖGB kann noch einmal in einer äußerst schwierigen Situation notwendig werden. Belasten Sie nicht durch Unredlichkeit die Zusammenarbeit der Fraktionen im ÖGB! *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schamberger: Wie edell!)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegen meiner Fraktion werden diesem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 nicht zustimmen, und ich darf einen Antrag einbringen: Der Bundesrat wolle Einspruch erheben.

Die Begründung:

„Der vorliegende Gesetzesbeschluß enthält eine Reihe von massiven Beitragserhöhungen.

Im Bereich der Pensionsversicherung wird ein Zusatzbeitrag von 2 Prozent eingeführt (0,5 Prozent werden von den Dienstnehmern aufgebracht, 1,5 Prozent von Dienstgebern). Die um einen Prozentpunkt höhere Dienstgeberbelastung wird durch eine Senkung des Dienstgeberbeitrages zum Familienlastenausgleich von 6 Prozent auf 5 Prozent ausgeglichen. (Ausräumung des Familienlastenausgleichsfonds!)

Die Beiträge zur Pensionsversicherung der Selbständigen werden im Gegensatz zur Mehrbelastung der Dienstnehmer nicht um 0,5 Prozent, sondern sogar um 1 Prozent erhöht. Im Bereich der Landwirtschaft und für

12298

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Heinzinger

Kleinbetriebe wird die Situation noch dadurch verschärft, daß die Beitragssenkung beim Familienlastenausgleich für bäuerliche Betriebe und für Kleinbetriebe nicht wirksam wird.

Auch die vorübergehende Herabsetzung der Ausfallhaftung des Bundes für die Pensionsversicherung um einen Prozentpunkt ist nicht akzeptabel.

Im Bereich der Krankenversicherung findet die seit Jahren fällige Reform wieder nicht statt, sondern es wird neuerlich nur über die Einnahmenseite operiert und damit die Probleme nur aufgeschoben. So wird die Höchstbeitragsgrundlage von bisher Zweidrittel auf Dreiviertel der Höchstbeitragsgrundlage der Pensionsversicherung angehoben.

Auch wenn die Anhebung der Rezeptgebühr als einzige Maßnahme als im Ansatz richtig erscheint, müssen jedoch gegen die Undifferenziertheit (Berücksichtigung der sozial Schwachen) dieser Maßnahme schwere Bedenken erhoben werden.

Schließlich erscheint auch die Erhöhung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung von 2 Prozent auf 2,1 Prozent als nicht der richtige Weg, Arbeitsplätze zu sichern, geschweige denn, welche zu schaffen. Statt die Wirtschaft ständig mit neuen Belastungen zu konfrontieren, sollten eher Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen gesetzt werden."

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem heute zur Beratung stehenden Gesetzespaket leistet die sozialistische Bundesregierung, leisten die sozialistischen Abgeordneten einen wirtschaftspolitischen Offenbarungseid. Die österreichischen Sozialisten haben in den wenigen Jahren ihrer Regierungszeit das wirtschaftlich wohlbestellte, das währungswohlbestellte, das zahlungsbilanzmäßig wohlbestellte, das budgetmäßig wohlbestellte Haus Österreich zu einem dringenden Reparaturfall gemacht.

In einer Lizitation von Belastungen ohnegleichen versuchen die Sozialisten nunmehr (*Bundesrat Schamberger: Lizitieren tun Sie!*), ihre verfehlte Politik zu reparieren. Die Liste der Belastungslizitation ist ein besorgniserregender Wegweiser in Richtung Gefährdung österreichischer Arbeitsplätze.

Die Lizitation an Belastungen ist die längste Negativliste, die jemals eine österreichische Regierung eingebracht hat: Umsatzsteuer, Bundesmineralölsteuer, Bundeskraftfahrzeugsteuer, Vermögensteuer, Rechts- und Stempelgebühren, Patent- und Markenschutzgebühren, dreimalige

Erhöhung des Zigarettenpreises, zweimalige Erhöhung des Salzpreises, Telefongebühren, Postgebühren, Telegrammgebühren, Bahntarife, Abbau der Milchstützung, Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, Abbau der Sparförderung, und heute geht es weiter: Erhöhung der Bahntarife, Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, Verlust von Vorsteuerabzügen, steuerliche Verschlechterung bei Pension und Abfertigung, Erhöhung von Pensionsbeiträgen und, und, und, und.

Und bezüglich dieser Lizitation von Belastungen versuchen Sie, meine Damen und Herren, den Österreichern und der Volkspartei einzureden (*Bundesrat Schamberger: Nein, der Volkspartei nicht! Euch können wir das nicht einreden!*), daß das eine vernünftige Politik wäre, daß das eine arbeitsplatzsichernde Politik wäre. Meine Damen und Herren! Das ist eine sozialistische Krankheit, mehr Geld auszugeben, als man erwirtschaftet, und mehr zu versprechen, als man halten kann! (*Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schamberger: Und das sagt der Obmann des ÖAAB, der nur das Lizitieren kennt!*)

Am Ende dieses Weges steht die Gefährdung der sozialen Sicherheit, am Ende dieses Weges steht die Gefährdung des Wohlstandes, am Ende dieses Weges sind die Arbeitsplätze gefährdet. Und als bedrohlicher Überbau die Gefährdung des sozialen Friedens und des politischen Klimas im Lande überhaupt.

Lassen Sie mich aus dem 2. Abgabenänderungsgesetz, aus der Änderung des Umsatzsteuergesetzes, aus der Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes und aus dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz nur jeweils ein Beispiel herausnehmen. Bereits an diesen wenigen Beispielen wird deutlich werden, wie mit diesen Gesetzen die Arbeitnehmer Österreichs belastet werden, jedoch keine Impulse auf die wirtschaftliche Lage Österreichs ausgehen. Wir bekommen mit diesen Gesetzen mehr Sozialismus, aber weniger Fortschritt.

Mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz werden die Möglichkeiten freiwilliger Firmenpensionen wesentlich eingeschränkt. Dem Herrn Finanzminister war es vorbehalten, schon einmal die Gefährdung der Pensionen anzukündigen - eine Verunsicherung der alten Menschen in diesem Land. Dann wiederum hat sich der Herr Finanzminister in Alpbach korrigiert und plädiert für die Selbstvorsorge, für die Eigenvorsorge. Wir waren der Meinung: ein Hoffnungs-schimmer an Bewußtseinsänderung, wenngleich wir es nicht glaubten. Und gleich darauf die Korrektur. Die Möglichkeiten hierfür hat derselbe Finanzminister wieder zertrümmert.

Heinzinger

Und wo blieben die Herren Gewerkschaftskollegen von der sozialistischen Fraktion in dieser Sache? Wo blieben Sie, meine Herren Kollegen, in dieser Frage? Sie haben wie bei allen anderen Gesetzen zugestimmt. Gleichsam wie Jubelperser begrüßen Sie alle Maßnahmen der sozialistischen Bundesregierung. *(Bundesrat Schamberger: Weil sie eben für die Arbeitnehmer gut sind! - Bundesrat Steinle: Burgenlandwahl!)* Denn diese Möglichkeit, Betriebsvereinbarungen abzuschließen, ist ein großartiger Fortschritt der Mitbestimmung. Legen Sie keinen Wert auf Mitbestimmung? Herr Kollege, legen Ihre Betriebsräte keinen Wert auf Betriebsvereinbarungen? Ich verstehe, daß Sie jetzt schmerzlich lachen, es tut nämlich weh. Betriebsvereinbarungen werden mit diesem Gesetz erschwert. Zukünftige Möglichkeiten individueller Vorsorge werden zunichte gemacht.

Und die Einführung der 30prozentigen Luxussteuer zeigt wohl mit aller Deutlichkeit, daß der Luxus, den wir uns hoffentlich nur mehr bis 1979 leisten, diese sozialistische Bundesregierung sein wird. *(Bundesrat Schamberger: Der Ausdruck ist nämlich auch unredlich! Wenn man nicht rechnen kann, soll man es nicht sagen!)* Wir hoffen, daß wir uns diesen Luxus der sozialistischen Bundesregierung nur mehr bis 1979 leisten werden. Und ich warte schon, bis Ihre Redner erklären werden: Wir sind ein Volk von Luxusbürgern.

Und wie schaut dann das aus, welche Warengruppen sind denn da überhaupt drinnen? Und interessant ist auch, welche Warengruppen herausreklamiert wurden.

Porzellangeschirr wurde durch den Ideenreichtum des Finanzministers in Österreich im ersten Entwurf zum Luxus erklärt. Und wir verdanken es vielleicht den Gewerkschaftern, den sozialistischen *(Bundesrat Steinle: Also doch Mitbestimmung!)*, daß Österreich nicht zur Blechnapfkultur zurückkehren mußte, daß doch noch Porzellangeschirr in Österreich kein Luxus ist.

Und Akkordeons hätten nach dem Entwurf auch ein Luxus werden sollen. Ich weiß schon, daß Sie auf Grund der gräßlichen Musik Ihrer Regierung ein gestörtes Verhältnis zu Musikinstrumenten haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Deshalb müßte man die musisch Begabten Österreichs, für die wir immer eintreten, nicht mit einer 30prozentigen Luxussteuer bedienen. *(Bundesrat Schamberger: So disharmonische Töne wie Sie geben wir nicht von uns!)*

Ich verstehe auch, daß Sie den Eherring unter „Luxusgüter“ einteilen, wie die ganze Behand-

lung des Problemkreises Familie, zu dem Sie ein gestörtes Verhältnis haben.

Meine Damen und Herren! Mit diesem 30prozentigen Luxussteuersatz haben Sie den Warenkorb für viele Güter wesentlich höher gehängt. Sie haben damit auch wieder einmal einen Ihrer Grundsätze aus vordergründigen Überlegungen über Bord geworfen. Wo bleibt der Aufschrei der sozialistischen Basis gegen die indirekten Steuern? - Schweigen im Walde, immer Schweigen im Walde, wenn diese Regierung kritisiert werden sollte, immer wieder Jubelspazier, immer wieder Bravo. *(Bundesrat Schamberger: Die Bevölkerung weiß eben, wem Sie vertraut!)*

Die Bevölkerung in der Steiermark, in Tirol, in Oberösterreich, in Salzburg, in Vorarlberg, weiß, wem sie vertraut, sie wird im Jahre 1979 zeigen *(Ruf bei der SPÖ: Das Burgenland haben Sie vergessen!)* - das ist die Minderheit -, daß Sie das Vertrauen voll verspielt haben werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Mit der Änderung des Familienlastenausgleiches hält die familienfeindliche Politik der Sozialistischen Partei unvermindert an. Strafrechtsreform: gegen die Familie. Steuerreform: gegen die Familie. Eherecht: gegen die Familie. All diese Bereiche zeigen, daß die Sozialisten das Erlebnis Familie zutiefst nicht verstehen. Ein kleines Beispiel sind die geschätzten Minister vor mir. Der Herr Finanzminister, vor allem zuständig, regt sich echt auf, was mich bewegt, das zuständige Fräulein Familienminister ist von dieser Sache nicht beeindruckt. *(Bundesrat Schamberger: Das ist eine unerhörte Frechheit! - Vizekanzler Dr. Androsch: Das ist Ihr Geist! Was anderes fällt Ihnen nicht ein! - Bundesräte der SPÖ verlassen demonstrativ den Sitzungssaal.)*

Ich danke dem Herrn Finanzminister und stelle fest: die zuständige Frau Familienminister ist nicht bewegt. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Das ist doch kein Benehmen! Sie sind alles andere als ein Kavalier!)*

Für uns ist die Familie mehr als eine Sammlung von menschlichen Subjekten. Für uns ist die Familie mehr als ein variables Kleinkollektiv. Für uns ist die Familie ... *(Neuerlicher Zwischenruf Vizekanzler Dr. Androschs.)* Herr Finanzminister! Ich darf Sie bitten, Ihre Funktion als Minister auf der Regierungsbank nicht andauernd zu mißbrauchen.

Mit der Abschaffung der Freibeträge und der Umwandlung in Absetzbeträge ist ein weiterer Schritt gesetzt worden, mit welchem unter Vorspiegelung der gleichen Behandlung von Kindern eine kraß ungleiche Behandlung von

12300

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Heinzinger

Familien eingeleitet wurde. Uns geht es sehr wohl darum, daß Kinder gleich behandelt werden, aber gleich können Kinder nur behandelt werden in organisch gewachsenen Familien, und deshalb ist die Gleichwertigkeit und die gleichrangige Ausstattung von Familien entscheidend. Das haben Sie mit Ihren Gesetzen verhindert. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Sie sollten sich bei der Frau Kollegin entschuldigen!*)

Wenn sich der Herr Fischer entschuldigt - zum Verständnis: der Herr Finanzminister hat heraufgemurmelt, ich möge mich entschuldigen -, ich entschuldige mich gerne, wenn sich Herr Fischer für seine Ausführungen entschuldigt, bin ich in der nächsten Sekunde der, der sich auch entschuldigt. (*Beifall bei der ÖVP. - Vizekanzler Dr. Androsch: Welchen Grund hat denn Fischer?*) Auch wenn ich keinen Grund habe, würde mir das schon reichen, weil Herr Fischer, der alle Gründe hätte, sich dafür entschuldigen müßte. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Nach dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz sind es wieder einmal die Angestellten, die von dieser Regierung besonders zur Ader gelassen werden. Bereits einmal wurden 4,2 Milliarden Schilling Angestellte zur Pensionsversicherung der Arbeiter transferiert. Durch die Erhöhung der Pensionsbeiträge der Angestellten um einen halben Prozentsatz bezahlen Österreicher Angestellte um 700 Millionen Schilling mehr, ohne hierfür auch nur einen einzigen Schilling mehr zu bekommen.

Durch die Erhöhung der Bemessungsgrundlage der Krankenversicherung von 9 900 auf 12 600 erhöht sich der Beitrag der Angestellten um 560 Millionen. Für die Betroffenen um 945 S mehr, ohne daß dieser Erhöhung irgendeine Gegenleistung gegenüberstünde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie beurteilt die ausländische Presse diese fragwürdigen Leistungen der sozialistischen Regierung? - Ich zitiere aus der Hamburger „Zeit“ vom 7. Oktober:

„All das, was jetzt als Luxus verteufelt wird, wollten die Sozialdemokraten bisher den Österreichern beschenken: Gehobener Wohlstand, Europeaniveau. Doch ehe man dies wirklich geschafft hat, muß nun der Luxus für den kleinen Mann wieder höher gehängt werden.“

Oder „Die Welt“ vom 5. Oktober:

„Am 1. Jänner werden sie“ - nämlich die Österreicher - „die Rechnung für ein jahrelanges wirtschaftspolitisches Fehlverhalten von Bundeskanzler Bruno Kreisky und seiner Mannschaft bezahlen müssen.“ (*Bundesrat Dr.*

Bösch: Warum zitieren Sie nicht gleich den „Kurier“?)

Und die „Süddeutsche Zeitung“ vom 4. Oktober:

„Vor ein, zwei Jahren waren die Warnungen der konservativen Opposition, die Alpenrepublik könne nicht ökonomischer Naturschutzpark in einer von Inflation und Rezession und Energiemaßnahmen bedrängten Welt bleiben, von Kreisky als parteipolitische Miesmacherei abgetan worden. Inzwischen sind die Alarmzeichen unübersehbar geworden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur die Volkspartei in ihrer Kontrollfunktion zeigt den gefährlichen und unrichtigen Weg dieser Entwicklung auf, nicht nur die Berichterstattung der unabhängigen Medien in Österreich weist auf diese Entwicklung hin, auch die Berichterstattung der europäischen Presse, die die Vorgänge hier verfolgt, zeigen in dieselbe Richtung.

Nur zwei Organisationen in unserem Land, die eigentlich dazu berufen wären, im besonderen Maße die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, schweigen dazu: die sozialistischen Funktionäre in der Arbeiterkammer und die sozialistischen Funktionäre im Österreichischen Gewerkschaftsbund. Sie beschwerten sich, daß wir von der Volkspartei, daß wir als christliche Gewerkschafter sagen, sie mauern für diese Regierung, sie sind eine „Maurerpartei“ für diese Regierung, weil sie ihre Position als Parteisoldaten mit denen der Arbeitnehmervertreter verwechseln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und der jüngste Rednerdienst des ÖGB, meine Damen und Herren, ist ein Polierplan für diese Maurermannschaft, wo die Anleitung gegeben wird, wie man weiter der Regierung die Mauer bauen sollte. Und ich darf daraus zitieren, nur ein Beispiel, nämlich wo es darum geht, daß die Angestellten belastet werden: 4,2 Milliarden Erhöhung der Bemessungsgrundlage, nochmalige Erhöhung. Da heißt es:

Maßgeblich für die Ermittlung dieses Schlüssels ist der jeweilige Unterschiedsbetrag zwischen den Aufwendungen und den Erträgen des Pensionsversicherungsträgers. Die unterschiedliche Aufteilung des von allen Versicherten in gleicher Weise erbrachten Beitragsaufkommens entspricht dem die Sozialversicherung beherrschenden Solidaritätsprinzip. - Und so weiter und so weiter.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung ist zuständig, diese Abgänge zu decken und nicht andere Institutionen. (*Bundesrat Schipani: Sie kann doch das nicht alleine zahlen!*) Die Bundesregierung ist kraft Gesetzes

Heinzinger

dafür zuständig. Es handelt sich um einen Solidaritätsakt sozialistischer Gewerkschaftsfunktionäre für sozialistische Minister und um keinen Solidaritätsakt unter den Arbeitnehmern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie geben vor, daß diese Maßnahmen Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen sind. Und ich bin sehr gespannt, wie heute die sozialistischen Redner begründen werden die gigantischen Kostenerhöhungen, die gigantischen Steigerungen von Gebühren und Tarifen, Steuerbelastungen, die sich in den Preisen wiederfinden müssen, „Österreich wettbewerbsfähiger machen, denn nur eine wettbewerbsfähige Wirtschaft sichert Arbeitsplätze“.

Ich bin sehr neugierig, welche Begründungen sozialistische Redner geben werden, wie überfallsartige Belastungen langfristiges Planen ermöglicht, wie ohne mittel- oder langfristige Planungen Investitionen getätigt werden könnten.

Ich bin sehr interessiert zu erfahren, wie Sie die Arbeitsplätze in Österreich aufbauen und sichern werden, wenn für die Leistungen der österreichischen Arbeitnehmer die Lohnsteueranpassung immer kostspieliger wird.

Auch da haben Sie in Ihrem Programm in Graz, das Sie zwar beschlossen, aber nicht diskutiert haben, eine Passage drinnen, wo der Unterschied zwischen der sozialistischen Idee und der sozialistischen Praxis, zwischen dem sozialistischen Traum und der sozialistischen Wirklichkeit deutlich zu Tage kommt. Sie schreiben dort:

„An die Stelle einer Vielzahl untauglicher Maßnahmen“ – ich unterbreche das Zitat: Belastungsmaßnahmen dieser Regierung, Erhöhungen dieser Regierung, ich zitiere weiter –, „die die Unsicherheit der Produktions- und Investitionsentscheidungen eher vergrößern als abschwächen, sollen eine langfristig konzipierte Wirtschaftspolitik treten.“

Meine Damen und Herren! Die Volkspartei hat ein solches Konzept vorgelegt *(Bundesrat Schamberger: Ein untaugliches! – Bundesrat Schipani: Das könnt Ihr euch an den Hut stecken!)*, einen Plan von Dr. Taus mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen. Das einzige, was aus dem Bereich der Sozialistischen Partei von oben bis in die Mitte zu hören war, war, daß dieses Konzept nicht tauglich wäre. *(Bundesrat Schamberger: Da sind Dinge in diesem Konzept, die schon lange verwirklicht sind! Ihr hinkt der Zeit nach!)*

Die Prognosen der Arbeiterkammer, die Prognosen des ÖGB prophezeien für das nächste

Jahr die Zunahme der Arbeitslosenrate von 1,8 auf 2,5 Prozent. In einer solchen Situation wäre es notwendig, daß die Bundesregierung alle Maßnahmen sorgfältig studiert und nicht hoffärtig zurückweist.

Jetzt haben Sie in der Gerümpelkiste des Sozialismus nachgesucht und wieder einmal den Kapitalismus ausgegraben: Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist schuld an dieser Entwicklung. Das Ausland ist schuld. Heute haben wir gehört, das Management ist schuld. Alle sind schuld, nur diese „Glorreiche“ Regierung ist nicht schuld.

Meine Damen und Herren! Der Kapitalismus ist ungefähr um den Ersten Weltkrieg zu Ende gegangen *(Hört-Hört-Rufe bei der SPÖ)*, und ich darf bitten, daß der neue Staatssekretär, der von Wirtschaftsfragen etwas zu verstehen verspricht, in der Bundesregierung über den Unterschied zwischen Kapitalismus und sozialer Marktwirtschaft ein Privatissimum hält.

Denn die Fehler des Kapitalismus, gegen den auch wir entschieden sind, ... *(Bundesrat Schamberger: Den gibt es ja nicht mehr, haben Sie gesagt! Dann kann er auch keine Fehler haben!)* Stimmt. Ich bewundere Ihren raschen Lernvorgang. *(Beifall bei der ÖVP.)* Da kann ich nur sagen: bravo.

Die Fehler dieses Kapitalismus waren: zu viel Macht, zu viel unkontrollierte Macht in den Händen der Kapitalisten. *(Bundesrat Dr. Bösch: Eine Geschichtsvorlesung! – Bundesrat Schipani: Eine Geschichtverfälschung!)* Heute ist in Österreich diese Macht in den Händen der Bundesregierung, in den Händen von Bürokratie, in den Händen von Kammern. Heute ist diese Macht in den Händen sozialistischer Funktionäre.

Aber, meine Damen und Herren von der sozialistischen Bundesregierung, Arbeitsplätze kann man nicht dekretieren, Arbeitsplätze kann man nicht durch Arroganz schaffen, Arbeitsplätze kann man nicht durch Hoffärtigkeit schaffen *(Bundesrat Schipani: Aber durch Förderung!)*, Arbeitsplätze muß man erarbeiten, Herr Schipani! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In Österreich befinden wir uns in einer schwierigen Situation. Die wirtschaftspolitischen Kennziffern: Handelsbilanzdefizit: 54 Milliarden Schilling, Herr Finanzminister, Staatsschulden: 195 Milliarden Schilling, Herr Finanzminister *(Bundesminister Dr. Androsch: Stimmt nicht! Falsch! 134!)*, Budgetdefizit: 50 Milliarden Schilling, Herr Finanzminister, Prognose über das Wachstum nur 1½ Prozent, Herr Finanzminister, drohende Arbeitslosigkeit von 1,8 auf 2,5 Prozent, Herr Finanzminister. *(Bundesrat Schipani: Das*

12302

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Heinzinger

sind Ziffern aus dem Traumbuch, nicht aus dem Budget! - Bundesrat Schamberger: ÖAAB-Märchenbuch!)

In dieser Phase der Entwicklung leuchten überall Alarmlichter auf. Wenn dann eine Regierung oder ein zuständiger Finanzminister in den Fragen nicht versucht, Zustimmung zu erzielen bei den großen Gruppen, die diese Bevölkerung tragen, wenn dann der Chef des Klubs der sozialistischen Abgeordneten flüchtet in eine Diffamierung (*Bundesrat Schipani: Stimmt das vielleicht nicht? Sie sind der erste auf dem das zupaßt! - Bundesrat Bürkle: Das ist ja ungeheuerlich! - Bundesrat Schipani: 25 Jahre die „rote Katze“, und dann beleidigt zu spielen!*), wenn diese Diffamierung von Bauern, Unternehmern und Arbeitnehmern fortgesetzt wird, wenn eine Multiplikation eintritt, daß mit der Zunahme der Unfähigkeit dieser Regierung proportional - geht es weiter so, könnte es schon jetzt eine Regel werden - die Entgleisungen steigen, meine Damen und Herren, dann besteht ernste Sorge für die weitere Entwicklung. Es ist ein Lichtblick, daß die Kollegen der Vorarlberger Arbeiterkammer, auch die Kollegen der sozialistischen Fraktion in der Vorarlberger Arbeiterkammer, diesen Stil des Herrn Fischer eindeutig zurückgewiesen haben.

Hohes Haus! Es ist Zeit, daß Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, darüber nachdenken, daß gerade Macht sehr oft dazu verführt, mißbraucht zu werden. Versuchen Sie nicht, von den Schwierigkeiten abzulenken, indem Sie diffamieren, indem Sie Gefühle anreizen, indem Sie die Probleme auf Nebenkriegsschauplätze verlagern. Das Ende dieser Eskalation an Diffamierungen kennt nämlich nur alle als Verlierer: die Demokratie, das Parlament und die Parteien. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Wir werden diesen Gesetzentwürfen, die Sie heute vorlegen, unsere Zustimmung nicht geben. Wir werden unsere Zustimmung deshalb verweigern, weil hier zwar die Bevölkerung schwerstens belastet wird, die sozialistische Bundesregierung aber im eigenen Wirkungsbereich kein Sparprogramm, kein Reformprogramm vorlegt und kein Aktionsprogramm zur Sicherung der Vollbeschäftigung vorlegen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Heinzinger und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen geändert werden (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977), Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. Fuchs (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Vizekanzler! Frau Staatssekretär! Hohes Haus! Es ist schon sehr viel gesagt worden und es ist noch sehr viel zu sagen, und ich kann Kollegen Heinzinger nur beglückwünschen, daß er es sogar fertiggebracht hat, daß der Herr Bundesminister für Finanzen mit seiner interessanten Lektüre aufgehört und seinen Worten zugehört hat. Er liest zwar „Wir haben nur eine Zukunft“, und das Buch ist schwarz. Sehen Sie bitte für die Zukunft so schwarz oder glauben Sie, daß Sie nur mit unseren Vorschlägen in eine gute Zukunft kommen können? (*Bundesminister Dr. Androsch: Kann Ihnen das nur besonders empfehlen!*)

Aber ich möchte auf etwas anderes hinweisen. Das 2. Abgabenänderungsgesetz und das Belastungspaket der Bundesregierung würden so viele Angriffs- und Anhaltspunkte geben, daß jeder doch nur einen herausgreifen kann. Ich möchte deshalb einmal damit beginnen, wie man die Aussagen jener, die uns jetzt sagen wollen, wie gut diese Gesetze sind, bewerten kann. (*Bundesrat Schipani: Notwendig sind sie!*) Aufmerksame Zeitungsleser - ich hoffe, Sie gehören dazu, Herr Schipani - erinnern sich noch sehr genau, daß zum Beispiel am 4. Mai dieses Jahres ein Interview mit dem Herrn Finanzminister in der „Kronen-Zeitung“ wiedergegeben wurde unter der Überschrift: „Androsch: Keine Luxussteuer für wertvolle Importgüter geplant.“

Und der Herr Vizekanzler erklärte damals, daß er einen dritten Mehrwertsteuersatz für teure Importgüter für gar nicht zweckmäßig halte. Damit erteilte er einem Vorschlag des Nationalbank-Generaldirektors eine Abfuhr. Daß ein Genosse dem anderen Genossen gewissermaßen öffentlich auf die Zehen steigt und stieg, kann man erst heute als deutliches Zeichen des Beginnes der bis jetzt anhaltenden wirtschaftspolitischen Kopflosigkeit der Regierungspartei erkennen.

Die nächste Station auf dem Steuerkreuzweg der Österreicher war wenige Monate nach der Unzweckmäßigkeitserklärung des Herrn Finanzministers erreicht. Eine - zwar relativ kleine - Notiz in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. September kündigt sie an und zugleich einen völligen Sinneswechsel des Herrn Ministers. Die Zeitung schrieb unter dem Titel: „Androsch: Luxustarif ist denkbar.“

„Da es auch in anderen Ländern einen hohen Mehrwertsteuertarif für Luxusgüter gebe, wäre ein solcher auch in Österreich denkbar, erklärte

Dr. Fuchs

Vizekanzler Androsch in einem Hörfunkinterview."

Zwei Zitate, ein Minister und Millionen genasführter Österreicher! - (*Beifall bei der ÖVP.*) Allein diese beiden Szenen aus dem österreichischen Steuerdrama lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, wie es um die Wortehrlichkeit von Regierungsverantwortlichen in diesem Land bestellt ist. Das ist ein sehr markantes Beispiel für ein politisches Verhalten, wie es sich die SPÖ offensichtlich patentieren lassen will. Denn genau nach diesem Patentrezept wurde auch versucht, das 2. Abgabenänderungsgesetz über die Bühne zu bringen. Dabei wurde das zahlende Publikum - sprich der österreichische Staatsbürger - noch dazu ordentlich geblufft.

Oder wie soll man eine Vorgangsweise sonst bezeichnen, meine Damen und Herren, mit der man zunächst den Entwurf einer Belastungslawine aus dem Sack läßt, daß allen Betroffenen Hören und Sehen vergeht, man sich dann großzügig angebliche Milderungen abringen läßt, die sich bei näherer Betrachtung - und das ist wohl der Gipfel - dann in den meisten Fällen noch als gravierende Verschlechterung herausstellen?

Und bei diesem Manöver wurde sogar, für die Regierung bezeichnend, eine sozialistische Organisation nach allen Regeln dieser zweifelhaften Kunst hineingelegt. Spätestens seit diesem Zeitpunkt wissen die Wirtschaftstreibenden in Österreich jedenfalls, wie „wertvoll“ im wahren Sinn des Wortes der Freie SPÖ-Wirtschaftsverband tatsächlich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Er ließ sich vom Herrn Finanzminister in einer Art und Weise auf das Kreuz legen, die jeden Anflug von Mitleid im Keim erstickt. Wem die notwendige Sachkenntnis oder das notwendige Rückgrat fehlt, der gehört eben nicht an den Verhandlungstisch, wie gerade dieses Beispiel zeigt. Die gesamte Wirtschaft muß jetzt jene Zeche bezahlen, die ihr der Wirtschaftsverband mit seiner Mißerfolg-Extratour in der Autoabschreibung beschert hat, und ich kann mir vorstellen, daß sich der Dank der Betriebe, der ja vordergründiges politisches Ziel war, in Grenzen halten wird.

Als bittere Erkenntnis muß jedoch festgehalten werden: Diese Regierung denkt nicht im Traum daran, das Belastungspaket, das als sonderbares Weihnachtsgeschenk auf die Österreicher wartet, auch nur um ein Gramm zu verringern. Das Verschaukeln eigener Gesinnungsgenossen legt davon überdeutlich Zeugnis ab.

Aber die parteiinternen Querelen der Sozialisten sind es ganz gewiß nicht, die der

Bevölkerung unter die Haut gehen. Was wirklich zählt, ist die ungeheuerliche Schröpfwelle, die im kommenden Jahr über die Österreicher hinwegrollen wird. Keine Regierung der Zweiten Republik hat es jemals gewagt, so wie es jetzt geschehen soll, die arbeitenden Menschen in diesem Land so zur Kasse zu drängen. Noch nie hat es so eine „Friß-Vogel- oder Stirb-Politik“ in dieser Form gegeben, und noch nie war die schleichende Verarmung des Staates so offenkundig wie zum jetzigen Zeitpunkt nach sieben Jahren SPÖ-Regierung.

Was kommt denn in nächster Zeit noch auf uns zu? Das läßt sich nicht einmal an den horrenden 27 Milliarden Schilling ermesen, die das Maßnahmenpaket der Regierung aus den Österreichern voraussichtlich herausquetschen wird; zumindest hofft es der Herr Finanzminister.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, und mir ersparen, in diesem Zusammenhang noch weitere Voraussagen zu machen. Sie könnten nur äußerst schlecht ausfallen. Eines steht jedoch fest: Das 2. Abgabenänderungsgesetz und die begleitenden Steuermaßnahmen, die unsere Fraktion - es wurde ja schon zum Ausdruck gebracht - mit aller Entschiedenheit ablehnt, sind als Ausdruck politischer Armseeligkeit gefährlicher Wegweiser in die Armut des einzelnen Menschen, dem rücksichtslos immer mehr vom Arbeitslohn weggenommen wird, nur damit die Regierung ihre Fehler bezahlen kann.

Lassen Sie mich aber auf ein spezielles Gesetz eingehen, nämlich auf das Fernmeldeinvestitionsgesetz. Wir werden dieses Gesetz ablehnen und beantragen - ich lege diesen Antrag vor -, daß dieses Gesetz, soweit es dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegt, beeinsprucht wird. Ich darf folgenden Antrag vorlegen:

Die gefertigten Bundesräte stellen den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesrat erhebt Einspruch gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgesetz geändert wird. (Fernmeldeinvestitionsgesetz-Novelle 1977, Beilagen: 63/A; II-2810 und 647.)

Durch die vorliegende Novelle werden in den kommenden drei Jahren dem Telefonausbau Mittel in der Höhe von drei Milliarden Schilling entzogen. Dadurch wird einerseits der Telefonausbau verlangsamt und verteuert, andererseits werden Arbeitsplätze gefährdet.

Da der Gesetzesbeschluß inhaltlich abgelehnt wird, ist auch die im Artikel I Z. 1 vorgesehene Kompetenzregelung abzuleh-

12304

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dr. Fuchs

nen. Aus diesen Gründen erhebt der Bundesrat Einspruch gegen die vorliegende Novelle zum Fernmeldeinvestitionsgesetz.

(Bundesrat Dr. Bösch: Sie beantragen!)

Ich habe bitte den Antrag verlesen. Sie müßten es eigentlich gehört haben, denn ich habe mich nicht leise und in einer in diesem Verhandlungssaal zugelassenen Verhandlungssprache ausgedrückt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Österreich gibt es -Zigtausend Menschen, die einen Telefonanschluß wollen, dringend brauchen, ja für die er sogar oft lebensnotwendig ist. Manche von ihnen warten Jahre darauf.

Vor nicht allzu langer Zeit wurden - und ich habe zu dieser Materie gesprochen - die Fernspreckgebühren erhöht, und es hat der damalige Verkehrsminister Lanc sehr vehement die Erhöhung, die ja bis zu 600 Prozent gegangen ist, damit begründet, daß damit Mittel geschaffen und bereitgestellt werden sollen, um den Ausbau des Telefonnetzes, der Wählämter und dergleichen zu beschleunigen. In dieser Situation wird ausgerechnet durch den Herrn Finanzminister bei den Fernmeldeinvestitionen mit einem Budgettrick versucht, die Staatskasse irgendwie halbwegs auf den Beinen zu halten. *(Bundesrat Bürkle: Eine neue Steuer: die Telefonsteuer!)*

Man spricht von einer Umgruppierung der Mittel, eine Milliarde im Jahr, für drei Jahre. Man wagt nicht, die Wahrheit zu sagen. Denn was ist es denn, wenn an und für sich zweckgebundene Mittel in den allgemeinen Steuertopf überführt werden? - Doch nichts anderes als eine Steuer, eine Besteuerung derjenigen, die das Telefon benötigen, eine Telefonsteuer! *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber fehlt der Mut zu sagen: Das ist wieder eine privilegierte Gruppe, die hat ja ein Telefon. - Ganz gleich, ob es die alte Frau ist, die den Arzt braucht, oder der Bauer, der den Tierarzt braucht, oder ein Unternehmer, der Geschäfte telefonisch abwickeln will. Telefon ist Luxusgut für Sie. Auch für die Alten, die Einsamen. Das ist eine Steuer, sonst nichts, wenn Sie diese Mittel dort wegnehmen und in den allgemeinen Topf überführen.

Das muß man, glaube ich, den Österreichern ebenso klar sagen wie auch die Grundhaltung, die hinter einer solchen Maßnahme steht. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Er nimmt Geld weg, das für diese Zwecke kassiert wird. Das ist ein Unterschied. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. - Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Nicht der noch weiter zu beschleunigende Ausbau des Fernspreckwesens - wie begründet

wurde bei der Erhöhung - ist der Regierung wichtig - auf Grund der günstigen Einnahmementwicklung bei den Telefongebühren wäre das drinnen -, sondern wichtig ist der Regierung einzig und allein das Stopfen der von ihr verschuldeten Löcher im Budget. Diejenigen, die durch den vermehrten Mitteleinsatz rascher zu einem Telefon in ihrer Wohnung, in ihrem Betrieb, auf ihrem Bauernhof oder sonstwo kommen könnten, müssen einfach warten. Nur glaube ich: So einfach kann man sich das nicht machen! Die Telefonversorgung der Bevölkerung ist nämlich eine wichtige Dienstleistung des Staates. Es muß jede Chance zu ihrer Verbesserung genützt werden.

Es geht nicht an und es grenzt geradezu - Herr Kollege Schamberger ist nicht da; sein Lieblingswort kommt wieder - an Budgetschizophrenie, daß ausgerechnet in einem Bereich, in dem Leistungen in einem sehr hohen Maß auf der Basis der Selbstfinanzierung erbracht werden können, wissentlich eine Institution zur Kreditfinanzierung getrieben wird.

Da würde sich wohl die Frage ergeben: Warum schickt man die Post um Kredite? Herr Finanzminister! Haben Sie nicht mehr den Kredit, um Ihr Budget in Ordnung zu bringen? *(Zwischenruf des Bundesrates Schipani.)* Die Erläuternden Bmerkungen zur Fernmeldeinvestitionsgesetz-Novelle 1977 erläutern zwar die Motive dafür. Dort wird verharmlosend davon gesprochen, daß die geplante Änderung unter absoluter Wahrung eines ausreichenden Investitionsvolumens vertretbar erscheint.

Dazu kann man wohl nur sagen: Nur aus der Sicht eines in Nöte geratenen - in arge Nöte geratenen - Finanzministers! Was aber nicht erläutert wird, sind die dennoch in der Folge auftretenden negativen Wirkungen: Wie nämlich jedermann weiß, kosten Kredite Zinsen. Natürlich wird auch die Post- und Telegraphenverwaltung durch die Erhöhung der Zwischenfinanzierungen mehr zahlen müssen, weil ja auch sie kaum Zinsengeschenke erhalten wird. Das bedeutet aber, daß die von ihr getätigten Investitionen - also Telefonanschlüsse, Wählämter und so weiter - teurer werden, was sich im Endeffekt im Verhältnis zu den tatsächlichen Finanzierungsmöglichkeiten zu einer Verringerung der Investitionen auswachsen muß.

Das ist aber nur ein Aspekt, meine Damen und Herren. Ein weiterer sollte jedenfalls nicht übersehen werden, nämlich der, daß das Geld für die vermehrten Zwischenfinanzierungen ja von irgendwoher kommen muß.

Fazit: Es werden also völlig unnötigerweise am Kapitalmarkt Mittel besorgt werden müssen, die damit der direkten Inanspruchnahme - zum

Dr. Fuchs

Beispiel durch die Wirtschaft - entzogen werden. Wenngleich das Ausmaß der Fremdfinanzierung in der Wirtschaft in vieler Hinsicht schon besorgniserregend ist, sind die Kredite nach wie vor der wesentliche Treibstoff für den Wirtschaftsmotor, den die Betriebe mit ihrer immer geringer werdenden Eigenkapitalausstattung sonst gar nicht mehr auf Touren halten können. Auch Arbeitsplatzsicherung! Und Ihre Maßnahme: Arbeitsplatzgefährdung!

Man sieht also, daß der einfache Budgettrick, mit dem sich der Herr Finanzminister aus dem Fernmeldebereich beträchtliche Summen zu holen gedenkt, nicht ganz so einfach ist und schon gar nicht sozusagen als bloße Umschichtung - niedlicher Ausdruck! -, die im Grunde niemanden berührt, durchgezogen werden kann. Ganz im Gegenteil: Gerade weil, wie ich ausgeführt habe, trotz allen Herunterspielens negative Auswirkungen nicht nur möglich, sondern realistisch sind, haben wir den Antrag auf Beeinspruchung eingebracht und damit die Deutlichkeit der Ablehnung der Fernmeldeinvestitionsgesetz-Novelle 1977 zum Ausdruck gebracht. Wir sind nämlich der Meinung und der Auffassung: Die Regierung soll zuerst bei ihren Ausgaben sparen, bevor sie in ihrer Raffgier die Hand nach Geld ausstreckt, das ihr nicht gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Dr. Fuchs und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgesetz geändert wird - Fernmeldeinvestitionsgesetz-Novelle 1977 -, Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Ich begrüße den im Haus erschienenen Herrn Minister Lausecker. *(Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten der ÖVP. - Rufe: War schon da!)* Entschuldigung, da war ich gerade nicht im Saale anwesend.

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrat Leopoldine Pohl. Ich erteile ihr das Wort.

Bundesrat Leopoldine Pohl (SPÖ): Herr Vorsitzender! Frau Staatssekretär! Herr Minister! Meine lieben Damen und Herren! Eingangsmöchte ich meinem Kollegen Heinzinger sagen, daß wir uns sehr dagegen wehren, daß er in der Anrede unserer Frau Staatssekretär schon eine Qualifikation vorgenommen hat. Wir wehren uns dagegen. Ich möchte Ihnen nur sagen: Erkundigen Sie sich bei den Frauen des Katholischen Verbandes, die Frau Staatssekretär ist bei einem Vortrag in Oberösterreich sehr wohl gelobt worden für ihre Tätigkeit in der

Bundesregierung. Vielleicht holen Sie sich einmal diese Stellungnahme dort ein. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wir bedauern es deshalb, Herr Kollege Heinzinger, weil im Nationalrat dieses Niveau, mit unserer Frau Staatssekretär so zu reden, dem freiheitlichen Abgeordneten Melter vorbehalten geblieben ist. Ich nehme nicht an, daß es hier eine Koalition gibt zwischen Ihnen und dem Herrn Abgeordneten Melter. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP. - Gegenruf des Bundesrates Schipani.)*

Weiters, Herr Kollege Heinzinger, möchte ich Ihnen nur wünschen, daß Sie bezüglich Ihrer Voraussage für das Jahr 1979 ebenso eine Antwort bekommen wie für die Voraussage, die ich in meiner Rede noch einmal wiederholen werde, wie sie der Katholische Familienbund getan hat, daß 1979 das Ende der Beihilfen für die Familien stattfinden würde. - Ich glaube, Sie werden dann noch daraufkommen.

Herr Kollege Heinzinger! Ein gestörtes Verhältnis zur Familie werden Sie in meinen Ausführungen auch nicht finden können.

Die Frau Berichterstatter hat wie folgt begonnen:

„Das derzeitige doppelgleisige System des Familienlastenausgleiches, welches einerseits bei der Einkommensteuer einen Kinderabsetzbetrag, andererseits eine vom Einkommen unabhängige Familienbeihilfe vorsieht, hat den Nachteil, daß es Familien mit einem geringeren Einkommen und Familien mit einer großen Kinderzahl schlechter stellt, weil diese den steuerlichen Kinderabsetzbetrag nicht ausnützen können. Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll die Beseitigung dieses Nachteiles dadurch erreicht werden, daß an Stelle der steuerlichen Kinderabsetzbeträge eine entsprechend erhöhte Familienbeihilfe tritt.“

Meine Damen und Herren der Volkspartei! Für eine solche Benachteiligung sind Sie. Ich bitte Sie, das diesen betroffenen Familien klarzumachen; ob sie Sie verstehen werden, das bezweifle ich. Es werden nämlich mit dieser vorliegenden Gesetzesänderung nicht nur diese Verbesserungen im Familienlastenausgleich erfolgen, sondern es werden auch weitere Personen in die erhöhte Familienbeihilfe miteinbezogen werden.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, die Argumentationen, wenn wir das Familienlastenausgleichsgesetz geändert haben, seitens Ihrer Fraktion näher zu betrachten. So habe ich nur das Protokoll der letzten Bundesratssitzung herausgenommen.

12306

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Leopoldine Pohl

Ich mußte leider feststellen - ich wiederhole es hier -, daß Ihre Kollegen Argumente gebracht haben, die Ihnen vielleicht politisch nützen, aber, meine Damen und Herren, Sie versuchen ja schon seit 1970, den Menschen einzureden, die Kinderbeihilfen seien in Gefahr, und nun hören wir wieder: Die Kinderbeihilfen sind ab dem Jahre 1979 in Gefahr!

Die Familien, die in der Zeit der sozialistischen Bundesregierung nicht nur eine wesentlich höhere Förderung erfahren haben, sondern durch die sozialistische Wirtschaftspolitik auch ein viel höheres Ausmaß an Sicherheit erreicht haben, haben sich aber bei den letzten Wahlen zum Nationalrat im Jahre 1975, also zu einem Zeitpunkt, als wir schon einige neue familienpolitische Maßnahmen durchgeführt hatten, für die größere Verantwortung von uns Sozialisten in unserem Lande ausgesprochen.

Ich möchte hier auf das Flugblatt, das der Katholische Familienverband herausgegeben hat, hinweisen. Hier schreiben Sie:

„Fassen wir zusammen: Seit 1970 werden sozial-, bildungs- und gesundheitspolitische Aufgaben, die bisher von der öffentlichen Hand bezahlt wurden, zunehmend dem Familienlastenausgleichsfonds aufgebürdet.“

Meine Damen und Herren! Ein paar Zeilen vorher führen Sie aber jene Maßnahmen an, die es ja vorher noch gar nicht gegeben hat, wie die Schulfahrt, die Schulbücher, und, und; ich werde das noch weiter ausführen.

In diesem Hause ist bei den letzten Erhöhungen der Familienbeihilfen lautstark gesagt worden, das sei eine „Augenauswischerei“, und diese Kollegen meinten auch, daß wir durch unsere Maßnahmen - ich meine hier nicht die finanziellen Beihilfen, sondern die Sachleistungen - die Familien „bevormunden“ und sie in ihrer „Entwicklung einschränken“. Das müssen Sie heute wirklich den Familien sagen. Denn ein Kollege meinte aber noch weiter - und Sie können es im Protokoll nachlesen -: In dieser Politik - die wir betreiben - versteckt sich unter dem Deckmantel der Familienfreundlichkeit und der Kinderfreundlichkeit ein weiterer Versuch zur „Auflösung der Familie“.

Meine Damen und Herren von der Volkspartei! Wir Sozialisten sind mit Ihnen einer Meinung, wenn Sie sagen, der Familienlastenausgleich soll kein Geschenk und keine Fürsorgeunterstützung sein, sondern hier handelt es sich um das Recht auf Anerkennung der Leistungen der Familien für die Gesellschaft und in der Gesellschaft.

Wir alle kennen das Entstehen des Familienlastenausgleiches. Es ist uns bekannt, daß zuerst

nur unselbständig Erwerbstätige Kinderbeihilfen bekamen und 1954 das Familienlastenausgleichsgesetz verabschiedet wurde, das diese Beihilfen auf alle österreichischen Familien ausdehnte. Die Ausweitung wurde sowohl auf dem Finanzierungssektor wie auch auf dem Leistungssektor durchgeführt. Diese Ausweitung auf der Leistungsseite wurde besonders während der letzten sieben Jahre durch eine sozialistische Bundesregierung auf vielen Gebieten geleistet, und ich glaube, das geschieht sehr wohl in Anerkennung der Lasten der Familien.

Meine Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, daß Sie sagen werden, wir reden immer wieder von diesen Leistungen, tue ich das auch heute wieder.

Es läßt sich halt nicht verschweigen, daß die Familienbeihilfen seit 1970 um 220 S bis 250 S pro Kind gestiegen sind; das sind 116 Prozent.

Der Verbraucherpreisindex ist in dieser Zeit um 60 Prozent gestiegen.

Und das Pro-Kopf-Einkommen ist in dieser Zeit um 100 Prozent gestiegen.

Also die Beihilfen sind über die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung angehoben worden. Hier kann man hinzufügen: also günstiger als bei einer Dynamisierung, wie sie von Ihnen immer verlangt wurde.

Wenn man uns weiter vorhält, wir hätten kein Konzept bei unserer Familienpolitik, so werden Sie an den von mir nun angeführten Maßnahmen diese sehr bald erkennen.

Die Situation der jungen Ehepaare ist bei der Hausstandsgründung finanziell sehr schwierig, deshalb die Einführung der direkten Beihilfe von 15 000 S.

Der nächste Schwerpunkt war eine bessere Vorsorge für die werdende Mutter und das Kind, daher die Einführung des Mutter-Kind-Passes und die damit verbundene Erhöhung der Geburtenbeihilfe auf 16 000 S. Hier haben wir aber auch eine weitere Leistung erbracht, und zwar den gesundheitspolitischen Beitrag auf dem Weg zur gesunden Mutter und zum gesunden Kind. Der nachweisliche Rückgang der Säuglingssterblichkeit wird doch allseits begrüßt.

Die Verlängerung der Schutzfrist für die erwerbstätige Mutter und das erhöhte Karenzurlaubsgeld auf 2 659 S und die Erhöhung dieses Geldes für die alleinstehenden Mütter auf 3 974 S ermöglichen ja noch mehr jungen Müttern, im ersten Lebensjahr des Kindes bei diesem zu bleiben. Der Anspruch auf die zweite Rate der Geburtenbeihilfe, auf Karenzurlaub,

Leopoldine Pohl

Karenzurlaubsgeld und den mit dem Karenzurlaub verbundenen Kündigungsschutz wurde auf die Adoptivmütter und unter bestimmten Voraussetzungen auch auf die Pflegemütter ausgedehnt.

Mit der Verabschiedung des Unterhaltsvorschußgesetzes und des neuen Kindschaftsrechtes werden zirka 15 000 Kinder ihren Unterhalt unbürokratisch und rasch erhalten. Wir kennen die tristen Situationen gerade bei diesen Kindern. Dadurch, daß die Unterhaltspflicht der Großeltern gegenüber den Enkeln sehr stark zurückgedrängt wird, können in Zukunft auch Fälle gelöst werden, in denen derzeit auf Unterhaltsvorschuß verzichtet wurde, um nicht die Großeltern mit Regreßverpflichtungen zu belasten.

Und nun, meine Damen und Herren, eine ganz neue Hilfe für die Familien mit behinderten Kindern seit dem Jahre 1973 und verbessert seit 1976 durch eine zusätzliche Familienbeihilfe in der Höhe von derzeit 900 S. Wenn wir die Zahlen aus den Jahren 1974 und 1975 kennen - es waren 1974 19 000 und 1975 21 000 Kinder -, so glauben wir, daß das noch immer nicht alle behinderten Kinder sind, die zu dieser finanziellen Leistung kommen. Künftighin soll ja dieser monatliche Betrag 1 050 S, das heißt mit der normalen Kinderbeihilfe dann 1 930 S ausmachen.

Ein weiterer neuer Weg für die Familie: eine bezahlte Dienstfreistellung zur Pflege erkrankter näherer Angehöriger.

Und nun der große Block der Entlastung von den Kosten während des Schulbesuches der Kinder. Diese Entlastung berechnet der Österreichische Kammertag mit rund 2 000 S im Jahr. Wir Sozialisten sind der Auffassung, daß dadurch der Bildungsgang unserer Kinder nicht mehr so sehr von der sozialen Situation der Eltern abhängig ist, sondern auch nach Begabung der Kinder erfolgen kann. Die Schulfreifahrten, die freien Schulbücher sowie Schul- und Heimbeihilfen für begabte Kinder aus einkommensschwachen Familien sind für diese Familien zur Selbstverständlichkeit geworden. Ich glaube, hier kommen wir doch den immer wieder erhobenen Forderungen nach einer Altersstaffelung der Beihilfen sehr nahe.

Ich führe nun gar keine weiteren erreichten Verbesserungen an, denn Sie alle wissen es, was es bedeutet, daß unsere Jugend heute aus den letzten Tälern her zur Schule fahren kann und daß es den Eltern keine Sorgen mehr bereitet, wenn der Herbst mit den Belastungen, die mit dem Schulbeginn für die Familie eingetreten sind, herankommt.

Meine Damen und Herren! 1 234 000 Fami-

lienbeihilfenbezieher gibt es in unserem Lande, das ist also doch ein beachtlicher Teil unserer Bevölkerung. Und für diesen Personenkreis wurden die Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsgesetz durch immer wieder durchgeführte Verbesserungen von 7 Milliarden Schilling im Jahre 1970 auf rund 19,5 Milliarden Schilling im Jahre 1977 erreicht, und dem Reservefonds wurde eine Reserve von 10 Milliarden Schilling zugeführt.

Wir Sozialisten sind stolz auf diese familienpolitischen Leistungen! Man soll den Menschen nicht einzureden versuchen, die Familien müssen nach dieser Änderung um die Leistungen für sie zittern, wenn man weiß, daß die Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsgesetz durch eine festgelegte Ausfallhaftung des Bundes gesichert sind!

Nun darf ich nochmals darauf zu sprechen kommen, was die Familiensprecher der Österreichischen Volkspartei sagen.

In einer Aussendung des Katholischen Familienbundes - und nun komme ich auf das Jahr 1970, Heft Nr. 85 - heißt es wörtlich:

„Wenn die indirekte Verteilung der Fondsmittel Schule macht, so wäre eine ins Gewicht fallende Beihilfenerhöhung in Hinkunft nicht mehr möglich.“

Meine Damen und Herren! Das im Jahr 1970, und ich konnte Ihnen sagen, eine Erhöhung der Beihilfen von rund 250 S pro Kind. Damals sagte man, das wäre der Anfang vom Ende des Familienlastenausgleiches. Diese Voraussage ist nicht eingetreten, und ich bitte Sie festzustellen, ob das, was ich hier gesagt habe, mit dieser Schwarzseherei in Einklang zu bringen ist.

Meine Damen und Herren! Diese Leistungen werden von einem Sprecher Ihrer Fraktion im Nationalrat als große Geschenke bezeichnet und nicht, wie der Katholische Familienbund in diesem Flugblatt sagt, als Geschenke der Regierung. Der Sprecher im Nationalrat meinte, sie wurden an alle verteilt, ob sie sie nun brauchen oder nicht. Wir haben da halt doch eine andere Meinung, und zwar die, daß sie die Familien sehr wohl brauchen.

Nun werden wir mit dieser vorliegenden heutigen Regelung des Familienlastenausgleichsgesetzes wiederum für 300 000 Familien eine gerechtere Lösung bringen. Wir glauben, daß diese Familien künftighin durch die Umwandlung des Kinderabsetzbetrages in die direkte Geldbeihilfe eine Hilfe erhalten. Wir wissen, daß die Familien bei einem Kind 880 S, bei zwei Kindern 1 800 S, bei drei Kindern 2 840 S und so weiter erhalten werden. Wir glauben, daß diese Regelung von den Familien

12308

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Leopoldine Pohl

begrüßt wird, denn hier kommen jene Familien zum Zuge, die bisher den Kinderabsetzbetrag nicht ausnützen konnten.

Da nunmehr infolge der Umstellung des Kinderabsetzbetrages auf die direkte Geldbeihilfe der gesamte Betrag wirklich allen Familien zugute kommt, ist es auch, glaube ich, legitim, meine Damen und Herren, in einen Vergleich von Kinderkosten zu Kinderbeihilfen die gesamte neue Familienbeihilfe einzubeziehen.

Alle wissen wir, daß eine exakte Kinderkostenrechnung nicht möglich ist. Der Katholische Familienbund hat in seinem Flugblatt Kinderkosten für ein Kind in einem Haushalt mit zwei Kindern veröffentlicht. Aus dieser Tabelle kann ich anführen, daß bei Kindern von null bis drei Jahren die Kinderkosten mit 888 S eingesetzt werden. Die Familienbeihilfe beträgt hier 900 S, also ein Ersatz von 101 Prozent. Zwischen drei und sechs Jahren betragen die Kinderkosten 1 379 S, die Beihilfe beträgt 900 S, noch immer 65 Prozent der Kosten.

Meine Damen und Herren! Zwar vermindern sich die Prozente der Kinderkosten ab dem Alter von 10 bis 15 Jahren. Von 6 bis 10 Jahren sind es immer noch 54 Prozent, und dann vermindern sie sich auf 44 Prozent. Aber ich glaube, wir kommen der Forderung, die der Familienbund immer gestellt hat, nach einer 50prozentigen Abdeckung der Kinderkosten sehr nahe.

Ich führe noch einmal an, daß bei den Kindern ab dem 10. Lebensjahr die Sachleistungen, also die Leistungen freie Schulfahrt, freie Schulbücher, nicht eingerechnet sind, sie aber vom Kammertag mit 2 000 S im Jahr angesetzt wurden. Hier stehen wir in einem starken Gegensatz zu Ihrer Familienpolitik. Ich glaube, wir können sagen, Sie haben seinerzeit während Ihrer Regierungszeit die auch den weniger verdienenden Familien zugute kommenden direkten Leistungen nur gering erhöht, während Sie die steuerlichen Maßnahmen vor allem der Bezieher höherer Einkommen begünstigt haben. Wir haben die direkten Leistungen immer mehr ausgeweitet und, wie Sie sehen, mit der vorliegenden Regelung besonders den Beziehern geringer Einkommen geholfen.

Von dieser Umstellung, habe ich schon gesagt, werden vor allem die Mehrkinderfamilien profitieren. Wir Sozialisten begrüßen diese Regelung für diese betroffenen Familien, wir begrüßen aber auch die Regelung der weiteren Einbeziehung der Vollwaisen in die erhöhte Familienbeihilfe von 880 S, denn es ist uns unbekannt, daß diese Vollwaisen nie den Absetzbetrag in Anspruch nehmen konnten.

Weiter ist in der neuen Regelung eine Verbesserung für Kinder mit eigenen Einkün-

ten vorgesehen. Bisher war die Grenze für das eigene Einkommen 1 000 S, nun kann es 1 500 S betragen. Die Familienbeihilfe gilt nicht als eigenes Einkommen und mindert nicht den Unterhaltsanspruch. Hier werden besonders jene alleinstehenden Mütter eine Verbesserung erfahren, die bisher, wenn das Kind bei ihnen gelebt hat, manchmal gar keine, dann eine halbe Familienbeihilfe, nun aber die volle Familienbeihilfe erhalten werden.

Ich weiß schon, es handelt sich hier um einen kleinen Personenkreis. Aber ich glaube, gerade für diesen sind die Ausgleichungen von großer Bedeutung, und deshalb begrüßen wir die Anpassungen.

Es ist mir unverständlich, meine Damen und Herren, daß die ÖVP-Familiensprecherin im Nationalrat sowohl im Nationalrat wie auch in einer Aussendung von „billigen Tricks“ gesprochen hat und dann weiter feststellt, daß man nur eine bestimmte Anzahl von Menschen auf eine bestimmte Dauer mit solchen Tricks regieren kann. (*Bundesrat Bürkle: Mit der Zeit kommen Sie noch drauf, daß es so ist!*) Ich hoffe, es geht Ihnen damit nicht so wie mit Ihren Voraussagen.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten behaupten mit Recht, und ich habe es hier kurz aufgezeigt, daß noch nie so viel an familienpolitischen Maßnahmen erfolgt ist. Hier halten wir jeden Vergleich aus.

Es ist Ihnen vielleicht auch bekannt, daß eine Untersuchung der Schweizerischen Bankgesellschaft über die soziale Sicherheit - hier wurden zehn Industriestaaten untersucht - ergeben hat, daß die Familien in Österreich und Belgien am günstigsten abgeschnitten haben.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir, mein Befremden auszudrücken, daß in der „Wiener Kirchenzeitung“ parteipolitische Äußerungen gemacht werden, daß es den Familien so schlecht geht und daß man auf die Straße gehen müsse.

Wenn es neue Maßnahmen der sozialistischen Bundesregierung für die Familien gegeben hat, dann reagieren Sie, meine Damen und Herren, immer mit einer Gegenstimme, auch bei einer neuen Maßnahme, die gerade unsere Frau Staatssekretär eingeführt hat und die eine wesentliche Hilfe für unsere Familien darstellt, weil sie Familienberatungsstellen gegründet hat und weil hier viele Institutionen mitgegangen sind. Auch die katholische und die evangelische Kirche haben Beratungsstellen eingeführt, die vom Bund auf Vorschlag unserer Staatssekretärin gefördert werden. Es gibt bereits 135 000 solche Beratungsstellen in Österreich, und es wurden über 60 000 Beratungen dort bereits in Anspruch genommen.

Leopoldine Pohl

Meine Damen und Herren! Hier leisten wir eine Hilfestellung für die Familien, die sicherlich neu, die aber auch notwendig ist.

Wir behaupten, daß die sozialistische Familienpolitik nicht nur direkte und indirekte Beihilfen umfaßt, sondern darüber hinaus alles, was zur Sicherung der Familien beiträgt. Wir meinen damit die Fortführung unserer Wirtschaftspolitik, die in unserem Land eine geringe Arbeitslosenrate aufweisen kann wie kaum sonstwo.

Unsere Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze hat Maßnahmen erfordert, um eine gewisse Sicherheit zu garantieren.

Meine Damen und Herren! Es ist für uns kein reines Vergnügen, wie im Nationalrat gesagt worden ist, daß wir diese Maßnahmen vertreten und verteidigen (*Bundesrat Bürkle: Sie stimmen gerne zu, Frau Kollegin, hat der Steinle gesagt! Das ist die Wahrheit!*), sondern in voller Verantwortung und im Bewußtsein, daß dieses hohe Beschäftigungsniveau der Garant ist, daß wir den Familien ihren Lebensstandard erhalten und weiterhin ihre Lasten, die es immer wieder geben wird, werden ausgleichen können, werden wir diese Maßnahmen vertreten und durchführen.

Wir sind uns bewußt, daß die Leistungen immer nur Ergänzungen zum Familieneinkommen sein werden. Daß es aber ein größtmöglicher Ausgleich sein soll, dafür werden wir Sozialisten stets eintreten.

Aus dieser Überzeugung beantrage ich im Namen meiner Fraktion, daß gegen den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, kein Einspruch erhoben wird, und übergebe dem Herrn Vorsitzenden den Antrag der Bundesräte Pohl, Dr. Demuth und Genossen.

Die unterzeichneten Bundesräte stellen nachstehenden Antrag:

Der Bundesrat wolle beschließen, daß gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, kein Einspruch erhoben wird.

(*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Leopoldine Pohl und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, keinen Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Göschelbauer. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Göschelbauer (ÖVP): Frau Staatssekretär! Herr Bundesminister! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Das heute hier bereits sehr umfangreich beleuchtete Maßnahmenpaket der Bundesregierung hat neben den vielseitigen steuerlichen Maßnahmen auch einen Sektor, der sich umschreibt: Änderung sozialversicherungsrechtlicher Bestimmungen. Bei näherer Betrachtung stößt man auf die Tatsache, daß es überwiegend Beitragserhöhungen und Leistungen, die der Österreicher zu bezahlen hat, sind. (*Ruf bei der SPÖ! Die Bauern bekommen!*)

Die Beiträge, die hier verlangt werden, gehen in manchen Bereichen bis an die Grenze der Belastbarkeit. Ich glaube, daß es auch ein bezeichnendes Moment bei diesem Paket ist, daß der Herr Bundeskanzler bezüglich der gesamten Maßnahmen bereits zu einem bestimmten Zeitpunkt die Landeshauptleute zu sich gebeten hat, um über die Aufteilung dieser Mehreingänge zu verhandeln, und zwar nicht nur vor Behandlung dieses Gesetzentwurfes im Bundesrat, sondern schon zu einem Zeitpunkt, bevor der Nationalrat diese Gesetze beschlossen hat; der Kanzler machte das Anbot, daß die Länder 1,6 Millionen Schilling aus diesen Mehrerträgen bekommen sollen, mit der Auflage allerdings, sie für die Sanierung der Spitalsmisere und die Verbesserung der finanziellen Grundlage des Wasserwirtschaftsfonds zu verwenden.

Nun gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich hier als Ländervertreter doch ein paar sehr gravierende Momente anbringe. Wir haben in Österreich einen gültigen Finanzausgleich, der die Aufteilung der Steuermittel zwischen den Gebietskörperschaften, also Bund, Land und Gemeinden, regelt. Hier ist ein gültiger Schlüssel vorhanden, der die Erträge der Umsatzsteuer gesetzlich aufteilt. Da der Herr Bundeskanzler den Ländern 800 Millionen Schilling aus den Erträgen der Umsatzsteuer angeboten hat, stelle ich fest, daß dazu die gesetzliche Grundlage fehlt, weil ja die Länder genauso wie die Gemeinden Anspruch auf einen gewissen Anteil dieser Erträge haben. Wenn bei diesen Verhandlungen vom Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes dieser Moment ins Treffen geführt wurde, dann wurde gesagt: Na ja, wenn das so ist, dann ändern wir halt den Finanzausgleich, wir haben ja die Mehrheit dazu. (*Bundesrat Bürkle: Da kann man alles!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß dieser Weg so weit weg von Grundsätzen ein

12310

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Göschelbauer

sehr gefährlicher Weg ist und wir diesen zu gehen, nicht unbedingt genötigt sind. (*Bundesrat Schipani: Ist das auch unmoralisch?*)

Was ist entstanden aus diesem Angebot, aus diesen sogenannten Verhandlungen? In Presse, Rundfunk und anderen Medien wurde überall gesagt: Der Herr Bundeskanzler gibt den Ländern Mittel, um der besagten Problemlösung - Wasserwirtschaftsfonds und Spitäler - näherzukommen. Auch hier kann von geben keine Rede sein. Auf der anderen Seite war man fest und eifrig dran, hier wiederum den Zwiespalt herauszukehren, nämlich dadurch, daß die Gespräche wohl mit den Landeshauptleuten geführt wurden, aber abschließende Vereinbarungen ja auf Grund der Gesetzeslage nicht getroffen werden konnten. Es wurde hier der Widerspruch konstruiert, daß die Bundespolitiker ganz andere Ansichten hätten als die Landeshauptleute. Sie wissen ja, wie weit die ganzen Gespräche gegangen sind.

Das ist einmal der eine Teil aus den Mitteln der Umsatzsteuer. Sehr verwunderlich war es, für uns alle, daß aus der Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung ebenfalls ein konstanter Betrag von 811 Millionen Schilling den Ländern zur Verfügung gestellt wird.

Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, daß die Spitalsfrage eine brennende Frage ist. Umso naheliegender wäre es gewesen, die Erhöhung der Beiträge zu den Sozialversicherungen eben auch für den Abbau der Defizite der Krankenhäuser zu verwenden. (*Bundesrat Schipani: Da müßt Ihr ja noch mehr zahlen, Ihr Bauern!*) Ich rede nicht immer von den Bauern, ich rede hier von allen Österreichern. Ich unterscheide da nicht immer. (*Bundesrat Schipani: Danke schön für die Auslegung! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Der Landtag von Niederösterreich hat ein Gesetz des Inhalts beschlossen, daß die Sozialversicherungsträger in die Lage versetzt werden sollen, 80 Prozent der echten Kosten der Spitäler, deren eben der Patient echt bedarf, zu bezahlen und nicht wie gegenwärtig 69 Prozent. Es wäre daher naheliegend gewesen, daß damit eben dieser echte Kostenersatz, der ja echt besteht, rückvergütet wird und nicht, daß man hier einen Bundesfonds schafft, über dessen Aufteilung und Schlüssel man ja recht weit auseinander ist, was wieder zu großen Schwierigkeiten führen würde.

Das Anbot, diese Beträge zu geben, beinhaltet ja noch etwas. Wir wissen, daß der Herr Finanzminister vor zwei Jahren beziehungsweise seit einem Jahr - 1976 - die Beiträge des Bundes zum Erhaltungsaufwand der Spitäler von 28 Prozent auf 18,75 Prozent verringert hat.

Bei diesem nun Angebotenen ist die Frage: Werden auch weiterhin dann diese Prozente zum Aufwands- und Errichtungsfonds geleistet, und wird der Beitrag von 250 Millionen Schilling, der ja gegenwärtig bezahlt wird, außerdem geleistet, oder ist er ein Teil dieser 1,6 Millionen Schilling, die angeboten werden? - Wenn das so ist, dann kann nicht von 1,6 Millionen Schilling gesprochen werden, denn es vermindert sich dieser Betrag ja wesentlich.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es soll doch der Weg gegangen werden, daß nicht unbedingt ein Bundesfonds hier eingerichtet wird, sondern die Frage auf Länderebene gelöst wird, also daß hier echt nach Bevölkerungszahl oder vielleicht auch nach tatsächlicher Patientenzahl, Pflegedauer und Pflegetagen, die man errechnen kann - meinetwegen mit Einfrierung von diesen 1977er-Aufenthaltstagen -, die Aufteilung stattfinden soll.

Nun ein zweites in diesem Zusammenhang. Diese sozialistische Regierung ist vor sechs, sieben Jahren angetreten, diesem Österreich eine bessere Zukunft zu bringen. Es war eine Zeit der Reformen, und man hat alles Bestehende in Frage gestellt. Wir sehen heute, daß sich manche dieser Reformen ins Umgekehrte verwandelt haben, aus Reformen sind heute echt Reparaturen geworden, Reparaturen, deren Kosten alle Österreicher bezahlen müssen, noch dazu Reparaturen mit untauglichen Mitteln: daß hier mit Leichtfertigkeit Gelder ausgegeben werden, die dann sehr schwer wieder hereingebracht werden. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Was Ihr immer wieder mit den Bauern habt! Das trifft alle Österreicher, meine Damen und Herren, nicht nur die Bauern. Ich verwahre mich dagegen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Auch die Landwirtschaft, ich komme darauf noch zu sprechen, ist in dieser Situation, aber alle Österreicher bezahlen. (*Bundesrat Schipani: Das ist ja eine Kostenaufteilung!*) Herr Schipani, ich erinnere mich sehr gut an die Zeit, als noch gesagt wurde: Es ist ein Wahnsinn sieben, acht, neun Milliarden Schilling Budgetabgang, es ist ein Wahnsinn: drei Prozent Preissteigerungen. Heute hat man diese Ziffern vergessen. Fast glücklich ist man bei sieben Prozent Preissteigerungen in der SPÖ.

Die Preissteigerungen, lieber Herr Kollege, und die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen heute sicher im argen. Aber man soll sie heute nicht ständig hier heraufbeschwören.

Eines ist jedenfalls sicher, meine Damen und Herren: Es ist heute etliche Male die Aussage des Finanzministers vom Juni zitiert worden, er denke an keine neuen Steuern, Erhöhungen und Gebühren. Anscheinend ist erst die Kahlenberg-Konferenz dazu angetan gewesen, daß hier -

Göschelbauer

nomen est omen - eine kahle Budgetlandschaft gezeigt wurde und dadurch eben diese Maßnahmen gesetzt werden mußten.

Meine Damen und Herren! Die Höhe des Budgetabganges in dieser Zeit ist so hoch, wie 20 Jahre vorher der Gesamtumfang eines Haushaltes in Österreich war.

Und nun noch Argumente zu diesen Zahlungsbilanzdefiziten, die sehr gefährlich auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor sind. (*Zwischenruf des Bundesrates C e e h.*) Na sicherlich, warum auch nicht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube also, daß diese Ziffern uns alle alarmieren müssen und daß es nicht unrichtig war, daß wir zu Zeitpunkten, wo Exporte möglich waren, mit geringen Mitteln möglich waren, die aber nicht eingesetzt wurden und später dann doch eingesetzt wurden, allerdings mit doppelten oder dreifachen Beträgen, dies verlangten. Heute stehen wir vor der Situation, daß sich die Nahrungsmittel in der Leistungsbilanz in der Größenordnung eines 18 Milliardendefizits auswirken.

Meine Damen und Herren! Die Lust an Billigimporten, die Ihre Fraktionsvertreter, sei es in den Fonds oder Körperschaften, immer wieder an den Tag legten, um damit die Inlandspreise zu korrigieren oder billiger zu machen, kommt allen Österreichern heute teuer zu stehen. Denn nicht nur die Landwirte, alle gemeinsam tragen wir daran, wenn eine derartige Leistungsbilanz vorhanden ist.

Ich erinnere mich sehr gut, als damals die Liberalisierung, die Ostliberalisierung eingeführt wurde und wir hier von dieser Stelle darauf hingewiesen haben, wie viele landwirtschaftliche Betriebe, wie viele Gärtnerbetriebe in unserem Land damit gefährdet werden, da ja diese Preise per Grenze nur einen Teil der echten Gesteungskosten beinhaltet haben, hat man die Importe frisch und froh hereingelassen. (*Bundesrat Schipani: Die bäuerlichen Lagerhausgenossenschaften sind selbst die größten Importeure auf diesem Gebiet! Das wissen Sie ganz genau!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube also: Sünden gegenüber der Landwirtschaft müssen alle bezahlen, kommen allen teuer zu stehen. Daher, glaube ich, ist heute auch der Tag angetan, darüber zu reden.

Das hat schon damals begonnen, meine Damen und Herren, und lassen Sie mich doch auch das sagen: Bei den Verhandlungen in Brüssel um ein Arrangement mit den Europäischen Gemeinschaften hat Minister Staribacher sehr bald, nachdem er Minister wurde,

einen Vertrag nach Hause gebracht. Allerdings: Die Landwirtschaft ist in diesem Vertrag nicht beinhaltet. Man hat es damals vielleicht leichtfertig hingenommen. Heute sieht man es mit wesentlich anderen Augen.

Meine Damen und Herren! Es war nicht eine so große Errungenschaft, diesen Vertrag nach Hause zu bringen und die Landwirtschaft auszulassen, denn diesen Vertrag hätte Minister Bock seinerzeit auch schon heimbringen können.

Ich glaube also, daß wir alle gemeinsam die Dinge richtig einschätzen müssen.

Und ich stimme überein, wenn Herr Bundesrat Steinle hier gesagt hat, es ist der Weg zur Steuergerechtigkeit. Richtig, ja, dem treten wir vollauf bei. Nur glaube ich nicht, daß die Steuergerechtigkeit unbedingt immer mit derartigen rigorosen Steuererhöhungen verbunden sein muß.

Der Herr Finanzminister hat erklärt, ein Budget der Sparsamkeit wird uns 1978 begleiten. Meine Damen und Herren! Wir sind für Sparsamkeit, nur muß man es richtig beginnen und nicht nur immer in die Taschen der Steuerzahler greifen, sondern auch selbst den Beweis erbringen, daß man bereit ist zu sparen, einzusparen und sich nach den notwendigen Dingen zu richten.

Wir lesen zum Beispiel in der Zeitung, und dies ist nur ein kleiner Ausschnitt (*Bundesrat Schamberger: Braucht man die Förderung der Milchüberproduktion?*) - lieber Herr Kollege, wir fördern auch andere Produkte, die wir in Österreich produzieren und im Ausland verkaufen (*Beifall bei der ÖVP*), wesentlich gewaltiger als die Milch in Österreich - : Im Budget 1976 hat der Kanzler seine Repräsentationen um 75 Prozent überzogen.

In diesem Zusammenhang weise ich Sie darauf hin, daß hier auch der Herr Landwirtschaftsminister erkannt hat, wenn wir heute genau inlandsbedarfsmäßig produzieren auf dem Sektor, werden wir morgen Rindfleisch und Kalbfleisch vom Ausland sündteuer kaufen müssen. (*Bundesrat Schamberger: Aber immer vom Sparen reden und auf der anderen Seite die Hand aufhalten!*) Meine Damen und Herren! Er hat ja selbst erklärt am Montag in der Pressekonferenz: Das Außenhandelsdefizit der Landwirtschaft besteht ja gar nicht überwiegend aus den Mehreinfuhren, sondern aus den Preiserhöhungen, die von draußen kommen. Wir machen immer wieder die Feststellung, daß wohl Produkte angeboten werden um einen sehr ins Auge springenden Preis. Sie kommen dann herein, und die Inlandsproduktion in der einen oder anderen Sparte wird zurückgeschraubt,

12312

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Göschelbauer

liegt darnieder. Und dann, wenn der Bedarf da ist, dann bekommen Sie um diese günstigen Preise diese Dinge nicht mehr zu kaufen.

Und ich sage es noch einmal: Zahler ist hier jeder Österreicher, jeder wird davon betroffen.

Ich meine also, daß wir die Sparsamkeit ernst nehmen sollen, um aus diesen Problemen einen Ausweg zu finden.

Und als zweites möchte ich noch anführen: Na selbstverständlich werden wir hier über diese Dinge diskutieren und werden sie von allen Gesichtspunkten beleuchten. Das ist einmal das Wesen der Demokratie.

Ich möchte daher auch warnen. Mit diesen Feststellungen und Ausdrücken, die also sehr nahe an die Grenze der Fairneß gehen, sollte man etwas sparsamer umgehen. Wenn wir in Österreich eine schwierige Situation haben, dann wird sie gemeinsam ohne Diffamierung und in demokratischer Gesinnung lösbar sein, und diesen gemeinsamen Weg, meine Damen und Herren, müssen wir, glaube ich, auch beschreiten. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Windsteig: Adresse Heinzinger, gelt?)*

Vorsitzender: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Pumpernig. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Pumpernig (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinen Ausführungen komme, gestatten Sie mir zwei Bemerkungen.

Obwohl wir von der ÖVP-Fraktion mit verschiedenen Ausführungen der Frau Bundesrat Pohl nicht einverstanden waren, haben wir die Frau Bundesrat nie unterbrochen, und zwar deshalb, weil wir die Frau Bundesrat respektieren. Das möchte ich festgestellt haben. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Windsteig: Weil keine herinnen waren von Ihnen!)* Die Frau Bundesrat Pohl hat mehrmals die katholischen Familienverbände apostrophiert. Ich darf feststellen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, daß wir mit der katholischen Kirche nicht ident sind, daß wir auch nicht der Vormund der katholischen Kirche sind. *(Bundesrat Rosa Heinz: Seit wann?)* Sicher, die meisten Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei gehören dieser Religionsgemeinschaft an *(Bundesrat Schamberger: Auch wir! Die meisten Bundesräte der sozialistischen Fraktion)*, und wir verleugnen es auch nicht, daß wir dieser Religionsgemeinschaft angehören. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, meine Damen und Herren, die Frau Bundesrat Pohl hat festgestellt, daß die Frau

Staatssekretär von einem katholischen Familienverband - ich glaube mich richtig zu erinnern, in Oberösterreich soll das gewesen sein - sehr gelobt wurde. Ich wundere mich daher, daß die Frau Staatssekretär bei dieser Möglichkeit in Linz - oder wo sich das abgespielt hat in Oberösterreich - diese Kritik nicht direkt dem Katholischen Familienverband gegenüber tatsächlich ausgesprochen hat.

Im übrigen höre ich, daß Sie ja einen Verbindungsmann zur katholischen Kirche haben; es soll der Abgeordnete Blecha sein. Bitte ihn zu beauftragen, dies der katholischen Kirche dann mitzuteilen bezüglich Ihrer Auffassung über die Kritik der einzelnen Familienverbände. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich nehme an, daß Herr Abgeordneter Blecha das sehr gerne tun wird, wenn er wieder einmal in Gesellschaft des Herrn Kardinals sein wird. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Im Jahre 1954 hat sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat die gesetzliche Einführung des Familienlastenausgleichsfonds beschlossen. *(Bundesrat Rosa Heinz: Der Kardinal König entscheidet die nächsten Wahlen, nicht wahr?)* Darinnen heißt es, und Sie gestatten, daß ich es zitiere, Frau Bundesrat:

„Der Ausgleich der Familienlasten hat zwischen denjenigen zu erfolgen, die die Lasten im Interesse der gesamten Gesellschaft tragen, und jenen, die solche Lasten nicht zu tragen haben, jedoch bewußt oder unbewußt daraus Nutzen ziehen, daß es andere für sie tun.“

Mit großer Sorge verfolgen daher die verschiedenen Familienverbände und wahrscheinlich auch die katholischen Familienverbände, wie in ständig wachsendem Ausmaß die Gelder des Familienlastenausgleichsfonds teilweise zweckwidrig im Rahmen des allgemeinen Bundeshaushaltes verwendet werden.

Die Mittel des Familienlastenausgleichsfonds werden in der Hauptsache aus der 6prozentigen Abgabe von der Lohn- und Gehaltssumme der Beschäftigten mit Ausnahme der sogenannten Selbstträgerschaft gespeist. Durch die starke Steigerung der Lohnsumme flossen dem Fonds vermehrt Geldmittel zu, die aber den Familien nicht voll ausbezahlt wurden. Diese nicht ausbezahlten Mittel wurden in einem Reservefonds gesammelt, und dieser Reservefonds beinhaltet derzeit 10,7 Milliarden Schilling, welche praktisch dem Herrn Finanzminister über die Postsparkasse als billige Kredite zur Verfügung stehen.

Diese 10,7 Milliarden Schilling, welche auf Grund des Gesetzes im Jahre 1954 den Familien mit Kindern gehören, wurden nicht in Form

Pumpernig

einer entsprechenden Erhöhung der Kinderbeihilfe diesen Familien auch tatsächlich zugeführt, sondern seit 1970 begann eine völlig neue und für die Familien teilweise nachteilige Entwicklung. Aus dem Familienlastenausgleichsfonds werden nicht mehr nur die Familienbeihilfen gezahlt, sondern werden auch sogenannte Sachleistungen, wie freie Schulfahrt und kostenlose Schulbücher, erbracht.

Nun gibt es, meine Damen und Herren, Politiker und Parteifunktionäre, welche diese Regelung, nämlich die freie Schulfahrt und die kostenlosen Schulbücher, in der jetzigen Form bedenkenlos bejahen, und es gibt wieder andere, die diese Regelung rundweg ablehnen.

Meiner Auffassung nach ist beides unrichtig. Freie Schulfahrt ja für Kinder auf dem Land, für gehbehinderte und bedürftige Kinder oder für solche, die einen weiten Schulweg zurückzulegen haben. (*Bundesrat Schamberger: Ein Klassensystem nach der Bedürftigkeit lehnen wir ab!*) Freie Schulfahrt aber nein, wo es sich nur um die Bequemlichkeit handelt und die Bedürftigkeit nicht gegeben ist. (*Bundesrat Rosa Heinz: Wir brauchen kein Klassensystem bei Kindern!*)

Sprechen Sie einmal mit Ihren Lehrern, und Sie sind selbst ein Lehrer, und Sie werden feststellen, meine Damen und Herren – und in Ihrer Fraktion sind sehr viele Schulinspektoren und Direktoren, und die müßten es wissen –, daß die Fußschäden bei den Schülern und Jugendlichen in erschreckendem Ausmaß zugenommen haben, und zwar deshalb, weil die Kinder das Gehen verlernt haben. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Bundesrat Rosa Heinz: Aber doch nicht, weil sie die freie Schulfahrt haben! – Bundesrat Schamberger: Für die schlechten Füße kann auch die sozialistische Regierung wahrscheinlich!*)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, muß ich aber auch noch folgendes feststellen – Sie können ja alles dann entkräften und auch erwidern –: Bei Tarifierhöhungen bei Bahn und Post wurden die Sätze bei Schülerkarten unverhältnismäßig stark angehoben, bis zu 140 Prozent innerhalb von 14 Monaten, während die allgemeine Tarifierhöhung bei Bahn und Post in derselben Zeit lediglich 20 Prozent betrug.

Meine Damen und Herren! Sie dürfen sich nicht wundern, daß mit Recht der Eindruck entsteht, daß man aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds defizitäre staatliche Betriebe entsprechend unterstützen wollte, und zwar auf Kosten der Familien. Ich bedaure es außerordentlich, meine Damen und Herren, feststellen zu müssen, daß der zuständige Staatssekretär zu dieser Vorgangsweise schweigt.

Dasselbe gilt in etwa auch für die kostenlosen Schulbücher. Ein Ja zu den Arbeitsbüchern, die man nicht ein zweites Mal verwenden kann.

Unverständlich aber, meine Damen und Herren, und unverantwortlich ist es meines Erachtens, daß Bücher, welche ohne weiteres ein zweites und drittes Mal Verwendung finden könnten, wie Lesebücher, Liederbücher, Atlanten oder Grammatiken für Fremdsprachen – das müßten Sie ja wissen aus dem Lehrbereich – und dergleichen, am Ende jeden Schuljahres weggeworfen werden müssen.

Selbst der Herr Unterrichtsminister Dr. Sinowatz, meine Damen und Herren – ich darf doch annehmen, daß Sie Ihre eigenen Zeitungen lesen –, hat es allerdings reichlich spät erkannt, nämlich diese unnotwendige Verschwendung. (*Bundesrat Schamberger: Die Schulbuchaktion wird von den ÖVP-Lehrern boykottiert! So ist die Wahrheit!*) Inzwischen wurden jedoch auf diese Art Hunderte Millionen Schilling aus dem Familienlastenausgleichsfonds vergeudet und dadurch den Familien entzogen. (*Beifall bei der ÖVP. – Bundesrat Schamberger: Von den ÖVP-Lehrern!*)

Ich bedaure es, neuerlich feststellen zu müssen, daß der zuständige Staatssekretär zu einer solchen Vorgangsweise schweigt.

Im übrigen stelle ich fest, daß diese Regelung, wie ich sie hier vorgeschlagen habe und wie sie meine Partei seit Jahren bereits vertreten hat, in der Bundesrepublik Deutschland – und das müßten Sie ja wissen, Herr Kollege – seit Jahren praktiziert wird.

Wir hören und lesen in den Zeitungen sehr häufig, daß sich der Herr Finanzminister – ich hoffe, er hört mich jetzt auch – wiederholt in die Bundesrepublik begibt zu einem Meinungsaustausch und Erfahrungsaustausch mit seinem Kollegen. Es ist mir unverständlich, daß der Herr Finanzminister aus der Bundesrepublik in dieser Hinsicht keine Anregungen mitgebracht und auch keine solche verwirklicht hat. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß bei der jetzigen tristen Situation des Staatshaushaltes doch einige Hundert Millionen Schilling eine Rolle spielen müßten.

Ich stimme bei, daß man den Kindern aus minderbemittelten Familien helfen und sie unterstützen sollte. Auch meine Partei ist dafür, daß in dieser Hinsicht eine Chancengleichheit bestehen soll und bestehen muß.

Aber, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, wie kann es Ihre Regierung verantworten, daß diese Kinder und diese Jugendlichen von Staats wegen zu Verschwendern erzogen werden? Wie sollen diese Kinder

12314

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Pumpernig

und Jugendlichen später einmal im Lebenskampf existieren können, wo ihnen dann nichts mehr geschenkt wird! (*Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schamberger: Das ist eine Demagogie! Das ist reine Demagogie! Zu dem sind Lehrer da, daß wir es ihnen lernen!*)

Herr Kollege! Sie können sich ja anschließend zum Wort melden und das widerlegen, was ich hier behauptete.

Meine Damen und Herren! Täglich lesen wir in den Zeitungen von der Zunahme der Selbstmorde, der Jugendkriminalität, der Drogensucht. (*Bundesrat Schamberger: Wegen der freien Schulbücher!*) Die Berichte der Wissenschaft - und das müßten Sie wissen - bestätigen weitestgehend bedauerlicherweise diese Tagesmeldungen. Die geistig-seelischen Probleme haben in unserer Zeit zugenommen.

Der Staat kann manches, ja ich möchte fast sagen, der Staat kann sehr vieles, jedoch lieben, meine Damen und Herren, kann nur der Mensch, und darin ist die menschliche Person und damit die Familie nicht ersetzbar. Viele Geldmittel der öffentlichen Hand könnten gespart werden, wenn die Betreuung der Kinder, der alten Menschen, aber auch der pflegebedürftigen Personen der Familie ermöglicht und von ihr wahrgenommen werden würde. (*Bundesrat Schamberger: Ermöglicht wird es ja, aber nur wahrgenommen wird es nicht!*) Die bisherige Politik in den letzten Jahren hat bedauerlicherweise das Gegenteil verfolgt und auch damit in das Budgetproblem geführt. Man glaubte, an den Familien sparen zu können. Jetzt aber wissen wir, daß jeder an der Familie gesparte Schilling jedem von uns und dem Staat sehr teuer zu stehen kommt.

Meine Damen und Herren! Aus dem Bundesvoranschlag 1978 ergibt sich zwar optisch gesehen eine Erhöhung der Familienbeihilfe von 450 S auf 880 S, jedoch wurde gleichzeitig der bisher gewährte Kinderabsetzbetrag von der Lohnsteuer in derselben Höhe gestrichen. (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Es gibt nämlich noch Ärmere als die, für die Sie sich so zerfransen wollen!*)

Bitte warten Sie einen Moment, Frau Kollegin, ich komme sofort darauf zurück!

Eine finanzielle Auswirkung ist daher nur in jenen Familien gegeben, und das möchte ich objektiverweise feststellen, die bisher diesen Absetzbetrag steuerlich nicht voll ausschöpfen konnten. (*Bundesrat Schamberger: Das sind über 300.000!*) Die Anzahl dieser Familien, und das hat auch Ihr Zwischenruf jetzt ergeben, welche in diesem Zusammenhang erwähnt wurden, ist aber nicht richtig, und zwar deshalb nicht richtig, weil ein derartiges Zahlenmaterial

in Österreich bedauerlicherweise überhaupt nicht vorhanden ist.

Deshalb hat auch der Vorarlberger Familienbund am 21. Juli dieses Jahres mit Recht gefordert, in Hinkunft statistisches Datenmaterial über die Einkommenssituation der Familien zu führen. Derzeit ist weder bei den Gebietskörperschaften noch bei den Kammern geeignetes Material in dieser Hinsicht vorhanden.

Ich habe festgehalten, daß im kommenden Jahr durch die Neuregelung nur jenen Familien etwas zugute kommen wird, welche bisher den Absetzbetrag steuerlich nicht voll ausschöpfen konnten. Dadurch ergibt sich aber die groteske Situation, daß zwar das Steueraufkommen des Bundes erhöht wird, jedoch der Familienlastenausgleichsfonds zur Gänze mit den höheren Ausgaben für die Familienbeihilfen belastet wird.

Dazu kommt, daß der Reservefonds des Familienlastenausgleichsfonds entsprechend Kapitel 56 des Bundesvoranschlages im Jahre 1978 erstmals um 5,5 Milliarden Schilling vermindert wird. Bei einer weiteren Verminderung um denselben Betrag im Jahre 1979 wird der Reservefonds, meine Damen und Herren, erschöpft sein.

Es erhebt sich daher mit Recht die Frage: Aus welchem Fonds werden dann im Jahre 1980 die Familienbeihilfen ausbezahlt werden? (*Bundesrat Windsteig: Schon wieder die Angstmachelei!*) Oder ist man bereits zur Erkenntnis gelangt, daß im Herbst 1979 die Wahlen für die SPÖ verlorengehen, und überläßt man es nach der Auffassung „Hinter mir die Sintflut“ der kommenden Regierung, die notwendigen Gelder für die Familien aufzutreiben? (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Darüber hinaus ist eine weitere Belastung des Familienlastenausgleichsfonds durch Ausgaben vorgesehen, die ihrer Natur nach durch andere Stellen wie Krankenversicherung, Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherungen oder Bundesbahn und Post getragen werden sollten. Daher können wir von der ÖVP-Bundesratsfraktion und werden wir auch der gegenständlichen Angelegenheit nicht unsere Zustimmung geben.

Meine Damen und Herren! Wenn man über den Familienlastenausgleichsfonds spricht, dann darf und soll man auch nicht über eine Tatsache hinweggehen oder sie negieren, nämlich den erschreckenden Geburtenrückgang. Ich glaube, daß diese Tatsache das vernichtendste Urteil eines Volkes über die jeweilige Regierung ist. Das ist eine sehr ernste Tatsache, und zwar nicht nur auf Grund der vorliegenden Zahlen, sondern auch deshalb,

Pumpernig

weil man sich heute fragen muß, wer künftighin die notwendigen Pensionen erarbeiten wird. *(Bundesrat Schamberger: So etwas soll man ernst nehmen!)*

Was nützen, meine Damen und Herren, die ganzen Errungenschaften der Zweiten Republik auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit? Was nützen die Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes? Was nützt es, daß durch eine gemeinsame Konsenspolitik die Pensionen der öffentlich Bediensteten legislativ sichergestellt wurden, wenn die Menschen, die Arbeitskräfte, und das Geld fehlen, um die Pensionen in 20 oder 30 Jahren auszahlen zu können?

Auf Grund der vorgebrachten Tatsachen unterstütze ich daher die Auffassung der Vorarlberger Familienverbände, des Familienpolitischen Beirates beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung und aller übrigen Verbände, welche sich diesen Beschlüssen angeschlossen haben, nämlich daß der Familienlastenausgleichsfonds als eine Selbstverwaltung installiert werde, bei welcher die Mitwirkung der Familienverbände gesichert ist, denn nur so kann in Zukunft verhindert werden, daß die Fondsmittel wieder nicht widmungsgemäß Verwendung finden. *(Bundesrat Dr. Anna Demuth: ÖVP-Zeit!)* In diesem Zusammenhang muß ich aber noch folgendes feststellen: Meine Damen und Herren! Alle vorliegenden Maßnahmen zur Budgetsanierung werden immer wieder mit dem hohen Wert der Vollbeschäftigung begründet. Daß Vollbeschäftigung in jedweder Hinsicht notwendig ist, steht, glaube ich, außer jeder Diskussion. *(Bundesrat Schamberger: Bei Ihrer Fraktion war das nicht immer so! Nicht vergessen, bitte!)* Herr Kollege Schamberger, Sie haben wirklich eine wohltuende und wohltönende Stimme. Wenn Sie sie schonen, werden Sie noch länger Zwischenrufe auch hier im Bundesrat machen können. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Bundesrat Schamberger: Das mit der Vollbeschäftigung war in Ihrer Fraktion nicht immer so! Fragen Sie den Mitterer!)*

Das Wort „Vollbeschäftigung“ darf aber nicht so weit gehen, daß dieses Wort zu einem Schlagwort wird und die gesamte verfehlte Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung rechtfertigen soll. Man sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen, meine Damen und Herren: Nicht die Regierung ernährt uns, sondern wir haben uns selbst zu ernähren, und der Arbeitsplatz ist das Produkt der Leistung, die jeder einzelne Mensch erbringt und erbracht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das innenpolitische Klima in Österreich ist seit Monaten alles

eher als erfreulich. Im Sommer dieses Jahres hat der Herr Bundeskanzler von Mallorca aus die erste Pauschalverdächtigung gegen die Wirtschaftstreibenden hinsichtlich Steuerhinterziehungen ausgesprochen. *(Bundesrat Schamberger: Da hat er ja nicht Unrecht gehabt!)* Deswegen kann man keine Pauschalverdächtigungen aussprechen. Pauschalverdächtigungen! Ich darf annehmen, daß Sie wissen, was eine Pauschalverdächtigung bedeutet. *(Bundesrat Windsteig: Die hat er ja nicht gemacht!)*

Am 25. Oktober verweist der Herr Bundeskanzler eine Familiendelegation aus dem Kanzleramt.

Am 26. Oktober fällt der Herr Bundeskanzler ein zweites Pauschalurteil. Zugegeben: Bei dieser Protestkundgebung am 26. Oktober haben auch linksextreme Gruppen versucht, ihr politisches Süppchen zu kochen. Zugegeben, daß ich persönlich den Nationalfeiertag als für eine Demonstration nicht geeignet ansehe. Aber - so frage ich Sie - gibt das dem Herrn Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky das Recht, jene - und es waren immerhin 600 Personen und lediglich eine verschwindende Gruppe von 30 Linksextremisten *(Bundesrat Dr. Anna Demuth: Es gibt ein Tonband!)* -, die in echter Sorge gegen die Atomkraftwerke demonstrierten, als „Lausbuben“ zu bezeichnen? *(Bundesrat Schamberger: Dann schafft halt dieses Nahverhältnis mit diesen Leuten ab!)*

In der Folgezeit hört man wieder ein Pauschalurteil aus dem Munde des Klubobmannes der SPÖ, Dr. Fischer. Und wieder ist es der Herr Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, der sich mit diesem Pauschalurteil identifiziert. *(Bundesrat Schamberger: Ist auch richtig! Vollkommen richtig!)*

Meine Damen und Herren! Wir haben ja heute auch hier Pauschalurteile gehört. *(Bundesrat Schamberger: Ihr seid eine Lizitier-Partei!)* Der Kollege Schamberger hat uns alle pauschaliert als „Schizophren“ bezeichnet. *(Bundesrat Schamberger: Eben! Einmal lizitieren und einmal bremsen!)* Was würden Sie, meine Damen und Herren, mit Recht - ich betone ausdrücklich -, mit Recht tun, wenn wir Sie in gleicher Weise apostrophieren würden?

Herr Bundesrat Steinle hat die ÖVP bezichtigt, daß sie als Partei einen Streikaufruf, Steuer nicht zu bezahlen, erlassen hätte. Herr Bundesrat Steinle weiß genau, daß dies nicht stimmt, daß weder die Partei, die ÖVP, noch irgendeine Teilorganisation der ÖVP einen solchen Streikaufruf erlassen hat. Herr Bundesrat, Sie sind doch eine seriöse Persönlichkeit. Sie sind ein seriöser Gewerkschafter. Sie sind ein seriöser Bundesrat. Werten Sie sich doch mit solchen

12316

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Pumpernig

unrichtigen Behauptungen nicht selbst ab!
(Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Auf Grund des Vorhergesagten muß man sagen, daß eine sehr bedenkliche Entwicklung in Österreich eingetreten ist. Die Szenerie in der österreichischen Innenpolitik wird derzeit von den Blechas beherrscht, und viele Besonnene fragen sich bereits heute, wohin dieser Weg führen wird. (Zwischenruf des Bundesrates Schamberger.)

Es ist höchst an der Zeit, Herr Kollege Schamberger, daß wieder die Sallingers die Politik in diesem Land bestimmen (Beifall bei der ÖVP), denn nur die Sallingers geben die Gewähr, daß man vom politischen Hochmut und der politischen Arroganz zu einer sachlichen politischen Auseinandersetzung zurückkehrt. (Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schamberger: Dann hätten die Sallingers nicht auf die Straße gehen dürfen! Die gehen auf die Straße, bei uns ist das nicht notwendig!)

Sie können beruhigt sein, ich komme bereits zum Schluß meiner Ausführungen. Regen Sie sich ruhig ab.

Hohes Haus! Nur die Sallingers sind die Garantie für die Zukunft, daß es wieder zu sachbezogenen Gesprächen miteinander kommen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Namens der ÖVP-Fraktion habe ich folgenden Antrag einzubringen:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesrat erhebt Einspruch gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird.

Begründung: Dieser Gesetzesbeschluß bringt eine Verbesserung für jene Familien, die den Steuerabsetzbetrag für Kinder nicht oder zumindest nicht voll ausnützen konnten. Gleichzeitig wird aber von den Sozialisten ein schwerer Schlag gegen den Familienlastenausgleich geführt. Durch die Herabsetzung der Einnahmen des Familienlastenausgleichsfonds in Form der Minderung der Dienstgeberbeiträge von 6% auf 5% wird eine weitere Entwicklung des finanziellen Familienlastenausgleiches praktisch unmöglich gemacht. Die sozialistische Regierung muß über Umwege die Familiengelder zur Sanierung der Pensionsversicherung heranziehen, weil sie infolge einer verfehlten Wirtschafts- und Budgetpolitik keine Budgetmittel mehr dafür zur Verfügung stellen kann.

Dieser Anschlag auf den Familienlastenausgleichsfonds wird vom Bundesrat im

Interesse der österreichischen Familien entschieden abgelehnt.

Ich darf Ihnen, Herr Vorsitzender, diesen Antrag überreichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Pumpernig und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesrat Dr. Bösch. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. Bösch (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich die Absicht, auf die eher versöhnliche Linie meines Vorredners Göschlbauer einzuschwenken. Aber in den Debattenbeiträgen meines Vorredners waren einige Passagen enthalten, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Da ist einmal die Unterstellung des Zusammenhangs, daß die Regierung schuld ist an der Geburtenstatistik. (Ruf bei der ÖVP: Die Sozialisten!)

Sie haben hier, Herr Kollege Pumpernig, offenbar wider besseres Wissen gesprochen, denn Sie sind nicht so naiv, das tatsächlich anzunehmen. Sie wissen genau, daß die Gründe ganz woanders liegen. Und auf Grund Ihrer Argumentation müßten 90 Prozent der europäischen Regierungen entlassen werden. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Denn genau dieselbe Entwicklung ist in der nichtsozialistischen Schweiz in weit stärkerem Maße festzustellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun aber gleich zu einem anderen Argument, das einer meiner Vorredner gebracht hat, daß nämlich der Arbeitnehmer oder der Erwerbstätige bereits zwei Tage für den Staat arbeite. Meine Damen und Herren, mit derselben -entschuldigen Sie mir den Ausdruck - unsinnigen Logik könnte behauptet werden, der Arbeitnehmer arbeitet fünf Tage für seinen Chef. (Bundesrat Schreiner: Für sich nicht? - Heiterkeit bei der SPÖ.) Das ist die Fortsetzung der Logik des Kollegen - Schambeck, glaube ich, hat das gesagt. Zeigen Sie mir den Unterschied. Aber Sie betreiben offenbar hier jene Polemik weiter, die dazu dienen soll, von der Schwäche der eigenen Position abzulenken.

Gerade in der jüngsten Vergangenheit gingen einige Ihnen nahestehende Massenmedien dazu über, Angst als Mittel der Politik einzusetzen, und zwar in einem solchen Maße, daß neben

Dr. Bösch

Ihren eigenen Parteimitgliedern auch wieder Ihnen nahestehende Zeitungen sich abgestoßen fühlten.

Ich darf mit Genehmigung des Vorsitzenden zwei Sätze aus dem „Kurier“ zitieren. (*Bundesrat Bürkle: Da brauchen Sie keine Genehmigung!*) Sehr formalistisch, Herr Kollege! Dort war nämlich zu lesen: Natürlich ist an alledem nichts dran. – Gemeint war die Falschmeldung der „Süd-Ost Tagespost“ bezüglich der Sparkonten. „Man hat nur eine Fleißaufgabe an Parteipropaganda geleistet. Die ÖVP aber steht als Panikmacherin erster Güte da und kann kein Wort dawider sagen.“

Selbst der Generaldirektor der CA – Ihr Parteifreund – sprach erzürnt von strafrechtlichen Folgen. „Dazu wird es vielleicht doch nicht kommen“ – heißt es weiter –, „obwohl hier ein Akt sträflicher Dummheit vorliegt.“ – Ende des Zitats. Die Warnungen vorderartigen Entgleisungen des ÖVP-Propagandaapparates ließe sich beliebig fortsetzen.

Ich möchte aber auch einige Widersprüche, die nicht von Zeitungen, sondern von Ihren Mandataren selbst immer wieder zu bemerken sind, hier einmal gebührend ans Licht bringen.

So denke ich an das Dauerlamento Ihres Klubobmannes Professor Koren über eine angebliche Budgetkatastrophe ... (*Heiterkeit bei der ÖVP. – Ruf bei der ÖVP: Das ist ja eine! – Bundesrat Dr. Pitschmann: Er kann nicht einmal Zeitung lesen! Das steht doch in der Zeitung! – Bundesrat Bürkle: Er hat ja leider recht!*)

Ich denke hier an das angebliche Dauerlamento Ihres Klubobmannes und gleichzeitig an die zusätzlichen Forderungen des ÖAAB in Höhe von 35 Milliarden Schilling an das Budget.

Ich denke dabei an die Blockadepolitik Ihres Obmannes hinsichtlich der Spitalsfinanzierung und denke gleichzeitig an die Zustimmung der ÖVP-Landeshauptleute zu dieser Spitalsfinanzierung.

Ich denke dabei an das Kriegsgeschrei des ÖAAB gegen das Maßnahmenpaket und gleichzeitig an die konsequente Haltung der Christlichen Gewerkschafter. (*Bundesrat Bürkle: Unglaublich! In der Demokratie darf man nichts mehr sagen!*)

Oppositionspolitik sollte auch einer gewissen inneren Logik nicht entbehren. Vor allem sollte nach meiner bescheidenen Meinung nicht immer wieder behauptet werden, die budgetären Maßnahmen der letzten Jahre hätten nicht oder nur unwesentlich zur Sicherung der Arbeitsplätze beigetragen, gleichzeitig aber

beklagt man, daß künftighin keine solchen Mittel mehr zur Verfügung stehen werden.

Ich fürchte fast, ich stelle hier eine utopische Forderung auf, aber für eines sollten Sie sich entscheiden, meine Damen und Herren von der ÖVP: Entweder haben die Budgetmittel nichts genützt, dann brauchen wir sie aber auch in Hinkunft nicht, oder sie sind eben Voraussetzung für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik – und der internationale Vergleich zeigt doch eher in diese Richtung –, dann war auch die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre richtig und sind auch diese Maßnahmen für die Zukunft notwendig und richtig.

Es unterliegt natürlich keinem Zweifel, daß dem Staatshaushalt eine enorme Anspannung erspart geblieben wäre, wenn eben diese Beschäftigungspolitik nicht betrieben worden wäre, wenn der Arbeitsmarkt den sogenannten Selbstheilungskräften des Marktes überlassen worden wäre; ein Gedanke übrigens, der in Ihren Reihen nicht nur vom ehemaligen Handelsminister Mitterer oder dem Exfinanzminister Schmitz vertreten wird. Auch der derzeitige Klubobmann der ÖVP, Professor Koren, spricht von einem sozialistischen Ziel einer permanenten Überbeschäftigung.

Meine Damen und Herren! Wer bei Vollbeschäftigung von „Überbeschäftigung“ spricht, gibt doch damit zu erkennen, daß er sich die Latte niedriger legen will (*Ruf bei der ÖVP: Lesen Sie den Rechnungshofbericht über die verstaatlichten Betriebe!*), daß unter den Begriff „Vollbeschäftigung“ auch noch Arbeitslosenraten zu subsumieren sind, die für Hunderttausende Österreicher das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben bedeuten.

Die Regierungspartei ist mit Recht stolz darauf, daß es bei uns wie kaum in einem anderen europäischen Land gelungen ist, das wirtschaftliche Elend der Arbeitslosigkeit fernzuhalten, und wir uns auch der Anerkennung durch das Ausland sicher sind. (*Ruf bei der ÖVP: Das sind frisierte Zahlen!*) Dies alles, meine Damen und Herren – und dies sollte nie außer acht gelassen werden – angesichts großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten in unseren Nachbarländern und angesichts eines Arbeitslosenheeres von über 15 Millionen Menschen.

Österreich ist weder eine Insel der Seligen, noch sind wir in unserer Gesamtheit – einige Selbstkritik vorausgesetzt – zu den Seligen zu zählen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen in den industrialisierten Staaten sind zu eng, um nicht auch mit den fallenden Wachstumsraten, der steigenden Arbeitslosigkeit und den zunehmen-

12318

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dr. Bösch

den Zahlungsbilanzungleichgewichten in unseren Nachbarländern konfrontiert zu werden.

Die österreichische Bundesregierung hat aber früher als andere europäische Regierungen diese Instabilität, die auf uns zukommt, festgestellt und ihr gegengesteuert, übrigens nach einer Erkenntnis, die schon vor über zehn Jahren im bundesdeutschen Stabilitätsgesetz niedergelegt wurde. Ich darf mit Genehmigung des Vorsitzenden zwei Sätze zitieren:

Die Entwicklung in unserer hoch industrialisierten, mit der Weltwirtschaft verflochtenen Volkswirtschaft hat aber gezeigt, daß die Selbststeuerungskräfte der Marktwirtschaft allein nicht mehr ausreichen. Es genügen auch nicht konjunkturpolitische Einzelmaßnahmen wie in der Vergangenheit. Stabilität und Wachstum der Wirtschaft erfordern heute vielmehr in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung einen systematischen Einsatz von globalen Steuerungsmitteln, mit denen der Wirtschaftsprozess vor gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen bewahrt werden kann.

Stabilität wird verschieden definiert, offenbar je nach politischem Standort. Auch die Wirtschaftswissenschaft ist sich nicht einig. Es gibt Kriterien, die da heißen: Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges angemessenes Wirtschaftswachstum. Diese vier begrüßenswerten Größen haben nur eine unangenehme Eigenschaft, daß sie nämlich nie alle gemeinsam in einer Volkswirtschaft auftreten. Es handelt sich offenbar um einen unlösbaren Zielkonflikt, denn auch in der Schweiz sind 300 000 Arbeitsplätze verlorengegangen, die BRD plagt sich mit einem Arbeitslosenheer von einer Million, und auch die Schweizer empfinden es als eine wirtschaftliche Hypothek, daß ihre jährliche volkswirtschaftliche Wertschöpfung auf den Stand des Jahres 1970 zurückgeworfen wurde. Also wenn Sie so wollen, kapitalistisches System mit allen Einschränkungen.

Was die Arbeitslosigkeit in der BRD betrifft, kennen wir alle die Bemühungen, die größtenteils erfolglosen Bemühungen, diese zu beseitigen. Die Leitvorstellung der österreichischen Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, ist das Konzept der Gesamtstabilität. Und tatsächlich ist es bisher möglich gewesen, diese bei den wichtigsten ökonomischen Indikatoren, wie Beschäftigung, Wachstum, Preissteigerungsrate und Einkommensentwicklung, weitgehend zu bewahren.

Dies wird auch in einem Artikel in der Tageszeitung „Die Presse“, in der Wochenendausgabe vom 22./23., bestätigt, aus der ich

wieder einige Sätze zitieren darf mit Genehmigung des Vorsitzenden. Dort heißt es:

„Österreich in jeder Beziehung auf der Überholspur. Im mittelfristigen Vergleich, nämlich in den Jahren 1970 bis 1976, liegt Österreich zusammen mit Norwegen und Japan an der Spitze, wogegen Frankreich und Italien zusammen mit der gesamten EWG deutlich zurückfallen. In Europa liegen Schweden und Schweiz seit Jahrzehnten an der Spitze, verlieren jedoch gegenüber der EG und Österreich schrittweise an Boden. Offenbar doch ein Ausfluß sozialistischer Wirtschaftspolitik.“

Wie das Statistische Zentralamt weiter feststellt, lag das Pro-Kopf-Einkommen, auf Dollarbasis gerechnet, in der EG 1976 bereits um 1 Prozent hinter Österreich, nachdem sie 1970 einen Vorsprung von 28 Prozent und 1976 einen solchen von 48 Prozent hatte. Das Lohnniveau ist in Österreich allein in den Jahren 1973 bis 1977 jährlich um 11 Prozent gewachsen und damit stärker als in der Bundesrepublik Deutschland mit 9 Prozent und in der Schweiz mit 6,5 Prozent.

Diese Realloohnerhöhung hat zu einer starken Nachfrage nach sogenannten „gehobenen Konsumgütern“ geführt. Zusammen mit verstärkten Investitionsgütern und Energieimporten führte dies zu einem starken Ungleichgewicht in der österreichischen Zahlungsbilanz, was zweifellos das zentrale wirtschaftliche Problem darstellt. Die Warenimporte sind real um 23,5 Prozent gestiegen, wobei hinzuzufügen ist, daß auch die Exporte um 16 Prozent gestiegen sind. Vergleichsweise liegt die Exportleistung in der BRD bei 15,6 Prozent und in der Schweiz bei 10,9 Prozent.

Daß trotz dieser unbestreitbaren Exporterfolge die Zahlungsbilanz eine starke Passivierung aufweist, zeigt, daß diese von den Importen herrührt, von der explosionsartigen Zunahme der Importe. Dies ist auch bei den heute zur Debatte stehenden Maßnahmen in Rechnung zu stellen. Zugegeben, daß weitere Exportsteigerungen nur schwer zu erringen sind, denn fast alle europäischen Industriestaaten leiden an einer starken Passivierung, einem starken Defizit in ihrer Zahlungsbilanz. Die Größenordnung ist 25 Milliarden Dollar. Falls nicht gerade ein Export in ein OPEC-Land erfolgt, führt der Export zu einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz des anderen Landes. Der schwarze Peter wird sozusagen nur hin und her geschoben.

Trotzdem müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um für unser Land die Zahlungsbilanz zu verbessern. Der verstärkt feststellbare Trend, daß die zur Konjunkturbelebung aufgewandten Mittel zu einer weiteren Importsteigerung führen, muß zumindest abgebremst wer-

Dr. Bösch

den. Unsere Vollbeschäftigungspolitik gerät sonst an unüberbrückbare außenwirtschaftliche Grenzen. Als konkrete Maßnahmen sind im Rahmen des heute zur Debatte stehenden Pakets vor allem die Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes für Waren des gehobenen Bedarfs, die zum überwiegenden Teil importiert werden, vorgesehen sowie eine Reihe zollpolitischer Maßnahmen.

Daneben ist aber auch die Verbesserung der Relation von Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt von großer Bedeutung. Dies soll durch eine Verringerung der Ausgaben als auch durch eine Verbesserung der Einnahmesituation erreicht werden.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bewußt auf eine Maßnahme im Rahmen des Paketes beschränken, und das ist die Frage des sogenannten „Sozialkapitals“. Es ist heute bereits von meinem Vorredner Steinle erörtert worden. Es geht hier vor allem um die Beschränkung der steuerlichen Begünstigung von Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen. Daß diese Dotierungen ein Vielfaches der ausgewiesenen Gewinnsumme erreicht haben, ist heute auch bereits dargelegt worden.

Nun aber noch zu einem anderen Aspekt. Wie schaut es mit der angeblichen - ich betone auch hier: mit der angeblichen - Gefährdung bestehender Arbeitnehmeransprüche aus? Von einer Schlechterstellung von Arbeitnehmeransprüchen kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil diese Rückstellungen ja in Wahrheit noch nie eine Sicherung der Ansprüche der Arbeitnehmer darstellten, da etwa im Konkursfalle zugunsten der Arbeitnehmer auf diese Rücklagen hätte zurückgegriffen werden können. Geändert hat sich nur eines, und das ist die Steuerbegünstigung, die der Staat für die Zahlung von Abfertigungen und Betriebspensinen gewährt.

Was nun die von meinem Vorredner Steinle angezogenen Untersuchungen über Steuerflucht betrifft, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß diese Untersuchung vom Feldkircher Universitätsprofessor Dr. Veiter stammt, also ein durchaus unverdächtigem Zeuge. Die Zahlen, die hinter dieser Steuerflucht stehen, hat Kollege Steinle bereits dargelegt.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren von der ÖVP, noch einige Sätze zu Ihrer Stellung als Bundesräte, als Vertreter der Länder. Ich höre immer noch die schönen Worte von Aufwertung des Bundesrates, von einer Besinnung des Bundesrates auf die ihm von der Verfassung übertragenen Aufgaben, die Bundesländer zu vertreten, in weiterer Folge von einer finanziellen Stärkung der Länder.

Hier und heute, meine Damen und Herren, hätten Sie Gelegenheit, dies unter Beweis zu stellen, daß Ihnen damit nämlich ernst ist, daß Sie nicht nur der verlängerte Arm der Oppositionsstrategen der ÖVP-Bundeszentrale sind.

Wir stehen nämlich heute mit der Debatte zum Abgabenänderungsgesetz vor der Situation, daß die Bundes-ÖVP in diametralem Gegensatz zu den Anliegen der Bundesländer steht. Sie alle wissen, daß ein Teil der Einnahmen aus dem erhöhten Mehrwertsteuersatz aufgrund des Finanzausgleichs den Ländern und Gemeinden zusteht, und zwar zusammen weit über eine Milliarde Schilling jährlich, mit denen die Länder bereits rechnen und die sie zur Finanzierung ihrer Spitäler dringend benötigen.

Und nun, meine Damen und Herren von der ÖVP, kommt Ihr politisches Blackout. Sie lehnen als Vertreter Ihrer Bundesländer heute die Einbringung jener Mittel ab, über deren Notwendigkeit und Verwendung sich eben diese Bundesländer, die Sie hier vertreten sollten, bereits grundsätzlich geeinigt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein harter Kern in der Bundes-ÖVP zwingt Sie offenbar, jenen in den Rücken zu fallen, die Sie in dieses Haus zur Vertretung ihrer Interessen entsandt haben. Ihre Situation ist, zugegebenermaßen, fatal. Ursache dieses Dilemmas zeigt unter anderem auch der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Ratzenböck auf, wenn er auf das Verhalten der Bundes-ÖVP angesprochen, erklärt, daß er in dieser Sache als verantwortlicher Landespolitiker - die Betonung liegt hier auf Verantwortung - zu entscheiden habe.

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zu meinem Vorredner Dr. Fuchs. Am Schluß seiner Ausführungen stand, soweit ich mich erinnern kann, der Satz: Die Regierung nimmt sich Gelder, die ihr nicht gehören. Mit meinen bescheidenen juristischen Kenntnissen ist dies die Unterstellung eines Diebstahles: eine Sache nehmen, die einem nicht gehört. *(Bundesrat Dr. Heger: Das ist doch ein Irrtum, Herr Richter!)* Die Regierung nimmt sich Gelder, die ihr nicht gehören. *(Bundesrat Schipani: Sie können doch einen Richter nicht kritisieren!)*

Aber wenn man die Worte des Vorredners Fuchs ernst nimmt, so ist ja Landeshauptmann Ratzenböck ein Komplize. Er ist Komplize jener Tat, die lautet: Die Regierung nimmt sich Mittel, die ihr nicht gehören. Herr Landeshauptmann Ratzenböck beteiligt sich in einem hohen Grade an diesen Mitteln. Man sollte sich doch besser überlegen, bevor man solche Sätze in den Raum stellt. Man kann politisch argumentieren, aber nicht mit juristischen oder quasijuristischen Tatbeständen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

12320

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dr. Bösch

Es ist eben ein Unterschied, ob man auch als ÖVP-Mandatar in der politischen Verantwortung steht oder ob man sich darauf beschränken kann, in seinen Aussagen zwischen Neinsagen und Lizitation hin- und herzu pendeln, einerseits gegen die angespannte Finanzlage des Bundes zu Felde zu ziehen, andererseits aber strikte alle Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation abzulehnen. Eine derartige Politik kann wohl doch nur nach tagespolitischen Überlegungen angelegt und auf billige Popularitätshascherei ausgerichtet sein. Es fehlen ihr neben vielen anderen auch die Momente der inneren Schlüssigkeit. Sie ist gesamthaft unglaubwürdig und in hohem Maße alternativlos. *(Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck übernimmt die Geschäftsführung.)*

Dies erkennt - davon bin ich überzeugt -, auch die österreichische Bevölkerung, sodaß wir zuversichtlich sind, daß die Bevölkerung Verständnis für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen aufbringt. Vor allem im Hinblick darauf, daß es nur darum geht, das Erreichte, auf das wir alle stolz sein dürfen, zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender Stellvertreter Dr. Schambeck: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Staatssekretär Karl. Ich erteile es ihr.

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Elfriede Karl: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! An sich ist es zwar nicht sehr gut - und ich tue es auch nicht gerne - etwas zu wiederholen, was schon einmal gesagt worden ist in einer Sitzung. Aber als Antwort auf doch sehr persönliche Debattenbeiträge kann ich es Ihnen nicht ersparen, noch einmal einen kleinen Vergleich zu hören, nämlich einen Vergleich zwischen dem, was in der Familienpolitik seit 1970 und was in der Familienpolitik zwischen 1966 und 1970 geschehen ist.

Ich beginne mit dem Zeitraum von 1966 bis 1970. Es hat hier zwei Erhöhungen der Familienbeihilfe von insgesamt 40 S gegeben und es hat eine Steuerreform gegeben. *(Bundesrat Dr. Heger: Damals war es genug! - Widerspruch bei der SPÖ.)* Herr Bundesrat, die Antwort, ob es genug war oder nicht, haben Ihnen dann ja die Familien 1970 bei den Nationalratswahlen gegeben. Und es hat eine Steuerreform gegeben, die jene begünstigt hat, was die Steuerbegünstigung hinsichtlich der Kinder betrifft, die mehr verdienen. Der effektive Steuervorteil war umso größer, je mehr man verdiente, und das war also ganz im Gegensatz auch zu dem System der Kinderbegünstigung, das es vorher im Einkommensteuerrecht gab.

Sie hatten in der Familienpolitik eine Zielsetzung, die unserer genau entgegengesetzt ist,

nämlich die direkten Leistungen, die auch denen nützen, die wenig verdienen, wenig auszuweiten, und auf der anderen Seite Maßnahmen zu setzen, die den sozial Schwächeren, den weniger Verdienenden gar nichts nützen. *(Bundesrat Dr. Pitschmann: Sie haben aber lange gebraucht, um das zu korrigieren!)*

Herr Bundesrat! Sie vergessen die Steuerreform 1973 und 1975, wo wir von diesen Kinderfreibeträgen abgegangen sind zu den Kinderabsetzbeträgen, die um etwa 2 Milliarden Schilling mehr gekostet haben als früher die Freibeträge. Und das hat vor allem dann schon den weniger Verdienenden oder auch den Familien mit den mittleren Einkommen geholfen. Das ist nachweisbar, da brauchen Sie nur die Berechnungen über die Auswirkung dieser Steuerreform zu lesen. *(Beifall bei der SPÖ. - Bundesrat Dr. Pitschmann: Das System haben Sie nicht geändert, in keiner Weise!)*

Das System, Herr Bundesrat, haben wir geändert. Es ist ein Unterschied, ob ich einen Kinderfreibetrag vor der Berechnung der Steuer vom Einkommen absetze und damit infolge der Steuerprogression halt einen Steuervorteil habe zwischen ein- und einigen tausend Schilling, oder ob ich einen Kinderabsetzbetrag habe von der Steuerschuld, der für alle, unabhängig von der Steuerschuld, gleich hoch ist. Daß dieses System den Schönheitsfehler hatte, daß es eine Gruppe von Personen gegeben hat, denen das nichts geholfen hat, das haben wir gewußt. Nur bitte, das war auch nur ein erster Schritt, und jetzt sind wir dabei, den zweiten zu setzen.

Dazu muß ich Ihnen nur sagen, daß dieser erste Schritt damals gar nicht auf Ihre Zustimmung gestoßen ist. Sie wollten damals beim System des Finanzministers Dr. Schmitz bleiben, Sie haben sich mit Händen und Füßen gegen diese Umstellung, die der erste Schritt war für das, was jetzt geschieht, gewehrt. Das muß man also bitte auch dazu sagen, das kann man jederzeit in den parlamentarischen Protokollen nachlesen.

Wir sind einen anderen Weg gegangen. Wir haben zunächst einmal die ganzen letzten sieben Jahre sehr stark die direkten Leistungen ausgeweitet. Das läßt sich schon ablesen an der Ausgabensteigerung des Familienlastenausgleichsfonds von 7 Milliarden im Jahr 1970 auf fast 20 Milliarden im Jahr 1977, also auf das rund Dreifache.

Es hat dazu auch noch eine Reihe von anderen Leistungen gegeben, die aus allgemeinen Budgetmitteln getragen werden. Ich darf kurz noch einmal die Maßnahmen wiederholen und Ihnen sagen, was es 1970 nicht gegeben hat.

Geburtenbeihilfe statt 1 700 Schilling

Staatssekretär Elfriede Karl

16 000 Schilling; Mutter-Kind-Paß hat es 1970 keinen gegeben; Schulfreifahrten, Schulfahrtbeihilfen hat es nicht gegeben; unentgeltliche Schulbücher hat es nicht gegeben; Schüler- und Heimbeihilfen für begabte Kinder aus einkommenschwachen Familien zum Besuch höherer Schulen hat es 1970 nicht gegeben; eine dreifache Familienbeihilfe für behinderte Kinder hat es 1970 nicht gegeben; Unterhaltsvoranschuß hat es keinen gegeben.

Die Einbeziehung von Schüler- und Studentenunfällen in den Schutz der allgemeinen Unfallversicherung hat es 1970 nicht gegeben.

Die Schutzfrist nach dem Mutterschutzgesetz hat drei Monate und nicht vier Monate betragen. Das Karenzurlaubsgeld hat für die verheiratete Frau im Durchschnitt 800 Schilling betragen, es beträgt heute fast 2 700 Schilling.

Das Karenzurlaubsgeld, das eine alleinstehende Mutter höchstens erreichen konnte, hat etwa 1 600 Schilling betragen, es beträgt heute fast 4 000 Schilling. Die alleinstehende Mutter hat jetzt die Möglichkeit, anschließend nach dem Karenzurlaub noch mit der Notstandshilfe zu Hause zu bleiben, bis das Kind drei Jahre alt ist, wenn Sie niemanden hat, der das Kind betreut; das hat sie 1970 nicht gehabt.

Eine Dienstfreistellung zur Pflege von nahen Angehörigen, mit denen man im gemeinsamen Haushalt lebt, hat es 1970 nicht gegeben. Die Förderung von Familienberatungsstellen durch den Bund hat es 1970 nicht gegeben.

Auf die Unterschiede im Einkommensteuerrecht habe ich schon hingewiesen.

Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Vergleich deswegen noch einmal gebracht, weil ich Ihnen vor Augen führen wollte, daß es doch offensichtlich weniger vom Familienstand derer, die für Familienpolitik verantwortlich und mit Familienpolitik befaßt sind, abhängig ist, was für die Familien geschieht, sondern von der Einstellung zur Familie. Und daß diese Einstellung bei uns positiv ist, das hat Ihnen dieser Vergleich gezeigt.

Herr Bundesrat Heinzinger, die Regierungspartei, die Bundesregierung und auch ich persönlich halten den Vergleich zwischen der Familienpolitik von 1966 bis 1970 und seit 1970 sehr, sehr leicht aus. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Herr Bundesrat Pumpernig ist wieder auf Schulfreifahrten und Schulbücher eingegangen. Es ist an sich sehr erfreulich, daß er sich im Prinzip dazu bekennt und zugibt, daß diese Maßnahmen vielen Kindern sehr, sehr viel gebracht haben.

Noch einmal: Diese Schulfreifahrten bringen

einen Effekt, den Geldbeihilfen, die Sie ja sehr oft reklamiert haben, nicht gebracht hätten, nämlich daß auch jene Kinder zur Schule fahren, die in Gegenden wohnen, wo öffentliche Verkehrsmittel oder Verkehrsmittel im Linienverkehr nicht verkehren und nie verkehrt haben.

Herr Bundesrat, diese Schulfreifahrten für diese Kinder finden vor allem im Gelegenheitsverkehr durch private Unternehmen statt. Es ist die teuerste Form der Schulfahrt im Unterschied zu den öffentlichen Verkehrsmitteln, denn dort gibt es keine Ermäßigung, dort müssen wir als Kilometergeld bezahlen was der Kilometer kostet.

Nur muß ich Ihnen persönlich sagen, ich bin sehr dafür, daß man das macht, weil gerade diese Schulfreifahrt im Gelegenheitsverkehr die so segensreichen Auswirkungen gebracht hat, von denen ich zuerst gesprochen habe.

Wenn Sie sich bei den Schulbüchern dazu bekennen, daß diese Schulbuchaktion die Arbeitsbücher erst möglich gemacht hat, so ist es ja sehr schön. Und zu der anderen Seite muß ich Ihnen sagen: Ja, die Aktion hatte ihre Kinderkrankheiten. Aber wenn Liederbücher, Atlanten, Wörterbücher und ähnliche, die für mehrere Schulstufen gelten, jedes Jahr wieder bestellt worden sind, so war das ja nicht im Sinne der Regierung. *(Bundesrat Schipani: Da müßte man das Beamtenhaftungsgesetz wirksam werden lassen!)* Die Regierung hat auch keine Schulbücher bestellt.

Wir haben sehr bald, wie wir gesehen haben, daß hier offensichtlich Mißverständnisse über den Zweck der Aktion bestehen - ich möchte hier kein zu hartes Wort gebrauchen -, das abgestellt und haben jenen, die die Schulbücher bestellten, nämlich den Schulen und Lehrern, klargemacht, daß es nicht im Sinn der Aktion ist, Bücher, die für mehrere Schulstufen gelten, jedes Jahr wieder neu zu bestellen. Das ist auch abgestellt worden.

Aber unbestritten, meine Damen und Herren, ist doch wohl eines: Daß all diese Leistungen sehr wohl im Sinne des Familienlastenausgleiches sind, weil sie eine echte wirtschaftliche Entlastung der Familie bieten, und weil sie vor allem über den allgemeinen Familienlastenausgleich hinaus Hilfen bieten in Familiensituationen, die oft besonders schwierig sind, hier kommt tatsächlich eine konkrete Abhilfe.

Da Herr Bundesrat Pumpernig hier den Geburtenrückgang erwähnt und gemeint hat, das wäre ein vernichtendes Urteil über die Familienpolitik: Herr Bundesrat, ich würde Ihnen raten, sich das Statistische Handbuch der Republik Österreich anzuschauen, da können Sie nämlich nachlesen, daß die absolut niederste

12322

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Staatssekretär Elfriede Karl

Geburtenzahl - die absolut niederste! - in der Geschichte der Republik Österreich im Jahr 1937 war. Sie können diesem Statistischen Handbuch auch entnehmen, daß der Geburtenrückgang in den letzten Jahren, der nicht zuletzt auch eine Folge der demographischen Geschichte dieses Landes ist, am stärksten von 1969 auf 1970 war, da hat es nämlich um etwas mehr als 9 000 Geburten weniger gegeben. Bis zum April 1970 haben, soweit ich mich erinnere, Sie regiert und nicht wir. (*Bundesrat Schipani: Spätfolgen der ÖVP-Regierung!*)

Meine Damen und Herren! Herr Bundesrat Pumpernik hat auch gemeint, daß Einnahmen des Fonds nicht den Familien zugeführt worden wären, sondern den Reserven. Das stimmt. Wir haben die Leistungen auf das rund Dreifache erhöht, allein aus dem Familienlastenausgleichsfonds und dank der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Einnahmen des Fonds sind ja in sehr starkem Maß wirtschaftsabhängig, und es haben sich in den letzten Jahren halt nicht nur die Einkommen sehr stark erhöht, sondern es haben sich auch die Beschäftigtenzahlen sehr stark erhöht, nämlich um 350 000, während sie von 1966 bis 1970 stagniert haben, daher sind damals auch die Einnahmen des Fonds langsamer gewachsen. Das stimmt schon.

Auf Grund dieser Entwicklung war es möglich, diese Reserven zu bilden. Die Überschüsse wurden, so wie es das Gesetz vorschreibt, auch dem Reservefonds tatsächlich überwiesen, und diese Reserven kommen jetzt zum Einsatz.

Wenn Sie jetzt meinen, das wäre familienfeindlich, so muß ich Ihnen doch eines sagen: Sie müssen sich vor Augen halten, aus welchen Erwägungen die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds reduziert worden sind. Es geht darum, eine Entlastung in einem anderen Bereich, wo die Ausgaben sich sehr stark ausgeweitet haben, herbeizuführen, und es geht darum, den budgetpolitischen Spielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen des Bundes zu verbessern.

Sie müssen sich vor Augen halten, meine Damen und Herren, daß die Einnahmen des Fonds in erster Linie von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind. Einer Wirtschaftspolitik, der es gelingt und die es zum Ziel hat, Einkommen und Beschäftigung zu sichern, die wird auch sichern, daß die Einnahmen des Fonds in entsprechender Höhe fließen. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so entwickeln sich auch die Einnahmen des Fonds schlechter. Da braucht man wieder nur die Zeit von 1966 bis 1970 und seither zu vergleichen.

Man darf eines auch nicht vergessen: Leistun-

gen der Familienpolitik können immer nur Ergänzungen sein, sie können nur immer nur Beiträge zu den Unterhalts- und den Erziehungskosten der Kinder sein, wobei diese Beiträge bei uns sehr hoch sind. Sie decken bei den kleineren Kindern eigentlich schon fast die ganzen Kinderkosten. Auch internationale Vergleiche zeigen, daß wir hier sehr weit an der Spitze liegen.

Meine Damen und Herren! Die Existenzgrundlage für die Familien sind aber die Arbeitsplätze, die Arbeitsmöglichkeiten und die Einkommen. Eine Wirtschaftspolitik, die es in einem so hohen Maß - im Vergleich zu fast allen übrigen europäischen Staaten - verstanden hat, diese Existenzgrundlagen zu verbessern und zu sichern in einer Wirtschaftssituation, in einer Weltwirtschaftssituation, die außerordentlich schwierig ist, die kann man wohl nicht als „familienfeindlich“, sondern die muß man sehr wohl als „familienfreundlich“ bezeichnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Zum Wort hat sich weiters gemeldet Herr Bundesrat Fürst. Ich erteile ihm dieses.

Bundesrat Fürst (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Die Frau Staatssekretär hat jetzt gerade vorhin in einer Zwischendurchwortmeldung die Leistungen dieser Regierung für die Familien erläutert.

Ich möchte dazu aus einer Agitationsbrochure der Sozialistischen Partei zitieren, die Ihnen sicherlich allen in Erinnerung sein wird, und auf die ich dann auch im weiteren Verlauf noch zurückkommen werde.

Es heißt da unter anderem - und das wird der ÖVP-Regierung vorgeworfen -, daß die ÖVP-Regierung alle möglichen Maßnahmen vorhat, um das damals gigantische - in den Augen der Sozialistischen Partei „gigantische“ - Budgetdefizit zu sanieren. „Die ÖVP-Regierung hat vor, Kürzungen beim Familienlastenausgleich im Umfang von bis zu 6 Milliarden Schilling für die kommende Gesetzgebungsperiode, was einen Kürzungsbetrag von über 5 000 S pro Familie oder fast 3 000 S pro Kind bedeutet, vorzunehmen.“

Meine Damen und Herren! Es blieb dies einer sozialistischen Regierung vorbehalten, denn heute haben wir dieses Gesetz hier im Bundesrat. (*Bundesrat Schipani: Nur mit dem Unterschied, daß Sie den Fonds jedes Jahr ausgeräumt haben und nicht mehr da war!*) Dieses Gesetz enthält ja genau diese Kürzung beim Familienlastenausgleich, die Sie der ÖVP-Regierung zu Unrecht unterstellt haben.

Fürst

Sie höhlen den Familienlastenausgleichsfonds aus. Das kostet dem Fonds in den nächsten Jahren 5 Milliarden Schilling pro Jahr. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Mit der Raubvogelmanier habt Ihr ihn ausgeräumt!)*

Ich möchte ein weiteres Beispiel anführen, ein Beispiel dafür, daß diese Regierung keineswegs so sozial ist, wie sie sich gerne darstellt und wie sie sich gerne im Spiegel sehen möchte. *(Bundesrat Schamberger: Sie haben es jetzt gerade gehört, haben Sie nicht aufgepaßt? - Bundesrat Pumpernig: Nichts ist widerlegt worden!)*

Ich zitiere Zahlen aus dem Statistischen Handbuch der Sozialversicherung, und zwar die Zahl der Ausgleichszulagenbezieher in Österreich. Denn die Frau Staatssekretär hat gerade eben vorhin gesagt, daß die Existenzgrundlage der Familien unter anderem auch das Einkommen ist.

Ich möchte jetzt hier darstellen, wie sich die Zahl der Ausgleichszulagenbezieher in den letzten Jahren entwickelt hat. Im Jahre 1969 haben in Österreich 305 000 Österreicher eine Ausgleichszulage bezogen. Im Dezember 1976 waren es laut Sozialversicherung 354 400. Das bedeutet, in sieben Jahren sozialistischer Regierung ist die Zahl der Mindestrentner um 50 000 gestiegen.

Meine Damen und Herren! Sie haben 50 000 Leute zusätzlich auf das Existenzminimum gesetzt. Das ist sozialistische Politik! *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Sie sind ja der reinste Märchenonkell)*

Kollege Bösch hat vorher mit mahnend erhobenem Zeigefinger die Bundesräte auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht. Er hat gesagt, diesem Gesetz müßten doch eigentlich alle Mitglieder dieses Hauses zustimmen.

Ich darf Herrn Kollegen Bösch daran erinnern, daß vor dem 2. Abgabenänderungsgesetz vor eineinhalb Jahren das 1. Abgabenänderungsgesetz beschlossen wurde, welches auch eine ganze Menge Belastungen mit sich gebracht hat, daß damals alle Bundesländer einschließlich der sozialistischen Bundesländer negative Stellungnahmen abgegeben haben und trotzdem die sozialistische Fraktion dieses Hauses geschlossen gegen den Einspruch gestimmt hat. Das ist eine Eigenart Ihrer Politik in diesem Haus, der wir nicht ganz folgen können.

Was das 2. Abgabenänderungsgesetz anlangt, darf ich Kollegen Bösch darauf aufmerksam machen: Er hat offenbar nicht die Stellungnahmen der Bundesländer zu diesem Gesetz gelesen, sonst würde er wissen - ich habe sie gelesen -, daß auch dieses Gesetz praktisch von

allen Bundesländern beeinsprucht wurde, daß zumindest schwere Bedenken angemeldet wurden.

Ein einziges Bundesland, das Bundesland Kärnten, war schon offensichtlich so von der Regierung auf Linie gewimmt, daß keinerlei Stellungnahmen dazu eingegeben wurden. Aber sonst haben alle Bundesländer zumindest Bedenken in Detailfragen angemeldet. Diese Bedenken sind nur zum geringsten Teil ausgeräumt worden.

Meine Damen und Herren! Was Sie hier betreiben, ist eine unseriöse Politik, und ich fordere Sie auf, im Sinne der Stellungnahmen Ihrer Bundesländer für diesen Einspruch zu stimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kollege Bösch hat für Sie von der Sozialistischen Partei auch das erlösende Wort gesprochen: Schuld an der ganzen Misere ist nicht die sozialistische Politik, hat er gemeint - zwischen den Zeilen, ich unterstelle das -, sondern schuld ist die Entwicklung im Ausland. So in dieser Richtung haben Sie das ja gesagt. *(Bundesrat Dr. Bösch: Bestreiten Sie das?)* Sie haben gesagt, wir sind keine Insel der Seligen, das Ausland hat starke Auswirkungen gehabt und ist schuld an der Entwicklung in Österreich.

Ich stelle fest, immer dann, wenn etwas gut geht, war es die sozialistische Regierung, und dann, wenn etwas schief geht, dann war das Ausland schuld. *(Bundesrat Schamberger: Aber wenn wir besser als das Ausland dastehen!)* Da sind Sie auf einmal das Mäuslein, das auf einem Elefanten reitet, und sagen, ich kann ja nicht die Richtung des Elefanten bestimmen. In Wirklichkeit sind Sie der Elefant im Porzellanladen, der in den letzten Jahren schon mehr wirtschaftliches und sozialpartnerschaftliches Porzellan zerschlagen hat, als sich Österreich eigentlich leisten kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht diese sozialistische Regierung mit jenen Maßstäben messen, wie wir sie anzuwenden gewohnt sind. Wir sind nämlich Maßstäbe anzuwenden gewohnt, die wir auch bei unseren eigenen Regierungen angewandt haben. Bei Ihnen war es anders. Sie haben andere Maßstäbe an die ÖVP-Regierungen gelegt und legen heute jene Maßstäbe an die SPÖ-Regierung, die Ihnen in den Kram passen.

Es hat auch damals im Jahre 1968 wirtschaftliche Schwierigkeiten gegeben. In Österreich hat die Krise wenig Eindruck hinterlassen, wenig Folgen gehabt. Es hat damals in Europa Millionen Arbeitslose gegeben, Herr Kollege Bösch, Millionen Arbeitslose hat es damals in Europa gegeben, und in Österreich wurde die

12324

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Pürst

Zahl der Arbeitslosen unter dem heutigen Stand gehalten, wenn man ... *(Staatssekretär Elfriede Karl verneint. - Bundesrat Tirnthal: 140 000 Arbeitslose!)*

Die Frau Staatssekretär schüttelt den Kopf, aber sie muß bedenken, daß die heutige Arbeitslosenstatistik durch die sozialistische Regierung verfälscht wurde *(Bundesrat Tirnthal: Ist ja nicht wahr!)*, denn in dieser Statistik sind nicht mehr enthalten die Pensionsanwärter, sind nicht mehr enthalten die Mütter, die Anspruch auf Karenzgeld haben, und es sind auch andere Gruppen, zum Beispiel die bedingt Vermittlungsfähigen, nicht mehr in dieser Statistik enthalten. Und das sind einige Zehntausend, Frau Staatssekretär! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es hat damals Bundeskanzler Kreisky im Parlament eine Rede gehalten und darauf hingewiesen, daß diese Lage, die damals geherrscht hat, die im Vergleich zu heute eine wunderbare, eine traumhafte Lage war, daß diese Lage unverantwortlich sei, und es hat dann einen Zwischenruf gegeben vom Abgeordneten Dr. Withalm, der gesagt hat: Verglichen mit England und Deutschland sind wir sehr gut dran.

Daraufhin ein Zwischenruf des Abgeordneten Czettel: Wir sind in Österreich und nicht in England.

Und dann ein Zwischenruf des Abgeordneten Ing. Häuser: Reden Sie von Österreich!

Ein Zwischenruf des Abgeordneten Weikhart: Wenn der Generalsekretär Ausreden braucht, geht er immer ins Ausland.

Und Bundeskanzler Kreisky, damals noch Oppositionsführer, hat mit seiner sonoren Stimme gesagt: Es geht nämlich nicht darum, daß man zum Vergleich die Probleme anderer anführt, sondern es geht darum, daß man die eigenen Probleme löst.

Wir erwarten von Ihnen, daß Sie die Probleme in Österreich in einer Art lösen, wie Sie damals von der ÖVP-Regierung gelöst wurden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie weisen heute jede Kritik zurück und meinen, daß Sie mit anderen Maßstäben gemessen werden müßten als die damalige ÖVP-Regierung. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, an jenen Maßstäben messen, die Sie damals an die ÖVP-Regierung angelegt haben.

Sie haben damals der ÖVP-Regierung zum Beispiel in einem Inserat unterstellt: „Das einzige, was die ÖVP-Regierung kann, im Ausland Schulden machen, 12,4 Milliarden Schilling in vier Jahren.“

Dann haben Sie die Regierung übernommen, und bei Ihnen sieht es folgendermaßen aus: 1970 Schulden von 70,9 Milliarden, 1971 73,2 Milliarden - ich will Ihnen die Aufzählung der einzelnen Schuldenstände ersparen -, jedenfalls 1976 198,6 Milliarden Schilling, das sind um 127 Milliarden mehr als im Jahre 1970, Und diese Zahlen, bitte, die sind aus dem Bundesrechnungsabschluß 1976; ich nehme nicht an, daß Sie diese Zahlen bestreiten werden. *(Bundesrat Dr. Bösch: Die Verschuldung der Schweiz ist höher als die Österreichs, ebenso die der Bundesrepublik!)*

Es steht also gegenüber einem Schuldenzuwachs von knapp über 3 Milliarden Schilling pro Jahr unter der ÖVP-Regierung ein Schuldenzuwachs von 21 Milliarden Schilling pro Jahr unter der SPÖ-Regierung. *(Bundesrat Schipani: Sie haben ein bißchen ein gestörtes Verhältnis zu Ziffern, kommt mir vor! Wir werden es dann korrigieren! Sie lassen etwas unter den Tisch fallen!)* Diese Zahlen sind dem Bundesrechnungsabschluß 1976 entnommen.

Sie haben es also fertiggebracht, in sechs Jahren den zehnfachen Schuldenstand von damals, den Sie damals kritisiert haben, anzuhäufen. Heute wären Sie froh, wenn Sie das *(der Redner hebt ein Papier in die Höhe)* als Plakat auf die Wände picken könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Inserat aus dem Jahre 1970 lautete: „Es ist zum Heulen: Jetzt ist Ihr Tausender nur noch 860 S wert.“ Das war damals zu einer Zeit, wo unter der ÖVP-Regierung eine Preissteigerung im Durchschnitt von knapp 3 Prozent zu verzeichnen war.

Unter der Regierung Kreisky gab es folgende Teuerungsraten: 1970 4,4 Prozent, 1971 4,7 Prozent. Es ist gestiegen bis zum Jahre 1976 auf 7,3 Prozent. Es ist Schwankungen unterlegen, im Durchschnitt waren es aber 7,3 Prozent pro Jahr, das ist das Zweieinhalbfache der ÖVP-Regierung. Und insgesamt, meine Damen und Herren, waren es 36,6 Prozent gegenüber 14 Prozent unter der ÖVP-Regierung. Der Tausender, den die ÖVP-Regierung der Sozialistischen Partei im Jahre 1970 übergeben hat, ist heute nur mehr 634 S wert. Auch hier wären Sie heute froh, wenn Sie das *(der Redner hebt wieder ein Papier in die Höhe)* plakatieren könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie haben aber die Österreichische Volkspartei damals nicht nur kritisiert, sondern Sie haben auch düstere Prohezeiungen abgegeben. Im Wahlkampf 1970 haben Sie in einem Agitationsbeheft für SPÖ-Wahlwerber, den ich vorhin schon zitiert habe, unter dem Titel „Zeit zum Wechsel“ unter

Fürst

anderem darüber gejamert, daß die ÖVP der künftigen Regierung, also der Regierung nach dem Jahre 1970, enorme Belastungen aufbürden würde, „denn“, so heißt es hier, „es müssen die stark gestiegenen Schulden zurückgezahlt werden“. Und dann heißt es weiter: „Die Defizite würden 1971 16,5 Milliarden Schilling, 1972 20 Milliarden Schilling, 1973 18 Milliarden Schilling erreichen.“ Das bedeutet, Sie haben sogar – das ist interessant – im Jahre 1973 schon wieder mit einem Abbau der Budgetdefizite gerechnet. Und dann heißt es: „Das ist unvorstellbar hoch.“ Und zur gleichen Zeit hat der Herr Bundeskanzler Kreisky gesagt, Budgetdefizite von 8 oder 9 Milliarden Schilling sind doch Wahnsinn.

Ich muß sagen, meine Damen und Herren, die Sozialistische Partei hat damals in ihrer Kritik auf derartige Superlative in der Wortwahl zurückgegriffen, daß es heute wirklich schwerfällt, für Defizite von 37,2 Milliarden Schilling im Jahre 1975, von 44 Milliarden Schilling im Jahre 1976 und rund 46 Milliarden Schilling im Jahre 1977 noch entsprechende Ausdrücke zu finden. Hier zeigt sich, meine Damen und Herren, daß leider der wunderbare deutsche Sprachschatz wesentlich engere Grenzen hat als die Folgen sozialistischer Wirtschaftspolitik; die sind grenzenlos und unabsehbar. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Doch weiter zu den Prophezeiungen aus dem Jahre 1970. Es heißt hier in diesem Prospekt weiter: „Die SPÖ zeigt in ihrem Programm einen klaren Weg zur Budgetfinanzierung auf, ohne zusätzliche Belastungen der Bevölkerung.“

Meine Damen und Herren! Wenn diese Prophezeiung eingetroffen wäre, wenn Sie ein Konzept gehabt hätten oder heute hätten und vor allem, wenn Sie einen klaren Weg der Budgetsänierung aufgezeigt hätten, noch dazu ohne Belastungen der Bevölkerung, dann stünden wir heute nicht hier und müßten nicht eines der unsozialsten Gesetze beschließen, das uns jemals in diesem Haus vorgelegt wurde. Daß Sie uns nach den ungeheuren Belastungswellen der letzten Jahre heute dieses ungeheuerlichste Belastungspaket vorlegen *(Bundesrat Dr. Bösch: Eine vierte Steigerungsstufe gibt es nicht mehr!)*, das noch immer jedes Konzept vermissen läßt, das müssen wir schärfstens zurückweisen. Es wäre besser gewesen, Sie hätten damals nicht die Regierung übernommen und Ihre Prophezeiungen wären wahr geworden, denn mit Ihrer Politik haben Sie Ihre damaligen Befürchtungen, das, was Sie damals der ÖVP unterstellt haben, bei weitem übertraffen.

Lassen Sie mich zu einer weiteren Prophezeiung der SPÖ im Jahre 1970 kommen. „Bis 1974“,

heißt es hier in der SPÖ-Broschüre, „kann die Staatsschuld höchstens um 25 Milliarden Schilling erhöht werden.“

Ich habe schon vorhin erwähnt, was die SPÖ getan hat: Sie hat die Staatsschulden bis 1974 nicht um 25 Milliarden erhöht, nämlich auf 85 Milliarden Schilling, sondern gleich auf 120 Milliarden Schilling. In den Jahren 1975 und 1976 sind sie dann um weitere 80 Milliarden auf rund 200 Milliarden gestiegen. Sie haben also möglich gemacht, was Sie nicht einmal unter einer bösen ÖVP-Regierung auch nur annähernd für möglich gehalten hätten.

Noch ein Wort zum Kollegen Bösch, der gesagt hat: Na ja, wenn man der Meinung wäre, daß diese Regierung schlecht wirtschaftete, dann müßten wir alle ausländischen Regierungen auch entlassen. *(Bundesrat Dr. Bösch: Das betrifft die Ausführungen des Herrn Bundesrates Pumpernig, daß die Regierung schuld sei am Geburtenrückgang! Darauf habe ich gesagt, daß dann alle europäischen Regierungen zu entlassen wären!)* Gut, ich nehme das zur Kenntnis.

Ich möchte aber doch noch ein Wort dazu sagen. Wenn Sie kritisieren, daß im Ausland die Wirtschaftsflaute noch größer ist und daher Auswirkungen auf Österreich hat, dann muß ich sagen, meine Damen und Herren: Seit zehn Jahren haben unsere wichtigsten Handelspartner sozialistisch dominierte Regierungen. Das wirkt sich natürlich aus. *(Bundesminister Dr. Androsch: Italien?)* Die Bundesrepublik Deutschland: eine sozialistisch dominierte Regierung. *(Bundesrat Dr. Bösch: Die haben einen liberalen Wirtschaftsminister! Das haben Sie übersehen!)* England: eine Labour-Mehrheit. Finnland: eine sozialistisch dominierte Regierung. Norwegen: eine sozialistisch dominierte Regierung. Dänemark: eine sozialistisch dominierte Regierung. Holland: eine sozialistisch dominierte Regierung. *(Bundesrat Dr. Bösch: Die Schweiz!)*

Nur in Schweden, meine Damen und Herren, in Schweden haben die Sozialisten 30 Jahre Zeit gehabt, sozialistische Politik zu verwirklichen, zu zeigen, was sie können. Nach 30 Jahren sind sie mit Schimpf und Schande aus dem Parlament gejagt worden und haben dort die Mehrheit verloren. *(Bundesrat Dr. Bösch: Die jetzige Regierung führt genau das Programm der Sozialdemokraten Schwedens weiter! Und erhöht die Importabgabe um 70 Prozent!)*

Meine Damen und Herren! Das alles muß angesichts dieses Gesetzes gesagt werden, das die österreichische Opferbereitschaft zweifellos überfordert, das aber nicht nur die Opferbereitschaft überfordert, sondern auch inhaltlich äußerst dubios ist.

12326

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Fürst

Ich habe mir im Finanzausschuß des Bundesrates erlaubt, nach der Höhe der Gesamtbelastung durch dieses Gesetz zu fragen. In den Erläuterungen zum ursprünglichen Entwurf hieß es nämlich, daß die Gesamtbelastung nur zirka 400 bis 500 Millionen Schilling betragen würde. In den letzten Wochen sind allerdings ernst zu nehmende Schätzungen aufgetaucht, die von Belastungen bis zu 17 Milliarden und mehr sprechen. Vorgestern im Finanzausschuß war niemand in der Lage, über die tatsächlichen Auswirkungen dieses Gesetzes Auskunft zu geben. Was ist das für eine Zumutung an die beiden Kammern des Parlaments, daß uns diese sozialistische Regierung ein Gesetz vorlegt, dessen Auswirkungen sie selbst noch nicht einmal annähernd abschätzen kann! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir müssen uns angesichts des vorliegenden Gesetzes auch die Frage stellen, was damit wirklich zur Verbesserung der Zahlungsbilanz getan wird. Zur Beurteilung dieser Frage ist maßgebend, wie hoch der Anteil jener Waren, die in diesem Paket von 33 Gruppen, die der 30prozentigen Mehrwertsteuer unterliegen, genannt sind, ist, wie hoch der Anteil dieser Waren am gesamten Importvolumen der Republik ist. Und auf meine diesbezügliche Frage im Finanzausschuß wurde mir gesagt, man wisse es nicht genau, es sei nicht sehr viel, es sei sicher unter 10 Prozent.

Meine Damen und Herren! 10 Prozent ist ein so geringer Anteil, daß man darüber diskutieren kann, ob das überhaupt noch Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz haben kann. Sie werden sagen: Na gut, 10 Prozent ist wenigstens etwas. Aber jetzt schauen wir uns doch einmal an, wieweit diese Waren, die wir also diskriminieren wollen, mit Absicht diskriminieren wollen, weil sie aus dem Ausland kommen, weil wir nicht wollen, daß ausländische Waren gekauft werden, wieweit diese Waren tatsächlich im Ausland produziert und wieweit sie im Inland produziert werden.

Und da hat sich herausgestellt, daß auf diese Anfrage überhaupt keine Antwort gegeben werden konnte. Es weiß kein Mensch, wie hoch der Anteil der in den 33 Positionen und mit 30 Prozent Mehrwertsteuer belegten Waren ist, der in Österreich produziert wird. Das bedeutet, meine Damen und Herren, Sie nehmen mit diesem Gesetz in Kauf, daß damit die österreichische Wirtschaft diskriminiert wird und daß österreichische Arbeitsplätze gefährdet werden. Und da spielen wir nicht mit! (*Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Dr. Bösch: Sie sichern ausländische Arbeitsplätze!*)

Wir sind der Ansicht, daß dieses Gesetz unverantwortlich gegenüber der österrei-

chen Wirtschaft ist und unverantwortlich gegenüber den österreichischen Arbeitnehmern. Wenn Sie eine Gefährdung österreichischer Arbeitsplätze, gewollt oder ungewollt, aber jedenfalls in Kauf nehmen, dann können Sie nicht von uns erwarten, daß wir mit Ihnen gemeinsamen Sache machen.

Wir lehnen dieses Gesetz ab und verweisen es an den Nationalrat zurück, weil es eine unabsehbare und unverantwortbare Belastung der österreichischen Bevölkerung mit sich bringt, weil es die vorgetäuschten Ordnungsmaßnahmen im Interesse einer verbesserten Zahlungsbilanz in keiner Weise erfüllt, weil durch den unverantwortbaren Leichtsinns bei der Zusammenstellung der einzelnen Maßnahmen dieses Pakets sogar die Gefährdung von Arbeitsplätzen in Kauf genommen wird, und weil wir dieser Regierung überhaupt nicht mehr zutrauen, daß sie nach all den wirtschaftspolitischen Fehlern der letzten Jahre überhaupt noch in der Lage ist, den verfahrenen Karren wieder flottzumachen.

Wenn schon von Luxus gesprochen wird, meine Damen und Herren, dann müssen wir auch diese sozialistische Regierung mit einbeziehen, die ein Luxus ist, den wir uns eigentlich schon lange nicht mehr leisten können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Reichl (*die Verhandlungsleitung übernehmend*): Zu Wort hat sich weiters gemeldet Herr Bundesrat Dr. Pisek. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Bundesrat Dkfm. Dr. Pisek (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Die durch das 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 neu eingeführten „Sonderbestimmungen für bestimmte Kraftfahrzeuge“ des § 20 a des Einkommensteuergesetzes beziehungsweise 16 a des Körperschaftsteuergesetzes möchte ich an den Beginn der Ausführungen stellen. Sie bedeuten einen willkürlichen Eingriff in die Investitionstätigkeit der Unternehmen.

Die willkürliche Festsetzung des Wertes der Fahrzeuge im Anschaffungs- oder Herstellungswert von 105 000 S und gleichzeitige Festsetzung von Abschreibungsquoten von 25 000 S ohne Kilometergeld, 15 000 S mit Kilometergeld sind eine schwere Benachteiligung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft. Sie bedeutet einen Abgang von bisher unangetastet gebliebenen steuerpolitischen Grundsätzen, sie bedeutet die Verneinung selbstverständlich gewordener Errungenschaften der modernen Volkswirtschaft. Wir sind der Ansicht, die Steuergesetzgebung hat sich der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen, und nicht die Wirtschaft der Steuergesetzgebung.

Dkfm. Dr. Pisec

Dazu kommt noch die rückwirkende Aufhebung der vorzeitigen Abschreibung beziehungsweise des Investitionsfreibetrages für Kombis ab 1. August, was eine weitere Verunsicherung des Rechtsstandpunktes darstellt. Wahrlich ein schiefes Licht, das hier auf die Finanzpolitik der Regierung fällt.

Und dabei konnte man das Gesetz bis 15. September begutachten. Ein rückwirkendes Gesetz, welche Farce!

Niemand hat in der Finanzverwaltung daran gedacht, wie denn die Betriebe in der Buchhaltung diese willkürlichen Abschreibungssätze verarbeiten sollen. Betriebe der Nahversorgung, die zwei, drei, vier, fünf, zehn, ja 15 Vertreterfahrzeuge einsetzen, müssen nun für jedes einzelne Fahrzeug quasi eine getrennte Buchhaltung führen, um festzustellen, was denn in Anwendung kommt, der globale Abschreibungssatz oder der Kilometersatz. Und sie müssen das auch deshalb machen, um festzustellen, wie hoch die wirtschaftliche Leistung jedes einzelnen Betriebsangehörigen ist, so wie bisher. Wer wird das bezahlen, wer soll diese Diensttätigkeit der Serviceleute, der Reisenden, der Vertreter, der Monteure, der Spedition- und Zollfachleute, die mit dem Fahrzeug unterwegs sind, überhaupt erfassen?

Und das nennt Herr Bundesrat Steinle „Steuergerechtigkeit“. Wo ist hier Steuergerechtigkeit bei einem Abschreibungssatz, bei einem Kilometersatz von 1,80 S der gewerblichen Wirtschaft und 3,60 S der Bundesbetriebe? Wo bleibt die Steuergerechtigkeit in diesem Punkt? Und wer kann unter dieser Voraussetzung einem Betriebsangehörigen noch zumuten, daß er sein Fahrzeug im Betrieb einsetzen wird, wo er doch nur einen Teil der Kosten vergütet bekommt? Also muß es das Unternehmen aus den versteuerten, dann stark reduzierten Erträgen zahlen, aus den stark reduzierten versteuerten Beträgen.

Wer von den Arbeitnehmern bezahlt aus seinem versteuerten Einkommen ein betrieblich genutztes Fahrzeug? Den soll man mir einmal zeigen! Wo ist da die Steuergerechtigkeit?

Dasselbe umgelegt auf die Exporteure. Die schicken ihre Leute ins Ausland, sie müssen in Märkte fahren, die sie nicht erreichen können, weder mit der Bahn noch mit dem Flugzeug, vielleicht jetzt mit einem Taxi, wenn diese als ökonomische Maßnahme gewünscht wird. Oder sollte das vielleicht doch nicht gewünscht sein? *(Bundesrat Schipani: In den von Ihnen gewünschten Fällen ist es sicher ökonomisch!)* Sie fahren 50 000, 60 000, 80 000, 100 000 km, bisher hat man ihnen 3 S vergütet. Da fehlt etwas zu den 1,30 S im Betrieb, da fehlt eine

Riesensumme. Wenn Sie die noch tatsächlich geltend zu machenden Aufwendungen dazu rechnen, wenn Sie berechnen, was es wirklich kostet, sind das rund 2 S pro Kilometer, pro Jahreskilometer, pro Arbeitnehmer 150 000 bis 200 000 S, wieder zu bezahlen aus dem bereits versteuerten Betriebsergebnis.

Meine Herren! Wo bleibt hier die Exportförderung der Bundesregierung? Das ist eine glatte Diskriminierung gegenüber jenen ausländischen Konkurrenten auf einem schwieriger werdenden Weltmarkt, die keine solche Belastung haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, man geht nicht fehl, wenn man sagt: Hier ist ein glatter gesellschaftspolitischer Angriff auf die Klein- und Mittelbetriebe Österreichs zu sehen. Die mittelstandsfeindliche Haltung der sozialistischen Regierung kommt klar zutage.

Es liegt daher an der Regierung, unserer Forderung nach einem Bundesmittelstandsgesetz endlich nachzukommen, das der Nahversorgung dient, das auch die Exportfähigkeit erhöht, das eine weitere Strukturverbesserung bringt, das die Steuerpauschalierung der kleinen Unternehmer besonders bei der schwierigen Umsatzsteuerberechnung ermöglicht, das eine Veränderung der bereits eingetretenen selektiven Vermögensbesteuerung, insbesondere bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, herbeiführt, nicht nach einem angenommenen Kapital, sondern nach einem tatsächlich ausgewiesenen, das weitere Förderungsmaßnahmen in jener Form bringt, daß Konkurrenzverzerrungen abgebaut werden.

Denn eines steht fest: Der Mittelstand, die mittelständische Wirtschaft ist zuallererst in einer Wirtschaftskrise in der Lage, Vollbeschäftigung in ihren Betrieben, wo der Unternehmer mit seinem Risiko und seinem Kapital und seiner Arbeitskraft tätig ist, zu halten und zu sichern.

Und wenn Sie die Exportstatistik betrachten, die Zergliederung der jeweiligen Exportanteile: Es fällt ein größerer Anteil der österreichischen Exporte auf die mittelständischen Unternehmen als auf die Großbetriebe. Das ist eine Tatsache! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht einfach dem Finanzminister darum, das Budgetloch zu stopfen. Koste es, was es immer wolle! Wenn der Herr Bundesrat Fürst auf den Importanteil der Pkws hingewiesen hat, darf ich Ihnen das aus dem Bericht der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Lage vom 16. Juni 1977 zeigen. So gering ist der Anteil der Fahrzeuge, verglichen mit dem Anteil anderer Produkte am Import. *(Der Redner zeigt eine Statistik vor.)* Er ist geringer als 10 Prozent. Er beträgt rund 14 Milliarden Schilling im Jahr

12328

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dkfm. Dr. Plösch

1976. Die Steigerung der Pkw- und Kombi-Importe in den letzten sechs, sieben Jahren betrug 184 Prozent. Aber die Brennstoffimporte stiegen um 232 Prozent, die Konsum-Fertigwaren um 208 Prozent, die Lkw nur um 136 Prozent. Hier gibt es keinen Ansatz, die Zahlungsbilanz zu sanieren. Bei Gott nicht. Der liegt woanders, da muß man woanders suchen. *(Bundesrat Schipani: Sind Sie nicht auch Importkaufmann?)*

Es hat also keinen Sinn, mit einer solchen Präambel in den Bericht des Steuerausschusses zu gehen und uns das gedruckt zu übermitteln, denn da steht:

„Auf ertragsteuerlichem Gebiet soll durch eine Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Anschaffungs- und Betriebskosten von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen ... eine Verbesserung der Zahlungsbilanz erreicht werden.“ – Steht gedruckt. Vorlage der Regierung. *(Der Redner zeigt diesen Bericht vor.)* Wo bleibt hier die Steuerwahrheit, die Wahrheit in der Begründung? – Sie ist nicht vorhanden. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Zur Frage der Währungsreserven. Wir sind von ernster Sorge erfüllt. Das Zahlungsbilanzdefizit – ich habe mehrfach vor der Entwicklung unseres Außenhandels gewarnt, wie vor vielem, worauf man nicht gehört hat – erreichte 1976 unbereinigt 26,4 Milliarden Schilling, bereinigt 16,3 Milliarden Schilling. Das Handelsbilanzdefizit betrug 52,5 Milliarden Schilling. Eine gigantische Zahl! Wir prognostizieren für 1977 bereits 71 Milliarden Schilling Handelsbilanzdefizit. 71 Milliarden Schilling! Und ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Das Zahlungsbilanzdefizit: Es wird im Jahr 1977 unbereinigt 46 Milliarden Schilling erreichen, bereinigt 34 Milliarden Schilling. Das bedeutet einen Verlust unserer Währungsreserven, die im Jahr 1976 um 18,3 Milliarden Schilling abnahmen. Und im Jahr 1977: Man hat bis zum August 22,1 Milliarden Schilling prognostiziert, heute prognostiziert man bereits 34 Milliarden Schilling Verlust der österreichischen Währungsreserven.

Wo bleibt die Wirtschaftspolitik? Wo bleibt die Zahlungsbilanzpolitik? Wo bleibt die Handelspolitik? Ich reklamiere das Versagen der sozialistischen Regierung auf diesem für uns so wichtigem Gebiet! *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Bundesrates Schipani. – Gegenruf des Bundesrates Pumpenig.)*

Dazu setzt man aber neue Maßnahmen überfallsartig, ohne die Wirtschaft zu hören, Herr Kollege. Die zahlen Sie alle mit. Mit 1. November wurde eine ganze Reihe von Produkten, die teils später noch mit der Luxismehrwertsteuer von 30 Prozent belastet

werden, nun auch zollerhöht, und zwar in einer Vorgangsweise, die ich aufzeigen muß. Man kann nicht am 25. Oktober um 10 Uhr der Bundeskammer den Zollerhöhungsvorschlag – eine so dicke Liste – hinlegen und um 11 Uhr die interministerielle Besprechung machen, in der sich die Experten äußern sollen. Denn wer könnte das in dieser einen Stunde lesen? Und dann wird das bereits beschlossen. Am 26. ist Staatsfeiertag, und am 27. unterschreibt der Minister die Zollerhöhung. Wo wird denn hier die Wirtschaft noch gehört? Wir reklamieren das. So kann man nicht Wirtschaftspolitik in diesem Land machen. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Schauen wir uns jetzt die Positionen an. Ein paar Tage sind sie in Kraft. Was sieht man? *(Zwischenruf von Vizekanzler Dr. Androsch.)* Herr Vizekanzler! Sie mußten es unterschreiben. Die Beamten haben es Ihnen gebracht. Wir konnten es nicht lesen. In einer Stunde konnte es niemand lesen.

Was sehen wir denn heute? Schauen wir uns nur zwei Positionen, zwei kleine Positionen an.

Bislang war das Radio, war der Radioapparat ein Mittel der staatsfördernden Erziehung der Bürger eines Landes. Der sozialistischen Regierung blieb es vorbehalten, den Radioapparat als Luxusgegenstand – nicht mehr als notwendiges Gut eines Staatsbürgers – zu dokumentieren. Mit 30 Prozent Mehrwertsteuer. Das Autoradio, mit dem man den Straßenzustandsbericht hören kann, wodurch man die Verkehrssicherheit erhöhen kann, ist ein Luxus!

Aber nicht nur das. Es geht noch weiter. Jetzt wird noch der Zoll darauf erhöht; von 14 bis 16 Prozent auf 38 Prozent; doppelt erhöht. Das bedeutet für den Radioapparat ab sofort, ab heute schon eine Preissteigerung, sofern er importiert ist. *(Bundesrat Schipani: Unsere eigenen Unternehmungen sollen geschützt werden! Das haben Sie selbst verlangt! – Bundesminister Dr. Androsch: Er ist für die Importe!)* Ja woher denn? – Aus der EWG – dort haben wir keine Zölle mehr – oder aus der EFTA. Das heißt, der Vorschlagende hat völlig vergessen: Wenn man solche Gewaltzölle einführt, bekommt man sie ja nicht von allen Ländern – denn bezüglich mancher sind wir vertraglich verpflichtet, keine einzuheben –, sondern man müßte sie dann von woanders beziehen, um den Zoll entrichten. Oder umgedacht: Niemand wird mehr aus fremden Ländern importieren, sondern nur mehr aus der EWG.

Das, Herr Vizekanzler, wollen wir doch nicht. Wir wollen doch nicht, daß unser Bilanzdefizit zur EWG noch größer wird. Bericht der Bundesregierung vom 16. Juni. *(Der Redner*

Dkfm. Dr. Pisec

zeigt eine Statistik vor.) Schauen Sie sich diesen Berg an. Das ist der Importberg aus der EWG. Und die kleinen Bergerln da sind die anderen Länder. (*Bundesrat Schipani: Sind Sie nicht Importeur, Herr Kollege?*) Diese Statistik ist hier; bitte, ich darf sie Ihnen dann geben.

Herr Vizekanzler! Wenn ich der japanische Handelsattaché wäre, würde ich mich darüber beschweren, als deutscher Handelsattaché freuen, aber als österreichischer Außenhandelskaufmann bin ich über diese Entwicklung entsetzt, denn wir werden die Retorsion von jenen Ländern zu spüren bekommen, die diese Produkte bis jetzt benötigt haben, um unsere eigenen Exporte zu bezahlen. Hier liegt eine rein willkürliche fiskalische Maßnahme vor, die ich wirklich ernst reklamieren muß.

Wie schaut das in der Praxis weiter aus zum Beispiel bei Baumwollgeweben? Bei einem Gewichtszoll von bisher 2 000 S nimmt man jetzt 8 400 S. Das bedeutet für das Finalprodukt eine Verdopplung des Preises. Das bedeutet weitere Anheizung der Preissteigerungen. Wer soll denn das der Bevölkerung klarmachen von den Herren der sozialistischen Regierung, daß sie die größten Preissteigerer sind, daß sie selbst das verursachen? Aber kommen Sie dann nicht und sagen Sie, die Wirtschaft wäre daran schuld, wenn Sie durch rein fiskalische Maßnahmen Preise der Finalprodukte errechenbar bis zu 100 Prozent von sich aus belasten und dadurch erhöhen.

Dann noch bezüglich der am Zollamt liegenden Güter: Liegen sie in der Zollfreizone - zum Beispiel Wien -, dann können sie nach Antrag zu jenem Tarif abgefertigt werden, der zu dem Zeitpunkt galt, als man sie hinbrachte, also zum alten Zollsatz. Liegen sie in einem normalen Zollfreilager - Bahnhof-, Spediteur- oder Firmenlager, dann gilt das nicht. Welche verschiedenartige Behandlung von ähnlichen Wirtschaftsunternehmen! Das bedeutet eine starke Existenzgefährdung jener Betriebe, die nicht in der Zollfreizone ihre Güter haben und die durch diese Zollerhöhung vieler Tarife überrascht wurden. Gegenüber jenen Betrieben, die nicht in der Zollfreizone lagerten, dort ihren Standort haben, ist das eine krasse Ungerechtigkeit vor dem Gesetz.

Hier gilt es, eine Übergangsbestimmung zu machen. Es ist ein Recht der Wirtschaft, an das Finanzministerium zu appellieren, eine Übergangsbestimmung unter Ausnutzung des § 6 des Zollarifgesetzes einzuführen. Ich glaube, das ist berechtigt, wenn man schon die Wirtschaft überfällt. Sie war darauf bei Gott nicht vorbereitet. Der Herr Finanzminister hatte es nämlich sowohl in der „Kronen-Zeitung“ publiziert, daß wir keine Luxussteuer kriegen, als

auch am 12. Mai im Hohen Haus dezidiert erklärt. Es wurde ja heute schon gesagt, daß die jetzige Regierung erklärte, an Steuer- und Tarifierhöhungen - darunter verstehen wir auch Zolltariferhöhungen - denke sie nicht. Wer konnte daher vorbereitet sein, daß solche Erhöhungen über Nacht eintreten? Es ist das Recht der Wirtschaft zu fordern, daß man ihr nicht mit Absicht oder unabsichtlich - ich will das nicht untersuchen - existenzgefährdende Schmerzen oder Existenzgefährdung überhaupt bereitet, sondern hilfreich zur Seite steht. Daher: Übergangsbestimmung für die betroffenen Branchengruppen.

Ich darf abschließend noch auf eine Feinheit anlässlich dieser Zollerhöhung hinweisen, die mir heute eingefallen ist, die mir heute zu Ohren kam. Es werden auch die Zölle für Fernsehapparate erhöht, also auch die japanischen Fernsehapparate, also auch jener „national“-Fernsehapparat, den die SPÖ in Ihrem Preisausschreiben verwendet. Vielleicht wird sie nun daran denken nach Wunsch des Finanzministers -, sich eine andere Bezugsquelle eröffnen zu müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind der Ansicht, daß die jetzt fallweise diskutierten Importrestriktionen - so als Notlösung: die Zahlungsbilanz kann man auch durch Importbeschränkungen zu sanieren versuchen - nicht der richtige Weg sind. (*Ruf bei der SPÖ: Schlagen Sie einen anderen vor!*)

Es ist sinnlos, gegen die Warnung der Wirtschaft mehrere Jahre zu predigen, alles auf den Import und die „bösen heimischen Preistreiber“ zu schieben und die internationalen Niedrigpreise ins Land zu bringen (*Ruf bei der SPÖ: Stimmt gar nicht!*), um sich dann in ganz wenigen Stunden oder Tagen um 180 Grad zu drehen und zu sagen: Import ist Hochverrat, keinen Import mehr herein, wir sperren alles, nur mehr exportieren!

Wir haben zwar keine neuen Exportförderungsmaßnahmen (*Ruf bei der SPÖ: ... höhere Handelsspannen!*) mit Ausnahme jener Aufstockung um 1 Milliarde Schilling in der Refinanzierung dankenswerterweise - aber wir haben keine anderen -, aber wir machen Importrestriktionen, als ob wir allein auf der Welt leben würden (*Bundesrat Bürkle: „Einbahnstraße“!*), als ob die anderen sich das so ohne weiteres gefallen lassen würden.

Hier gilt es maßzuhalten, und es gilt, den mühsameren Weg zu begehen. Nicht, wie Bösch sagt: 11 Prozent liegen wir soviel günstiger! Wir liegen bei unseren Lohnindexzahlen schlecht. Da ist ein Hebel, wo man ansetzen muß.

Nach Aussage des sozialpolitischen Taschen-

12330

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dkfm. Dr. Plsec

buchs der Arbeiterkammer - ich zitiere eine sehr wertvolle Publikation - betrug im Jahr 1976 der österreichische Lohnindex 206,7 zu 1970, in der Bundesrepublik betrug der Lohnindex 174,1, in der Schweiz 157. In England ist er höher. Na, wie die dastehen - das brauchen wir uns nicht zu wünschen, daß wir das bekommen. Da liegt ein Punkt, wo man maßhalten muß. (*Bundesrat Schipani: ... Politik des ÖGB!*)

Man muß maßhalten in weiteren Steuererhöhungen, man muß maßhalten in weiteren Gebührenerhöhungen, man muß maßhalten auf dem Kreditsektor, man muß maßhalten in der Steuermentalität überhaupt.

Wenn man in der Bundesrepublik also die Investitionen fördert und die Steuern senkt, ja warum werden dann wir genau den gegenteiligen Weg gehen, die Investitionen verteufeln und die Steuern erhöhen? Das kann nicht zur Gesundheit führen. (*Bundesrat Schamberger: Das ist ein tolles Konzept: Die anderen sollen zahlen, nur selber nichts dazu beitragen! Das kennen wir schon!*) Nur wenn wir die Grundlagen der Wirtschaft sanieren und verbessern, dann wird unsere Exportfähigkeit steigen, und dann sind wir in der Lage, jene Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz, die jetzt so unüberbrückbar scheinen, gemeinsam zu meistern. (*Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe.*)

Nicht steuerliche Diskriminierung der Wirtschaft, die wir in der Frage dieses Belastungspakets ablehnen!

Und auch ich bekenne mich dazu, daß wir hier auf gar keinen Fall zustimmen können. Der Nationalrat möge sich damit noch einmal beschäftigen. Es ist noch nicht zu spät. Es sind Ungereimtheiten in diesen Gesetzentwürfen drinnen, die man zum Wohle der Wirtschaft und nicht unbedingt zum Nachteil des Fiskus noch reparieren kann. Vom Grundsätzlichen her bedarf es des Umdenkens!

Und lassen Sie mich ausklingend auf jenes Konzept zur Arbeitsplatzsicherung verweisen, das als eines seiner Hauptmerkmale Strukturpolitik beinhaltet, das Konzept unseres Dr. Taus, wo drinnensteht: Strukturpolitisch fördern! Wenn jemand zum Beispiel eine Novation macht, die zum Beispiel zur Exportförderung führt, dann möge man ihn belohnen und nicht bestrafen. - Das unter vielen anderen Merkmalen.

In dieser gemeinsamen Form der Wirtschaftspolitik sehen wir die Gesundheit. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Reichl: Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Schmölz. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Bundesrat **Schmölz** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Geschätzte Damen und Herren! Im Rahmen des Maßnahmenpaketes der österreichischen Bundesregierung haben wir uns heute mit der Novelle zum Fernmeldeinvestitionsgesetz zu befassen. Dieses Fernmeldeinvestitionsgesetz unterliegt ja bekanntlich nur bedingt dem Einspruchsrecht des Bundesrates.

Ich möchte gleich zu Beginn im Namen meiner Fraktion den schriftlichen Antrag einbringen,

daß gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November kein Einspruch erhoben wird. (*Der schriftliche Antrag wird Vorsitzendem-Stellvertreter Dr. Reichl überreicht.*)

Diese Novelle ist ohne Zweifel für die österreichische Wirtschaft ein Gesetz von nicht unwesentlicher Bedeutung.

Wenn wir an die Jahre nach 1945 denken, erinnern wir uns, daß damals alle Anstrengungen darauf gerichtet waren, das durch die Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen zerstörte oder beschädigte Verkehrs- und Nachrichtennetz wieder funktionsfähig zu gestalten.

Alle erforderlichen Investitionsmittel mußten trotz vorhandener Investitionsprogramme jährlich anlässlich der Budgeterstellung erkämpft werden. Der für das Fernmeldewesen zuständige Bundesminister - und ich darf darauf hinweisen: es war ein Sozialist! - erkannte rechtzeitig, daß jede langfristige Planung auch einer langfristigen finanziellen Sicherung bedarf, und so wurde im Jahre 1964 das Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz verabschiedet.

Auf Grund dieses Gesetzes werden seit 1964 die einen bestimmten Grundbetrag übersteigenden Telefongebühreneinnahmen für den Ausbau des Fernmeldewesens zweckgebunden. Dadurch wurde einerseits für die Post eine mehrjährige Investitionsplanung ermöglicht und andererseits der Fernmeldeindustrie eine gleichmäßige Auslastung, aber auch die Erweiterung ihrer Produktionskapazität gesichert.

Jeder Österreicher weiß, welches wichtiges technische Hilfsmittel das Telefon heute darstellt. Wie oft war der Griff zum Telefonhörer bei vielen unlösbaren und schwierigen Problemen die allerletzte Rettung! Wie oft war das Telefon Retter in höchster menschlicher Not? Und wie oft konnte durch rechtzeitige Inanspruchnahme der Einrichtungen des Fernmeldewesens wertvolles menschliches Leben gerettet werden!

Es war daher eine Selbstverständlichkeit, daß immer mehr Menschen einen Telefonanschluß verlangten.

Schmölz

In den frühen siebziger Jahren brachte es der wirtschaftliche Aufschwung mit sich, daß die Nachfrage nach Telefonanschlüssen explosionsartig zunahm. Seit dem Jahre 1969 wurden in Österreich 800 000 Telefonanschlüsse hergestellt. Das ist ebensoviel wie in allen Jahren vorher! Im Jahre 1969 betrug der Stand an Telefonanschlüssen 886 000, im September 1977 beträgt er 1,7 Millionen Anschlüsse. Anders ausgedrückt: Im Jahre 1969 kamen auf 100 Einwohner 12,2 Anschlüsse, im Jahre 1976 waren es bereits 21,6 Anschlüsse.

Wer hat denn die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß heute diese Situation vorgefunden wird? Durch welche Politik erfolgte dies? War es die ÖVP, oder war es eine sozialistische Regierung?

Daß man sicherlich mit diesem Erreichten nicht zufrieden sein darf, zeigt die Zahl jener 210 000 Österreicher, die zum Beispiel 1973 noch längere Zeit auf einen Telefonanschluß warten mußten. (*Bundesrat Dr. Fuchs: Warum lassen Sie dann die 3 Milliarden weg?*) Ich komme noch zu Ihnen, Kollege Fuchs! - Erst durch die große Anstrengung gelang es, die finanziellen und baulichen Voraussetzungen zu schaffen und diese berechtigten Wünsche zu befriedigen. Den Bemühungen des zuständigen Ministeriums, aber vor allem der Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung war es zu danken, daß sich diese Zahl der Vorgemerkten auf 170 000 eingependelt hat.

Österreich liegt heute mit dieser Zahl von Telefonanschlüssen und einer Versorgung von 50 Prozent der Haushalte hinsichtlich der Telefondichte im guten Mittelfeld der europäischen Staaten. Das muß man doch eingestehen. Nicht ohne Stolz können wir darauf hinweisen, daß Länder wie Frankreich, Belgien oder Norwegen beim Vergleich der Telefondichte hinter Österreich liegen.

Bei einer Durchleuchtung der Position anderer Staaten Europas wie Schweden oder unseres Nachbarlandes Schweiz läßt sich feststellen, daß noch ein weiter Weg bis zur Vollversorgung der Haushalte mit Telefonanschlüssen vor uns liegt. Das ist richtig. Auf dem Sektor des Fernmeldewesens kommen in letzter Zeit immer neue Aufgaben hinzu, und ich glaube, es gibt nur wenige Gebiete der technischen Entwicklung, wo in den letzten Jahren so rapide Fortschritte und Erfolge erzielt werden konnten wie beim Fernmeldewesen. In diesem Zusammenhang darf ich auf das Gebiet der Breitbandstromwege für Datenübertragung und auf den erst vor kurzem begonnenen Bau einer Satellitenfunkstelle in Österreich verweisen.

Für die Realisierung der Vollversorgung mit

Telefonhauptanschlüssen, für den raschen Ausbau bei der Datenübertragung und den nicht geringen Investitionen im internationalen Satellitenfunkverkehr werden riesige finanzielle Mittel aufgebracht werden müssen. Viele dieser gewaltigen Investitionen sind zukunftssträchtige Investitionen, die zur Zeit unbedingt erforderlich sind, um nicht den Anschluß international zu verlieren.

Für uns stellt sich nun die Frage, ob all diese Kosten der Investitionen, die nicht zuletzt auch dem Teilnehmer im Fernmeldeverkehr von morgen zugute kommen, von den heutigen Telefonkunden allein zur Gänze bezahlt und aufgebracht werden sollen. Meine persönliche Überzeugung ist, daß es besser und sinnvoller wäre und dem Staatsbürger von heute gegenüber auch gerechter, diese Mittel über einen längeren Zeitraum zu verteilen und damit die Lasten gerechter aufzuteilen. Und das sagen wir auch ganz offen. Daher verstehen wir die Aussage von Bundesrat Fuchs nicht. Wir begründen unsere Formulierungen auch; wir sagen doch dem österreichischen Volk, was wir tun wollen. Es waren daher die Überlegungen der Bundesregierung vollkommen richtig, als sie dem Hohen Hau eine Novelle zum Fernmeldeinvestitionsgesetz vorlegte, und ich will mich nun kurz mit dem Inhalt und den Zielen dieses Entwurfes befassen.

Durch diese Novelle sollen die Bestellungen im Fernmeldewesen aus dem Budget und nach Maßgabe sonstiger Finanzierungsmöglichkeiten finanziert werden. Schon 1974 bis 1976 - es ist doch kein neuer Weg - wurden insgesamt 1,8 Milliarden Schilling der Investitionen im Fernmeldewesen über den Kapitalmarkt finanziert. Der Investitionsanteil aus dem Budget soll bis zum Jahre 1980 45 Prozent der Gesamteinnahmen aus der Telefongebühr betragen. Durch die Novelle 1977 werden sich die Gesamtbestellungen bis zum Jahre 1980 keineswegs vermindern (*Bundesrat Dr. Fuchs: Das habe ich auch nicht gesagt!*), sondern sie sind sogar gegenüber dem bisherigen Plan um 440 Millionen Schilling höher angesetzt. (*Bundesrat Dr. Fuchs: Es wird halt jetzt teuer mit den Krediten!*)

Auch die vielfach von der ÖVP aufgestellte Behauptung, daß durch die Fremdfinanzierung das vorgesehene Programm eingeschränkt werden müßte, entspricht keinesfalls den Tatsachen, da anstelle der bisher im alten Programm eingeplanten 100 000 ein Nettozuwachs von 115 000 Telefonanschlüssen pro Jahr vorgesehen ist. (*Bundesrat Dr. Fuchs: Es sind auch 5 000 Wohnungen mehr vorgesehen!*) Die Post- und Telegraphenverwaltung kann auf ihre Leistung berechtigt stolz sein. Wurde doch seit 1964 bis September 1977 ein Nettozuwachs von 1,1 Mil-

Schmölz

tionen Telefonanschlüssen erzielt. Das sind doch Fakten.

1977 werden es wieder rund 115 000 sein, und für die Jahre 1978 bis 1980 wird die Zuwachsrate neuer Telefonanschlüsse insgesamt rund 345 000 betragen.

Dieses Programm wird sich durch die Aufnahme von Fremdmitteln ohne Schwierigkeiten durchführen lassen. Obwohl gerade die Vertreter der ÖVP immer wieder Finanzierungen außerhalb des Budgets forderten - ebenfalls ein Hinweis von Ihnen, Herr Bundesrat -, haben Sie die Fremdfinanzierung dann angegriffen und plötzlich als Schreckgespenst gemalt. Auch hier können wir Sie beruhigen, daß aufgrund eines genau überlegten Finanzierungs- und Bindungsplanes für das Jahr 1978, aber auch bis 1980 keine Gefahr besteht. Die aufgenommenen Kredite wurden und werden sicherlich laufend zurückgezahlt.

Bei einem Blick über unsere Grenzen muß man feststellen, daß der Fremdfinanzierungsanteil bei der Post, zum Beispiel in der Deutschen Bundesrepublik oder in der Schweiz, wesentlich höher ist als bei uns. Soweit mir bekannt ist, weist die Deutsche Bundespost zum Beispiel bereits einen Anteil von 70 Prozent auf. Nach Beschlußfassung dieser Novelle wird in Österreich bis zum Jahre 1980 die Grenze eines 20prozentigen Fremdkapitalanteils überschritten werden, sicherlich nicht höher. Zurzeit sind es nur 14 Prozent.

Sie stimmen mir doch sicherlich zu, daß auch keine privaten Unternehmungen in der Lage wären, langfristige und vor allem sehr rentable Investitionen ohne Fremdmittel zu finanzieren. Hinzu kommt noch, daß sich die Einnahmen aus dem Fernmeldedienst weiterhin sehr günstig entwickeln und uns daher eine teilweise Finanzierung durch den Kapitalmarkt sicherlich vertretbar erscheint.

Anlässlich der Beratungen über die Erhöhung der Telefongebühren im Jahre 1977 haben Sie von der Volkspartei vorgeschlagen, auf eine solche Erhöhung zu verzichten und dafür mehr Fremdmittel aufzunehmen. Heute sind Sie gegen die Fremdmittel.

Wir als Sozialisten werden dieser Gesetzesnovelle zustimmen, weil wir glauben und fest davon überzeugt sind, daß durch eine verstärkte Investitionstätigkeit verschiedene Industriezweige und die Beschäftigung gesichert sind. Mit dieser Politik sichern wir Arbeitsplätze in den beteiligten Industriezweigen. Wenn Sie die Ansätze im Bundesvoranschlag 1978 lesen, können Sie feststellen, daß der Gesamtabgang von rund 2,2 Milliarden Schilling eine beträchtliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr

bedeutet. 1975 betrug der Abgang noch 3,7 Milliarden Schilling, und in diesem Jahr werden es voraussichtlich nur mehr 2,2 Milliarden Schilling sein.

Durch die Installierung von immer mehr Telefonanschlüssen steigen auch die Einnahmen der Österreichischen Post, und von den im Budget für das Jahr 1978 geschätzten Gesamteinnahmen von 20,6 Milliarden Schilling werden allein 12 Milliarden auf Fernsprechgebühren entfallen.

Mit dieser Novelle wird die Politik der Bundesregierung erneut bestätigt. Und ich glaube, daß das ein Grund für die Aufregungen auf der rechten Seite ist. Der Herr Bundeskanzler hat bei der Erklärung der Bundesregierung am 5. November 1975 betraut, die Herstellung von Telefonanschlüssen und die ständige Verbesserung der Qualität des Nachrichtenverkehrs werden einen weiteren Schwerpunkt bilden. Und diese Novelle wird eben dazu beitragen.

Ich möchte - und das wird sicherlich leider vor lauter Kritik zu sehr vergessen - die Gelegenheit wahrnehmen, um den Bediensteten im Telegraphen- und Fernmeldedienst für ihre hervorragende Leistung den Dank und die Anerkennung auszusprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, da Herr Bundesrat Heinzinger *(Bundesrat Heinzinger: Hier!)* - ich bin froh, daß Sie da sind - die Haltung des ÖGB in seiner sehr unsachlichen Darstellung erwähnt hat, fühle ich mich als Mitglied des Bundesvorstandes im ÖGB verpflichtet, doch einiges hier zu sagen. Kollege Heinzinger meinte, der ÖGB komme seiner Aufgabe gegenüber den Arbeitnehmern nicht nach, sondern decke in dieser schwierigen Zeit nur die Regierung. Der Gesetzgeber und wir alle, die sozialistischen Abgeordneten, lizitieren und „decken“ die laufenden Tariferhöhungen. Die sozialistische Krankheit sei, mehr zu geben, als sie geben kann, und mehr zu versprechen, als man leisten kann.

Wer fordert und lizitiert denn heute in Österreich? - Der ÖAAB! Wer fordert denn in dieser schwierigen Situation eine Steuerreform mit 1. Jänner 1978, wer war das? - Der ÖAAB! *(Bundesrat Schipani: Lohnsteuersenkung gemeinsam beschlossen!)*

Bei der Gelegenheit möchte ich ganz gerne die Kollegen vom ÖAAB vielleicht an eines erinnern: Wir haben manchmal den Eindruck, er ist überhaupt erst seit 1970 existent. Wo war denn der ÖAAB vorher, im besonderen zwischen 1966 und 1970? - Überhaupt nicht hier! Da hatte man den Eindruck, es gibt ihn gar nicht. *(Bundesrat Schipani: Um Gottes willen!)* Allerdings, ich habe etwas Wichtiges vergessen: Im Parlament hat zwischen 1966 und 1970 einer

Schmölz

Ihrer Abgeordneten (*Ruf bei der ÖVP: Rehor!*), Kollege Gasperschitz, glaube ich, das sogenannte Beamtenopfer gefordert. Das war der Beitrag des ÖAAB zwischen 1966 und 1970. (*Bundesrat Heinzinger: Gegen die jetzigen Opfer ein „Lapper!“ - Bundesrat Rosa Heinz: Opfer und Opfer sind nicht gleich! - Bundesrat Schipani: Wenn beim Opfer eine Reallohnsteigerung herauskommt, ist es ein gutes Opfer!*)

Wenn Kollege Heinzinger vom Verantwortungsbewußtsein des ÖGB spricht, dann war gerade diese gestrige Bundesvorstandssitzung ein Beweis dafür. Denn der Bundesvorstand mit allen Fraktionen hat sich eben damit befaßt, rechtzeitige Maßnahmen gegen die Konjunkturabschwächung zu finden: Sicherung der Energieversorgung, Hartwährungspolitik, Preisstabilität.

Zur Frage der Lohnsteueranpassung auch einige Worte. Gestern die Zustimmung der FCG: 1. 1. 1979. (*Bundesrat Heinzinger: Nein! Das ist eine Unwahrheit!*) Ich komme auf das noch, regen Sie sich nicht auf, auf das kommen wir noch. Heute wurde eine Pressekonferenz abgehalten von einem Teil der FCG, und zwar von jenem Teil, der die Bundesbahner vertritt. Er bekannte sich nicht zu diesem Beschluß und meinte: Unsere Forderung, Lohnsteuerreform 1. 1. 1978, bleibt aufrecht. Also was will die FCG? Gestern: 1. 1. 1979. - Heute: 1. 1. 1978. Das zeigt doch Ihre „Glaubwürdigkeit“, (*Bundesrat Schipani: Das ist eine Diskriminierung Ihrer Funktionäre! Das ist ein zerstrittener Haufen! - Weitere Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Weil Sie auch zitiert haben - Herr Kollege Dr. Lichal war ja auch Zeuge; er hat allerdings nicht gesprochen, sondern nur aus der hinteren Bank ein bisserl nach vor gestochen -, da steht heute in den „Salzburger Nachrichten“, sicher keiner sozialistischen Zeitung: „In der einstimmig, also auch von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter ... verabschiedeten Resolution ...“ - Also einstimmig! (*Bundesrat Schipani: Da muß das Volk überlegen, ob es einstimmig war oder nur mit der christlichen Fraktion ... - Bundesrat Heinzinger: Ihr seid alle dort gewesen und wißt nicht einmal, was Ihr beschlossen habt!*) Ja vielleicht habt Ihr euch wieder umgedreht. Aber da müßt Ihr der Zeitung eine Berichtigung zuschicken. (*Bundesrat Schamberger: Das glaube ich, daß es euch unangenehm ist das ganze! - Bundesrat Schipani: Dem Heinzinger überhaupt nicht! - Weitere Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Ich weiß schon, man hört nicht gerne die Wahrheit (*Heiterkeit*), aber wenn wir schon dabei sind: Wo liegt denn der Unterschied? - Der ÖAAB ist eine rein politische Organisation. Hingegen muß ich fairerweise sagen: Die FCG

steht im Betrieb und weiß daher genau, was die Menschen, die Arbeitnehmer, draußen denken. Das ist der Grund, warum die FCG gestern zugestimmt hat, nur wollt Ihr das heute wegdiskutieren! (*Bundesrat Heinzinger: Das ist die Unwahrheit! - Bundesrat Schamberger: Das ist die Schizophrenie, von der wir heute geredet haben! - Ruf bei der ÖVP: Ich könnte mir vorstellen, daß ein Lehrer weiß, was er sagt! - Rufe bei der ÖVP: Er ist ja auch ein Oberlehrer!*) Ich glaube, es ist doch richtig, daß Sie gesagt haben, Arbeitsplätze ... (*Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Kollege Heinzinger, ich glaube, es ist richtig, daß Sie gesagt haben, Arbeitsplätze muß man erarbeiten. Das stimmt, da geben wir Ihnen recht. Aber damit haben Sie unsere Politik unterstrichen. Wer hat sie denn seit 1970 erarbeitet: Die ÖVP oder die Sozialisten? Die sozialistische Regierung! Die ÖVP hat bisher nur kritisiert, aber Alternativen, die fehlen. (*Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Nun spricht die ÖVP von einer verfehlten Regierungspolitik. Wie ist denn die Situation wirklich? Nach welchen Kriterien schätzen wir die Regierungspolitik ab? - Sicherlich jeder von seiner Warte aus. Wir vom ÖGB: Da heißt es immer wieder, wir decken oder schützen die Regierung. Wie ist die Beschäftigungslage? Ich glaube, die brauche ich Ihnen nicht aufzuzeigen. Sie ist eindeutig klar steigend. Heute: 2,7 Millionen. (*Ruf bei der ÖVP: Wie ist die Prognose des ÖGB?*) Wie ist die Teuerungsrate? Sie ist rückläufig, sie wird 1978 nur 5 Prozent betragen! Das ist die Arbeit und die Vernunft des ÖGB, nicht nur der Sozialisten, sondern auch des ÖGB. Wie ist der Reallohngewinn? Ist einer da? - Er ist da. Das sind Kriterien, wie wir als ÖGB-Funktionäre die Politik der Regierung abschätzen.

Ich glaube, daß es richtig ist, wenn es eine zeitgerechte Weichenstellung einer Regierung gibt und wenn eine vernünftige Gewerkschaft zu dieser Weichenstellung auch ja sagt. Und wir glauben, daß diese Weichenstellung einer der Gründe ist, warum die ÖVP so nervös ist. Mir ist ja die Hektik unerklärlich. (*Bundesrat Schipani: Das sind Profilierungsneurosen!*) Wenn man die Argumente und Aussagen verfolgt: Seit 1970 - vorher natürlich auch - malen Sie laufend den Teufel an die Wand; die Sozialisten könnten nicht wirtschaften, sie würden Österreich ins Unglück führen. - Na, was für ein Unglück haben wir denn? (*Bundesrat Rosa Heinz: So viele Beschäftigte haben wir ja noch nie gehabt! - Bundesrat Schipani: Laut Heinzinger verliert ihr eine Wahl nach der anderen!*) Die einzigen, die in Österreich protestieren, sind Verbände der ÖVP. Aber Arbeitnehmer, die wir zu vertreten haben, haben noch keine protestiert. (*Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

12334

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schmölz

– *Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Reichl gibt das Glockenzeichen und bittet um Ruhe.*

Nun noch einige Sätze zum Bundesrat Fürst. Die Regierung sei unsozial, hat er gesagt, weil heute 50 000 Ausgleichzulagenbezieher mehr aufscheinen. Er hat, glaube ich (*Ruf bei der SPÖ: Er ist nicht da!*), übersehen, daß damals die Bauern keine Ausgleichzulagen bekommen haben. Heute – und das seit 1971 – beziehen 80 000 Bauern eine Ausgleichszulage. (*Bundesrat Schipani: Die haben ja keine Pension gehabt, gar nichts!*) Oder bei den Unselbständigen: 1967: 269 000, also 28 Prozent. Laufende Senkung trotz Erhöhung der Richtsätze – das muß man noch dazusagen! 1976: nur 229 000, also 20 Prozent. Das zeigt doch, daß die Regierung sozial ist. Wir verstehen das daher nicht. Entweder kennt Kollege Fürst die Statistik nicht oder er argumentiert unseriös. Es gibt doch nur die zwei Möglichkeiten. (*Bundesrat Schipani: Halbwahrheiten tut er erzählen, weil es politisch gut aussieht! Statistiken muß man natürlich lesen auch können!*)

Wenn ich eingangs gemeint habe: Ich verstehe die große Hektik und Unruhe nicht. Ich glaube, es ginge doch auch anders. Ich möchte hier einen Satz von einem großen Politiker zitieren. Churchill hat am Ende seiner politischen Laufbahn gesagt, die meisten seiner Sorgen hätte er sich umsonst gemacht. Und ich glaube, daß das auch für die ÖVP zutrifft. (*Heiterkeit bei der SPÖ. – Bundesrat Schipani: Gott sei Dank braucht Ihr euch keine Sorgen zu machen!*) Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung wird auch in Zukunft die Politik der sozialistischen Regierung verstehen und unterstützen, weil sie eben gut arbeitet, glaubhaft und seriös ist. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das ist der Unterschied zur ÖVP! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Reichl**: Ich erinnere daran, daß Herr Bundesrat Schmölz auch einen Antrag eingebracht hat. Der von den Bundesräten Schmölz und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgesetz geändert wird, keinen Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Wir haben also noch elf Wortmeldungen. Der nächste Redner ist Herr Bundesrat Pischl. Ich darf ihn bitten, ans Rednerpult zu treten.

Bundesrat **Pischl** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Meine Herren Bundesminister! Hohes Haus! Herr Kollege Bundesrat Schmölz hat gesagt, er versteht die Hektik und Unruhe nicht. Ich

möchte die Frage stellen: Von welcher Seite ist denn diese Unruhe, von welcher Seite ist denn die Hektik gekommen? (*Bundesrat Hermine Kubanek: Von uns nicht!*) Von uns aus ist es unverständlich.

Hohes Haus! Kollege Bösch hat heute seine Ausführungen begonnen, indem er gesagt hat, für ihn ist es unlogisch, daß Herr Präsident Dittrich gemeint hat, ein Arbeitnehmer in unserem Staat arbeitet zwei Tage für diesen Staat. Er hat die Frage daran geknüpft: Arbeitet ein Arbeitnehmer nicht fünf Tage für den Unternehmer?

Ich glaube, hier erkennt man das wirtschaftspolitische Verständnis eines Menschen. Ein Arbeitnehmer erbringt eine Leistung in einem Unternehmen, für diese Leistung wird er bezahlt. Das sind Grundregeln, die könnte auch ein Herr Dr. Bösch kennen. Durch diese Leistung erhält und erarbeitet man Arbeitsplätze, wie wir es vorher so schön gehört haben.

Diese Leistung wird durch diese Bundesregierung so stark belastet, daß das Einkommen, das ein Arbeitnehmer hat, zwei Tage in der Woche belastet wird und damit eine echte Einkommenschmälerung eintritt. Das ist zwar für uns nicht logisch, aber eine traurige Tatsache.

Des weiteren wurde von Herrn Kollegen Schmölz gesagt, die Wahrheit hört man nicht gerne. Wir haben heute in den verschiedensten Zwischenrufen von seiten der sozialistischen Fraktion gehört, daß die Entscheidungen dieses Gesetzespakets im Interesse der Arbeitnehmer fallen. Ich frage die sozialistische Fraktion, ob sie hier wirklich im Interesse der Arbeitnehmer Entscheidungen trifft.

In der Tiroler Arbeiterkammer, die ebenfalls zur Stellungnahme zum 2. Abgabenänderungsgesetz eingeladen wurde, hat man sich nicht bemüht gefühlt, den volkswirtschaftlichen Ausschuß einzuberufen. Erst nach einiger Urgenz der AAB-Fraktion wurde am letztmöglichen Tag der Begutachtungsfrist dieser volkswirtschaftliche Ausschuß einberufen, also ein Ausschuß, in dem Funktionäre über diesen Gesetzesantrag zu diskutieren hatten. Man hat diesen Gesetzesantrag abgelehnt, hat aber lapidar und einfach gesagt: Das nützt alles zusammen nichts, die Amtsstellungnahme ist positiv bereits in Wien.

Hier stelle ich die Frage: Ist das Ihre Einstellung, daß gewählte Funktionäre, die eine Entscheidung treffen, überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen werden, sondern ein Amtsentwurf einfach nach Wien gesandt wird, um eine positive Entscheidung durchzudrücken?

Das sind „demokratische“ Spielregeln, wie wir sie nicht haben wollen.

Pischl

Hohes Haus! Im Jahre 1970 ist diese Sozialistische Partei unter anderem mit dem Slogan in die Nationalratswahlen gegangen: „Damit das Einkaufen wieder Freude macht!“ Die SPÖ hat damals den Österreichern empfohlen, einen Regierungswechsel herbeizuführen. Diese SPÖ hat der österreichischen Bevölkerung vorgemacht, daß sie entlastet werden solle, daß es ihr besser gehen müsse und könne. (*Bundesrat Hermine Kubanek: Es geht ihr ja auch besser! - Bundesrat Windsteig: Es ist ja auch besser geworden!*) Ja, das merkt jeder einzelne Arbeitnehmer beziehungsweise jeder einzelne Österreicher. (*Bundesrat Hesoun: Gehen Sie einmal fragen!*) Ja, gehen Sie einmal fragen. Ich glaube, Sie leben schon weltfremd, bei ihnen gibt es immer nur Amtsentwürfe und Stellungnahmen, Sie gehen ja nicht mehr unters Volk.

Jetzt, da diese SPÖ fast sieben Jahre regiert – es sind bei Gott keine sieben fetten Jahre geworden (*Heiterkeit bei der SPÖ*) –, zeigen sich die Schwächen und Unfähigkeiten dieser Regierung, denn sie hat die vorhandene Substanz teilweise leichtfertig und verantwortungslos vertan. (*Bundesrat Windsteig: Der geht an den Tatsachen vorbei!*)

Einige Jahre machte sie tatsächlich den Eindruck, daß hier neuer Schwung ins Land komme. (*Bundesrat Tirnthal: Ist auch!*) Es waren jene Jahre, in denen man aus dem Vollen schöpfen und den mühevoll von der Bevölkerung aufgebauten Wohlstand austeilten und verteilen konnte.

Aber dann kam schon bald die Ernüchterung, und mit ihr kamen die ersten Belastungen: Steuererhöhungen, Einführung eines überhöhten Mehrwertsteuersatzes, Erhöhung eines ohnedies schon überhöhten Mehrwertsteuersatzes, Erhöhung von Preisen, Tarifen und Gebühren. Schritt für Schritt wird der scheinbar durch diese Regierung beglückte Österreicher zum entsetzten Österreicher. (*Bundesrat Medl: Zwei Steuersenkungen nicht vergessen!*)

Der letzte massive Schlag liegt nun im sogenannten Maßnahmenpaket vor uns: das 2. Abgabenänderungsgesetz, der dritte Mehrwertsteuersatz, die sogenannte Luxussteuer, das Bündel von Belastungen im Sozialversicherungs-Änderungsgesetz, im Fernmeldeinvestitionsgesetz sowie die Änderungen im Familienlastenausgleichsgesetz.

Dieses Abgabenänderungsgesetz in der nunmehr vorliegenden Fassung wird seine Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung unseres Bundesstaates haben. Der Staat hat einmal mehr durch seine Steuerhoheit tief, ja sehr tief in die Taschen des österreichischen Volkes gegriffen.

Allen Aussagen dieser selbstherrlichen Bun-

desregierung, daß sich dieses Gesetz nicht zum Nachteil der gesamten Bevölkerung auswirke, muß entgegengehalten werden, daß es sich um eine radikale Vermögensverschiebung zugunsten des Staates handelt.

Viele Menschen in diesem Lande, Politiker, Experten, Wirtschaftsfachleute, Betriebsräte, haben sich schon mit dem neuesten hier zur Verhandlung stehenden Belastungspaket auseinandergesetzt und den Eindruck gewonnen: Je mehr man sich damit beschäftigt, umso deutlicher wird, welcher Anschlag hier auf jeden Österreicher durchgeführt wird.

Es sind rund 15 bis 20 Milliarden Schilling aufzubringen, eine Zahlengröße, die durch eine geschickte Tarnung und durch ständiges Zerreden nicht zum Bewußtsein kommen soll, weil man der Bevölkerung glaubhaft machen möchte, daß es immer andere seien, welche diese Mittel aufzubringen hätten. Das ist aber der große Irrtum!

Jeder einzelne Österreicher hat an dieser Last mitzutragen, und über Umwege wird diese Last gerade bei jenen landen, denen sie am schwersten erträglich sein wird: bei dem, der sie nicht mehr weitergeben kann, bei dem, für den sie nicht mehr eine Maßnahme, sondern ein Griff in sein tägliches Leben ist, bei dem, für den sie Verzicht, Unsicherheit und Opfer bedeutet.

Zum Beispiel wird willkürlich eine Bevölkerungsgruppe herausgegriffen und ihr das für die gesamte Bevölkerung gerade in der Zeit eines abgeschwächten Wirtschaftswachstums so notwendige Betriebskapital entzogen, das letzten Endes einzig und allein zur Sicherung der Arbeitsplätze und unseres Wohlstandes dient.

Herr Bundesrat Steinle spricht aber davon, daß man hier eine Steuerlücke geschlossen hätte. Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ich frage Sie: Muß jetzt alles, was man irgendwo an Fleisch noch ansetzen konnte, um den Betrieb lebensfähig, aktiv zu erhalten, abgebaut werden? Durch diese Maßnahme wird jeder einzelne Betrieb wesentlich krankheitsanfälliger.

Der Herr Bundeskanzler spricht bei dieser Entwicklung von einem Privilegienabbau, denn die Unternehmen hätten sich ungerechtfertigte Steuervorteile verschafft. (*Zwischenruf des Bundesrates Tirnthal.*) Ich glaube, Herr Kollege Tirnthal, Sie lesen die Ausgabe Ihres „Spiegel“ nicht? Da drinnen steht diese Aussage, die der Herr Bundeskanzler gemacht hat.

Ich habe oft den Eindruck, daß der Herr Bundeskanzler jede Belastung und die daraus resultierende gesellschaftspolitische Entscheidung im Interesse der Arbeitsplatzsicherung vor

12336

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Pischl

der Bevölkerung entschuldigen möchte und dabei mehr bewußt als unbewußt überspielt, daß nur eine substantiell florierende Wirtschaft in der Lage ist, die Arbeitsplätze zu sichern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geschenk- und Verschwendungspolitik dieser leistungsfeindlichen Bundesregierung, welche durch ihre ideologische Zielsetzung eine systemändernde Gesellschaftspolitik betreibt, hat unser Land in eine Krisensituation geführt, welche nun durch ein vermehrtes Steueraufkommen der Bevölkerung beseitigt werden soll. – Was aber ebenfalls einen großen Trugschluß darstellt.

Diese Sozialistische Partei und diese Regierung sind angetreten im Geiste der Reformen, die getragen waren von Utopien und fremd der Wirklichkeit gegenüber. Es schwebte ihnen in der Vergangenheit, und es schwebt ihnen jetzt ein Wohlfahrtsstaat vor Augen, ein Paradies auf Erden, gekrönt etwa von der Idee eines Ministers Dr. Broda von der Abschaffung der Gefängnisse.

Diese Sozialistische Partei und diese Regierung sind angetreten, um alles moderner, besser, angenehmer, humaner, leichter zu machen.

Jetzt wird die Rechnung präsentiert. Es ist eine gefährliche Rechnung.

Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß diese neuerlichen massiven Belastungen ohne Folgen bleiben würden. Ich darf nur zwei Konsequenzen herausgreifen:

Das durch die sozialistische Wirtschaftspolitik geschaffene Problem der Zahlungsbilanzkrise wird durch das Belastungspaket in keiner Weise erleichtert oder entlastet, sondern es bringt neuerlich eine Verschärfung des Problems. Man kann doch nur unserer Wirtschaft zumuten, diese Zahlungsbilanz zu verbessern, wenn man ihr die Chance gibt für eine Exportoffensive. Man müßte unsere Wirtschaft ermuntern zu investieren, zu rationalisieren – das Wagnis und das Risiko kann ihr sowieso niemand abnehmen.

Was geschieht aber bei uns? Der Wirtschaft wird durch das neue Belastungspaket endgültig der Schwung, die Zuversicht, der Sinn des Arbeitens, der Leistung, der Investitionen genommen; und unter dieser Voraussetzung sollen die Arbeitsplätze von dieser Wirtschaft gesichert werden!

„Weil die Leistung keine Freude mehr macht“ könnte jetzt plakatiert werden, und man hätte in kurzen Worten die kritische Situation in der österreichischen Wirtschaft dargestellt.

Das Belastungspaket bringt aber eine weitere

Gefahr, die gerade hier im Bundesrat nicht übersehen werden darf.

Es gibt immer mehr und mehr Stimmen, die, verbittert und verärgert über die Bundespolitik, die Frage stellen, ob nicht da und dort ein Bundesland oder mehrere Bundesländer zusammen wieder den Weg in eine stärkere Unabhängigkeit von diesem Bundesstaat gehen sollten. *(Bundesrat Schamberger: Der Ratzenböck vom Taus!)*

Es wird da und dort bereits diskutiert, ob man nicht auch gegen eine solche Politik der Existenzgefährdung das Selbstbestimmungsrecht wieder in Anspruch nehmen sollte.

Der Bund, vertreten durch diese Regierung, bringt mit dieser praktizierten Politik eine Entwicklung in Gang, die sehr gefährlich für den Bestand unseres Bundesstaates sein könnte. *(Bundesrat Schamberger: Ein gefährlicher Separatismus!)*

Es hat keinen Sinn, diese häufiger werdenden Andeutungen zu verschweigen oder als unsinnig abzutun. Sie beweisen einfach, daß diese Politik ein Limit der Unerträglichkeit erreicht hat und daß viele Staatsbürger nicht mehr gewillt sind, mitzutun.

Ich frage deshalb, ob es tatsächlich soweit kommen muß, daß die Bevölkerung zu diesem letzten demokratischen Mittel greifen muß, um sich von einer Politik zu befreien, die ihr das Leben in diesem Lande unter diesen Voraussetzungen nicht mehr erträglich erscheinen läßt.

Diese SPÖ-Regierung hat durch viele Jahre hindurch den Österreichern viel versprochen. Was sie aber jetzt macht, das ist ein Hohn, es ist die totale Umkehr all dessen, was sie zu tun vorgegeben hat.

Österreich wird unruhig! Es ist nur zu hoffen, daß auch diese Bundesregierung diese Zeichen rechtzeitig erkennt. Es könnten Zeichen einer Zerstörung sein, einer Zerstörung, die wir alle nicht wollen und auch nicht wünschen. *(Bundesrat Schamberger: Da darf man auch nicht so reden!)* Aber es ist diese Bundesregierung und diese Sozialistische Partei, welche diese heutige Entwicklung provoziert haben. Deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Reichl: Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Dkfm. Löffler. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Bundesrat Dkfm. Löffler (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich heute wirklich bemüht, allen Debattenrednern sehr

Dkfm. Löffler

aufmerksam zuzuhören, und ich habe mich nicht verhöhrt, wenn ich vernommen habe, daß unser Kollege Steinle all diesen Maßnahmen, so hat er das formuliert, gerne zustimmen wird. Die Frau Kollegin Pohl begrüßt all diese Maßnahmen, die gesetzt werden. *(Heiterkeit bei der ÖVP. - Bundesrat Käthe Ka inz: Das ist ja nicht zum Lachen! - Ruf bei der ÖVP: Das ist zum Weinen! - Bundesrat Dr. Skotton: Wenn es jemand ehrlich meint, ist bei Ihnen das zum Weinen!)* Die Rede des Herrn Kollegen Bösch war ein Lob für die Regierung, und Kollege Schmölz findet alles, meine Damen und Herren, vollkommen richtig.

Beim Zuhören habe ich mich an unsere sommerliche Reise nach China erinnert. Schöne Tage sind in mir wieder auferstanden. *(Bundesrat Schamberger: Gut, daß wir uns die alle leisten können!)* Und zwar deswegen habe ich mich daran erinnert, weil mich damals die Gläubigkeit und die Kritiklosigkeit der Chinesen gegenüber dem Vorsitzenden Hua geschockt hat. Ich muß aber gestehen, daß mich diese Gläubigkeit und diese Kritiklosigkeit seitens unserer sozialistischen Kollegen nicht schockt, sondern eigentlich mehr oder weniger fasziniert, weil ich nicht geglaubt habe, daß so etwas in Europa möglich ist. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Dr. Skotton: Wir sind halt eine einheitliche Partei! - Bundesrat Schamberger: Und Differenzen wie in eurer Partei gibt es bei uns nicht!)* Vielleicht unterscheidet uns das eben, daß wir nicht kritiklos sind, auch nicht in der eigenen Partei. Wir halten aber das für positiv, Herr Kollege Schamberger.

Denn, meine Damen und Herren, spätestens seit dem Zeitpunkt, als die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen aufhörten, sich zu ihren Erfolgen zu bekennen, hätten auch Sie von der sozialistischen Fraktion so wie jeder gelernte Österreicher eigentlich die Zeichen der Zeit erkennen sollen. *(Bundesrat Dr. Skotton: Die hat nur die ÖVP erkannt, die Zeichen der Zeit!)* In bunter Folge hat man nach publikumswirksamen Sündenböcken Ausschau gehalten. Es waren - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - die Urlauber an der Reihe, die nicht im Inland bleiben wollten, die Sparer, die Autonarren, die Wirtschaft, die am Markt vorbeiproduziert und mit ihren Steuerhinterziehungen das Budget ruiniert hat.

Sogar bei den Löhnen, man höre und staune, hätte es 1975 eine konjunkturelle Fehleinschätzung gegeben, wie sich Herr Präsident Benya ausgedrückt hat. Zwischendurch hat man auch das Wirtschaftssystem kritisiert, wahrscheinlich aus Unbehagen über den Mangel an Sachkenntnis bei der Bedienung der Instrumente, die eine moderne Wirtschaftspolitik kennt.

Wenn wir, meine Damen und Herren, in Österreich ein Wahrheitsministerium hätten, es wäre Tag und Nacht mit dem Umschreiben der jüngsten Wirtschaftsgeschichte seit 1974 beschäftigt. *(Bundesrat Schamberger: Aber sicher wäre es nicht unter ÖVP-Führung!)*

In einer derartigen Lage ist es natürlich Sache der Regierung, konkrete Aktionen zu setzen. Und nach den Wahlen im Burgenland, welch ein Zufall *(Bundesrat Schamberger: Das ist kein Zufall!)*, wurde der gesamte Umfang des Maßnahmenpaketes enthüllt, das bei genauer Betrachtung aber lediglich sich als ein Care-Paket für die Regierung entpuppt hat. Mit diesem Care-Paket kann die Regierung vielleicht - vielleicht! - den wirtschaftspolitisch sicherlich nicht leichten Winter überstehen. Von einer Bewältigung der Probleme kann aber nicht im entferntesten die Rede sein.

Einmal mehr hat wieder die Bundesregierung nicht den Mut aufgebracht, die notwendige Kurskorrektur ihrer Wirtschaftspolitik durchzuführen. *(Bundesrat Schamberger: Herr Kollege! Geben Sie doch einmal zu, daß wir Vollbeschäftigung haben, daß das das Ziel der Politik ist!)* Bitte, Herr Kollege Schamberger, ich würde Sie bitten, außer diesen Schlagworten noch wenigstens zwei oder drei andere zu lernen. Es gibt ja eine Reihe von Möglichkeiten, Zwischenrufe zu machen. *(Bundesrat Schamberger: Seit sechs Stunden versucht Ihr, es schlecht zu machen! Gebt doch zu, daß es gut geht!)* Nun, und Sie sagen immer das gleiche von der Vollbeschäftigung. Zwei oder drei weitere Schlagworte von Ihnen! Bitte rufen Sie mir ein anderes zu! *(Beifall bei der ÖVP.)* Bitte rufen Sie mir ein anderes zu! *(Bundesrat Schamberger: Sie sind doch unglaublich!)* Bitte, Herr Kollege, ich höre. *(Zwischenruf des Bundesrates Windsteig.)* Ich kann es nicht verstehen. *(Bundesrat Windsteig: Wir brauchen keine Schlagworte, denn für uns sprechen doch die Taten! - Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Reichl gibt das Glockenzeichen. - Bundesrat Steinle: Herr Kollege!)* Bitte, Herr Kollege Steinle! *(Bundesrat Steinle: Wiederholen Sie Ihre Vorgänger? Oder sprechen Sie etwas Neues?)* Selbstverständlich, ich komme schon dazu. Das hat überhaupt noch niemand gesagt.

Mit den 14,5 Milliarden Schilling, wird immer wieder betont, will man sich den nötigen Spielraum verschaffen. In Wirklichkeit aber, meine Damen und Herren, ist es nur ein Verzweiflungsschritt, der in erster Linie dazu dienen soll, die ärgsten Budgetlöcher zu flicken. Denn ob sich das Budgetdefizit im Jahre 1978 - und jetzt kommt etwas Neues - auf 55 Milliarden Schilling oder nur auf 40 Milliarden Schilling belaufen wird, spielt angesichts der

12338

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dkfm. Löffler

gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nur mehr eine sehr untergeordnete Rolle, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn ein Spielraum für echte konjunkturbelebende Maßnahmen hat auch das Budget 1978 nicht drinnen trotz der Maßnahmen, die gesetzt werden sollen.

Zwischen den angestrebten Zielen und den zu ihrer Erreichung ergriffenen Maßnahmen ist ein ganz gewaltiger Widerspruch. So wird beispielsweise der erhöhte Mehrwertsteuersatz von 30 Prozent immer wieder damit motiviert, sowohl das Zahlungsbilanzpassivum zu verringern als auch dem Staat Mehreinnahmen zu verschaffen. Beide Ziele, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen sich jedoch mit dieser Maßnahme sicherlich nicht erreichen. Denn entweder es hat diese erhöhte Mehrwertsteuer tatsächlich prohibitive Wirkung, wie Sie sich erwarten, dann wird zwar die Zahlungsbilanz entlastet, der Finanzminister hat aber auf keinen Fall die erhofften Mehreinnahmen. Oder aber die Nachfrage insbesondere nach ausländischen Luxusgütern läßt sich auch durch einen 30prozentigen Mehrwertsteuersatz nicht bremsen, dann stehen allerdings vermehrte Einnahmen des Finanzministers einer weiteren Zunahme des Zahlungsbilanzdefizits gegenüber.

Es ist immer wieder betont worden, daß es seit Beginn der Zweiten Republik kein Gesetz gab, das der Wirtschaft derartige Belastungen zumutet. In bezug aber auf die Unausgereiftheit und Widersprüchlichkeit stellt es jedenfalls ebenfalls einen Rekord dar. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn erst jetzt nach Bekanntwerden aller Einzelheiten kommt man immer wieder auf Auswirkungen der geplanten Maßnahmen, die man jetzt noch gar nicht absehen kann.

Als ganz eklatantes Beispiel möchte ich den Fall eines weltweit bekannten Unternehmens hervorheben, welches bereit war, durch Errichtung eines neuen Zweigwerkes der Bundesregierung erhebliche Sorgen abzunehmen, die mit der notwendigen Schließung eines Bergbaubetriebes in der Steiermark entstanden waren. Ich will jetzt gar nicht von der bekannten Tatsache sprechen, daß alle Fehler, und so ist es auch heute hier geschehen, dem Unternehmertum angelastet werden, während sich die Bundesregierung alle Wirtschaftserfolge selbst zuschreibt. Daß man aber gerade die Erzeugnisse dieses Unternehmens ebenfalls mit einem erhöhten Mehrwertsteuersatz bestrafen wird, gehört, glaube ich, nur zu den leider nicht seltenen Grotesken dieser Maßnahmen.

Aber auch gegenüber unseren Handelspartnern hat man sich wahrlich nicht sehr geschickt verhalten. Gewiß, auch andere Länder, wie zum Beispiel Frankreich, haben für Güter des gehobenen Bedarfe einen differenzierten

Mehrwertsteuersatz, nur trifft dieser erhöhte Mehrwertsteuersatz dort die Inlanderzeugnisse und den Export gleichermaßen, während man sich in Österreich rühmt, damit nur ausschließlich importierte Erzeugnisse erfaßt zu haben. Es ist nämlich nur eine Frage der Zeit, wann - ähnlich wie bei der geplanten Transportsteuer, die bereits jetzt zu massiven Interventionen des Auslandes geführt hat, obwohl sie erst in Diskussion steht - auch auf dem Gebiet des Außenhandels mit Protesten, wenn nicht sogar mit Retorsionsmaßnahmen zu rechnen sein muß. *(Bundesrat Hesoun: Aber, Kollege Löffler, das hat schon der Kollege König verlangt!)* Die Beförderungssteuer hat der König verlangt? *(Bundesrat Hesoun: Ja!)* Also bitte, das wäre hochinteressant.

Gerade das aber können wir uns bei der heutigen Situation der Handelsbilanz am allerwenigsten leisten, meine Damen und Herren.

So wurde nämlich kürzlich von bayrischer Seite erklärt, daß die BMW-Werke ja ihr Blech nicht unbedingt von der VÖEST beziehen müssen. Die Luxussteuer als Bumerang trifft dann die Zahlungsbilanz ebenso wie die Beschäftigungslage der österreichischen Stahlindustrie.

In diesem Zusammenhang sei auch an die Abfuhr erinnert, die sich Außenminister Pahr vergangene Woche in der Bundesrepublik Deutschland holte, als er zur Abwechslung einmal nicht nur einen offiziellen Besuch abbrach, sondern Handlungsreisender in Sachen österreichischer Stahl spielte. *(Bundesrat Rosa Heinz: Das ist ein Vorwurf! Das ist sehr „human“, Herr Kollege! Das ist Ihre Menschlichkeit! - Bundesrat Schamberger: Aber das ist die Art der ÖVP! - Bundesrat Bürkle: Das ist eine Feststellung, die wahr ist! - Bundesrat Schamberger: Das hat doch mit dem Paket nichts zu tun!)*

Die Einzelheiten des Belastungspaketes sind in allen Bereichen der Bevölkerung heftig diskutiert worden, und hier vor allem die Tatsache, daß nicht nur die Wirtschaft in existenzgefährdender Weise belastet wird, sondern daß auch die Arbeitnehmer zu ihrem Teil kommen. Durch einen Eingriff in das System der Einkommensteuer soll die vorzeitige Abschreibung für Pkw und Kombi gänzlich beseitigt und die Anerkennung der Anschaffungs- und Betriebskosten als Betriebsausgabe im weitesten Umfang reduziert werden.

Folge dieser Maßnahme ist jedoch nicht, wie in der offiziellen Begründung angeführt wird, der Abbau von Privilegien, sondern in Wirklichkeit eine negative Auswirkung auf die Anliegen der Regionalpolitik.

Dkfm. Löffler

Wie so oft in den letzten Jahren ist auch diesmal auf die lebenswichtigen regionalpolitischen Anliegen nicht nur nicht Rücksicht genommen worden, sondern eine Belastungsmultiplikation für bestimmte Regionen und Siedlungsbereiche eingetreten. Der kleine Kaufmann, meine Damen und Herren, im ländlichen Gebiet, der mit seinem Kombi den Warentransport vom Markt zum Geschäft täglich zu besorgen hat, der Zustelldienste übernommen hat, um überhaupt existieren zu können, wird nunmehr die Betriebskosten seines Fahrzeuges kaum noch aus dem bekannterweise nicht überragenden Gewinn decken können.

Mich würde interessieren, was Kollege Berger, der ja Kaufmann im burgenländischen Deutschkreutz ist, zu dieser Angelegenheit zu sagen hätte; er steht nur leider heute nicht auf der Rednerliste.

Der Bäcker aus dem Dorf sieht plötzlich sein wichtigstes Betriebsmittel, ohne das er einfach nicht mehr auskommen kann, zum nicht mehr absetzbaren Luxusgut gestempelt. Und wenn ich heute gehört habe, daß dieser Bäcker eben mit einem LKW fahren soll, dann, glaube ich, müßte jedem einleuchten, daß man einfach Semmeln und Striezel nicht auf einem LKW transportieren kann. (*Bundesrat Schipani: Kastenwagen usw.!*) Sie würden sie wahrscheinlich nicht essen, Herr Kollege Schipani. (*Bundesrat Schipani: Kastenwagen!*) Ein LKW, ja.

In vielen Fällen werden solche Betriebe in der Zukunft noch weniger lebensfähig sein als heute. Wenn man so wie ich, meine Damen und Herren, in solch einem Gebiet lebt, braucht man wirklich kein Hellseher zu sein, um den nahen Zeitpunkt zu erkennen, wann wiederum viele der für die Nahversorgung so notwendigen Betriebe zusperrten.

Stellt man diese Tatsache der Ankündigung der Bundesregierung „Förderung der gewerblichen Wirtschaft, vor allem der Klein- und Mittelbetriebe“ – ich glaube das stammt noch aus Bad Kleinkirchheim – gegenüber, ergibt sich nicht nur ein fast makabrer Widerspruch, sondern es wird durch die beabsichtigten Maßnahmen der weiteren Verschlechterung der Lebensqualität vor allem im Grenzland und damit den Abwanderungstendenzen Vorschub geleistet.

Mehr als 200 Orte in Niederösterreich haben heute keinen Kaufmann mehr. In meinem Bezirk sind es allein 40.

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob Sie sich überhaupt vorstellen können, was dies für den einzelnen Einwohner, speziell für die älteren Bewohner dieser Gemeinden, bedeutet. Einkaufswege von 6 bis 8 Kilometer, das Tragen

schwerer Taschen, das Warten und Bitten, um vom Nachbarn mitgenommen zu werden, das ist nur eine Seite dieser Unterversorgung. Statt Maßnahmen zur Sicherung der Nahversorgung, wie etwa in Frankreich, in Belgien oder in Luxemburg, zu treffen, wird bei uns der gegenteilige Weg beschritten und all diese Warnungen und Vorschläge – wie könnte dies auch anders sein – werden nicht einmal ignoriert.

In diesen wirtschaftlich schwächer entwickelten Gebieten, wie zum Beispiel im niederösterreichischen Grenzland, sind Betriebsgründungen vor allem von Industriebetrieben notwendiger denn je. Das Problem der Abwanderung und der Pendler zu lösen, ist ebenso wichtig.

Allein in Niederösterreich wird man in den nächsten Jahren bis 1981 50 000 zusätzliche Arbeitsplätze brauchen, wovon sicherlich ein Teil im Grenzland geschaffen werden muß.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß Betriebe auf Grund der besonderen Siedlungsstruktur dort nur dann erfolgreich sein können, wenn die Anfahrt der Mitarbeiter zum Betrieb mit betriebseigenen Fahrzeugen durchgeführt wird. Die Entwicklung der Verkehrsstruktur ist derart unzureichend, daß individuelle Anreize der Arbeitskräfte nur schwer möglich sind.

Logische Folge der Maßnahmen auf dem Steuersektor für Pkw und Kombi ist daher ein starkes Zunehmen der Kosten für diese Betriebe aus dem Arbeitskräftetransport. Wie die Untersuchungen beweisen, stehen besonders Betriebe im Grenzland unter starkem Kostendruck, sodaß derartige Kostensteigerungen ausreichen könnten, um die Wettbewerbsfähigkeit entscheidend zu schwächen.

Es ist daher mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß Betriebsgründungen in wirtschaftlich schwach entwickelten Regionen in Zukunft in noch weit geringerem Maße durchgeführt werden können oder daß bei bereits bestehenden Betrieben Einsparungen notwendig sind.

Eine Regierungspolitik aber, die die Wirkung von Förderungsaktionen der Länder durch unüberlegte Steuergesetzgebung neutralisiert, muß naturgemäß zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen.

Niederösterreich wird dieser verfehlten Regierungspolitik ab 1978 mit einer „Pro Industrie-Kreditaktion“ entgegentreten, der vorerst 300 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Die Länder sind also bereit, Arbeitsplätze zu schaffen. Für das Investitionsklima jedoch ist weitgehend die Wirtschaftspolitik der Regie-

12340

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dkfm. Löffler

rung verantwortlich. Allerdings beginnen sich bereits die negativen Einflüsse einer aus den Fugen geratenen Finanzpolitik in Form einer generellen Unsicherheit der Unternehmer abzuzeichnen.

Erst dieser Tage - ich erzähle Ihnen jetzt etwas, was in keiner Zeitung gestanden ist - habe ich eine Mitteilung bekommen, die ich zwar - ich gestehe das - nicht als Symptom hinnehmen möchte, die aber, glaube ich, auch Sie zum Nachdenken anregen muß.

Ein namhaftes Unternehmen der österreichischen Industrie hat dieser Tage sein Kreditinstitut davon verständigt, von dem bereits zugesprochenen ERP-Kredit nicht Gebrauch machen zu können, weil angesichts der Ungewißheit über die künftige Entwicklung ursprüngliche Investitionsvorhaben vorderhand zurückgestellt werden müßten.

Vielfach wird nunmehr auch behauptet, mit den steuerlichen Maßnahmen beim sogenannten Sozialkapital den Unternehmern nur etwas Gutes tun zu wollen, weil sie damit ihre Lohnnebenkosten senken könnten. Das kann ich aber doch nur schlicht und einfach als Frotzelei bezeichnen.

Die Einschränkung der Möglichkeit zur Bildung von Abfertigungsrücklagen und Pensionsrückstellungen sowie die Zwangsverpflichtung der Unternehmen zum Wertpapiersparen schränkt die Eigenkapitalversorgung dieser Betriebe weiterhin ein. Seit Jahren wird von Fachleuten aller Lager die Eigenkapitalschwäche unserer Betriebe als gravierender Nachteil bezeichnet. Besonders in ungünstigen Konjunkturphasen ist das Eigenkapital als Risikokapital von ganz besonderer Bedeutung. Forschung und Entwicklung sind nur bei genügender Eigenkapitaldeckung möglich.

Gerade der Herr Finanzminister war es ja, der ständig neue intelligente Produkte, die auch auf den Exportmärkten Chancen haben, fordert.

Die vorliegende Maßnahme der Regierung widerspricht daher eindeutig dieser Zielsetzung. Vor allem sind jedoch auch die Dienstnehmer von diesen Passagen des Abgabenänderungsgesetzes betroffen, Zusagen für Betriebspensionen werden künftig seltener werden müssen. Ob die Arbeitnehmer für diese Form des Privilegienabbaus Verständnis haben, wird die Zukunft zeigen.

Die Auswirkungen auf das Investitionsklima sind bereits jetzt klar erkennbar. Die permanente Verunsicherung durch widersprüchliche Aussagen und Pauschalverdächtigungen haben ein sehr investitionsfeindliches Klima geschaffen. Um den Staatssäckel zu füllen, muß jeder

Österreicher für eine beachtliche Reihe von Waren ab Jahresbeginn 30 Prozent Mehrwertsteuer zahlen.

Auch der kleine Kaufmann, meine Damen und Herren, hat anhand der nach Zolltarifpositionen gegliederten Liste jeweils festzustellen, welche seiner Waren nunmehr mit den um 66 Prozent erhöhten Mehrwertsteuersatz belastet sind.

Daß dies aber gar nicht so einfach sein kann, zeigt der Umstand, daß von den Experten des Finanzministeriums Gebrauchtwagen in diese Liste aufgenommen wurden, wozu Minister Androsch nachträglich erklärte, daß dies offensichtlich nur irrtümlich erfolgt sein könne. Wenn nicht einmal die zuständigen Experten feststellen können, welche Waren in der jeweils zitierten Zolltarifposition enthalten sind, umso weniger wird dies von einem in einem solchen Spezialgebiet doch nicht ausgebildeten Kaufmann verlangt werden können. Es wird damit die mittelständische Wirtschaft durch steigende Belastungen, durch vermehrte unbezahlte Verwaltungsarbeit für den Staat und durch sinkende Erlöse in eine verhängnisvolle Zange genommen.

Bisher war es möglich, derartige Maßnahmen durch Mobilisierung zusätzlicher Reserven der persönlichen Einsatzkraft zu bewältigen. Es ist jedoch zu befürchten, daß bald jener Punkt erreicht ist, wo in diesen Wirtschaftskreisen Resignation einsetzt, was für die gesamte Bevölkerung nur Nachteile bringen kann.

Die Wirtschaft und die Österreichische Volkspartei haben immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen, doch ist leider die Regierung in überheblicher Weise bisher über diese Warnungen hinweggegangen.

So traurig es ist, meine Damen und Herren, aber Wirtschaftskonferenz, Industriekommission und Klausur haben anscheinend nicht ausgereicht, bei den Verantwortlichen in der Regierungspartei die Kenntnis der elementaren Zusammenhänge zwischen Gewinnen, Eigenkapitalbildung, Investitionen, Umstrukturierung, Wachstum und Arbeitsplätze zu vertiefen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Öffentlichkeit wird stattdessen mit einer Großprojektsphilosophie und abgabenrechtlichen Amokläufen beschäftigt und unterhalten. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Es erscheint daher angebracht, über die Details eine kurze Betrachtung anzustellen.

Der Herr Finanzminister hat in einem Interview mit der Zeitschrift „Der Spiegel“ - es ist die Nummer 37 vom 5. September 1977 - erklärt: „Ich habe meine Skepsis gegen den Markt“.

Dkfm. Löffler

Im Laufe dieses Interviews erklärte der Finanzminister seine eher negative Einstellung zu der in Europa praktizierten Marktwirtschaft.

Selbst in der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren, wo die Gesinnungsgenossen der Regierungspartei die Staatsgeschäfte führen, hat bisher kein Mitglied der Bundesregierung die Abkehr von der Marktwirtschaft selbst nur in Nebensätzen in Erwägung gezogen. Wenn der Herr Bundeskanzler noch vor kurzer Zeit stolz berichtete, daß Österreich zum angesehenen Wirtschaftspartner in Europa aufgestiegen ist, muß denn da nicht befürchtet werden, daß durch derartige Äußerungen unser internationales Ansehen geschädigt wird? (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Das Wirtschaftsforschungsinstitut - ich habe gesagt: muß nicht befürchtet werden - berichtet nämlich bereits für das erste Halbjahr 1977 von Marktverlusten in allen Ländern für österreichische Importe. - Bitte nachzulesen.

Wenn nun Österreich - das ist meine Schlußfolgerung - einerseits das Wohlwollen der europäischen Industriestaaten zum Beispiel für unsere Agrarexporte anruft, erhebt sich doch die Frage, ob sich ein österreichischer Minister gleichzeitig leisten darf, illusionistischen politischen Vorstellungen des Sozialismus nachzuhängen.

In diesem Zusammenhang erscheint auch der Entwurf des neuen Parteiprogramms der SPÖ von besonderem Interesse, da im Punkt 3 (2) klar zwischen Marktwirtschaft und sozialistischer Wirtschaftspolitik unterschieden wird. Trotz fließender Begriffsbestimmungen ist aus diesem Entwurf eindeutig abzulesen, daß eine eingreifende Änderung der bisherigen Wirtschaftsverhältnisse angestrebt wird. Und das wurde heute von einem Ihrer Redner bestritten.

Aus dem Inhalt und der Vorgangsweise im Zusammenhang mit dem Maßnahmenpaket kann ich jedenfalls nur folgende zwei grundsätzliche Schlußfolgerungen ziehen:

Erstens: Während sich bisher die Bundesregierung damit begnügt hat, im freien Spiel der Kräfte zugunsten der unselbständig Erwerbstätigen zu intervenieren und an diesem Umverteilungsprozeß mitzunaschen, scheint ihr dies nunmehr zu wenig zu sein. Jetzt geht sie den direkten Weg und holt sich über erhöhte Steuersätze, Sozialversicherungsbeiträge und so weiter den Löwenanteil selbst. So wird beispielsweise aus dem erhöhten Dienstgeberanteil in der Pensionsversicherung und bei der Arbeitslosenversicherung den Dienstgebern in der gesamten gewerblichen Wirtschaft zusätzlich ein Beitrag von 1,5 Milliarden Schilling aufgebürdet. Alles in allem wird jedenfalls

dieses Maßnahmenpaket nicht mehr von den laufenden Erträgen, sondern letzten Endes von der Substanz der Unternehmen getragen werden müssen. Wohin dieser Weg führt, brauche ich hier wohl nicht näher zu erläutern.

Zweitens: Weniger überraschend als vielmehr bezeichnend ist die Tatsache, daß die Einzelheiten, um die lange Zeit gerätselt werden mußte, weil sich die Bundesregierung einer ansonsten nicht festzustellenden Zurückhaltung befleißigte, im Haus der Gewerkschaften, jedenfalls aber im Beisein von Gewerkschaftsbundpräsidenten Benya, der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Ich kann daraus nur den Schluß ableiten, daß der perfekte Gewerkschaftsstaat in Österreich sehr weit gediehen ist.

Tatsache ist jedenfalls, daß erstmals, meine Damen und Herren, die Sozialpartnerschaft bewußt in den Winkel gestellt worden ist. Wohl aber war man offensichtlich darauf bedacht, von vornherein der Zustimmung der Gewerkschaften sicher zu sein. Daß dem Gewerkschaftsbund dabei natürlich kräftig der Kamm geschwollen ist und sich der ansonsten sehr besonnene Gewerkschaftsbundpräsident Benya zu unternehmerfeindlichen Attacken hinreißen ließ, sollte dabei nicht mehr oder weniger als nur eine Randerscheinung vermerkt werden, die von neuen Tagesaktualitäten in die Vergessenheit gedrängt wird.

Tatsache ist jedenfalls: Spätestens seit dem Sommer 1977 gibt es die Sozialpartnerschaft in der bisher gewohnten Form nicht mehr.

Jedoch eines muß in diesem Zusammenhang klar, eindeutig und unmißverständlich festgestellt werden: Die österreichischen Unternehmer haben sich stets zu dieser Sozialpartnerschaft, manchmal auch unter sehr großen Opfern, bekannt, und es soll jetzt ja niemand versuchen, ihnen den Schwarzen Peter zuspülen zu wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Wirtschaft wird auch mit der neuen Situation fertig werden.

Wenn die Regierung glaubt, die Sozialpartnerschaft nicht mehr zu benötigen, und wenn ein Teil der Sozialpartner davon überzeugt ist, seine Interessen in direktem Kontakt mit der Regierung besser durchsetzen zu können als in der bisher vielfach erprobten gemeinsamen Vorgangsweise, dann werden eben daraus die Konsequenzen zu ziehen sein. Die Wirtschaft steht dieser Situation auch nicht unvorbereitet gegenüber. (*Bundesrat Schipani: Sind Sie namens der Kammer ermächtigt, das zu sagen, oder ist das nur Ihre Meinung?*)

Schon zeitgerecht, Herr Kollege, wurde die Notwendigkeit erkannt, Sozialpartnerschaft auf

12342

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dkfm. Löffler

betrieblicher Ebene in die Praxis umzusetzen. Dazu bedarf es keiner Belehrung, ebensowenig braucht man dazu den Einfluß von außen. In den Unternehmen wird die Sozialpartnerschaft auf einer guten Grundlage aufgebaut sein, und ich glaube, wir werden auch damit Erfolg haben.

Die Situation in der österreichischen Wirtschaft ist so ernst, daß nur ein umfassendes Programm, welches neben Budget und Zahlungsbilanz auch struktur- und einkommenspolitische Zielsetzungen erfaßt, geeignet ist, einen Ausweg zu finden. Und wenn Sie nur die einfache Rechnung anstellen, daß mit diesen 20 Milliarden Schilling, die durch das Paket der Wirtschaft entzogen werden, rund 40 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden könnten, dann sehen Sie, welche Größenordnung das heute zur Diskussion stehende Maßnahmenpaket hat.

Nehmen Sie sich doch, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, wirklich nur eine halbe Stunde Zeit und schauen Sie sich objektiv einmal unser Arbeitsplatzsicherungskonzept durch. Sie sind doch alle Praktiker. *(Bundesrat Rosa Heinz: Das haben wir ja bewiesen, daß wir Praktiker sind!)* Sie leben doch mitten unter den Menschen, um die es in der Zukunft geht. Ich glaube nicht, daß Sie einfach diese Vorschläge unbeachtet zur Seite legen können, nur weil sie von der ÖVP sind.

Sie haben, Herr Kollege Schamberger, zwischen 1966 und 1970 nur kritisiert. Sie nicht persönlich, Sie waren damals nicht dabei, ich auch nicht. Die Sozialisten haben in dieser Zeit nur kritisiert. Das war ihr gutes Recht.

Und erst drei Monate vor der Wahl, 1970, haben Ihre legendären 1 400 Experten Konzepte vorgelegt, an die Sie sich selbst aber niemals gehalten haben. Und jetzt bekommen Sie in der Mitte dieser Legislaturperiode von uns die Möglichkeit, einen Teil dieser Schwierigkeiten zu meistern. An Ihrer Stelle würde ich mir diese Chance nicht entgehen lassen. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Dr. Skotton: Auf euch haben wir gewartet!)*

Meine Damen und Herren! Man hat machmal Glück. Mir ist da zufällig beim Blättern - wirklich zufällig - eine Broschüre aus dem Jahr 1969 in die Hand gefallen. Kollege Fürst hat ja viele Zitate gebracht. Ich werde mich nur auf zwei oder drei Dinge beschränken. Ich glaube aber, es ist unbedingt notwendig, daß man das heute angesichts dieser Situation sagt. *(Bundesrat Schamberger: Das war ja damals noch die schlechte Zeit! - Bundesrat Schipani: Hoffentlich stimmt das, denn was Kollege Fürst gesagt hat, hat nicht gestimmt!)*

Der „Österreich-Spiegel“ vom Oktober 1969,

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sozialistische Partei Österreichs, Zentralsekretariat. Es ist, meine Damen und Herren, direkt ein Vergnügen, wie Sie damals die Österreicher angeschwindelt haben. Selbst wenn man zur Kenntnis nimmt, daß sich zwischen Werbung und Wahrheit meistens Angründe auftun, muß man sich heute doch fragen, ob Sie wirklich selbst das damals alles glauben konnten. Ich zitiere - Seite 11 -:

„Ein Land, in dem niemand um den Wert des Geldes zu bangen braucht. Das ist keine Utopie. Eine realistische Finanzpolitik besorgt die Mittel dafür. Durch langfristige Budgetkonzepte. Mit den gleichen Geldmitteln von heute - richtig eingesetzt - können wir morgen mehr erreichen.“

Der Herr Finanzminister war ein Mann der ersten Stunde. Es ist also anzunehmen, daß er einer dieser 300 hervorragenden Wirtschaftsfachleute war. *(Bundesrat Bürkle: Von den 1 400!)* 300 Wirtschaftsfachleute. 1 400 waren die Gesamtmannschaft. *(Bundesrat Schipani: Bei den 300 war jedenfalls keiner dabei, der zugrundegegangen ist!)*

Mit den gleichen Geldmitteln von 1969 - richtig eingesetzt - wollten Sie heute mehr erreichen. 1969 gab es Ausgaben von 93 Milliarden Schilling und ein Defizit von 7,2 Milliarden Schilling. 1977 werden es 242 Milliarden Schilling und ein Defizit von 46 Milliarden Schilling sein. *(Bundesrat Schamberger: Auf jeden Fall habt Ihr damals mehr Arbeitslose gehabt als wir heute!)* Mit den gleichen Geldmitteln richtig eingesetzt! Die Druckerschwärze hält einen Schmah leider sehr lange Jahre fest.

„Steigen Sie jetzt um!“, ruft eine nette Blondine auf der letzten Seite der Broschüre aus einem roten Auto den künftigen SPÖ-Wählern zu. Hören Sie bitte jetzt zu:

„Wenn der Motor bei der kleinsten Steigung stottert, wenn die Bremsen nicht mehr richtig ziehen, dann ist es Zeit, den Wagen zu wechseln, er wird Ihnen sonst zu teuer.“

Ich möchte es den Verfassern dieser Broschüre zugute halten, daß sie damals wirklich nicht ahnen konnten, daß das Auto unter einer sozialistischen Alleinregierung das allerteuerste Gebrauchsgut werden wird. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Dr. Skotton: Weil die Händler überhöhte Handelsspannen haben!)*

Es ist aber noch nicht aus. Die Wirtschaftsphilosophie des Herrn Vorsitzenden: „Es wird Ihnen sonst zu teuer“ - das Auto - „wie die ÖVP-Regierung. Seit 1966 hat sie durch Steuer- und Tarifierhöhungen jedem Einkommensbezieher 12 000 S gekostet.“ *(Bundesrat Schipani:*

Dkfm. Löffler

Zu Ihrer Zeit hat sich ja keiner ein Auto leisten können!) 12 000 S in vier Jahren! Ich habe es nicht nachgerechnet. Wahrscheinlich ist es übertrieben wie vieles in der Werbung. Nicht übertrieben ist jedoch, meine Damen und Herren, daß die Tarif- und Steuererhöhung der SPÖ-Regierung pro Kopf jedes erwerbstätigen Österreicher 16 000 S ausmacht, aber das nicht in vier Jahren, sondern in einem Jahr.

„Die ÖVP“ – so geht es weiter – „hat keines unserer dringlichen Probleme gelöst. Wenn Sie wollen, daß eine moderne Wirtschaft Ihnen sichere Arbeitsplätze bietet“ – wir kennen inzwischen die Prognosen für die Beschäftigungslage –, „wenn Sie wollen, daß unsere Gesundheit besser geschützt wird“ (*Bundesrat Schamberger: Moment, aber zwischen 1970 und 1977 hat alles funktioniert!*) – ich habe gesagt, wir kennen inzwischen die Prognosen –, „wenn Sie wollen, daß unsere Gesundheit besser geschützt wird“ – erst unter der SPÖ-Regierung gibt es eine Spitalskrise –, „wenn Sie wollen, daß mehr und rascher Wohnungen gebaut werden“ – ich höre immer nur, daß weniger Wohnungen gebaut werden, und der Wohnbauförderungsfonds am Ende sein soll –, „dann steigen sie um – SPÖ.“

Meine Damen und Herren! Nicht nur die Umgestiegenen, wir alle können diesen Wechsel auf die Zukunft heute nicht mehr einlösen.

Trotz allem darf man nicht in den Fehler verfallen und der Meinung sein, Österreich sei pleite. Österreich ist nicht pleite. (*Bundesrat Schipani: Die anderen haben dies aber schon gesagt!*) Es gibt initiative Unternehmen, die sich in schwierigsten Zeiten auf Weltmärkten behaupten können. Es gibt leistungsorientierte Arbeitnehmer, die ihr Bestes geben. Es gibt einen selbstbewußten Mittelstand. Im Begriff pleite zu machen ist die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die es versäumt hat, die Voraussetzungen für eine mittelfristige Wirtschaftspolitik zu machen.

Einem kranken Staatshaushalt steht eine immer noch relativ gesunde und leistungsfähige Wirtschaft gegenüber. Anstatt aber zu trachten, diesem gesunden Wirtschaftskörper letzten Endes wieder eine generelle Sanierung der Volkswirtschaft zu geben, beschreitet man heute den umgekehrten Weg.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren. Die nächste ordentliche Vollversammlung des „Unternehmens Österreich“ findet in zwei Jahren statt. Die vielen Kleinstaktionäre werden sehr gut beraten sein, nicht nur den Geschäftsbericht zu studieren und die Bilanzpressekonferenz über sich ergehen zu lassen, sondern auch zu überlegen, ob es nicht hoch an

der Zeit ist, so wie wir es heute gehört haben, das Management, das an allem Schuld ist, zu wechseln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Reichl**: Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Schickelgruber.

Bundesrat **Schickelgruber** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Frau Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war nicht anders zu erwarten, auch die ÖVP-Fraktion im Bundesrat setzt die Methode fort, auf die die ÖVP von heute, ich möchte sagen: gegen den Widerstand ihrer verantwortungsbewußten Funktionäre, schließlich vergattert wurde, nämlich einer Politik des Negierens, des Miesmachens, des Lizitierens.

Kollege Löffler sah sich von der Gläubigkeit der Sozialisten zu ihrem Weg, der – und das vergißt er zu betonen – immer wieder durch das Vertrauen der Bevölkerung zu dieser Regierung bestätigt wird, geschockt. Kein Wunder bei der Zerrissenheit innerhalb der Österreichischen Volkspartei, wo sich die offenen Gegensätze nun schon fast tagtäglich überschlagen. Wir verstehen schon, daß man bei der ÖVP am liebsten nicht zur Kenntnis nehmen möchte, daß Dr. Kreisky als Bundeskanzler mit seinen Mitarbeitern von der Bevölkerung immer wieder bestätigt und bekräftigt wird. Und es ist ja auch kein Geheimnis, daß Herr Dr. Taus, von dem man sich das große Wunder, die Wende erwartet hat, jetzt unter Erfolgszwang steht.

Herr Vorhofer – sicher kein Freund der SPÖ – meinte in der „Kleinen Zeitung“ Graz – und auch ich darf mit Genehmigung zitieren –:

„Es ist Halbzeit für die große Opposition. Wenn es einer Oppositionspartei nicht schon in der Mitte der Legislaturperiode gelingt, die beweglichen Wähler für sich zu mobilisieren und in der Meinungsforschung einen Vorsprung gegenüber den Regierenden zu erzielen, dann kann sie die Hoffnung auf einen Wahlsieg begraben.“

Am 15. Oktober 1977 stellt Dieter Lenhardt in der „Presse“ fest: „Die Volkspartei wurde in den letzten 16 Tagen von drei hart aufeinanderfolgenden Schlägen erschüttert. Zuerst beging ihr Parteiobmann den großen Fehler, die Burgenlandwahlen zum bundespolitischen Trend zu ernennen. Dann gingen diese Wahlen selbst gewaltig schief, und schließlich veröffentlichte der ‚Kurier‘ eine für die ÖVP gar nicht erhebende und für Taus selbst recht unangenehme Meinungsumfrage“.

An das Ergebnis brauche ich Sie, meine Damen und Herren, ja schließlich nicht im Detail zu erinnern. (*Bundesrat Dr. Schwaiger:*

12344

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schickelgruber**Nennen Sie das Ergebnis der Gemeinderatswahl in Innsbruck!**

Wir verstehen schon, daß man da in Ihren Reihen nervös wird. Was wir aber nicht verstehen, ist, daß der Österreichischen Volkspartei nun allem Anschein nach jedes Mittel recht ist, sozusagen ohne Rücksicht auf Verluste. Anders ist ja ihr absolutes Nein zum vorliegenden Maßnahmenpaket nicht zu verstehen. Ebenso wenig wie die lancierten Schillingabwertungsgerüchte oder die böswillige Irreführung der kleinen Sparer durch lügenhafte Berichte in der steirischen ÖVP-Zeitung.

Wenn es Ihnen tatsächlich ernst ist um das Staatsinteresse, dann dürfen Sie die notwendigen Sanierungsmaßnahmen zumindest nicht in dieser Art ablehnen. Sie müssen sich zumindest entscheiden - es wurde heute schon darauf hingewiesen -, ob diese Maßnahmen ein zu großes Opfer von der Bevölkerung verlangen oder ob das, was nun vorgesehen ist, noch viel zu wenig ist, wie sie ja im gleichen Atemzug behaupten, ob der Staat das Defizit abbauen oder in Erfüllung der sogenannten Taus-Alternativen das Defizit erhöhen soll.

Demagogie, meine Damen und Herren, mag in der Politik manchmal erfolgreich sein. In meiner über zwanzigjährigen Tätigkeit in der Kommunalpolitik habe ich jedoch bestätigt gefunden, daß es sich dabei bestenfalls um Augenblickserfolge handeln kann. Uns Sozialisten geht es nicht um Augenblickserfolge. Und die sozialistische Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung bewußt und handelt auch stets danach.

Aus diesem Grund hat sich auch der Bundesrat mit dem vorliegenden Sozialversicherungs-Änderungsgesetz zu beschäftigen. Es ist dies eine Zusammenfassung aller legislativen Änderungen, die sich nicht nur auf das ASVG, sondern auch auf die Sondersicherungsgesetze und weitere Gesetze aus dem Sozialbereich erstrecken, die mit der Sozialversicherung zusammenhängen, und ist aus einer Reihe von Gründen erforderlich geworden.

Ich habe nicht die Absicht, mir an der Polemik, auch nicht an der Theatralik, die wir hier im Hause schon öfter erlebt haben, ein Beispiel zu nehmen. Ich halte mich da lieber an Fakten. Sie sprechen ja so gerne von einer Katastrophenpolitik. Dr. Taus hat schon 1976 als die traurigsten Weihnachten bezeichnet, die es je für die Österreicher gab. Ich darf daran erinnern, schon damals konnten wir registrieren: Rekordumsätze im Weihnachtsgeschäft, Rekordimporte bei den Autos, Rekordbeteiligungen bei Auslandsreisen, beim Sektkonsum, aber auch erfreulicherweise bei Spareinlagen.

Wir wissen schon, daß sich nicht alle Österreicher jedes Jahr das letzte Automodell bestellen und täglich zum Frühstück Champagner trinken. Aber daß der allgemeine Lebensstandard noch nie so hoch war wie heute, das können doch auch Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, nicht in Abrede stellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und es war dies möglich, weil die Bundesregierung schon 1974 konkrete Maßnahmen zur Sicherung des hohen Beschäftigungsniveaus angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise eingeleitet hat.

Damals haben die Wirtschaftskreise, die heute so vehement gegen die notwendigen Maßnahmen sind, nicht über zu viele staatliche Aufträge geklagt.

Meine Damen und Herren! Man spricht von einer Ausblutung der Wirtschaft. Wo blieben die Demonstranten des Wirtschaftsbundes, frage ich, als vom ÖAAB alles, was sich gut anhört und teuer ist, verlangt wurde: 100 000 S Wohnstarthilfe, Hausfrauengehalt, Zuschuß für alle über Achtzigjährigen usw. Ich könnte Ihnen die Liste hier seitenweise fortsetzen. Natürlich sofortige Lohn- und Einkommensteuersenkung. Das, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, das ist die Lizitationspolitik, die eben die ÖVP in einen Ruf bringt, der Ihnen verständlicherweise unangenehm ist, der Ihre Partei aber auch unglaubwürdig macht.

Was soll man denn davon halten, wenn Herr Dr. Piaty die notleidenden Ärzte wegen der so ungeheuren Belastung, die man ihnen nun zumutet, demonstrieren läßt, und die ÖVP-Blätter am lautesten die sogenannte Kostenexplosion in den Spitälern kritisieren. Daß hier etwas geschehen muß, das hat man schon sehr oft gehört. Effektiv bemüht hat sich erstmals die sozialistische Bundesregierung, als der Bundesbeitrag von 18,75 Prozent auf 24 und dann auf 28 Prozent angehoben wurde. Und um das brisante Spitalsproblem einer vernünftigen Lösung zumindest näher zu bringen, darum geht es ja schließlich auch bei dem vorliegenden Sozialversicherungs-Änderungsgesetz.

Die Krankenkassen sollen zahlen. Das hat man all die Jahre von der Österreichischen Volkspartei und ihren Vertretern gehört. *(Zwischenrufe.)* Wie, darüber haben Sie sich ja nicht den Kopf zerbrochen. Seit 1970 gibt es noch eine zweite Version: der Bund soll zahlen. *(Bundesrat Dr. Lichal: Der ist ja verfassungsmäßig zuständig!)* Ich werde darauf noch zurückkommen, Herr Hofrat. *(Ruf bei der SPÖ: Und so etwas ist Hofrat im Lande Niederösterreich!)* Sie kennen die Verfassung ja sehr gut, anscheinend. Gleichzeitig, Herr Hofrat, darf ich darauf

Schickelgruber

hinweisen, daß mit aller Entschiedenheit immer wieder betont wird, daß das Krankenhauswesen Ländersache sei. *(Ruf bei der ÖVP: Aber die Krankenversicherung nicht!)*

Nach jahrzehntelangem Streiten, meine Damen und Herren, scheint nun endlich eine Lösung dieses brennenden Problems in greifbare Nähe gerückt zu sein, und das vorliegende, vom Nationalrat verabschiedete Gesetz hilft entscheidend dabei mit. Dennoch offenbart sich auch bei diesem Gesetz jener Widerspruch, der für die derzeitige Situation der Österreichischen Volkspartei grundsätzlich gilt. Während sachbezogene Landespolitiker auch aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei den von der sozialistischen Bundesregierung aufgezeigten konstruktiven Weg im Interesse der Problemlösung bejahen, ergehen sich die vergeblich nach einer Profilierung bemühten Spitzenfunktionäre der Bundes-VP abermals in Polemiken und Lizitationsforderungen.

Wir haben die feste Überzeugung, daß diese vorliegenden Gesetze wesentlich zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen werden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, sich mit dieser Materie grundlegend auseinanderzusetzen.

In den Jahren der allgemeinen weltwirtschaftlichen Rezession mit Millionen Arbeitslosen in den anderen Ländern wurde bei uns in Österreich die Vollbeschäftigung aufrechterhalten. Denn wir Sozialisten haben aus den bitteren Erfahrungen der Ersten Republik gelernt, als es wohl den Alpendollar gab, aber auch 100 000 Arbeitslose; auch wenn heute gewisse Kreise meinen, ein paar Zehntausend Arbeitslose wären gar nicht schlecht. *(Ruf bei der ÖVP: Was sind das für Kreise? - Bundesrat Rosa Heinz: Die immer von Überbeschäftigung reden!)* Darf ich Sie erinnern ... *(Bundesrat Heinzinger: Heute! Heute!)* Sie können sich sehr gut erinnern. *(Zwischenrufe von ÖVP und SPÖ.)* Ich darf Ihnen nur in Erinnerung rufen, lesen Sie die Ausführungen des Herrn Dr. Taus nach in dieser Richtung, dann werden Sie die Antwort dort finden. *(Beifall bei der SPÖ. - Bundesrat Dr. Lichal: Wo?)* Ich werde Ihnen das zur Verfügung stellen, wenn Sie die nicht kennen. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat aufgrund ihrer humanen Grundeinstellung, aber auch aus der Erkenntnis, wir sind nicht reich genug, um uns Arbeitslose leisten zu können, Milliarden aufgewendet, um der heimischen Industrie zusätzliche Aufträge zu geben und damit die Arbeitsplätze zu sichern. Ich erinnere mich nicht, jemals gehört zu haben, daß sich einer dieser Industriellen damals negativ über diese Aufträge geäußert hat; daß damit eine Budgetaufblähung verbunden war, war voraus-

zusehen und wurde von den Sozialisten auch niemals verkannt und in Abrede gestellt.

Das Budgetdefizit ist aber nicht nur durch die flankierenden Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung entstanden, sondern auch infolge der Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz. Die verschlechterte Zahlungsbilanz ist nicht zuletzt auch eine Folge der Prosperität, die doch nicht in Abrede gestellt werden kann. Seit 1970 sind in Österreich die Einkommen real um 42 Prozent gestiegen.

Damit hat Österreich das Einkommensniveau von OECD-Europa um 14 Prozent überschritten, wie Bundesminister Androsch im Nationalrat mit Zahlen belegt hat. 1970 lag es noch um 8 Prozent darunter.

Allein 1976 wurden 14 Milliarden Schilling für Autoimporte ausgegeben, 225 000 neue Autos wurden in diesem Jahr angemeldet. 1977 werden es mit 280 000 neu eingeführten Autos wesentlich mehr Milliarden sein, die dafür aufgewendet werden müssen.

25 Milliarden mußten für Energieimporte aufgewendet werden. Auch hier steigt der Verbrauch. Weitere Milliarden werden für Auslandsreisen und zur Einfuhr von Bedarfsartikeln aller Art aufgewendet, die großteils sogar gleichwertig in Österreich erzeugt werden. Sicher alles Zeichen, meine Damen und Herren, wie schlecht es uns Österreichern geht.

Weil wir den Ernst der Situation im Hinblick auf die weltwirtschaftliche Entwicklung keineswegs verkennen, haben wir eben Vorsorge zu treffen, um die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen und um eventuellen weiteren Rezessionen wieder so erfolgreich begegnen zu können wie bisher. Daher sind eben gewisse Einschränkungen erforderlich, die zwar zu keiner Verschlechterung des allgemeinen Lebensstandards führen, von allen jedoch eine vernünftige Ausgabenpolitik auch im einzelnen erwarten.

Auch im Bereich der Sozialversicherung sind Maßnahmen zur Problemlösung vorgesehen, müßte doch der Bund bei ungeänderter Gesetzeslage 1978 rund 30 Milliarden Schilling der Pensionsversicherung zur Deckung des Gebarungsabganges überweisen.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, daß bei den Unselbständigen rund 26 Prozent, bei der Pensionsversicherung der gewerblich Selbständigen jedoch 73 Prozent und bei der Pensionsversicherung der bäuerlich Selbständigen 82 Prozent des Gesamtaufwandes vom Bund getragen werden.

Vor allem im Bereich der Bauernpension ist die Situation nahezu schon so, daß die Zahl der

12346

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schickelgruber

Versicherten und der Pensionsbezieher gleich hoch ist. Bis Mitte dieses Jahres ging die Zahl der Versicherten um 24 Prozent zurück, die Zahl der Pensionisten erhöhte sich um ein Fünftel. Auf 1 000 Versicherte kommen bereits 848 Leistungsempfänger. Und hier war und ist es der Staat, der durch seine Zuschüsse entscheidend mithilft, den Lebensabend auch der Bauern zu sichern, wenngleich es die Politik der ÖVP durch Jahrzehnte hindurch war, unter dem Schlagwort vom freien Bauernstand eine zeitgerechte Lösung für die bäuerliche Bevölkerung zu verhindern. (*Ruf bei der SPÖ: Richtig!*)

Zweifellos ist bei der Pensionsversicherung hinsichtlich der Finanzierung eine gänzliche Systemänderung nötig. Dabei sollte davon ausgegangen werden, daß der Staatszuschuß kein unerschöpfliches Reservoir darstellen kann, welches den Bund praktisch zum alleinigen Hafter für alle Leistungsverbesserungen und Pensionserhöhungen macht.

Meine Damen und Herren! Das stammt nicht von mir, diese Feststellung hat Herr Abgeordneter Kohlmaier seinerzeit im Hohen Haus getroffen, und Herr Bundesminister Dr. Weißenberg hat ihn im Nationalrat daran erinnert. Damals war Ziel des ÖAAB - allerdings noch nicht, wie jetzt nach dem Rezept des Herrn Generalsekretärs Heinzinger - eine Ausblutung der Staatsfinanzen, damit die „bösen“ Sozialisten ja nicht ihre Ziele verwirklichen können.

Mit der neuen Gesetzesregelung wird durch entsprechende Umschichtung der einfließenden Mittel jedenfalls einerseits die zusätzliche Belastung der Versicherungsgemeinschaft möglichst niedrig gehalten, gleichzeitig wird jedoch gewährleistet, daß dabei die finanzielle Situation der Pensionsversicherungsträger und damit die Sicherung der Pensionen keineswegs gefährdet und eingeschränkt wird.

Diese Tatsachen sind umso deutlicher festzustellen, weil es der ÖVP vorbehalten geblieben ist, im Wahlkampf das gefährliche Spiel mit der Angst um die Pensionen zu treiben. (*Bundesrat Dr. Li ch al: Der Androsch hat angefangen!*) Sie haben versucht, dies der Bevölkerung, den älteren Menschen einzureden.

Jedenfalls bleibt für den Großteil der Österreicher die notwendige Erhöhung der Pensionsversicherung um zirka 50 S bei einem 10 000 S-Einkommen in durchaus vertretbaren Grenzen. Die Belastung der Unternehmer wird durch die gleichzeitige Herabsetzung der Dienstgeberbeiträge zum Familienfonds entsprechend legalisiert. (*Bundesrat Schreiner: Aushungern heißt das!*) Über das „Aushungern“ wurde ja schon gesprochen, die Frau Staatssekretär hat Sie ja aufgeklärt.

Darüber hinaus sollen durch den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger die bereits in der 32. ASVG-Novelle eingeleiteten Maßnahmen im Sinne eines Ausgleiches zwischen strukturell begünstigten und benachteiligten Versicherungsträgern weiter ausgebaut werden.

Diesem Ausgleichsfonds werden Mittel aus der Arbeitslosenversicherung zur Abgeltung der Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger, aus der Anrechnung der Ersatzzeiten des Arbeitslosengeldes und des Notstandshilfsbezuges überwiesen. Um jedoch die Arbeitslosenversicherung bzw. die Arbeitsmarktförderung in ihrer Leistungsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen, beschränkt sich der betreffende Pauschalbetrag auf die infolge des neuen Gesetzes herbeigeführten zusätzlichen Mehreinnahmen. Diese ergeben sich aus der beabsichtigten Erhöhung der Krankenversicherungshöchstbeitragsgrundlage sowie aus der Anhebung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um ein Zehntel.

Weiters ist eine Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage der Pensionsversicherung von derzeit zwei Drittel auf drei Viertel vorgesehen, das bedeutet de facto eine Anhebung der Bemessungsgrundlage von 11 100 S auf 12 600 S.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Maßnahme wird jener Bereich des Sozialfinanzpaketes berührt, der in den letzten Jahren bundesweit für Diskussionsstoff gesorgt hat und der nicht immer mit der nötigen Sachlichkeit behandelt worden ist: die Spitalsfinanzierung.

Das gegenwärtig geltende Krankenanstaltengesetz stammt aus dem Jahre 1956 und sieht vor, daß die Länder, Herr Hofrat, für die finanzielle Sicherheit der Krankenanstalten Vorsorge zu treffen haben, während dem Bund die Grundsatzgesetzgebung obliegt und er lediglich einen Zweckzuschuß von 10 Prozent bis höchstens 18,75 Prozent der festgelegten Pflegegebühr der allgemeinen Gebührenklasse zum gesamten Betriebsabgang zu leisten hat. Das sind die Fakten.

Nun ist das bisherige Finanzierungssystem ohne Zweifel mehr als unbefriedigend. Ich kann hier vor allem auch für die Gemeinden sprechen, die mit einem Krankenhaus gesegnet sind. Das trifft in Niederösterreich, das vergißt man in der allgemeinen Diskussion, für die meisten Spitäler leider zu.

Nun muß man gerechterweise bestätigen, daß der Bund nicht nur mit Worten bemüht war, die Situation zu erleichtern. So wurde - ich habe schon darauf hingewiesen - der Zweckzuschuß gemäß der 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz für 1974 um 24 Prozent und für 1975 um 28 Prozent erhöht.

Schickelgruber

Darüber hinaus gewährte der Bund Investitionszuschüsse, und zwar 1975 342 Millionen, 1976 und 1977 250 Millionen.

Herr Kollege Göschelbauer! Beim Nachlesen der Budgetrede des Finanzministers können Sie feststellen, daß der Voranschlag auch für 1978 einen Beitrag des Bundes in der Höhe von 250 Millionen Schilling für Investitionen in Krankenanstalten vorsieht. Darüber hinaus sind Zweckzuschüsse zu den Betriebsabgängen an die Rechtsträger in der Höhe von 840 Millionen Schilling vorgesehen. Das ist um 23,5 Prozent mehr als 1977. Auf eine darüber hinausgehende Lösungsmöglichkeit, von der Sie leider heute so wenig wissen wollen, werde ich später noch eingehen.

Zur Klarstellung muß aber auch gesagt werden, daß damals, als die Herren Dr. Schmitz und Dr. Koren das Finanzressort geleitet haben, Dutzende von Resolutionen, Memoranden und all die Delegationsvorsprachen unserer Stadt, die durchgeführt und abgegeben worden sind, im Interesse unseres Krankenhauses, nicht einen Prozentpunkt, nicht einen Schilling mehr eingebracht haben. All die Jahre hindurch!

Wie sah es aber in der Praxis nach der Anhebung auf 24 Prozent bzw. 28 Prozent aus? Unser Landesfinanzreferent hat dies zum Anlaß genommen, um die Landesbudgetmittel für das Krankenhauswesen zunächst im Voranschlag zu reduzieren, obwohl das St. Pöltner Krankenhaus sich damals auf Anregung des Rechnungshofes und Betreiben des Landes in einer Ausbauphase befunden hat und noch befindet und allein mehr Mittel als im Budget vorgesehen war, benötigte.

Meine Damen und Herren! Ist es da nicht verständlich, daß auch der Finanzminister wenig Freude an einer Beitragserhöhung des Bundes zeigt, wenn man dem Bund dann obendrein immer wieder vorhält, daß das Krankenhauswesen Ländersache ist.

Nun zeigt der Bund dennoch wieder seine Bereitschaft mitzuhelfen und bietet eine Lösung an, die realisierbar ist und jedenfalls eine wesentliche Erleichterung für alle Krankenhaus-träger bringen würde. Niemandem, meine Damen und Herren, ist mit dem Schwarzen-Peter-Spiel, die anderen sollen zahlen, geholfen. Dazu ist das Problem viel zu ernst. Daß die Bevölkerung durchaus Verständnis hat, daß man nicht nur davon reden kann, Gesundheit ist das höchste Gut, sondern daß man hier auch etwas tun muß, das kann ich Ihnen aus persönlicher Erfahrung bestätigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Stadt St. Pölten muß 50 Prozent des Gesamtbudgets für das Krankenhaus aufwenden, und wir haben schon manch wünschenswertes Projekt vor dem Not-

wendigen zurückgestellt. Die Bevölkerung hat dies bei der Wahl im heurigen Frühjahr mit verstärktem Vertrauen honoriert, das darf ich auch sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun gibt es zahlreiche Experten, die Patentrezepte im Dutzend zur Sanierung der sogenannten Kostenexplosion bei den Krankenanstalten anbieten. Meist kennen sie ein Spital nicht einmal als Patient, sodaß diese Art der Berichterstattung, ich sage das mit aller Entschiedenheit, nur eines erreicht: daß die Bevölkerung das Vertrauen zu ihrem Krankenhaus verliert und darin verunsichert wird.

Natürlich ist auch die Betriebsführung eines Krankenhauses nicht tabu. Es sind Einsparungsmöglichkeiten in jeder Hinsicht gewissenhaft zu untersuchen, es sind die Verhandlungen mit der Ärztekammer, mit den Gewerkschaften in dieser Hinsicht zu führen, die Medikamentenkosten zu überprüfen, zu kontrollieren und so weiter. Das geschieht, das darf ich Ihnen versichern, zumindest bei uns, mit aller Entschiedenheit. Und fast alle Anstalten führen zumindest Teilkostenrechnungen, wenn nicht Vollkostenrechnungen, zum Teil schon mittels EDV-Anlagen.

Es ist einfach absurd, wenn Herr Dr. Wiesinger, der fast täglich neue unausgelegene Theorien und Thesen aufstellt, behauptet, das Rechnungssystem stamme noch aus der Zeit Maria Theresias. Ich weiß nicht, ob er den Maßstab da von den Spitälern nimmt, für die er verantwortlich ist.

Nun wird ein bundeseinheitliches Buchführungssystem eingeführt. Dies ist sicher aus Gründen der Betriebsvergleiche und zur eigenen Kontrolle wünschenswert, ja notwendig. Weitreichende Kostentransparenz durch Einführung von Kostenstellenrechnungen, eine einwandfreie Leistungserfassung und Leistungsbeurteilung, die Wirtschaftlichkeitskontrollen gewährleisten und die Grundlagen für Betriebsvergleiche bilden, das, glaube ich, ist ein solides Fundament für eine gerechtere Lastenverteilung.

Eines darf aber nicht eintreten: daß die Aufgaben der Spitäler im Hinblick auf eine einwandfreie Betreuung der Patienten gefährdet werden. Mit der gewissenhaften Beachtung des gesamtösterreichischen Krankenanstaltenplanes und der Gliederung in Standard-, Schwerpunkt- und Zentralkrankenanstalten würde sicher auch eine Rationalisierung und zugleich auch eine bessere Versorgung der Bevölkerung ermöglicht werden.

Dann kann es aber auch nicht vorkommen, daß etwa in Niederösterreich ein Standardkrankenhaus mit 107 Betten ein Isotopenlabor

12348

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schickelgruber

erhält, nur weil der ÖVP-gemeinderätliche Primarius sein Spezialhobby nicht aufgeben wollte. Oder ist das die Sorge, frage ich Sie, daß der Bund da bei der Mittelzuteilung Einspruch erheben könnte?

Es blieb wieder einmal Herrn Dr. Wiesinger, der sich unbedingt als Gesundheitssprecher profilieren will, vorbehalten, seine Sorgen anzumelden. Wir haben es ja in der Presse nachgelesen, daß der Bund über diesen Fonds entscheiden wird, ob im Krankenhaus Tamsweg eine Bedienerin aufgenommen wird. So kann man das auch darstellen und lächerlich zu machen versuchen. Wer dabei lächerlich gemacht wird, das stelle ich Ihnen in Ihrer Kritik anheim.

Ich darf Sie und seine Freunde, meine Damen und Herren, daran erinnern, daß der Rechnungshof festgestellt hat, daß in Niederösterreich 32,2 Prozent der Landesmittel für die Standardkrankenhäuser aufgewendet wurden, 42 Prozent für den Ausbau der Landesanstalten, obwohl das Land nur zwei Akutkrankenanstalten mit zusammen 820 Betten führt, während für die Schwerpunktkrankenanstalten mit rund 2 800 Betten nur 25,8 Prozent zur Verfügung gestellt wurden.

Hier wäre eine Korrektur, ich darf sagen, auch nach eindeutiger Feststellung des Rechnungshofes dringend erforderlich.

Auch in unserem Krankenhaus haben die Patienten weder rote noch schwarze Mascherln. Es ist daher keine Zumutung, sondern eine logische Konsequenz, wenn sämtliche Mittel nach einem Gesamtkonzept, das die Notwendigkeit und die Dringlichkeit berücksichtigt, aufgeteilt werden.

Bevor man aufteilen kann, muß man die Mittel aufbringen. Das soll nun in der Form geschehen, daß bei gleichzeitiger Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen auch die Krankenversicherungen in die Lage versetzt werden, ihren Teil beitragen zu können, sodaß insgesamt mehr als 1,6 Milliarden Schilling für diesen Krankenhausfonds zur Verfügung stehen würden. Es fällt dem, dessen Hauptsorge das ramponierte Prestige ist, sicher leichter, zu dem Angebot nein zu sagen, als einem, der die unmittelbare Verantwortung trägt und der die Folgen hautnah verspürt.

Unverantwortlich finde ich es auch, ständig von einer Kostenexplosion zu sprechen und nicht auch auf die Leistungsexplosion zu verweisen. Ich darf ein paar Beispiele anführen:

Seit einem Jahr führen wir in unserem Schwerpunkt-Krankenhaus auch eine Dialysestation. Kostenpunkt: 4 000 S pro Dialyse. Da

jeder Patient, der die künstliche Niere braucht, wenigstens zweimal wöchentlich dialysiert werden muß, belaufen sich die Behandlungskosten pro Patient im Jahr auf eine halbe Million Schilling. Für Patienten, die früher in Wien nicht untergebracht werden konnten, und es war gar nicht so einfach, hier einen Platz zu finden, bedeutete es das Todesurteil.

Eine Herzschrittmacherimplantation stellt sich auf 35 000 S. 25 Eingriffe wurden prognostiziert. Tatsächlich waren im heurigen Jahr allein in unserem Haus mehr als hundert erforderlich.

Ich glaube, meine Damen und Herren, hier ist das Wort vom „Kampf gegen das Sterben vor der Zeit“ Realität. Oder sollen wir diese Menschen, die sonst noch Jahre sogar ihrem Beruf nachgehen können, einfach abschreiben?

Auch gegen die Erhöhung der Rezeptgebühr wurde polemisiert. Es ist noch nicht lange her, da hörte man es anders. Nun ist tatsächlich ein gewisser Mißbrauch von Medikamenten festzustellen, ein Horten, das nicht nur wirtschaftlich zu verurteilen ist, sondern sich auch gesundheitsgefährdend auswirken kann. Großpackungen sollen chronisch Erkrankten vorbehalten bleiben. Bagatellmedikamente werden, da sie billiger als die Rezeptgebühr sind, voraussichtlich selbst gekauft werden.

Herr Dr. Withalm, früher sicher besser informiert, bekrittelt die Belastungen für die Bezieher kleinsten Einkommen und übersah dabei, daß alle Pensionisten mit der Ausgleichszulage überhaupt von der Rezeptgebühr befreit sind.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Die Maßnahmen, die das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz vorsieht, sind ein praktikabler Beitrag zur Lösung auch der Krankenanstaltenprobleme. Es wäre dringend zu hoffen, daß kurzfristige, parteitaktische Überlegungen zurückgestellt werden, was man ja von einer Partei, die als staatstragend anerkannt werden will, voraussetzen müßte, wenn so wichtige Fragen im Gesamtinteresse der Bevölkerung zu lösen sind. Konstruktive Argumente sollen und müssen bei der Detailklärung selbstverständlich beachtet werden.

Der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich, Maurer, fordert: „Länder müssen mitreden können.“ Selbstverständlich! Nur, meine Damen und Herren, darf der Föderalismus nicht auf Landesebene aufhören.

Gerade wir in Niederösterreich können mit Recht verlangen, daß Bund, Länder, Krankenkassen, aber auch die Gemeindevertretung mitverantworten, wie die Mittel aufgeteilt werden.

Schickelgruber

Mit Recht hat man die bisherige Verteilung nach dem reinen Abgangsdeckungsprinzip kritisiert. Eine Regelung unter Berücksichtigung der Pflage, der Spezifizierung - es ist ja nicht gleich, ob man nur in einer Internen Station an einem Schwerpunktkrankenhaus mit den komplizierten und teuren Aufgaben einen Pflage abrechnet oder in einem Standardkrankenhaus und unter Berücksichtigung auch der Ambulanzleistungen -, wäre schon zielführender, um echte Leistungshonorierung auf Sicht zu erzielen.

Mit dem Neinsagen, mit dem Negieren allein ist es jedenfalls nicht getan. Das wird die Bevölkerung den verantwortlichen Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei nicht abnehmen.

Als das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz den Gesetzesantrag auf unmittelbaren Anschluß der Krankenpflegefachausbildung an die Pflichtschule einbrachte, haben auch Sie hier im Bundesrat - ich darf daran erinnern, die Frau Kollegin Egger hat hier vor allen Dingen gesprochen - damals dagegen Einwände gehabt, schwerste Bedenken angemeldet. Heute kann man bereits feststellen, daß in wenigen Jahren das Problem des Krankenpflegenachwuchses gelöst sein wird. Unsere wesentlich erweiterte neue Fachschule für den Krankenpflegeberuf mit 220 Plätzen kann gar nicht alle Interessenten und Interessentinnen aufnehmen, und das gleiche gilt auch für die anderen Schulen in Niederösterreich.

Mit Neinsagen, meine Damen und Herren, mit Miesmachen löst man keine Probleme. Mit Polemik kann man sich auch nicht profilieren.

Es geht um 1,6 Milliarden Schilling für die Krankenanstalten und weitere 400 Millionen für den Wasserwirtschaftsfonds. Haben oder nicht haben, das ist hier die Frage, ich möchte sagen: frei nach Shakespeare. Es geht nach Landeshauptmann Ratzenböck um die Verteilung der Beute.

Nur hat er vergessen hinzuzufügen, daß die Bundesregierung allein sozusagen die Kastanien aus dem Feuer holen durfte. Es geht um die Gesundheit der Krankenversicherungen und um die Sicherung und Verbesserungen der Pensionen. Und es ist nicht nur unverständlich, sondern geradezu unverantwortlich, wenn ausgerechnet der Präsident der Ärztekammer, Herr Dr. Piaty, der durch grenzenlose Lizitationsforderungen nicht nur zum Abgang der Spitäler wesentlich beiträgt, sondern den Ärztestand damit selbst in Mißkredit gebracht hat, von einem Linsengericht spricht, das man ablehnen müßte. Und dieser Herr ist so selbstüberheblich, daß er die Landeshauptleute seiner eigenen

Partei disqualifiziert, indem er ihnen via Fernsehen gestern vorwarf, konzeptlos zu handeln und die Tragweite ihrer Entscheidungen nicht abschätzen zu können. Auf solche Experten kann die ÖVP wahrlich „stolz“ sein!

Meine Damen und Herren! Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, in denen sich der Herr Bundesparteiobermann Dr. Taus befindet. - „Manchmal muß es pure Lust sein, die ÖVP zu führen, für einen politischen Masochisten. Josef Taus ist keiner, der dürfte wirklich leiden,“ stellt Peter Rabl, der die Verhältnisse in der ÖVP sicher besser kennt als wir Sozialisten, am 8. November 1977 im „Kurier“ fest.

Leiden, meine Damen und Herren, dürfen aber auf keinen Fall die Menschen, die in den Krankenanstalten bestmögliche Hilfe und Betreuung erhoffen. Das ist unsere Meinung, und daher geben wir Sozialisten unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Reichl: Das Wort hat nunmehr Herr Bundesrat Ing. Eder. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Bundesrat Ing. Eder (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Frau Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das 2. Abgabenänderungsgesetz bringt eine Fülle von enormen Belastungen für alle Staatsbürger. Das ist aus dem Text des Gesetzes und aus den Reden, die heute schon gehalten wurden, eindeutig zu ersehen. Darüber hinaus aber bringt es besondere Härten für wirtschaftliche Unternehmungen, ganz gleich, ob sie der verstaatlichten Industrie angehören, privatwirtschaftlich, gewerblich, industriell oder genossenschaftlich sind.

Und dabei ist es so, daß dies nicht immer gleiche Belastungen sind. Es gibt einige echte Diskriminierungen, die völlig unverständig sind. Hier kommen zum Beispiel gerade auch die Genossenschaften sehr zum Handkuß. Ich darf mit daher erlauben, bei meiner Wortmeldung im besonderen auf diese Überlegungen hinzuweisen.

Ich darf Ihnen zum ersten hier das Beispiel der Geldorganisation anführen und die Raiffeisenkassen hier nennen. Bisher zahlten die Raiffeisenkassen nur die halbe Körperschaftssteuer, wenn sie Kredite an ihre Mitglieder gewährt haben. Diese Körperschaftssteuerbegünstigung fällt durch das 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 zur Gänze weg. Die noch umfangreicheren Steuerbegünstigungen anderer Geldinstitute, zum Beispiel der Österreichischen Postsparkasse, nämlich die Vermögenssteuerfreiheit, die Gewerbesteuerfreiheit, nur 40 Prozent der Körperschaftssteuer, bleiben zum Großteil erhalten.

12350

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Ing. Eder

Diese Institute zahlen nach 1968 lediglich 90 Prozent Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Vermögenssteuer.

Hier liegt also eine unsachliche Diskriminierung zwischen Geldinstituten verschiedener Rechtsform vor, die als verfassungswidrig anzusehen sind.

Den Kapitalgesellschaften bleibt weiterhin der sogenannte Körperschaftsteuersatz vorbehalten. Der gespaltene Körperschaftsteuersatz bedeutet, daß Kapitalgesellschaften für ihre Gewinnausschüttung, sprich Dividende, nur die halbe Körperschaftsteuer bezahlen. Die Geschäftsanteilsverzinsung der Raiffeisenkassen, die im Prinzip nichts anderes sind als eine Dividendenausschüttung, bleibt von dieser Tarifbegünstigung ausgeschlossen. Obwohl hier vollkommen gleiche rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen - einkommensteuerlich sind Geschäftsanteilsverzinsungen beim Empfänger, wie ich schon sagte, wie Dividenden zu behandeln -, wird hier eine völlig unsachliche Differenzierung nach der Rechtsform getroffen, die auch, wie ich schon sagte, als verfassungswidrig anzusehen ist.

Hier wird im besonderen der ländliche Raum benachteiligt. Es ist doch normal so, daß die Raiffeisenkassen überwiegend im ländlichen Raum sind. Und warum soll denn gerade wieder dieser ländliche Raum benachteiligt werden? Sind denn die Menschen draußen weniger wert als in den Ballungszentren, in den Städten?

Hier darf ich mir noch ein Wort erlauben, wenn ich vom ländlichen Raum spreche. Wie ist denn die Einstellung der derzeitigen Regierung zur Landwirtschaft? Es ist das Bundesbudget 1978 im Hohen Haus zur Beratung vorgelegt worden. Die Erste Lesung hat stattgefunden. Und wenn man dann das Kapital Landwirtschaft hernimmt, dann muß man leider feststellen, daß zwar die absolute Größe gleichgeblieben ist, aber der Prozentsatz vom Gesamtbudget gewaltig zurückgegangen ist. Wenn etwa in den Jahren der ÖVP-Regierung doch einige Prozente des Gesamtbudgets dem Agraranteil zuzurechnen waren, ist dieser 1977 bereits auf 1,12 Prozent zurückgegangen, und für 1978 beträgt der Agraranteil am Gesamtbudget nur noch 0,53 Prozent. So sieht also die Förderung der Landwirtschaft aus. Ich glaube, das muß man auch sehr deutlich herausstreichen.

Zum zweiten darf ich etwas zum Sozialkapital in der Wirtschaft sagen.

Die Bildung des sogenannten Sozialkapitals - das sind Abfertigungsrücklagen und Pensionsrückstellungen - wird durch das 2. Abgabenänderungsgesetz stark eingeschränkt. Diese Einschränkungen verstoßen gegen die allgemeinen

Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, die jeden Kaufmann, also auch die Genossenschaften, verpflichtet, für künftige Belastung aus dem Titel der Abfertigungen und Pensionszusagen in der Bilanz Vorsorge zu treffen.

Die Mittel für die Auszahlung einer Abfertigung beziehungsweise einer Pension müssen während der Aktivzeit des Arbeitnehmers angesammelt werden, da ja dieser nur in dieser Zeit Werte für den Betrieb schafft. Bei seinem Ausscheiden müssen daher genügend Mittel in der Bilanz reserviert sein, um die Abfertigung und die Pension ohne größere Belastung der laufenden Gebarung auszahlen zu können.

Dieses bisher allgemein gültige Prinzip, das auch für die Pensionsrückstellungen vom Verfassungsgerichtshof bestätigt wurde, wird nunmehr durch das 2. Abgabenänderungsgesetz willkürlich zur Erzielung neuer Steuereinnahmen durchbrochen. Der Staat hat sich also hier eine neue Einnahmenquelle geschaffen. Bei der Abfertigungsrücklage konnten jeweils 80 Prozent der am Bilanzstichtag bestehenden fiktiven Abfertigungsrücklage für eine Abfertigung beansprucht werden. Diese Rücklage mußte am folgenden Bilanzstichtag durch Wertpapiere mit einer Nominale von 25 Prozent der Rücklage gedeckt sein.

Das 2. Abgabenänderungsgesetz sieht eine Senkung des Deckungsbeitrages von 80 auf 50 Prozent der jeweiligen Abfertigung vor. Wurde schon in der Vergangenheit angesichts der Ausweitung der Abfertigungsansprüche der Prozentsatz von 80 als zu niedrig angesehen, so gilt dies unbestrittenermaßen für den neuen Prozentsatz von 50 umsomehr. Dadurch ist es den Genossenschaften nur mehr erschwert möglich, für die zukünftigen Abfertigungen in den Bilanzen entsprechend Vorsorge zu treffen.

Gleichzeitig mit dieser Herabsetzung des Deckungsprozentsatzes der Abfertigung wurde die Wertpapierdeckung von bisher 25 Prozent der Rücklage auf nunmehr 50 Prozent erhöht. Die Begründung hiefür, daß damit den Arbeitnehmern eine bessere Sicherung der Abfertigung bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Arbeitgebers gegeben wird, geht völlig ins Leere. Die Wertpapiere stellen kein den Arbeitnehmern gehörendes Sondervermögen dar, sondern gehören selbstverständlich weiterhin dem Arbeitgeber und gehören im Falle einer Insolvenz in die Masse, aus der sich dann alle Gläubiger befriedigen.

Die höhere Wertpapierdeckung ist nun nicht eine Sicherheit der Abfertigungsrücklage, sondern, wie ich schon sagte, eine neuerliche Geldquelle für den Finanzminister.

Die Beseitigung beziehungsweise Senkung

Ing. Eder

der Abfertigungsrücklage beziehungsweise Verringerung bedeutet aber auch eine Senkung der Kapitalbasis bei den Betrieben, und daß die Senkung der Kapitalbasis eine Auswirkung auf die Beschäftigtenlage hat, steht doch außer Zweifel.

Ich kann mir daher nicht gut vorstellen, daß man in einer Zeit, wo man so sehr an den Arbeitsplätzen interessiert ist, hier die Kapitalbasis entsprechend erniedrigt, verschlechtert, dadurch die Konkurrenzfähigkeit verschlechtert und damit zweifellos keinen Beitrag für die Stabilisierung und für die Vollbeschäftigung leistet.

Genau dasselbe trifft natürlich auch zu in den Genossenschaften, und hier geht es also um Arbeitsplätze, die überwiegend aus der Landwirtschaft kommen. Und ich darf hier wohl wirklich fragen: Ist denn ein Arbeitsplatz in der Landwirtschaft nicht gleich viel wert wie in einem anderen Betrieb?

Und zum zweiten: Ich glaube, die Senkung dieser Abfertigungsrücklage ist ja auch dienstnehmerfeindlich, denn die Altersversorgung der Dienstnehmer ist doch zumindest teilweise in Frage gestellt - eine Maßnahme also, die weder dem Unternehmer noch dem Dienstnehmer helfen kann.

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen in den letzten Jahren haben die Arbeitnehmer zu Recht immer auf eine verbesserte Abfertigungsrücklage hingewiesen und verlangt, daß sie ausgebaut werden soll. In Anbetracht dieser Maßnahmen des Staates wird es in Zukunft sicherlich nicht mehr möglich sein, denn es wird ja dem Unternehmen verwehrt, die dazu notwendigen Mittel erwirtschaften zu können.

Ein paar Worte zu den Pensionsrückstellungen. Bisher wurden Pensionsrückstellungen auf Grund versicherungsmathematischer Gutachten gebildet. Aus Vorsichtsgründen haben die Gutachter dabei einen Abzinsungsprozentsatz von $3\frac{1}{2}$ bis 4 Prozent angewandt. Die Erfahrung hat deutlich gezeigt, daß diese Pensionsrückstellungen nur in seltenen Fällen ausgereicht haben, um die Pensionsansprüche daraus zu befriedigen.

Nunmehr sieht das 2. Abgabenänderungsgesetz eine Anhebung des Abzinsungsprozentsatzes auf 8 Prozent vor und eine Begrenzung der Pensionsrückstellungen auf das Fünffache des Pensionsanspruches. Die Orientierung des Abzinsungsprozentsatzes an den derzeit üblichen hohen Zinssätzen des Kapitalmarktes ist absurd, da es keineswegs sicher ist, ob diese Zinssätze auch noch in 10, 15 oder mehr Jahren, einem Zeitraum, in dem die Abfertigung zur Auszahlung gelangen wird, Gültigkeit hat. Je

höher der Abzinsungsfaktor, desto niedriger ist auch der Barwert der Rückstellung.

Noch absurder ist die Begrenzung der Pensionsrückstellung auf das Fünffache des Jahreserfordernisses, da - wie die Erfahrung zeigt, und Gott sei Dank, müssen wir sagen - 65jährige Männer, die in Pension gehen, länger als fünf Jahre leben, und bei den Frauen ist es ähnlich.

Die Begründung des Finanzministers, daß sich die Wirtschaft eine derart hohe Dotierung des Sozialkapitals wie in der Vergangenheit nicht mehr leisten kann, mag vielleicht auf die verstaatlichte Industrie zutreffen, keineswegs jedoch auf ordentlich wirtschaftende Genossenschaften. Die verstaatlichte Industrie - so steht es ja im Gesetz drinnen - kann bereits für 1977 von dieser geringen Rückstellung Gebrauch machen und wird vielleicht gerne zugreifen, weil sie in den letzten Jahren keine Erfolge mehr erwirtschaften konnte, und daher wird sie diese Überlegung aufgreifen, nicht aber die Privatwirtschaft, das steht außer Zweifel, denn - das darf ich noch einmal sagen - die Nichtrückstellung von Abfertigungs- und Pensionsrücklagen geht auf Kosten und zu Lasten der Arbeitnehmer und der Unternehmungen.

Die vorzeitige Abschreibung für Kombiwagen und LKW ist heute schon erwähnt worden. Ich darf nur einen Zusammenhang noch mit den Genossenschaften herstellen. Sie wissen, daß diese vorzeitige Abschreibung von Kombiwagen wegfallen soll. Diese Maßnahme trifft insbesondere Lagerhäuser und steuerpflichtige Verwertungsgenossenschaften, deren Außendienstpersonal vorwiegend mit Kombiwagen ausgestattet ist. Der Kombiwagen für dieses Außendienstpersonal wurde nicht deswegen gewählt, um nur eine vorzeitige Abschreibung zu erlangen, sondern es ergibt sich einfach die Notwendigkeit hierzu, daß diese Leute oft kleinere Posten zustellen oder Werkzeug oder andere Geräte mit sich führen müssen. Der Wegfall der vorzeitigen Abschreibung ergibt daher für diese Genossenschaft eine große Belastung.

Die vorzeitige Afa und der Investitionsfreibetrag für Lastkraftwagen wurde ebenfalls rückwirkend ab dem 1. August 1977 auf die Hälfte reduziert. Dies ergab für sämtliche Waren- und Verwertungsgenossenschaften, die oft einen umfangreichen Fuhrpark haben, fast untragbare Belastungen. Durch diese Maßnahmen wird die laufende Modernisierung des Fuhrparks schwerstens gefährdet, worunter auch die Verkehrssicherheit und die Versorgung des ländlichen Raumes mit Gütern leiden wird. Verkehrssicherheit müßte doch, glaube ich, in Anbetracht der vielen Unfälle, die täglich passieren, sehr groß geschrieben werden. Und Statistiken haben

12352

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Ing. Eder

eindeutig ergeben, daß etwa grob die Hälfte der Verkehrsunfälle auf die Nichttauglichkeit des Fahrzeuges zurückzuführen sind.

In Anbetracht dieses nun von mir aufgezeigten Umstandes wird sicherlich die Verkehrssicherheit nicht gehoben werden, sondern wahrscheinlich noch schlechter werden. Und daß gerade wieder der ländliche Raum dadurch sehr betroffen ist und die Versorgung in Frage gestellt ist, ist wohl außer Zweifel.

Bisher konnten die Betriebsaufwendungen für PKW und Kombiwagen, also Abschreibungen und laufende Betriebskosten, uneingeschränkt als Betriebsausgaben abgesetzt werden. Nun erfolgt durch dieses Gesetz eine drastische Einschränkung dieser Möglichkeit. Der Höchstbetrag ist mit 15 000 Schilling fixiert im Jahr, wie Sie wissen, und die Abschreibung von einem Anschaffungsbetrag von 105 000 Schilling. Nun wissen wir, daß durch die neue Luxussteuer mit 30 Prozent es wohl kaum möglich sein wird, ein Auto um 105 000 Schilling zu bekommen.

Die Genossenschaften, die aber diese Autos brauchen und in einer Robustausführung brauchen, müssen daher gewaltige zusätzliche Leistungen von sich erbringen.

Auch daß diese Autos in sieben Jahren abgeschrieben sein sollen, hat die Praxis eindeutig ad absurdum geführt.

Die Kosten für Kilometergelder, die an Dienstnehmer gezahlt werden, sind mit 1,80 Schilling je Kilometer als Betriebsausgaben zugelassen. Auf der anderen Seite aber bleibt es dem Arbeitnehmer frei, das volle Kilometergeld steuerfrei abzuschreiben - wiederum eine zusätzliche Belastung für den Unternehmer.

All diese Maßnahmen führen zu noch nicht absehbaren Belastungen sämtlicher vollsteuerpflichtiger Genossenschaften.

Dazu kommt noch die administrative Mehrarbeit in der Buchhaltung, da ja trotzdem die anfallenden Kosten laufend verbucht werden müssen, auf der anderen Seite aber nur Personalkosten abgesetzt werden können.

Interessant - und das ist auch heute schon gesagt worden - ist in diesem Zusammenhang, daß Beamte weiterhin den vollen Steuersatz von 3,50 Schilling bekommen, die Unternehmer aber nur diesen Pauschalsatz abrechnen können.

Der Wegfall dieser vorzeitigen Abschreibung ist wieder eine Diskriminierung der Land- und Forstwirtschaft, denn gerade die Land- und Forstwirtschaft und die ländlichen Genossenschaften brauchen die Fahrzeuge. Sie haben verstreute Betriebsflächen, sie müssen zwangs-

läufig Fahrzeuge haben. Im besonderen bei Spezialkulturen, bei Weingärten, im Obstbau und auch in der Forstwirtschaft sind Fahrzeuge eine unumgängliche Notwendigkeit. Es ist echt in Frage gestellt, ob die Landwirtschaft ihre Funktion weiterhin unter diesen erschwerten Verhältnissen aufrechterhalten kann, denn hier werden sich ja Belastungen ergeben, die sich erst in nächster Zeit echt zu Buche schlagen werden.

Die Dienstleistungen auf dem Land draußen werden ebenfalls verteuert werden. Ich darf hier nur ein Beispiel anführen, etwa die Tierärzte, die natürlich mit Autos fahren und daher auch diese erhöhten Kosten wahrscheinlich dann wieder dem Landwirt anrechnen. Die Versorgung des ländlichen Raumes und im besonderen der Berggebiete wird daher echt zum Problem.

Ich darf also zusammenfassend sagen: Zum Problem der Sozialkapitals und der PKW-beziehungsweise Kombiwagenbesteuerung ist zu bemerken, daß das Finanzministerium diese Maßnahmen als Reduzierung von Steuerbegünstigungen verkauft. Die Absetzbarkeit von Kosten für betrieblich genutzte Fahrzeuge und die Dotierung von Sozialkapital gemäß den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung kann niemals als Steuerbegünstigung angesehen werden. Es handelt sich vielmehr um grundlegende Rechte des Steuerpflichtigen bei der Gewinnermittlung.

Es ist also ein Griff in die Taschen aller Steuerzahler und in die Kassen der Wirtschaft, dem wir nicht zustimmen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Reichl**: Der nächste Redner ist Herr Bundesrat Koppensteiner. Ich bitte ihn, zum Pult zu kommen.

Bundesrat **Koppensteiner** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Bundesrates! Eine Reihe von Vorrednern meiner Fraktion hat sich bereits mit den Auswirkungen im wirtschaftlichen Bereich dieser Gesetze, die heute behandelt werden, sehr eingehend befaßt. Damen und Herren der sozialistischen Fraktion haben, zumindest für mich, weniger überzeugend versucht, diese Maßnahmen zu rechtfertigen.

Tatsache ist, daß hier eine Reihe von Gesetze beschlossen werden, die zwangsläufig auch administriert werden müssen, administriert in zwei Bereichen.

Der eine Bereich ist der des Abgabepflichtigen. Und hier kommen wir bereits in Schwierigkeiten bei den Buchhaltungssystemen, bei der

Koppensteiner

Bilanzierung. Es dürfte ja bekannt sein, daß es zwingende handelsrechtliche Bestimmungen gibt, die natürlich auch Gültigkeit für das Steuerrecht haben, in etwa – laienhaft ausgelegt –, daß sich ein Betrieb zum Beispiel nicht reicher machen darf als er ist.

Nun wird hier vorgeschlagen, Kraftfahrzeuge – Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen –, die ja natürlich zum Betriebsvermögen nach wie vor gehören, in etwa so zu bilanzieren wie Grund und Boden, nämlich mit den Anschaffungskosten, die dann stehenbleiben, bis das Anlagegut verkauft wird, dann wird der Buchwert ausgebucht.

Das zweite ist, daß man natürlich im Rahmen einer ordnungsgemäßen Buchhaltung sämtliche Einnahmen und Ausgaben aufzeichnen muß. Bisher war es so, daß daraus resultierend dann ein Gewinn oder ein Verlust ermittelt wurde. Nun geht man also immer mehr dazu über, gewisse Bereiche der Ausgaben – sei es bei den Anbahnungsspesen, nunmehr auch beim Kfz-Aufwand – zu pauschalieren. Das bedeutet also: Ich muß das ganze Jahr brav Zettel sammeln, sie ordnungsgemäß verbuchen, und am Ende des Jahres ist es dann die Aufgabe des Steuerberaters, all das wieder herauszufischen, was nicht hineingehört; zwar Betriebsausgabe, nun aber in den privaten Bereich überzuführen.

Ich glaube, hier hat der Herr Finanzminister an seine Berufskollegen gedacht, die mehr Arbeit haben werden, ich nehme an, diese werden die Mehrarbeit natürlich nicht umsonst leisten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der zweite Bereich: die Fahrtenbücher. Es ist bereits wiederholt ausgeführt worden: Es ist noch relativ einfach, wenn ein Fahrzeug vorhanden ist. Es wird aber schwieriger, wenn es deren mehrere sind. Es werden nicht die Zusteller, die heute die Semmeln hinausführen oder die Wurst oder was sonst, sondern es werden wieder Verwaltungskräfte damit befaßt sein, eben einigermaßen aufzuzeichnen, wo zum Beispiel der Bäcker 50 Kunden am Tag besucht hat und wo er da überall hingefahren ist, denn die Kilometer müssen ja zusammenstimmen, sonst sind sie ungläubwürdig. Also wieder mehr Arbeit.

Ich darf aber auch hier sagen, daß diese Umstellung auch Kosten verursacht, die nicht unbeachtlich sind. Ich möchte hier in meinem eigenen Bereich bleiben: Wir haben ein mittleren Kaufhaus in Wolfsberg. Mir wurde glaubwürdig versichert – denn die Arbeiten müssen ja gemacht werden –, daß allein die Umstellung der Registrierkassen auf den dritten Steuersatz – analog dazu die Neuprogrammierung verschiedener Programme im Bereich des Rechnungswes-

ens – Kosten von 80 000 Schilling verursachen wird.

In einem Gespräch mit einem Kollegen Ihrer Fraktion wurde mir gesagt, ihm sei ein Unternehmen der Fotobranche bekannt, das um 1,7 Milliarden Schilling Kataloge hat drucken lassen, bevor dieser neue Steuersatz überhaupt aktuell geworden ist. So etwas muß man nämlich zeitgerecht tun. Diese Kataloge sind jetzt zum Wegwerfen oder der Betrieb – was theoretisch möglich wäre – verkauft zu den angegebenen Preisen, die 18 Prozent Umsatzsteuer enthalten und nicht die 30 Prozent, die jetzt kommen werden.

Es gibt also eine Reihe von Problemen, an die offensichtlich niemand gedacht hat, denn das ganze Gesetz wurde ja doch irgendwo im Husch-Pfusch-Verfahren – wie schon so oft – über die Bühne gejagt.

Nun der zweite Bereich: die Administration, die Verwaltung. Die Herren der Finanzämter, meine Berufskollegen, werden hinausgehen müssen, um diese Fahrtenbücher zu überprüfen. Wie stellen Sie sich das in der Praxis vor? – Wenn heute lückenlos das Buch vorgelegt wird: Wie soll er es überprüfen, ob der Betreffende tatsächlich dort war?

Das zweite: die Abgrenzung der Aufwände. Es sind fünf Fahrzeuge – vier zugelassene, ein PKW –, alle werden mit Benzin betrieben. Was glauben Sie: Wie wird man diese Benzinkosten auseinanderrechnen, wenn alles auf einem Konto verbucht ist? Ich möchte hier nicht verhehlen: Natürlich wird jeder irgendwo zur Selbsthilfe greifen. Wenn der PKW repariert wird, dann wird es wahrscheinlich der LKW sein. Man kann ja ruckwirkend – und die Betriebsprüfungen finden mit gewissen Abständen statt ... *(Bundesrat Schipani: Sie waren ja einmal Betriebsprüfer!)* War ich; ja. Ich sehe also die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben werden, diese Sachen zu überprüfen, die wir heute der Bevölkerung auferlegen. Das gibt für die Kollegen, die das tun müssen, Schwierigkeiten. *(Bundesrat Schipani: Haben Sie die vorher nicht gehabt? Ich nehme an, Sie reden aus der Praxis!)* Ich rede aus der Praxis; ja. *(Bundesrat Schipani: Da wird sich nichts ändern!)* Bisher war es also relativ einfach. Wir haben den Begriff „Betriebsausgabe“ gehabt: Alles, was durch den Betrieb verursacht ist. Sie können mir glauben: Wir waren in der Beurteilung der Privatanteile nicht kleinlich. Das darf ich sagen. *(Bundesrat Schipani: Das weiß ich!)* Wozu also jetzt dieses ganze Theater, das nur Kosten verursacht und zu nichts führt? *(Bundesrat Bürkle: Mehr Beamte wird man brauchen! – Rufe bei der ÖVP: Genau!)*

12354

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Koppensteiner

Das Ganze geht ja dann weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nur ein Beispiel, weil es sehr augenscheinlich ist: Es wird ein Fahrzeug mit Kredit gekauft, wird angeschafft, wird über das Girokonto bezahlt, und dann werden wir anfangen auszurechnen, wie viel von den als Aufwand verrechneten Zinsen auf dieses Fahrzeug entfällt.

Meine Damen und Herren! Da kommen wir in den Bereich des „Mäuse-Melkens“, sagen wir in Kärnten.

Zum Familienlastenausgleich. Mich hat es gefreut, daß Herr Kollege Schickelgruber hier erstmalig auch die Gemeinden erwähnt hat, allerdings im Zusammenhang mit dem Spitalsaufwand. Ich bin mit ihm einer Meinung, daß die Gemeinden in der Verwendung der Mittel ein Mitspracherecht haben sollten.

Wir haben es in Kärnten auch nicht. Ich habe diesbezüglich einmal eine Aussage gemacht. Der zuständige Landesrat Gallob war sehr böse, daß die Gemeinden auf einmal hier mitreden wollen. Ich bin nämlich der Meinung: Wenn eine mittlere Stadt rund 6 Millionen Schilling aufwenden muß, dürfte man fragen, was damit geschieht. Aber hier sind wir ja einer Meinung: Alle, die zahlen, sollen auch mitreden.

Dann: Das zweite, was nicht erwähnt wurde, ist im Bereich der Kinderbeihilfe die Selbstträgerschaft der Gemeinden über 2 000 Einwohner. Ich darf sagen, daß man in Kärnten mit der Gemeindezusammenlegung sehr großzügig war. Wir haben uns auch dazu bekannt. Man muß aber jetzt doch die Frage stellen, ob es sinnvoll war, größere Gemeinden zu bilden, denn die Belastungen aus diesem Titel sind nicht so von ungefähr.

Ich darf an meine Anfrage im Ausschuß erinnern, wo mir erklärt wurde, ich hätte recht: Die Ausgaben müßten genau budgetiert werden und bei den Einnahmen müßte man eben auf das hoffen, was irgendwo im Rahmen der Ertragsanteile hereinkommt. Aber beim Finanzausgleich, meine Damen und Herren, war sicher nicht ausgemacht, daß jetzt derartige Maßnahmen gesetzt werden.

Ich hoffe und wünsche es für die Gemeinden, daß zumindest beim neuen Finanzausgleich dieser Situation in irgendeiner Weise Rechnung getragen wird, denn ich glaube, es ist unglaublich, heute allen Sparmaßnahmen aufzuerlegen - der Bevölkerung, den Gemeinden -, und auf der anderen Seite muß man in der Zeitung lesen, daß der Herr Bundeskanzler im Jahr 1976 seine Repräsentationskosten um 75 Prozent überzogen hat. *(Zwischenruf des Bundesrates Bürkle.)* Bitte. Ansichtssache.

Ein weiteres zum Familienlastenausgleich. Auch hier erinnere ich an die Anfrage im Ausschuß.

Mir wurde gesagt, es gibt nun andere Kinder. Wir haben bisher die Kinderermäßigung und die Kinderbeihilfe gehabt, wobei der Bereich jener Familien, die eine Kinderermäßigung beziehungsweise einen Kinderabsetzbetrag gehabt haben, größer war als jener der Beihilfenbezieher.

Hier gibt es eine Reihe von Familien, die bisher Kinderermäßigung gehabt haben und nun hinausfallen.

Das Kriterium war bisher das Lebensalter und das Einkommen des Kindes, wobei das Einkommen limitiert war mit 1 000 Schilling plus Werbungskostenpauschale. Dann waren die Voraussetzungen für die Kinderermäßigung wegen Haushaltszugehörigkeit gegeben.

Hier tritt also eine Änderung ein, und es wird eine Reihe von Kindern, die bisher in den Genuß des Absetzbetrages gekommen sind, nunmehr nicht mehr in den Genuß der Kinderbeihilfe kommen. Das betrifft zum Beispiel die Studenten; Studentenehen sind heute an der Tagesordnung. Bisher hat es Kinderermäßigung gegeben. Die fällt weg, und Beihilfe gibt es keine mehr.

Das sind Ungereimtheiten, die sich aus der Materie heraus ergeben.

Nun noch einige Sätze zur Zahlungsbilanz. Ich möchte doch feststellen, daß man es in Österreich offensichtlich verstanden hat, insbesondere von der SPÖ her, das Nationalbewußtsein nicht hochkommen zu lassen, und so darf es einen nicht wundern, daß der Staatsbürger heute nicht fragt: Von wo kommt die Ware?, wohin fahre ich auf Urlaub? *(Zwischenruf des Bundesrates Rosa Heinz.)*, sondern er will eben gute Ware preiswert kaufen. Und in Kärnten, wo ein Nationalbewußtsein vorhanden ist, geht der Herr Bundeskanzler her und bezeichnet uns Kärntner als faschistoid. *(Rufe bei der SPÖ: Das hat er nicht gesagt!)*

Meine Damen und Herren, das ist eine unerhörte Unterstellung! Es hat in Kärnten auch entsprechende Reaktionen ausgelöst. *(Zwischenruf des Bundesrates Bürkle.)*

Alle Argumente, die hier vorgebracht wurden, haben absolut Gültigkeit. Mir kommt das ganze vor wie das Verhalten eines Elternpaares, das nicht wirtschaften kann und das Sparschwein der Kinder schlachtet, wenn der Stromkassier kommt. So ähnlich wird heute Wirtschaftspolitik betrieben.

Abschließend, meine Damen und Herren: Ich

Koppensteiner

bin persönlich überzeugt - und auch meine Kolleginnen und Kollegen sind es -, daß ein derartiges Gesetz einfach beeinsprucht werden muß, und wir werden das auch tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Reichl**: Herr Bundesrat Schipani ist der nächste Redner. Ich bitte ihn, an das Rednerpult zu kommen.

Bundesrat **Schipani** (SPÖ): Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Ich habe im Sozialausschuß den mündlichen Antrag gestellt, gegen die vorliegende Gesetzesvorlage und den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen geändert werden, keinen Einspruch zu erheben.

Wie Sie wissen und wie wir aus dem Munde der Berichterstatterin gehört haben, haben sowohl mein Antrag als auch ein anderslautender Antrag keine Mehrheit gefunden, und ich bringe nunmehr meinen Antrag neuerlich schriftlich ein. Bitte. *(Der schriftliche Antrag wird dem Vorsitzenden, der unterdessen wieder die Verhandlungsleitung übernommen hat, überreicht.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ehe ich mich konkret mit dem erwähnten Gesetz beschäftige, ist es, glaube ich, notwendig, ein bißchen darauf zu replizieren, was wir bisher von Ihnen zu hören bekommen haben.

Ich gestehe ganz offen: Ich war, bevor wir in diese Sitzung gegangen sind, noch voller Hoffnung, gerade was die sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen betrifft, doch etwa ein Mitgehen von Ihnen erwarten zu können: aus ganz verschiedenen Begründungen, weil wir uns eigentlich alle mitsammen mit den gleichen Problemen herumschlagen müssen, sei es in der Eigenschaft als Kommunalpolitiker, betrifft es nun die Landespolitiker oder uns, die wir uns mit der Bundespolitik zu beschäftigen haben.

Ich darf an das im Vorjahr beschlossene Gesetz des Niederösterreichischen Landtages erinnern, mit dem dieser Landtag beschlossen hat, daß die Verpflegungskostensätze vom Sozialversicherungsträger in einer Höhe von „mindestens“ 80 Prozent festgelegt wurden. *(Rufe bei der ÖVP: So wie in Kärnten!)* Ich werde darauf zurückkommen. *(Ruf bei der ÖVP: Peinlich!)* Grundsätzlich ist es eigentlich nicht in dieser Form darum gegangen, denn Niederösterreich hat das schöne Wort „mindestens“ drinnen gehabt, und Sie wissen ganz genau, was das für Folgewirkungen haben kann: aus „mindestens“

80 Prozent können nämlich höchstens 100 Prozent werden.

Und jetzt werde ich Ihnen als Unternehmervertreter und Ihnen, die Sie die Arbeitnehmervertreter sind, folgendes sagen: Würde diese Praxis Platz greifen, dann hätten wir mitsammen die ganze Länge bezahlt.

120 000 Unterschriften von Arbeitnehmern in Niederösterreich waren notwendig, um bei Landeshauptmann Maurer eine Sistierung dieses Gesetzes herbeizuführen, allerdings auf Grund einer Aussprache.

Jetzt darf ich Sie daran erinnern: Das war nämlich der Grund, weshalb ich gehofft habe, wir könnten hier zu einem Konsens kommen. Hier hat es geheißen - und auch Landeshauptmann Maurer war dafür -, wenn alle bereit sind - nämlich die Gemeinden, die Länder, die Sozialversicherungsträger und der Bund -, etwas dazu beizutragen, dann wäre dieses Problem zu lösen. Von Ihnen hören wir heute ein Nein. Beim dritten Redner war es mir klar, daß es Ihnen gar nicht darum geht, Probleme in diesem Lande zu beseitigen, sondern daß es Ihnen einfach darum geht, politisch zu reüssieren und nichts anderes. *(Bundesrat Bürkle: Böartige Unterstellung!)* Ich werde es Ihnen beweisen. Einen Moment, Herr Kollege Bürkle! *(Zwischenruf des Bundesrates Bürkle.)* Ich glaube, ich bin bekannt dafür, nie etwas behauptet zu haben, wofür ich nicht den Beweis habe. Der Beweis dafür sitzt hier in diesem Saal.

Sie haben mit dem Entschließungsantrag, den Sie uns vorgelegt haben, ein Papier vorgelegt, wonach es nur zwei Möglichkeiten gibt, wenn man dieses Papier durchliest.

Die erste Möglichkeit ist nämlich die, daß man die Überlegung anstellt, daß sieben Jahre Opposition für die ÖVP mit dem Verlust des Erinnerungsvermögens verbunden ist. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Die zweite ist die, daß es das ist, was ich vorhin gesagt habe.

Ich gehe also ein bißchen in Details dieses Papiers, Sie haben sich darüber aufgeregt, daß wir hier Vergleiche anziehen, wenn sie in einem Sprachgebrauch abgefaßt sind, von dem ich geglaubt habe, daß diese Ausdrucksweise in Österreich überhaupt nicht mehr existiert. Wir haben früher, und zwar zur Zeit der Lohn- und Preisabkommen, immer wieder gehört, daß beispielsweise die Kommunisten behauptet haben, die Arbeitnehmer würden für die Arbeitgeber arbeiten. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Und nun wird von Ihnen im zweiten Absatz angeführt, daß bei einer Fünftageweche

12356

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schipani

der österreichische Arbeitnehmer zwei Tage für den Finanzminister arbeitet. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Bösch.*)

Nun, wer ist denn dieser Finanzminister? Ist das irgend jemand mit einer besonderen Aufgabe, sich selbst zu bereichern, oder ist in der Verfassung festgelegt, daß er die Aufgabe hat, dieses Geld nach den Beschlüssen zu verteilen? Wir wollen ja letzten Endes alle mitsammen etwas von diesem Finanzminister. Deshalb davon zu sprechen, wir würden zwei Tage für den Finanzminister arbeiten - na, liebe Freunde, eines muß ich Ihnen sagen: Ich bin noch immer der Meinung, ich arbeite für mich selber und, was das übrige Volk betrifft, für das ganze Volk. Das ist klar. Wir stellen gemeinsam an diesen Staat Anforderungen, also haben wir die Leistungen, die dieser Staat zu erbringen hat, auch gemeinsam zu finanzieren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Worüber wir streiten können, ist die Frage der Aufteilung. Das, meine Damen und Herren, gestehe ich jedem einzelnen zu, wenn er hier für seine Gruppe spricht. Nur gestatten Sie mir festzustellen, daß es für uns halt etwas schwierig wird, wenn nämlich eine Gruppe von der Arbeitsplatzsicherung spricht für die eigenen Interessen - ich meine, das ist eine gute Forderung, die stellen auch wir an die Spitze -, aber dann die andere Gruppe so quasi für sich selbst spricht und gegen Zollerhöhungen demonstriert, die letzten Endes dazu führen sollen, daß wir unserer Aufgabe gerecht werden und Schlimmeres, was rund um Österreich schon längst vollzogen ist, verhindern können. Da hört man von Ihnen eine ganz, ganz andere Sprache. Sie verlangen das also in diesem Papier mit dem Hinweis auf Ihr Programm. Ich habe es scherzhalber als „Traumbuch“ bezeichnet. Ich bin nicht boshaft. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich habe also Ihr Programm in die Hand genommen und gleich auf Seite 1 feststellen müssen, daß es eigentlich ein Lob für uns ist. Dieses Lob werden Sie auf Seite 6 wiederfinden.

Das war aber nur bei vorübergehendem Durchblättern; das bezieht sich jetzt auf den Verlust Ihres Erinnerungsvermögens. Sie haben nämlich keine Ahnung, daß es in der Zwischenzeit ein Arbeitsmarktförderungsgesetz gibt und daß im Rahmen dieses Arbeitsmarktförderungsgesetzes schon längst all die Dinge möglich sind, die Sie hier verlangen. (*Zwischenruf des Bundesrates Bürkle. - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Kollege Bürkle! Jetzt benütze ich einen Lieblingsausdruck von Ihnen: Ich kann das nur als „Husch-Pfusch-Papier“ bezeichnen.

Nun, Herr Kollege Bürkle, kommt die Bestäti-

gung dafür, die ich Ihnen angekündigt habe. Ich glaube, Sie kennen diesen Herrn auf diesem Papier. (*Der Redner zeigt einen Zeitungsausschnitt mit dem Bild des Bundesrates Heinzinger.*) Herr Kollege Heinzinger, seines Zeichens Generalsekretär des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, gibt im „Kurier“ vom 28. Juni 1977 folgendes preis - ich zitiere auszugsweise -: „Wir müssen die Steuersenkung fordern, nicht nur zum finanziellen Vorteil jedes einzelnen, sondern auch, weil wir der SPÖ das Geld entziehen müssen, damit sie ihre Politik nicht verwirklichen kann.“ - Das sind Ihre wahren Gründe, keine anderen!

Wenn Sie heute in Gejammer darüber ausbrechen, welch schlechte Politik wir gemacht haben, dann gibt es halt Gott sei Dank immer wieder einige, die sehr ehrlich sind oder denen halt einmal auch die Wahrheit entschlüpft. So hat etwa Herr Professor Ermacora im Nationalrat gesagt: „Sie“ - da hat er zu unseren Freunden in die Bänke gedeutet - „haben mit der Schuldenpolitik Arbeitsplätze geschaffen.“ (*Ruf bei der ÖVP: Weiter! Weiterlesen!*)

Wir bekennen uns dazu, daß wir bereit waren, um den Preis des Schuldenmachens Arbeitsplätze zu schaffen, und daß das wesentlich besser ist, als wenn wir auch nur einen einzigen Arbeitslosen mehr hätten. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis. (*Beifall bei der SPÖ. - Bundesrat Bürkle: Mit wieviel von den Schulden habt ihr Arbeitsplätze geschaffen? Mit wieviel Geld habt ihr Arbeitsplätze geschaffen? - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sie bekommen das alles noch, Herr Kollege. Sie haben uns der Schuldenpolitik bezichtigt, aber sich dagegen verwahrt, daß wir Sie bezichtigt haben, daß Sie es letzten Endes sind, die immer wieder ein bißchen mehr verlangen - so nach der Methode des Fleischhauers: Gnädige Frau, darf's ein bißerl mehr sein? (*Ruf bei der ÖVP: Reden Sie doch von den Forderungen der ÖGB-Kongresse, Herr Schipani!*) Ich komme zu dem auch noch, Herr Kollege. Lassen Sie sich Zeit, für Sie habe ich noch ein paar Sachen im Köcher.

Sie haben sich dagegen verwahrt, daß Sie niemals lizitiert haben. Ihr Kollege Schwimmer hat im Nationalrat die Behauptung aufgestellt, daß es unseren Rednern nicht gelungen ist, diese Behauptung zu untermauern. Nun, ich habe hier vier Blätter, und in diesen vier Blättern sind, wenn ich mir das zusammenzähle, Ihre Forderungen aus den Jahren 1976 und 1977 enthalten. Wenn die zu dem Ausmaß der Leistungen, die wir erbracht haben, noch dazukämen, so würde das 35 Milliarden Schilling bedeuten. Dann könnten wir wirklich das anmelden, was Sie immer wieder an die Wand malen, nämlich den

Schipani

Konkurs dieses Staates. Dann könnten wir die Pleiteerklärung bekanntgeben. Aber das ist ja letzten Endes Ihr Ziel! Hauptsache wäre bei Ihnen ja - Sie haben das schon sehr genau gesagt, Herr Kollege Heinzinger -, daß Sie wieder an die politische Macht kommen, denn Ihre Machthungrigen lauern ja hinten. Ansonsten ist ja die Linientreue beim Teufel, sie ist ja nicht mehr vorhanden. (*Zwischenruf des Bundesrates Bürkle.*)

Sie wollten die Erhöhung des steuerlichen Kfz-Pauschales - hier waren Sie großzügig und haben mehrere Varianten angeboten, nämlich 5 Prozent, 10 Prozent, 15 Prozent. Das ist entnommen - ich sage Ihnen auch gleich den Quellennachweis, damit Sie die Richtigkeit meiner Rede kontrollieren können - dem ÖVP-Pressedienst vom 29. Jänner 1976: Die Forderung auf Erhöhung des steuerlichen Kfz-Pauschales, 5 Prozent, Kostenpunkt: 95 Millionen Schilling; 10 Prozent - 180 Millionen; 15 Prozent - 275 Millionen. Das ist ein kleiner Fisch!

Das nächste: Eine Woche mehr Urlaub für alle. Entnommen der „apa“ in einer von Ihnen ausgesandten Nachricht vom 4. Feber 1976 - Kostenpunkt: 6 Milliarden Schilling. (*Bundesrat Bürkle: Das ist unsozial!*)

Familienbeihilfenerhöhung: entnommen dem „Österreichischen Bauernbündler“ vom 11. März 1976 - Kostenpunkt: 1,5 Milliarden Schilling. - Ich sage Ihnen nur die größeren „Bröckerln“.

Zusätzliche Familienbeihilfen von 100 S je Kind und Monat ab dem zehnten Lebensjahr: entnommen dem „Niederösterreichischen Volksblatt“ - bekanntlich Ihr Parteiorgan - vom 10. Juni 1976 - Kostenpunkt: 1,6 Milliarden Schilling.

Die Erhöhung der Ausgaben für die Landesverteidigung auf 5 Prozent des Budgets: „Oberösterreichische Nachrichten“ vom 16. Juli 1976 - Kostenpunkt: 2,5 Milliarden Schilling.

Nun noch ein Ausspruch des Herrn Abgeordneten Gruber. Überall ist der Sparappell, aber dort, wo es sein Ressort betrifft, hat es geheißt: Im Bereich der Schule kann ich mich einem Einsparungsappell nicht anschließen. So sehen also die Vernunft und die Einsichtigkeit Ihrer Abgeordneten und Ihrer Politiker aus!

Weil wir gerade bei der Steuer sind, darf ich etwas zur Kenntnis bringen. Ich entnehme es der „Zeit“, Nr. 43, vom 14. Oktober - keine österreichische Zeitung, keine „AZ“ - und da schaut es also folgendermaßen aus. Sie behaupten ja hier, wir hätten so gigantische Steuern. Klarerweise waren sie so nett und haben Steuern und

Sozialabgaben natürlich gleich zusammengeworfen unter dem Motto: Werfen wir das Ganze gleich in einen Topf. Da schaut das ein bißchen netter aus. - Bei den Steuern liegen wir mit 23,6 Prozent und bei den Sozialabgaben mit 12,9 Prozent des Bruttosozialproduktes in bester Gesellschaft. Es hat nämlich hier - beide Sätze zusammengerechnet - Schweden Ausgaben von insgesamt 50 Prozent des Bruttosozialproduktes, die Niederlande von 46,7 Prozent, Norwegen von 42,9 Prozent, Frankreich von 39,1 Prozent, Belgien von 38,7 Prozent, Dänemark von 38,3 Prozent, Deutschland von 37,4 Prozent und Österreich von 36,5 Prozent. Das geht hinunter bis zu den USA mit 29,3 Prozent. Wir sind also unter diesen zwölf an neunter Stelle. Meine Damen und Herren, an vierbester Stelle. Also, ich glaube, so schlecht liegen wir gar nicht in diesem Österreich.

Weil es uns aber allen miteinander so „schlecht“ geht, glaube ich, muß man auch registrieren, was sogar „Die Presse“, die Zeitung der Industriellen, bringt. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist falsch!*) Ah, das ist falsch? Das sagen Sie als Kammerpräsident?! - Sehr schön, ich nehme das zur Kenntnis, setzen Sie sich bitte mit der Redaktion auseinander.

Am Mittwoch, dem 7. September, berichtete „Die Presse“ - „unabhängige Zeitung für Österreich“, ich muß mich korrigieren, so steht es da, über „Die Reichsten dieser Welt“. Wissen Sie, wo wir da stehen? Österreich liegt mit 5 405 Dollar am 16. Platz unter den reichsten Nationen dieser Erde, dieser kleine Punkt. Schauen sie sich diese Riesenweltkugel an. Es gibt unzählige Städte, die mehr Einwohner haben als unser ganzes Land, nämlich die 7 Millionen, und die waren imstande, sich am 16. Platz in dieser Reihe vorzuarbeiten. Aber das deshalb, weil es uns so „schlecht“ geht und weil diese „bösen“ Sozialisten eine solche Mißwirtschaft treiben, daß wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir heute so viele Autos haben.

Es wurde hier der Vergleich gebracht, der ja auch schön ist: Man wirft uns als Gewerkschafter immer wieder die Lohnkosten vor. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Lieber Herr Kollege! Sie sprechen immer vom öffentlichen Dienst. Dort wird ja nichts produziert. Egal, was Sie machen, sie haben ja keine Schwierigkeit, sie spüren ja den Wind des Auslandes nicht wie die gesamte Industrie, die sich hier herumzuschlagen hat. Ich muß sagen, wir haben uns ganz gut geschlagen. Wir haben also Lohnkosten. (*Ruf bei der ÖVP: Über die Steuerbelastung führen wir auch Statistiken?*) Bitte? Wir führen nicht. Ich habe Ihnen gerade vorgelesen, wo wir liegen mit 23 und einigen Prozent. (*Ruf bei der ÖVP: Wie schaut das mit 1. Jänner aus?*) Sie hätten es halt

12358

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schipani

gern ein bißchen höher, Sie reden schon von 40 Prozent. *(Ruf bei der ÖVP: Wir hätten es gerne niedrigerer!)* Ach so, warum reden Sie von 40? Aber Sie waren ja diesbezüglich immer die Cassandra, die die Wahrheit schon im vorhinein gewußt hat, nur leider Gottes ist es halt nie zugetroffen.

Weil es uns Österreichern so „schlecht“ geht und es überhaupt keine Reallohnsteigerung gibt, war es halt so, daß im Jahre 1970, als wir das Geschäft übernommen haben - und jetzt rede ich von den Grundnahrungsmitteln und von den Sachen, die sich halt die Menschen so kaufen, nicht von den Luxusgütern, die sich einige wenige Privilegierte kaufen können -, einer hat arbeiten müssen für ein Kilo Mehl 19 Minuten, und bei uns jetzt, also im Jahre 1976 - die Statistik ist ein bisserl weiter hinten - sind es nur mehr 12 Minuten.

Nur ein paar Auszüge.

Für einen Herrenanzug aus Kammgarn haben wir im Jahre 1970, knapp nach unserer Amtsübernahme - das muß man ja auch sagen, ich bin nicht boshaft, aber glauben Sie denn, Sie sind abgelöst worden, weil Sie so besonders tüchtig waren? Das haben Sie anscheinend schon vergessen, der Österreicher hat Sie ja deshalb abgewählt, weil Sie unfähig waren, dieses Staatsschiff weiter zu lenken -, haben wir für einen Herrenanzug 76 Stunden und 55 Minuten gearbeitet und heute arbeiten wir 50 Stunden und 25 Minuten.

Ich könnte das beliebig fortsetzen. Ein VW 1300: früher 2 535 Arbeitsstunden, nunmehr 1 651. Und so geht das weiter.

Also eine Liste, die sehr wohl und sehr klar und deutlich etwas aussagt über die Güte unserer Wirtschaftspolitik, und Sie können sich noch so zerfransen, die letzten Wahlen im Burgenland haben klar und deutlich bewiesen, was die Wähler davon halten.

Es ist nicht unbedingt meine Idee, ich wäre nicht auf die Idee gekommen, hier unbedingt einen Bundestrend hineinspielen zu lassen, aber letzten Endes war es Ihr Bundesparteiohmann Taus, der mit seiner Flucht nach vorne gemeint hat, hier müsse man in diesem „bösen“ Bundesland Burgenland die rote Mehrheit brechen, und da werden wir einmal feststellen, daß hier zwischen den Landesproblemen und der Bundessituation ein enger Kausalzusammenhang besteht. Nur leider Gottes ist er halt, wie immer, auch mit dem ein bisserl auf die Nase gefallen.

Weil Sie von der schlechten wirtschaftlichen Lage reden, die letzten Ziffern. *(Ruf bei der ÖVP: Wir sind bei keiner Wahlversammlung!)* Ich muß es Ihnen so sagen, denn anscheinend

verstehen Sie es anders nicht. Im September 1977 hatten wir 2 784 635 Beschäftigte gegenüber dem September 1976, hier waren es 2 744 869. Sie können diese statistischen Ziffern von mir haben, wenn Sie sie brauchen, sie sind dem OECD-Bericht entnommen. *(Ruf bei der ÖVP: Die Statistik über die Erwerbstätigen will ich!)* Schön. Schauen Sie, wenn Sie Statistiken haben wollen, ich schenke Ihnen ein ganzes Paket. *(Ruf bei der ÖVP: Über die Erwerbstätigen!)*

Ich möchte nunmehr zu den Problemen des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes kommen. Ich darf hier an die Spitze stellen, daß der hauptsächliche Inhalt des Gesetzentwurfes finanzieller Natur ist. Ein wichtiges Anliegen neben den finanziellen Maßnahmen ist die Erhöhung der Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger, und zwar über die normale Anpassung hinaus.

Es ist aber nicht das erstmal, wie Sie meinen, sondern es ist bereits mehrmals geschehen und stellt in seiner Gesamtheit einen wesentlichen Beitrag der Regierung zur Bekämpfung der Armut dar. Es ist schade, daß der Kollege Fürst jetzt nicht herinnen ist. Er hat sich würdevoll in die Reihe jener eingereiht, die hier etwas zitiert haben, aber leider Gottes muß ich halt feststellen, dieses Zitat war so, wie man eine Statistik lesen kann. Das ist die Statistik des Hauptverbandes und betrifft im konkreten seine Ausgleichszulagenempfänger.

Nimmt man diese Statistik in die Hand und liest nur die erste Zeile, so steht dort im Dezember 1976 354 400, gegenüber der Vergleichsziffer 1966 bedeutet das eine Zunahme von 18,1 Prozent. So weit ist sein Zitat in Ordnung und stimmt völlig. Aber - und jetzt muß man feststellen, ja wieso ist denn das so! Es ist ja nicht deshalb so, weil die Sozialisten die ganze Zeit nichts gemacht hätten, sondern weil die ÖVP bislang ihren Bauern eingeredet hat, daß sie eine Sozialversicherung gar nicht notwendig haben, daß sie selbständige, freie Bauern sind, und zu diesem Zeitpunkt gab es damals keine Bauernpensionen.

Nun, im Dezember 1976, stehen diese Bauern mit 80 043 Pensionsbeziehern bzw. Ausgleichszulagenbeziehern in der Statistik. Das ist natürlich eine klare Verfälschung der Statistik, und das hat natürlich der Herr Landessekretär der ÖVP geflissentlich vergessen. Na klar, damit kann man ja nicht politisch hausieren gehen. Soviel nur zu den Ausgleichszulagenempfängern, damit also auch das ausgeräumt ist.

Die finanziellen Entlastungsmaßnahmen stehen also erstens im Zusammenhang mit der Sanierung des Bundeshaushaltes, das haben wir

Schüpant

alle mit~~s~~ammen festgestellt, daß wir das brauchen, und sollen zweitens die Krankenversicherungsträger finanziell entlasten. Es dürfte Ihnen ja nicht unbekannt geblieben sein, daß fast alle Gebietskrankenkassen in den roten Ziffern gewesen sind und daß es unausbleiblich gewesen wäre, hier eine Lösung herbeizuführen. Wir haben diese Einrichtung als Selbstverwaltungskörper, und da gibt es nur die Möglichkeit, hier beide, die in diesen Fonds hineinzahlen, auch zu belasten. Aber um gleich auch dieses Spitalsproblem einer Lösung zuführen zu können, hat man halt diesen Rahmen etwas größer stecken müssen.

Ebenso ist die finanzielle Veränderung im Bereich der Pensionsversicherung eine Notwendigkeit. Die Einführung eines Zusatzbeitrages in der Pensionsversicherung von 2 Prozent war erforderlich. Diese ergeben sich aus der Aufteilung: ein halbes Prozent vom Versicherten und eineinhalb Prozent vom Dienstgeber. Hier muß man aber sehen, daß gerade die Vertreter der Wirtschaft ein großes Gejammer und Gezeter angestimmt haben, daß diese eineinhalb Prozent ja nicht voll wirksam werden, sondern daß der Dienstgeber tatsächlich mit einem halben Prozent belastet wird, weil auf der anderen Seite für die Bezahlung in den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen von bisher 6 Prozent auf 5 Prozent herabgegangen wurde.

Die Zusatzbeiträge fließen in einen neu zu errichtenden Ausgleichsfonds für die Pensionsversicherungsträger beim Hauptverband. Es ist für 1978, 1979 und 1980 ein sogenannter gesetzlicher Aufteilungsschlüssel vorgesehen, und ab 1981 wird der Schlüssel durch Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung festgesetzt.

Gestatten Sie mir dazu eine Nachbemerkung.

Durch die Neuregelung erhöht sich der Beitragssatz der freiwilligen Versicherung in der Pensionsversicherung auf 18,5 Prozent.

Zweitens: Der Bund leistet an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger einen globalen Betrag in der Höhe von 7,5 Prozent der Arbeitslosenversicherungsbeiträge.

Weshalb und was ist der Grund: Die Abgeltung der Versicherungslast der Pensionsversicherungsträger aus der Anrechnung der Ersatzzeiten wegen Bezuges von Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung wird in diesem Zusammenhang von 2 Prozent auf 2,1 Prozent erhöht.

Drittens wäre, so glaube ich, zu sagen: Herabsetzung der Ausfallhaftung des Bundes für die Pensionsversicherung um 1 Prozent. Vorübergehend, und zwar für die Jahre 1978, 1979

und 1980, beträgt die Ausfallhaftung des Bundes für die Pensionsversicherung nicht wie bisher 101,5 Prozent der Aufwendungen, sondern nur 100,5 Prozent.

Viertens wäre über die Erhöhung des Pensionsversicherungsbeitrages in den Selbständigen-Pensionsversicherungen zu sagen, daß

a) im Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz der Beitragssatz von bisher 9,5 Prozent auf 10,5 Prozent angehoben wird und

b) im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz ab Beginn des kommenden Jahres der Beitragssatz mit 10 Prozent der Beitragsgrundlage festgesetzt wird. Der Beitragssatz war ursprünglich mit 9 Prozent in Aussicht genommen worden.

Etwas, glaube ich, müßte man auch noch über die sogenannte Liquiditätsreserve sagen. Die Bestimmungen über die Bildung einer Liquiditätsreserve sind für die Jahre 1978, 1979 und 1980 nicht anzuwenden, aber eine Sicherstellung der Pensionsauszahlung durch Vorschüsse aus dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger.

Erlauben Sie mir auch, über die finanziellen Veränderungen im Bereich der Krankenversicherung einiges zu sagen.

Erstens die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage. Das ist schon einigemal zitiert worden, ich möchte es nur ein bißchen spezifizieren.

Die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung betrug bisher zwei Drittel der Höchstbeitragsgrundlage in der Pensionsversicherung. Nunmehr, durch diese Anhebung, soll sie auf drei Viertel der Höchstbeitragsgrundlage der Pensionsversicherung angehoben werden. Dies ergibt somit für 1978 eine Höchstgrenze von 12 600 S, weil ja bekanntlich die Höchstgrenze der Pensionsversicherung mit 16 800 S vorgegeben ist. Die Mehreinnahmen aus dieser Erhöhung werden zweckgebunden dem Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger zugeführt.

Es ist dies die Bereitstellung von Mitteln für die künftige Regelung der Spitalsfinanzierung, wobei eine Zuteilung länderspezifisch verschieden und nicht nach Maßgabe des Betriebsabganges der Krankenanstalten erfolgen kann.

Die Krankenversicherungsträger leisten an diesen Ausgleichsfonds einen Beitrag in der Höhe von 3,75 Prozent - das ist ein Durchschnittssatz - ihrer Erträge an Beiträgen zur Krankenversicherung.

Die Rezeptgebühr wird von bisher 6 S auf 15 S erhöht, wobei diese Erhöhung auch für den

12360

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schipani

Bereich der Gewerblichen Selbständigenkrankenversicherung und der Bauern-Krankenversicherung Gültigkeit hat.

Der Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger: Hier gibt es also auch den staatlichen Zuschuß für diesen Fonds, und dieser wird von bisher 80 Millionen Schilling auf künftig 100 Millionen Schilling jährlich erhöht.

Ein paar Sätze über die Bauernkrankenversicherung. Der Gesetzentwurf bringt die notwendige Umstellung der Mittelaufbringung im Bereich der Bauernkrankenversicherung. Als Vorbild wurde hier die eigene Pensionsversicherung der Bauern genommen, und es handelt sich konkret um die Aufhebung der Versicherungsklassen und die Einführung der Beitragsbemessung nach einer Beitragsgrundlage und einem Beitragssatz, wobei der Beitragssatz in der Bauernkrankenversicherung wie folgt festgesetzt wird: ab 1. Jänner 1978 mit 5 Prozent und ab 1. Jänner 1979 mit 5,75 Prozent.

Analog dazu noch die Erhöhung der Richtsätze für die Ausgleichszulagen sowohl im ASVG, GSPVG und B-PVG.

Die außertourliche Erhöhung des Richtsatzes führt zu einer Ausgleichszulage

a) bei Personen, die mit dem Ehegatten im gemeinsamen Haushalt leben, von 4 422 S und

b) bei Alleinstehenden und Witwenpensionsbeziehern von 3 092 S.

Nach der Rechtslage in der Ersten Republik, ich meine hier das alte Krankenanstaltengesetz, sah die Finanzierung der Krankenanstalten etwa wie folgt aus: Der Staat trug damals drei Achtel, das Land ebenfalls drei Achtel, der Beitragsbezirk zwei Achtel des Abganges.

Auffallend dabei scheint die relativ hohe Beteiligung des Bundes. Dazu muß man aber sagen, daß das alte Krankenanstaltengesetz damals noch auf den alten Kompetenzbestimmungen der Bundesverfassung beruhte.

Da das Krankenanstaltenwesen nach der derzeitigen Verfassungslage nur in der Grundsatzgesetzgebung Bundessache, in der Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung jedoch Landessache ist, ist die finanzielle Beteiligung des Bundes kein unbedingtes Muß mehr. Jede Mehrbeteiligung des Bundes ist für die Länder ein Vorteil.

Eine sinnvolle Bundesbeteiligung läßt sich nur über einen Krankenanstaltenfonds abwickeln. Die Errichtung - es ist jetzt eine kleine Streitfrage - eines solchen Krankenanstaltenfonds ist aber heute ebenfalls erschwert, da seine Errichtung mit der Verfassungslage, ich meine hier also die Grundsatzgesetzgebung,

nicht in Einklang gebracht werden kann. Durch paktierte Gesetze zwischen Bund und Ländern kann aber zumindest im Effekt ein Krankenanstaltenfonds geschaffen werden, in den Bundesmittel überwiesen werden können.

Das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 ist insofern ein Vorgriff auf die künftige Regelung, als die Krankenversicherungsträger als dritter Beteiligter außerordentliche Mittel für die Spitäler bereitzustellen haben. Damit werden die Länder ebenso wie durch einen Bundeszuschuß finanziell entlastet.

Zwei Sätze noch, weil davon die Rede war, die Rezeptgebühr sei unsozial.

Darf ich Ihnen eines in Erinnerung rufen: Die Bezieher von Notstandshilfe, von Ausgleichszulagen, von Leistungen nach dem Kleinrentengesetz und Bezieher von Waisen- und Elternrenten aus der Kriegsopferversorgung sind von der Rezeptgebühr ausgenommen.

Nunmehr ist auch folgende Situation zu beachten: Bei der Erhöhung der Rezeptgebühr wird auch dafür gesorgt, daß sozial schwache Bevölkerungsgruppen wie seit Jahrzehnten auch in Zukunft von der Rezeptgebühr befreit sind. Für viele chronisch Kranke wird eine fühlbare Entlastung geschaffen, indem man von Kleinpackungen auf Großpackungen übergeht, außerdem sind die Krankenkassen, die Gebietskrankenkassen der einzelnen Länder, ermächtigt, in jedem einzelnen Fall eine soziale Lösung zu finden.

Weil dies, was ich hier nunmehr angeführt habe, unseren Intentionen entspricht, darf ich hier sagen, und ich sage das mit Stolz, Herr Kollege Lichal: Dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz geben wir gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Schipani und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen geändert werden (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977), keinen Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Fürst zu Wort gemeldet. Bevor ich das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, daß gemäß § 36 Absatz B der Geschäftsordnung eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von zehn Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile nunmehr Herrn Bundesrat Fürst zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort.

Bundesrat Fürst (ÖVP): Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, um auf die Äußerungen wegen der Ausgleichszulagenbezieher einzugehen. Das ist im Statistischen Handbuch der Sozialversicherung nachzulesen, und ich brauche dem nichts hinzuzufügen. (Bundesrat Schipani: Sie haben nur etwas ausgelassen, hinzugefügt haben Sie ohnehin nichts!) Das ist vielleicht eine andere Statistik. Es geht ja mit den Statistiken in Österreich heutzutage schon kreuz und quer.

Warum ich mich zum Wort gemeldet habe, ist einfach die Tatsache, daß wir es nicht zulassen werden, daß hier in diesem Haus ein nicht anwesender Abgeordneter zum Zeugen für Ihre falsche Politik gemacht wird. (Bundesrat Schipani: Lesen Sie das Protokoll des Nationalrates, da steht das drin!)

Sie haben nicht angegeben, wann diese Äußerung gefallen ist. (Bundesrat Schipani: Ich war am Freitag dort!) Ich habe mir das trotzdem in der Zwischenzeit besorgt, und ich darf hier folgendes zur Kenntnis bringen, nachdem Sie auf unsere Aufforderung, den weiteren Text vorzulesen, nicht reagiert haben.

Der Abgeordnete Ermacora hat die sozialistische Politik interpretiert und gesagt - ich zitiere -: „Mit den Schulden, meine Damen und Herren, kaufen Sie die Arbeitsplätze. So würde ich das grob formuliert sagen. Taus hat mit seinem Plan, mit diesem Konzept keinen Schuldenplan entwickelt, sondern einen konstruktiven Plan diesem Schuldenplan entgegengesetzt.“ So hat dieses Zitat gelautet. (Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Ich habe ihn nur als Husch-Pfusch-Plan bezeichnet!) Ermacora hat nicht unterstrichen, daß Ihre Politik richtig ist, sondern er hat gesagt, daß es eine bessere Politik gibt. (Bundesrat Schamberger: Nur bestätigt hat er es! Eine Bestätigung ist es schon!) Er hat Ihnen gesagt, daß Sie nicht wirtschaften können. Und warum können Sie nicht wirtschaften? Weil Ihre Wirtschaftstheorie Marx und Ihre Wirtschaftspraxis Murx ist. (Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf bei der SPÖ.)

Vorsitzender: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Hötendorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Hötendorfer (ÖVP): Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Laut Erläuterungen zur Regierungsvorlage zum Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabengesetz geändert wird, geht es primär um eine Anpassung des Ausgleichsabgabengesetzes an das mit der 10. Novelle geänderte Zolltarifgesetz.

Mit dieser Novelle zum Ausgleichsabgabenge-

setz werden aber auch andere Ziele verbunden. Angeführt ist die Sicherung der heimischen Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten.

Nicht die Liebe zur Landwirtschaft, sondern die Not mit der Zahlungsbilanz zwingt heute zu einem Schutz der inländischen Erzeugung, um die Importe nicht ins Uferlose wachsen zu lassen. Die Importe wurden ja von der Regierungspartei früher als so billig hochgejubelt.

Da ich aus dem Bezirk Rohrbach bin, sei es mir gestattet, auf unsere Sonderkultur Hopfen hinzuweisen. Wir haben heuer bei Hopfen eine gute Ernte sowohl in ertraglicher, als auch in qualitativer Hinsicht eingebracht. Bei der Beurteilung wurde der Mühlviertler Hopfen als Spitzenqualität qualifiziert und hoch gepriesen.

Wieder einmal mehr zeigt sich, daß wir bei Hopfen auf Dauer, wenn wir den Konkurrenzkampf der EWG überstehen wollen, unbedingt einen wirksamen Schutz in Form einer gesetzlichen Regelung brauchen.

In Österreich werden jährlich 8 Millionen Hektoliter Bier verbraucht. Zu seiner Erzeugung werden etwa 1 250 Tonnen Hopfen im Gesamtwert von nahezu 100 Millionen Schilling benötigt.

Nur 120 bis 150 Tonnen, das sind zirka 10 Prozent des Bedarfes, werden in Österreich erzeugt. Derzeit beträgt die Hopfenfläche in Österreich in den beiden Hopfenbaugebieten in Rohrbach und in der Steiermark zusammen zirka 100 Hektar.

Ich bin mir bewußt, daß eine hundertprozentige Bedarfsdeckung aus brautechnischen Gründen nicht möglich ist, eine fünfzigprozentige Bedarfsdeckung aus inländischer Erzeugung müßte aber möglich sein. Dazu müßten statt 100 Hektar zirka 500 Hektar Hopfen bestellt werden.

Ich gebe zu bedenken, daß dies eine sehr wertvolle Schaffung von Arbeitsplätzen wäre, dies ist heute bestimmt nicht uninteressant - besonders nicht für den Grenzraum. Würden wir 50 Prozent unseres Hopfenbedarfes im Inland decken, ergäbe dies eine Deviseneinsparung von zirka 50 Millionen Schilling, heute bestimmt ebenfalls nicht uninteressant.

Erwähnt sei auch, daß heute gerade solche Sonderkulturen auch für unsere Produktionsumlenkung wichtig wären. In meinem Gebiet wäre der Hopfen eine Alternative. Ohne Sonderkultur bleibt vielen Bauern, bei denen ein außerlandwirtschaftlicher Zuerwerb nicht möglich ist, doch wieder nur die Ausweitung in die Milchproduktion übrig, was zu den bekannten Schwierigkeiten führt.

12362

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Hötzendorfer

Die Hopfenbauern in der EWG haben eine Hopfenmarktordnung. Es gibt dort eine Preisstützung nach Flächen, außerdem gewaltige Exportstützungen. Andererseits drängt der Osten mit Billigimporten auf unseren Hopfenmarkt. Schutz tut also auf diesem Sektor unbedingt not. Wenn ein gesetzlicher Schutz gegeben wäre, ließe sich der inländische Hopfenbau bestimmt ausweiten.

Wenn hier aber in keiner Weise eine Sicherheit dagegen gegeben ist, daß ausländischer Hopfen zu Preisen unter den kalkulierten Kosten hereinkommt, kann man von den Landwirten nicht erwarten, daß sie sich mehr dem Hopfenbau zuwenden, zumal für diese Kultur große Anfangsinvestitionen notwendig sind; zirka 400 000 S pro Hektar sind notwendig, und ein Ertrag ist erst in vier Jahren zu erwarten. Dadurch und wegen der langen Nutzungsdauer einer Hopfenanlage sind die Hopfenbauern viele Jahre an diese Kultur gebunden. Eine langjährige Absatzsicherung zu Preisen, welche die Kosten decken und den Arbeitslohn sichern, entscheidet über die Existenz.

Investitionen von zirka 400 000 S pro Hektar für eine Neuanlage würden sich sicher sehr zugunsten einer Förderung der Wirtschaft auswirken.

Eine ähnliche Situation finden wir auf dem Sektor Tabak. Es werden Tabakwaren im Werte von 600 Millionen Schilling eingeführt. Auch hier könnte die Produktionsfläche im Interesse einer Deviseneinsparung und Schaffung von Arbeitsplätzen erweitert werden. Auch für diese Sparte wäre eine gesetzliche Regelung dringend notwendig.

Abschließend möchte ich sagen: Allein bei Hopfen und Tabak könnten mehrere 100 Millionen Schilling Devisen eingespart und auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es fehlt aber an den erforderlichen außenpolitischen Regelungen. Auch hier müßte die Bundesregierung aktiv werden, wenn sie wirtschaftspolitisch ernst genommen werden will. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Tirnthal. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Tirnthal (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man den bisherigen Debatterednern der Österreichischen Volkspartei zu den zur Beratung stehenden Gesetzen aufmerksam folgte und ihren Ausführungen aufmerksam zugehört hat, dann müßte man, würde man ihren Ausführungen auch nur einen Funken Glauben schenken, den Eindruck

haben, daß Österreich heute pleite ist und die österreichische Bevölkerung drauf und dran ist, zu verhungern.

Die ständige Panikmacherei der Volkspartei ist zum System geworden und erinnert sehr deutlich an die Agitation der Kommunisten in den fünfziger und sechziger Jahren. *(Die Bundesräte der Österreichischen Volkspartei verlassen den Sitzungssaal.)*

Dies, meine Damen und Herren, ist kein Wunder, wenn man wie ich als jahrzehntelanger Belegschaftsvertreter mitgemacht hat, wie Ende der sechziger Jahre ein wesentlicher Teil der damaligen kommunistischen Wähler mit fliegenden Fahnen in das ÖAAB-Lager übergegangen und hinübergewechselt ist.

Ich weiß schon, Sie verlassen den Saal, meine Damen und Herren von der Volkspartei, weil Sie ein schlechtes Gewissen haben.

Diese meine Aussage bestätigte ja auch in eindeutiger Weise der ÖAAB-Spitzenfunktionär und ehemalige ÖVP-Verteidigungsminister Dr. Prader, der in einem Interview mit der „Wochenpresse“ am 20. Juli 1966 wortwörtlich sagte: „Unter uns sind zahlreiche Kommunisten. Es ist zum Weinen, aber der ÖAAB ist zum Teil kommunistisch unterwandert.“

Die Haltung der großen Oppositionspartei ist staatspolitisch bedenklich und aus parteitaktischen Gründen nur darauf ausgerichtet, die Bevölkerung zu verunsichern und in Österreich ein wirtschaftliches Chaos zu erzeugen. Die ÖVP ist anscheinend bereit, das Schicksal unseres Staates aufs Spiel zu setzen, nur weil sie wieder an die Macht kommen will.

Seit Jahren lehnt die ÖVP fast alle zwingend notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab, proklamiert dauernd den nationalen Notstand und verlangt permanent eine Kürzung der Bundesaussgaben. Diese Spargesinnung war aber stets dann rasch vergessen, wenn die große Oppositionspartei eigene Vorschläge präsentierte. Da wird die ÖVP-Politik zur lupenreinen Lizitation.

Seit ihrem unfreiwilligen Gang auf die Oppositionsbänke geht die ÖVP noch bei jedem Budget nach folgendem Rezept vor: Jedes einzelne Kapitel ist zu gering dotiert, in Summe aber wird zu viel ausgegeben.

Die Taktik der ÖVP wurde aber sogar staatsgefährdend, als am 24. September das ÖVP-„Volksblatt“ schrieb, daß der Schilling abgewertet werden soll. Sofort flossen 5,5 Milliarden Schilling Spekulationsgelder aufgrund dieser Lügenpropaganda ins Ausland. *(Bundesrat Dr. Li ch a l: Sie haben keine Ahnung! Eine Nationalbankgenehmigung brauchen Sie dazu!)*

Tirnthal

Als Anschlag auf Österreich, Herr Hofrat Lichal, ist aber auch die Falschmeldung des Steirischen ÖVP-Organes „Süd-Ost Tagespost“ zu werten, wonach ab Montag, dem 17. Oktober, alle Bankkonten mit mehr als 50 000 Schilling offen gelegt hätten werden sollen und zur Steuerkassa gebeten worden wären.

Es erhebt sich nun die Frage: Haben diese haltlosen Angriffe der Österreichischen Volkspartei auf Regierung und Staat jemals Erfolg gebracht? Diese Frage ist, glaube ich, mit einem eindeutigen Nein zu beantworten, und dafür seien folgende Beweise angeführt:

1. Schon im Wahlkampf 1975 ist die Greuelpropaganda der ÖVP selbst ins Auge gegangen. Die Nationalratswahl brachte der SPÖ einen großen Sieg.

2. Die letzte Meinungsumfrage, veröffentlicht vor einem Monat im „Kurier“, sagt eindeutig aus, daß die Bevölkerung der SPÖ und der Bundesregierung nach wie vor mehrheitlich vertraut, während die ÖVP, vor allem aber ihr Obmann Dr. Taus, sich in einem totalen Tief befindet.

3. Die Landtagswahlen im Burgenland, die Dr. Taus zu Denkmahlwahlen für die SPÖ-Regierung deklarierte, brachten der SPÖ einen großen Sieg.

4. Das Rekordergebnis am Weltspartag ist ebenfalls ein Vertrauensbeweis für die Bundesregierung, der nicht weggeleugnet werden kann.

Die österreichischen Wähler lassen sich nicht für dumm verkaufen, und deshalb ist es eine Fehlspekulation, wenn die ÖVP-Agitatoren glauben, daß ihre ständige Panikmacherei nach einer gewissen Sickerzeit, wie sie sich ausdrücken, das klare, sachbezogene Bewußtsein der Bevölkerung trüben könnte.

Die ÖVP ist drauf und dran, auch noch den vorhandenen spärlichen Rest ihrer Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn sie ihre Haltung nicht ändert. Sie beginnt - so steht es heute in der Zeitung - zu zerbröseln.

Im Gegensatz zur Auffassung der ÖVP ist - Gott sei Dank! - die wirtschaftliche Realität in Österreich ganz anders. Das weiß und schätzt die österreichische Bevölkerung. Österreich hat seit 1970 einen, international gesehen, wirtschaftlichen Aufstieg genommen, der viel Beachtung findet.

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts betrug im Jahresdurchschnitt 1970/77 4,1 Prozent und liegt damit wesentlich vor der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und OECD-Europas.

Österreich hat den bis zur Rezession 1974/75 erzielten Wachstumsvorsprung in Europa in den letzten drei Jahren noch weiter ausgebaut. Mittelfristig wuchs seit 1970 die österreichische Wirtschaft um 10 Prozent rascher als die deutsche und um 25 Prozent rascher als die schweizerische und um 8 Prozent kräftiger als in OECD-Europa insgesamt.

Die Preisentwicklung war immer weitaus günstiger als in den meisten OECD-Staaten. Die Geldwertstabilität wurde in Österreich besser gesichert als in anderen europäischen Ländern, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz.

Auch die Realeinkommen sind im Durchschnitt 1970/77 weit rascher gestiegen als in den europäischen Industriestaaten. Das Wichtigste: Die Vollbeschäftigung konnte auch seit 1974, seitdem die Weltwirtschaft in einer Krise steckt, bei uns in Österreich jederzeit aufrechterhalten werden, und die Arbeitslosenrate liegt mit 1,6 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1970/77 weit unter jenen der OECD-Staaten.

Diese Fakten und Daten sind das Ergebnis des Fleißes aller Österreicher. Die Menschen in unserem Land konnten sich in sozialem Frieden und politischer Stabilität einen Wohlstand erarbeiten, der an das Niveau der Industrieländer anschließt. Dieser Erfolg wurde unter schwierigen weltwirtschaftlichen Bedingungen erreicht.

Dieser Erfolg ist aber auch das Ergebnis der ausgezeichneten Wirtschaftspolitik der sozialistischen Bundesregierung. Durch das rechtzeitige Erkennen der Probleme und durch die rasche, flexible Reaktion der Bundesregierung konnten in den Jahren 1975/76 viele Tausende Arbeitsplätze gesichert und damit vielen Menschen das bittere Los der Arbeitslosigkeit erspart bleiben.

Insgesamt wurden zwischen 1974 und 1976 von seiten des Bundes Aufträge an die Wirtschaft im Werte von rund 160 Milliarden Schilling erteilt. Diese rasche Reaktion der Bundesregierung, durch geeignete Gesetze und Maßnahmen die Wirtschaftsstabilität zu erhalten, hat der österreichischen Wirtschaft in der kurzen Erholungsphase im Jahre 1976 ein reales Wachstum von 5,2 Prozent gebracht.

Heute aber stehen wir wieder in einer weltwirtschaftlichen Situation, in der Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Während Österreich mit viel Geld die Konjunktur stabil erhalten konnte, stiegen die Arbeitslosenzahlen im Ausland stark an, blieb dort das Wirtschaftswachstum weit zurück und sank die Kaufkraft der Menschen in diesen Ländern. Das Ergebnis

12364

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Timthal

dieser Entwicklung war eine Überschwemmung des österreichischen Marktes mit Importwaren, die hier auf Grund der relativ großen Kaufkraft der Österreicher abgesetzt werden können. Dadurch wuchs auch unser Zahlungsbilanzdefizit, obwohl unsere Exporte im Jahre 1976 mit einer Steigerungsrate von 16,3 Prozent im Vergleich zu anderen Ländern stärker gewachsen sind.

Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, der stagniert und in etlichen Bundesländern sogar rückläufig war, können unser Handelsbilanzdefizit nicht mehr ausgleichen, die Kosten der Energieimporte haben sich seit 1970 verdreifacht, und durch den steigenden Lebensstandard letztlich können sich immer mehr Österreicher einen Auslandsurlaub leisten, wodurch aber auch immer mehr Devisen ins Ausland fließen.

So paradox es klingen mag: Die Probleme, vor denen wir heute stehen, sind keine Probleme der Armut, sondern Probleme, die aus dem relativen Wohlstand der Österreicher entspringen.

Da sich aber nun bereits eine neuerliche Abschwächung der internationalen Konjunktur abzeichnet, gilt es, Maßnahmen zu treffen, die unser Zahlungsbilanz- und Budgetdefizit eindämmen, damit die Regierung bei einer Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise wieder arbeitsplatzsichernd einspringen kann, was riesige Summen erfordert.

Es gilt nun, das Erreichte zu sichern, und dazu wird die Bundesregierung folgende Maßnahmen ergreifen und durchsetzen:

Budgetäre Maßnahmen mit dem Ziel einer Reduktion bei den Ausgaben und einer Steigerung bei den Einnahmen.

Bereitschaftsmaßnahmen zur weiteren Ankurbelung der Konjunktur und zur Erhaltung einer möglichst hohen Beschäftigung.

Monetäre Maßnahmen durch eine restriktive Kreditpolitik und durch die Finanzierung der Export- und Investitionskredite.

Strukturpolitische Maßnahmen durch Verwirklichung eines umfangreichen Investitionsprogrammes.

Erstellung eines Fremdenverkehrskonzeptes.

Weitere Ankurbelung der Exportindustrie.

Energiepolitische Maßnahmen, wodurch die heimischen Energiequellen noch besser genützt werden.

Handelspolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Importflut.

Einkommenspolitische Maßnahmen, wobei bei künftigen Tarifverhandlungen die gesunkenen Teuerungsraten zu berücksichtigen sind.

Deshalb kommt es zur Einführung des dritten Mehrwertsteuersatzes für Güter des gehobenen Bedarfes, die vorwiegend importiert werden, deshalb kommt es im Rahmen des 2. Abgabenänderungsgesetzes zum Abbau von unzeitgemäßen Steuerprivilegien, und deshalb kommt es zur Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes und zur Erhöhung des Pensionsversicherungsbeitrages.

Nochmals: Es gilt, das Erreichte zu sichern und die dadurch entstehenden Belastungen nach sozialen Gesichtspunkten möglichst gerecht zu verteilen.

Und deshalb geben wir Sozialisten den Gesetzen unsere Zustimmung. Ich danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat DDr. Pitschmann. Ich erteile ihm das Wort. *(Die Bundesräte der ÖVP kommen wieder in den Sitzungssaal.)*

Bundesrat DDr. **Pitschmann** (ÖVP): Meine sehr geehrten Herren Minister! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich hatte die Absicht, mich sehr kurz zu halten im Interesse der Westzugbenützer und der Kondition unseres Finanzministers, von dem wir hoffen, daß er auch künftighin wieder seine Winter- und Osterurlaube in Lech verbringt, um den lebenden Nachweis zu erbringen, daß Vorarlberg nicht das teuerste Bundesland ist, wie die Ländle-Genossen immer behaupten, sondern Kärnten, sonst würde er möglicherweise im hochqualifizierten Bad Kleinkirchheim, wo man sich nicht nur sportlich vergnügen kann, sondern auch noch Bäder medizinischer Art nehmen kann, den Aufenthalt wählen. *(Bundesrat Schipani: Wollen Sie einen Länderkrieg entfachen, Herr Kollege?)*

Herr Finanzminister! Ich habe an Sie einige Fragen zu richten. Zwei Drittel habe ich gekürzt in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, es werden noch genug sein, Sie zum Nachdenken zu bewegen.

Finden Sie es als größerer Arbeitgeber, Herr Finanzminister, in Ordnung, daß immer wieder sozialistische Organe und Politiker im Gegensatz zum Unternehmer und zum Bauern demonstrativ nur die Arbeitnehmer als „arbeitende Menschen“ in Österreich bezeichnen?

Auch die Worte von Nationalrat Fischer dürfen in diesem Haus nicht unwidersprochen bleiben.

Zu den konkreten Äußerungen Timthals wird ein besonders Berufener nach mir sprechen.

Hat Nationalrat Fischer, Ihr jungsozialistischer Kollege, an der Abfassung der Einladung

DDr. Pitschmann

zum Fackelzug der Jungsozialisten Wiens am 30. April dieses Jahres mitgewirkt, in dem die arbeitende und studierende Jugend von ihresgleichen mit geballten Fäusten und Kommunistengruß aufgefordert wurde, sich in den 23 Treffpunkten der Bezirke oder in den 10 zentralen Organisationspunkten einzufinden?

Die „Salzburger Nachrichten“ vom 4. Mai des Jahres 1976 berichteten über ein Interview mit Dr. Kreisky mit der Überschrift „Juso-Linke will Regierung zu Fall bringen.“ „Aber diese Regierung regiert rechts.“ „Solange ich da bin, wird rechts regiert, sagte Kreisky wortwörtlich.“ Diese Berichterstattung von den „Salzburger Nachrichten“ wurden mit keinem Wort von der linken Seite etwa abgeschwächt oder korrigiert. *(Bundesrat Dr. Anna Demuth: Von den Jusos steht er sicher rechts! Linker als die Jusos ist er nicht!)*

Es drängt sich nun natürlich ganz automatisch und zwingend die Frage auf: Wie links wird in der SPÖ nach Kreisky regiert? Denn sozialistisch nennen sich auch die Gesellschaftsordnungen im Osten Europas. *(Bundesrat Schamberger: Da reden wir erst im Jahr 2000 darüber!)*

Stimmt das etwa nicht? *(Bundesrat Schipani: Wir haben ja nicht den Jargon wie die! Lesen Sie Ihre Initiativanträge!)* In China und in Moskau liest man immer wieder über die dortige sozialistische Gesellschaftsordnung.

Die „Kronen-Zeitung“, über die sich die heutige Regierung bezüglich vergangener Nationalratswahlen wirklich nicht beklagen kann, hat offensichtlich eine Antwort darauf gegeben, was in der SPÖ nach Kreisky dann geschieht, wenn Keller & Co. regieren. *(Bundesrat Windsteig: Die suchen schon wieder neue Kronprinzen!)*

Die „Kronen-Zeitung“ schreibt im Leitartikel vom 10. Oktober dieses Jahres wortwörtlich „KP-ORF“, wobei das sicherlich nicht „Keller-Pleite“ heißt. In diesem Leitartikel heißt es unter anderem wortwörtlich: „Unter all den Staaten, in denen die Freiheit des Menschen brutal unterdrückt wird, ist die DDR wohl der Schändlichste. Eine Mauer mitten durch das eigene Volk zu ziehen, das blieb im Abendland den ostdeutschen Kommunisten vorbehalten.“

Dennoch brachte der ORF einen Biermann ganz groß auf die Bildschirme, der die DDR noch nach seiner Ausweisung aus dem Osten als eine „Hoffnung Europas“ bezeichnete. Jetzt, als sich in Ostberlin erneut Widerstand gegen das KP-Gewaltregime regte, als junge Deutsche auf dem Alexanderplatz „Russen raus“ und anderes riefen, sprach der ORF von sich aus als Wertung von „Randalierern“ und „Betrunkenen“. *(Bun-*

desrat Schipani: Gehört das auch zum Abgabenänderungsgesetz?)

Und nun zum Kernsatz. Was unterscheidet den ORF noch vom Rundfunk des Ostens? – Höchstens die uralten, miesen amerikanischen Filme, die der letzte Flohkinodirektor seinem Publikum nicht mehr zumuten würde. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das scheint sehr peinlich zu sein. *(Ruf bei der SPÖ: Peinlich sind Sie!)*

Wenn der Keller-Rundfunk als „KP-Rundfunk“ bezeichnet wird von der „Kronen-Zeitung“, ist das gar nicht peinlich? Das nehmen wir zur Kenntnis.

Sehr geehrter Herr Finanzminister! Der bekannte sozialistische Wirtschafts- und Finanzfachmann, Vizegouverneur Dr. Fremuth, einer der wenigen Überlebenden der zu den Nationalratswahlen vorgegaukelten 1 400 Fachexperten und Problemlöser der Regierung, hat vor Jahren im Auftrag des Bundeskanzlers für die Verwaltungsreformkommission ein Gutachten über die Reform der Bundesbetriebe ausgearbeitet. In diesem Gutachten, das nun seit November 1974 in Schubladen des Bundeskanzlers liegt, heißt es:

„Die vom Bund in eigener Regie geführten Betriebe sind vom Strukturmanagement her völlig veraltet und stellen für die österreichische Volkswirtschaft eine kaum mehr tragbare Belastung dar.“ Auf das Kostenniveau von 1977 übertragen, werden, nach Ansicht Ihres Kollegen, Ihres Parteifreundes Dr. Fremuth, von den Bundesbetrieben jährlich 12 Milliarden Schilling zum Fenster hinausgeworfen.

Die „Vorarlberger Nachrichten“ schrieben hiezu: „Ein Gutachten, das genau besagt, wodurch jährlich 12 Milliarden, mehr als das Dreifache des Vorarlberger Jahresbudgets, zum Fenster hinausgeworfen werden, ruht vom Finanzminister unbeachtet in einer der vielen Schubladen des Kanzleramtes.“

Zahlreiche Steuererhöhungen, mit denen die Regierung die Bevölkerung immer stärker konfrontiert, wären überflüssig, hätte jemand die Kraft, gegen diese Mißwirtschaft in den Bundesbetrieben etwas zu unternehmen. Es drängt sich hier der bekannte Vergleich mit den Blue jeans auf, wonach an der entscheidenden Stelle Niete sitzen.“

Als ich Sie, sehr geschätzter Herr Finanzminister, am 14. März in Bregenz auf dem Gebhardsberg öffentlich über das zitierte Gutachten befragte und wissen wollte, was Sie in Befolgung der darin enthaltenen Vorschläge Ihres Parteikollegen Dr. Fremuth zu tun gedenken, erklärten Sie, dasselbe nicht zu kennen.

12366

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

DDr. Pitschmann

Haben Sie in der Zwischenzeit dieses Gutachten gelesen und sich Gedanken darüber gemacht, wie Sie das jährliche Zum-Fenster-Hinauswerfen von 12 Milliarden Schilling, dokumentiert von Ihrem sehr angesehenen Parteikollegen, zulasten der Steuerzahler werden einmal verhindern wollen?

Die Vorarlberger Industriellenvereinigung gab der „Presse“ gegenüber bekannt, daß sich das Umsatzsteueraufkommen der Privatwirtschaft von 1960 bis 1975 um 546,9 Prozent erhöht hat, während die Verstaatlichte über diesen Zeitraum nur um 12 Prozent mehr bezahlt habe. Insgesamt habe das Finanzministerium 1975 an Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer 71,7 Milliarden Schilling eingenommen. Der Anteil der verstaatlichten Industrie habe knapp 2 Prozent, das seien 1,4 Milliarden Schilling, betragen. Der Bericht trug den Titel: „Steuern der verstaatlichten Industrie sinken wie die Leistung.“ Dieser Bericht wurde mit keinem Wort von Ihnen, von Regierungsseite oder von Ihrer Partei bestritten. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Die Wirtschaft zahlt ja überhaupt keine Umsatzsteuer!)*

Zum Wirtschaftskörper gehören auch die Konsumenten, denn ohne Konsumenten gäbe es keine Wirtschaft. Das ist selbstverständlich! Tatsächlich zahlt alles der Konsument, auch Ihre Belastungen, auch Ihr Ministergehalt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Zum Konsumenten gehören alle, nicht nur die Arbeitnehmer, auch die Unternehmer. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

In der letzten Zeit war mehrfach zu hören, daß allein die VÖEST heuer rund 1 Milliarde Schilling an Abgang erwirtschaftet. Die genannten Zahlen und Relationen wirken noch viel gravierender, wenn man registriert, daß von den vielen Bundeskonjunktur-Stützungs Milliarden der letzten Jahre hauptsächlich die verstaatlichte Industrie im Osten profitierte, während beispielsweise die Vorarlberger mittelständische Wirtschaft ohne Verstaatlichungssektor davon recht wenig, wenn nicht kaum Nutzen zog.

Trotzdem hat die Vorarlberger mittelständische Wirtschaft die geringste Arbeitslosenquote in den letzten beiden Jahren aufzuweisen vermocht. Das ist doch eine grandiose Leistung, Herr Minister. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Glauben Sie, Herr Vizekanzler, daß der österreichische Steuerzahler auf Dauer derartige Milliardenfehlleistungen wird verkraften können? Können Dauerumschulungsprozesse Tausende Arbeitskräfte und ein Krankenstand in der verstaatlichten Wirtschaft zum Teil von 24 Tagen, im Vergleich zu Vorarlberg von neun

Tagen, die Probleme lösen? Wird das der Steuerzahler auf die Dauer verkraften können? *(Bundesrat Schipani: Wir haben hier keine Fragestunde!)*

Herr Finanzminister! Ich darf Sie weiter fragen: Sind Sie der Auffassung ihres Parteivoritzenden Dr. Bruno Kreisky, der laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Juni dieses Jahres zum 70. Geburtstag des früheren Finanzministers Dr. Reinhard Kamitz sagte: „Kamitz sei es zu verdanken, daß der Schilling seine heutige internationale Stellung erreichen konnte.“ Im übrigen darf ich bemerken: Ein schöneres Kompliment aus dem Munde unseres Bundeskanzlers für die Leistungen der ÖVP hätten wir uns gar nicht wünschen können *(Beifall bei der ÖVP.)*

Übrigens darf ich heute daran erinnern, daß unter der Regierung Klaus im Jahre 1967/1968, als auch eine internationale Wirtschaftsflaute vorhanden war, als man auch Milliarden Schulden – allerdings nur ein Fünftel von heute – machen mußte, um Arbeitsplätze zu sichern und zu erhalten, auch die Parole gelautet hat: Es gilt, Erreichtes zu sichern. Damals hat man auf der linken Seite dafür nur Hohn und Spott gehabt. Heute kommt man mit derselben Parole und versucht, die Maßnahmen Schröpfungs-pakete gut an den Mann zu bringen.

Herr Finanzminister, Herr Vizekanzler! Können Sie sich der offiziellen, betont klassenkämpferisch wirtschaftspolitischen Schulungsweiseheit der Sozialistischen Jugend Ihrer Partei anschließen? Können Sie dieselbe gutheißen? *(Zwischenruf des Bundesrates Schipani.)*

In einem Skriptum „Woher kommt der Reichtum eines Unternehmers?“ für einen Bildungskurs der sozialistischen Jugend, 1. Teil, Seminar 3. bis 8. Jänner dieses Jahres, heißt es unter anderem: Damit wollen wir im Streit noch einen dritten Partner hineinbringen. Einmal heißt es: Drei Tage arbeitet der Arbeitnehmer für den Finanzminister, für sich selber offenbar weniger. Hier haben wir eine ganz andere Auffassung. Es wird dann das Rätselraten noch größer, welche der drei Auffassungen gilt.

In diesem Skriptum der sozialistischen Jugend heißt es: „Um leben zu können, müßte der Arbeiter täglich nur drei Stunden arbeiten. Die restlichen 5 Stunden ist er gezwungen, für den Unternehmer zu arbeiten.“

Also für den Finanzminister, für den Staat, für das Gesamte arbeitet man nicht, sondern drei Stunden für sich selber und fünf Stunden für den Unternehmer. Derartige Widersprüche in offiziellen Aussendungen der SPÖ, das ist ja

DDr. Pitschmann

geadezu ungeheuerlich. (*Bundesrat Schipani: Das ist ja der Gipfel der Demagogie!*)

Es heißt dort weiter: „Der Arbeiter bekommt zum Beispiel im Monat einen Lohn von 6 000 S. Er stellt aber Waren im Werte von mindestens 20 000 S her. Den Unterschied kassiert der Unternehmer.“ Der Finanzminister partizipiert offenbar überhaupt nicht davon.

Es heißt weiter in diesem Skriptum: „Wie kann der Unternehmer noch mehr aus dem Arbeiter herauspressen? Er schränkt die bezahlte Arbeit ein, indem er den Lohn senkt. Er dehnt die unbezahlte Arbeit aus, indem er bei gleichem Lohn den Arbeitstag verlängert.“

Einen größeren Stumpfsinn hat man in Österreich wohl noch nie verzapft. Gott sei Dank ist das alles nicht möglich bei der Stärke der Gewerkschaft.

Herr Finanzminister, glauben Sie beispielsweise, daß diese Lehrmeinung Ihrer sozialistischen Jugend, die offizielle Lehrmeinung Ihrer sozialistischen Jugend, in der jugoslawischen Volksdemokratie verbreitet werden könnte, daß es dort jemanden gäbe, der das glauben würde?

Wie ist es, Herr Finanzminister, möglich, daß trotz dieses enormen Mehrwertes, den jeder Arbeitnehmer in Österreich für den Unternehmer, gleich ob öffentliche Hand, ob Gemeinwirtschaft oder Privatwirtschaft, erarbeitet, beispielsweise der Wiener Städtische Bauring 1,4 Milliarden Schilling Abgang erwirtschaftete, daß beispielsweise die lukrativen Wiener Betriebe – Stadtbräu, die Wiener Fleischwerke und anderes mehr – mit vielen -zig Millionen Schilling liquidieren mußten? (*Bundesrat Schamberger: Reden Sie zur Sache! Märchenstunde und nichts anderes!*) Ihr seid der Auffassung, daß die Brauereien und die Fleischauger Großverdiener sind. Wenn sich städtische kommunale Betriebe oder gemeinwirtschaftliche dieser rentablen Materie widmen, machen sie runde 200 Millionen Schilling Abgang.

Herr Finanzminister, ich darf Sie an einige Ihrer Aussagen, an einige Ihrer Versprechungen erinnern. Am 3. Oktober des letzten Jahres erklärten Sie: In dieser Gesetzgebungsperiode des Nationalrates, die bis Oktober 1979 währt, wird es keine weiteren Steuerbelastungen mehr geben.

Laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 28. 3. dieses Jahres erklärten Sie beim ARBÖ-Bundestag in Wien, daß keinesfalls daran gedacht sei, nach dem seinerzeitigen Vorbild der ÖVP-Regierung wieder eine Autosondersteuer einzuführen.

Laut „Kronen-Zeitung“ vom 4. Mai dieses Jahres mit der Überschrift „Androsch – keine Luxussteuer für wertvolle Importgüter“ bezeich-

neten Sie den Vorschlag von Nationalbankdirektor Kienzl, einen dritten Mehrwertsteuersatz für teure Importgüter einzuheben, als nicht zweckmäßig.

Dem Stenographischen Protokoll des Nationalrates vom 12. Mai dieses Jahres ist auf Seite 5317 zu entnehmen – Mitte Mai dieses Jahres noch! –:

In meinem Ressort bestehen derzeit – und dies gilt für die ganze Legislaturperiode – keine Pläne für eine Erhöhung von Steuern und Gebühren.

Hat es jemals eine kurzichtigere Regierung gegeben, die in wenigen Monaten all diese Aussagen restlos über Bord werfen mußte?

Herr Finanzminister, wie nennt man in Ihren gehobenen Regierungskreisen einen Mann, der innerhalb so kurzer Zeit seine Erklärungen mehrfach Lügen straft? Beschlossen Sie doch das auch im Nationalrat. (*Bundesrat Schipani: Die Wirtschaftskrise haben Sie vorhergesehen! – Vizekanzler Dr. Androsch: „Derzeit“ hat es geheißel!*) Und das gilt bis zum Ende der Legislaturperiode. (*Beifall bei der ÖVP. – Bundesrat Schipani: Wer sagt denn das? Sie sind ein Naivling!*)

Ich glaube, die Minister der letzten Jahre zusammengenommen haben sich nicht so oft geirrt und so überschätzt, wie Sie allein dazu in der Lage waren.

Nun, meine Damen und Herren, verehrte Damen und Herren von der Linksfront, schauen Sie in Ihren „SPÖ-Spiegel“ und Sie sehen darin Ihr betontes Janusgesicht. Auf der ersten Seite in roten Lettern: „Um jeden Arbeitsplatz wird gerungen.“ Auf der letzten Seite für diejenigen, die so dumm sind, dieser Partei noch Spenden zu liefern, werden Gewinne angekündigt, Verlosungsgewinne im Werte von 500 000 S. Über drei Viertel davon sind ausländische Autos, ausländische Motorräder, obwohl wir selber hervorragende Motorräder wie KTM und Puch haben, ausländische Fernsehgeräte und derlei Dinge mehr.

Auf der vorderen Seite: Um jeden Arbeitsplatz wird gekämpft, und auf der Rückseite verkauft man sich dem Ausland. Das ist eure Arbeitsbeschaffung! (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich glaube, eine Regierung, bei der die Linke nicht weiß, was die Rechte macht, und umgekehrt, kann sich wohl selber kaum mehr ernst nehmen.

Herr Finanzminister, glauben Sie wirklich, daß mit einer mehrmaligen, nochmaligen Erschwerung der Eigenkapitalbildung in der Wirtschaft die Aufgaben derselben, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, durch Erschwerung und Verteuerung von Investitionen

12368

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

DDr. Pitschmann

gelöst werden können? Statt wie in Deutschland und in der Schweiz Investitionsanreize zu geben, wird der unternehmerische Wille in Österreich noch mehr gelähmt. Die psychologische Signalwirkung der geplanten Maßnahmen ist dabei möglicherweise noch schlechter als der direkte wirtschaftliche Eingriff. (*Bundesrat Ceeh: In der Schweiz sind wieviel mehr Arbeitsplätze?*)

Es wird übersehen, daß Investitionen, die heute unterbleiben, morgen als Arbeitsplätze fehlen. Vom Bund mitgetragene Großinvestitionen können die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den privatwirtschaftlichen Mittelstand ganz sicher nicht ersetzen. Dafür haben wir im Lande Vorarlberg das beste Beispiel. (*Bundesrat Steinle: Das stimmt gar nicht mehr, Herr Kollege!*)

Herr Finanzminister, finden Sie es für richtig, daß Regierungssprecher dann die Privatwirtschaft des schlechten Managements anprangern, wie es heute ein Gewerkschaftssekretär getan hat, wenn die Privatwirtschaft einmal vorübergehend Kurzarbeit einführen muß, während die Milliardenverluste staatlicher oder verstaatlichter Betriebe mit nötiger Arbeitsbeschaffung beschönigt, ja geradezu noch belobigt werden?

In der Vorarlberger Textilwirtschaft hat kein einziger Betrieb - es ist eine unwahrscheinliche Leistung - trotz der Deutschen, der ausländischen Konkurrenz - in Deutschland sind Dutzende Betriebe kaputt gegangen - Kurzarbeit gehabt, ohne Staatssubventionen. Das ist Hämmerle und noch ein Betrieb gewesen. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Heimarbeit! - Bundesrat Steinle: Sagen Sie, warum!*)

Dort spricht man dann von fehlendem Management und dort, wo Milliardenverluste entstehen, spricht man von Arbeitsplatzsicherung. Ja soviel Schizophrenie dürfte es in Österreich wohl nicht geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich spreche vom gesunden Bundesland im Westen Österreichs. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Eybl und Textil-Ost!*) Eybl hat mit Vorarlberg nichts zu tun, Herr Finanzminister. Das ist Ihre Lieblingsstadt Krems, wo Sie eine so schöne Abfuhr erlitten haben.

Mit 50 bis 60 Milliarden Budgetschulden jedes Jahr kann jeder einfache Buchhalter Vollbeschäftigung machen. Dazu bräuchte man keine so teure Luxusregierung mit soviel bzw. zuviel Staatssekretären.

Herr Finanzminister, ich darf Sie bitten, diese Fragen in absehbarer Zeit nicht nur Ihren Wählern, sondern allen Wählern zu beantworten; dazu sind Sie verpflichtet.

Man muß bei den laufenden Vorgriffen in die

Zukunft, bei dem, was wir heute verzehren, bei dem, was wir dann in zwei Jahren erst erarbeiten, wie Bundeskanzler Kreisky ähnlich gesagt hat, derselben Auffassung sein wie Bundeskanzler Schmidt und der deutsche „Spiegel“, die mit Blickrichtung Österreich sagten, daß man mit Pump und Vorgriffen auf die Zukunft auf Dauer die Arbeitsplatzproblematik nur vor sich herschiebe und jeden Tag noch verschärfe.

Erzählen Sie einmal der österreichischen Bevölkerung, wie Sie sich den Abbau des 200 Milliarden-Schuldenberges vorstellen. Noch fünf, sechs Jahre so weiter, und wir arbeiten und zahlen Steuern nur noch für die Verzinsung und Schuldentilgung. Für Investitionen wird nichts mehr da sein. Beantworten Sie diese Frage: Wie soll das Problem einmal gelöst werden, wenn man in relativ guten Jahren solche Schuldenberge, mit Pyramiden von Belastungen, errichtet.

Jedenfalls bin ich, glaube ich, berechtigt, im Namen der rechtsorientierten Österreicher von Ihnen auf die wichtigsten Fragen dieser Art, vor allem auf die letzte: Wie stellen Sie sich das vor, wenn es noch einige Jahre so weitergeht, wer soll diesen ungeheuren Schuldenberg dann noch verkraften, wenn nichts mehr übrig bleiben wird außer Verzinsung und Schuldentilgung, Antwort zu verlangen. Auf die Dauer kann das nicht gut gehen, darüber sind sich die ganze ausländische Presse, ausländische Politiker, aber auch die neutrale Presse einig. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Steinle zum Wort gemeldet.

Bevor ich das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, daß gemäß § 36 Absatz B der Geschäftsordnung eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von zehn Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile nunmehr Herrn Bundesrat Steinle zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort.

Bundesrat Steinle (SPÖ): Sehr geehrter Herr Dr. Pitschmann! Ich bin ja gewohnt, wir sind es gewohnt, bei der Berichterstattung von Ihnen doch sehr unsachlich angesprochen zu werden, teilweise Berichte zu bekommen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Ich habe mich deswegen zu einer Berichtigung gemeldet, weil Sie im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik der Regierung, mit den verstaatlichten Betrieben, die Firma Hämmerle mit der Problematik der Kurzarbeit angezogen haben.

Sie müssen sagen, wie es wirklich war. Firma

Steinle

Hämmerle hat um Kurzarbeit angesucht, Viertagearbeit, und hat am Freitag ihre Angestellten an die Webstühle gestellt. Daher waren wir der Meinung, wenn man mit der Kurzarbeit öffentliche Mittel beansprucht, dann kann man nicht die Angestellten am Freitag produzieren lassen, damit die Produktion etwas vermindert wird. Und nur deswegen ist das passiert, ich beweise es Ihnen, und das war meine Berichtigung.

Man soll hier die Fakten auf den Tisch legen, wie sie wirklich sind. *(Beifall bei der SPÖ. - Bundesrat Dr. Pitschmann: Das war keine Berichtigung! Tatsache ist, daß wir fast Kurzarbeit hatten!)*

Vorsitzender: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Hesoun. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat **Hesoun** (SPÖ): Geschätzter Herr Vorsitzender! Hochverehrter Herr Vizekanzler! Geschätzte Damen und Herren! Es ist mein Schicksal, daß ich jedesmal nach Herrn DDR. Pitschmann zu Worte komme. Das ist ein Schicksal, das man sich nicht aussuchen kann, das einem beschieden wird.

Ich möchte zu Beginn Herrn Dr. Pitschmann sehr herzlich und sehr offen danke schön sagen. Er hat eigentlich mit seiner Anfrage an Herrn Vizekanzler Dr. Androsch bestätigt, wie man nachdenkt, wenn einmal Kreisky nicht mehr die Partei führen wird. Ich kann Ihnen nur sagen: Er macht sich bereits Sorgen, wie es in zwanzig Jahren in diesem Lande aussehen wird. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Ich kann dazu nur feststellen, Herr Dr. Pitschmann, wir haben die Absicht, und ich sage es Ihnen unverblümt, noch mindestens bis zum Jahre 2000 an dieser Regierung zu bleiben, aber ich glaube, daß Ihre Partei das Jahr 1979 sehr schwer überleben wird. Mein Kollege Schmölz hat zum Ausdruck gebracht, daß er sich Sorgen macht, dann muß ich sagen, diese Sorgen, wie es nach diesem Wahljahr aussehen wird, sind eigentlich -, er hat das so zum Ausdruck gebracht - nicht nur bei der ÖVP, sondern auch auf unserer Seite, denn wir kennen diese Bestrebung, die jetzt in all diesen drei Bündnen vorhanden ist, das nächste Jahr und die nächsten zwei Jahre zu überleben, um die Regierungsmehrheit zu bekommen.

Wir wissen, daß die Bestrebungen sehr schwer unter einen Hut zu bringen sind. Hier der Wirtschaftsband, dessen Hauptsorge ist, wie man aus der Arbeitsmarktförderung mehr Geld herausholen kann *(Bundesrat Dr. Pitschmann: Wo steht der Freie Wirtschaftsverband mit Mühlbacher?)*, der Bauernbund denkt bei jeder Versammlung nur lange nach, wie kann er

zu erhöhten oder zu mehr Subventionen kommen. Ich kann mir hier sicherlich auch vorstellen, wie es in Versammlungen des ÖAAB zugeht, wenn er immer nachdenken muß, welche Kleidung er in den Koffer legen muß, ob die des Wirtschaftsbundes oder des Bauernbundes.

Es ist eine schwierige Politik. Ich kann mich sehr schwer in diese Politik hineindenken, aber ich möchte doch sagen, nicht immer der, der laut war, Herr Dr. Pitschmann, hat recht gehabt, sondern der, welcher in der Argumentation richtig war.

Bei uns gibt es ein Sprichwort: Sage nur die Wahrheit, und auch die Wahrheit sollst du nicht immer sagen, denn die könnte auch sehr weh tun.

Wenn ich Ihnen immer die Wahrheit sagen würde, wäre das für Sie sehr schmerzlich. Ich möchte es Ihnen daher ersparen. Aber ich glaube, geschätzte Damen und Herren von der ÖVP, Sie sollten nicht immer so wehleidig sein und sollten den Saal, wenn hier ein Genosse meiner Fraktion etwas unsanft mit Ihnen umspringt, nicht so fluchtartig verlassen. Das Ganze ist ja keine Demonstration gewesen, wenn jemand sagt, jetzt gehen wir und husch-husch - so kann man auch Bäume verpflanzen, das ist schon richtig, aber die Frage ist, wie man diese Bäume dann sieht.

Ich glaube, wir haben uns als Sozialisten sehr viel von Ihnen gefallen lassen, ich sage es sehr deutlich. Wir haben uns in einer Zeit, in der wir um diese Demokratie bemüht waren, in der wir für diese Demokratie auf der Straße eingetreten, in der wir gegen einen übermächtigen politischen Gegner hier angetreten sind, von Ihnen eine rote Katze nachschicken lassen müssen. Vor Jahren haben Sie, geschätzter Herr Bürkle, noch mit dem Kapuzenmann hier operiert. Ich möchte doch bei dieser Gelegenheit nur daran erinnern. *(Zwischenrufe bei der SPÖ und ÖVP.)* Ich bin doch dafür bekannt, glaube ich, daß ich hier den Fakten das Wort rede. Herr Kollege Heinzinger! Vor der letzten Arbeiterkammerwahl - ich sage es sehr offen - sind wir vor unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben hingetreten und haben gesagt, wer glaubwürdig ist, der wird vertrauenswürdig, und umgekehrt, wer vertrauenswürdig ist, muß glaubwürdig bleiben.

Wir haben damals bewiesen, daß wir vertrauenswürdig geblieben sind, und wir haben damals zum Ausdruck gebracht, lieber Kollege Heinzinger, daß es eigentlich nicht Ihre Theorie ist, nicht die Theorie in Österreich, sondern diese Theorie stammt aus Deutschland, Kollege Schipani hat sie heute zitiert: Man muß den Staat sozusagen ausräumen, um hier an die

12370

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Hesoun

Macht zu kommen. Diese Heilslehre, Kollege Heinzinger, hat schon vor Ihnen Franz Josef Strauß in Deutschland propagiert. Wir haben damals schon erkannt, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln.

Ich möchte aber noch eines hier zum Ausdruck bringen: Es wird immer wieder Klage darüber geführt, wie es zu dieser, ich möchte sagen Eskalation in den politischen Parteien gekommen ist. Sie wissen ganz genau, und auch hier hat Kollege Schipani richtig zitiert, daß das eigentlich aus Profilierungssucht versucht und gesagt wurde, die Sozialistische Partei solle - im ersten Ansturm - auf ein für die Demokratie erträgliches Maß zurückgeschraubt werden. Eine Reihe von anderen Funktionären, die Sie ja in sehr rascher Folge immer wieder auswechseln, hat sich dem angeschlossen. Bei uns ist ja eine ruhige Entwicklung und eine sachliche Arbeit vorhanden.

Auf Ihrer Seite werden die Funktionäre ausgewechselt wie Streu. Ich möchte sagen, da bläst jemand hinein und einige sind auf der Bildfläche weniger. Aus dieser Situation heraus, geschätzte Damen und Herren der ÖVP, ergeben sich naturgemäß Profilierungen. Ich erinnere Sie, Kollege Heinzinger, wie Sie Generalsekretär des ÖAAB geworden sind, haben Sie mit der Behauptung von Betriebsterror die Öffentlichkeit erschüttert. Bis heute sind Sie jeden Beweis schuldig geblieben.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Betriebsterror in einem Stahlbetrieb in Niederösterreich, haben Sie geschrien. Der Betriebsrat im Werk Ternitz hat den gesamten ÖVP-Landtagsklub vor zwei Jahren eingeladen, den Betrieb zu besichtigen. Bis zum heutigen Tag, geschätzter Kollege Heinzinger, hat kein einziger ÖVP-Landtagsmandatar es für notwendig befunden, hinzugehen, obwohl damals alle ÖVP-Landtagsabgeordneten „Betriebsterror in Ternitz“ geschrien haben. Sie können sich beim Kollegen Lichal überzeugen, der über die niederösterreichischen Verhältnisse sehr genau Bescheid weiß.

Ich komme noch zu einem Kollegen aus Niederösterreich, zum Kollegen Löffler. Der Kollege Löffler hat angeführt, wie in Niederösterreich die Wirtschaft von seiten der Bundesregierung zugrunde gerichtet wird. Und er hat sich darüber beklagt, daß eigentlich nur das Land Niederösterreich für die Grenzlandförderung Millionenbeträge zur Verfügung stellt, daß also seitens der Bundesregierung sehr wenig finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Ich möchte es auf einen kurzen Nenner bringen, Kollege Löffler. Solange in Nieder-

österreich eine ständige wirtschaftliche Weiterentwicklung vorhanden war, hat der Landesfinanzreferent alles für sich reklamiert, was gut für dieses Bundesland zum Ausdruck gekommen ist.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt, Kollege Löffler - Sie wissen es sehr genau, Sie sind ja aufs engste in der Handelskammer mit diesen Fragen vertraut -, hat es der Herr Landesfinanzreferent verstanden, in einer sozialistischen Regierungszeit sein Landesbudget - wie soll ich es sagen - gesund schrumpfen zu lassen. Denn beim Amtsantritt einer sozialistischen Regierung im Jahre 1970 hat der Landesfinanzreferent beim damaligen Budget in der Höhe von 2,8 Milliarden Schilling - ich habe das zirka im Kopf - einen Schuldenstand von 43 Prozent ausgewiesen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, unter der schwer miskreditierten sozialistischen Bundesregierung, weist er bei etwa 12 Milliarden Schilling nur einen Schuldenstand von rund 18 Prozent aus. *(Bundesrat Dkfm. Löffler: Das hat die ÖVP geleistet! Gute Finanzpolitik der Landesregierung!)*

Herr Kollege Löffler, damit kommt eindeutig zum Ausdruck, daß eigentlich - ich komme in meinen weiteren Ausführungen noch darauf zu sprechen - die Finanzierungspolitik des Landes, nicht jene der Bundesregierung, nicht jene Unterstützung angedeihen läßt, die notwendig wäre, um den Menschen zu dienen und nicht der Regierung und der Sozialistischen Partei zu dienen.

Ich kann Ihnen auch sagen, wie sich die Arbeitsplatzsicherung in diesem Lande von seiten der ÖVP-mehrheitlichen Landesregierung anbietet, wenn ich Ihnen hier mitteilen darf, daß es in Niederösterreich einen Initiativantrag der Landtagsmehrheit gibt. In diesem ÖVP-Initiativantrag werden 34 unzusammenhängende Forderungen, so möchte ich es formulieren, an die Bundesregierung und nicht an die Landesregierung herangetragen, wobei sich elf Punkte auf die Steuerbegünstigung für Unternehmer und 14 Punkte auf Agrarförderung beziehen.

Dabei nimmt sich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, doch ein wenig unernst die Situation in diesem Bundeslande aus, wenn man konsequent die angestrebte Zusammenarbeit von seiten der Regierung sucht, es der anderen Seite aber doch nicht ernst genug ist, diese Fragen eingehend zu beraten und einer eingehenden Klärung zuzuführen.

Ich stehe nicht an, Ihnen hier einige Auszüge aus diesem Antrag an den Landtag vorzulesen, der - ich habe es bereits unterstrichen - zur Weiterleitung an die Bundesregierung gedacht ist.

Hesoun

Es steht hier in erster Linie: Abbau der Investitionssteuer, steuerliche Berücksichtigung der steigenden Wiederbeschaffungskosten von Investitionsgütern, Abbau der Doppelbesteuerung von Agrargesellschaften, Abbau von Steuerlasten, die unabhängig vom Gewinn des Betriebes eingehoben werden, die das Produktionsvermögen belasten und die Produktion laufend verteuern, steuerliche Begünstigungen für Investitionen in benachteiligten Gebieten, so in Form der erhöhten vorzeitigen Abschreibung für Abnutzung, der Afa, Förderung der Schaffung und Tätigkeit von Exportringen und Exportgemeinschaften, Haftungsübernahme für Exportaufträge kleinerer Unternehmungen, Vereinfachung der Lohnverrechnung, Betriebsübernahme, verbesserte Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung, Erweiterung der Investitionsförderung auf Bundesebene durch die BÜRGES, regelmäßige Valorisierung der Freibeträge und Freigrenzen.

Geschätzte Damen und Herren! Und jetzt wird es unernst, wenn hier steht, daß für die absolute Arbeitsplatzsicherung auch die steuerliche Entlastung durch Beseitigung der Alkoholsteuer verlangt wird. Sie kennen sicherlich dieses Flugblatt: Auf einem Flugblatt der Bundeswirtschaftskammer steht: Es geht um Kopf und Wagen. Daran erkennen wir sicherlich den Stellenwert, der mit diesem Flugblatt verbunden ist, wenn man so weit geht, daß man sagt, es geht um den Kopf, und gleichzeitig den Wagen auf eine Ebene mit dem Kopf stellt. *(Bundesrat Pumpernig: Sie waren auch nicht besser!)*

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Die Ausgabe der „Niederösterreichischen Nachrichten“ vom 9. November 1977 beschäftigt sich mit uns Gewerkschaftern. Ich will den Artikel auszugsweise vorlesen, sonst beklagt sich Kollege Heinzinger, daß es vielleicht nur eine Erfindung von mir ist: „Aus einst roten Gewerkschaftern sind gelbe Gewerkschafter geworden, also Funktionäre, die aus rein parteipolitischen Gründen zu allem ja und amen sagen.“

Geschätzte Damen und Herren! Das ist eine offizielle ÖVP-Einschaltung in den „Niederösterreichischen Nachrichten“. Und Sie, meine Damen und Herren, verlassen den Sitzungssaal, wenn ein Kollege von mir nur andeutungsweise zum Ausdruck bringt, daß mit Ihrer Lizitationspolitik ein Weg beschritten wird, den wir vor 20 Jahren sehr deutlich gekannt haben. *(Beifall bei der SPÖ. - Bundesrat Schipani: Da will der Herr Schambeck noch dagegen remonstrieren! - Bundesrat Dr. Schambeck: Das nimmt Ihnen auch die Öffentlichkeit nicht ab!)*

Ich stelle Ihnen, Herr Kollege Schambeck, selbstverständlich dieses Exemplar zur Verfü-

gung. *(Zwischenruf des Bundesrates Dr. Schambeck. - Bundesrat Schamberger: Selber austeilen und nichts nehmen! - Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Es war bisher seit meinem ersten Tag als Bundesrat nicht meine Art, auf solche Dinge einzugehen. Aber nachdem man immer wieder als Gewerkschafter angegriffen wird, habe ich mich als 23. Diskussionsredner umgestellt und will doch als Gewerkschafter etwas zum Ausdruck bringen, was meines Erachtens, objektiv betrachtet, doch dem recht gibt, warum wir für diese Gesetzesänderung eintreten.

Ich bin der Meinung, daß ein Teil der Diskussionsredner, die vor mir an diesem Pult gestanden sind, sich noch immer nicht klar darüber sind, in welcher ungeheurer weltweit schwierigen wirtschaftlichen Situation wir uns seit einigen Jahren befinden.

Wir haben zunächst den Zerfall der Weltwährung zur Kenntnis nehmen müssen. Die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise wie in den dreißiger Jahren war ungeheuer groß. Währungen wie der Dollar und das Pfund haben einen gewaltigen Wertverlust hinnehmen müssen. So kann ich die Dinge hier zum Beginn nur skizzieren. Diese Abwertungen haben auch zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz verschiedener Länder geführt.

Es ist vielfach unbekannt, daß die Weltwährungsreserven der Welt im Jahre 1960 von 19 Milliarden bis zum Jahre 1977 sich auf 175 Milliarden Schilling erhöht haben, sich eine Verzehnfachung dieser Währungsreserven ergeben hat.

Ich glaube aber auch, daß die Vergrößerung dieser Geldmenge die Möglichkeit einer andauernden weltweiten Inflation ergab, die auch auf Länder übergreifen hat, die Jahrzehnte hindurch das Preisniveau ganz ruhig halten konnten.

Die Folgen waren gewaltige Preissteigerungen bei den Rohstoffen, insbesondere bei Rohöl, daraus resultierende Rohstoffhamstervorgänge und speziell in Ländern mit sehr hohen Inflationsraten eine echte Flucht in Sachwerte, Flucht aus den Währungen, Kapitalflucht und ähnliches, wie bereits heute hier zum Ausdruck gebracht.

Kollege Fürst - er ist leider nicht im Saal -, ich möchte Ihnen nur eines sagen: Wenn hier Regierungen angesprochen wurden, dann brauchen Sie nur nachzusehen. Wenn Sie nach Frankreich, Italien oder anderen Ländern in Europa schauen, werden Sie feststellen können - und diese Feststellung trifft zu -, daß die Regierungen in diesen Ländern Mitte der

12372

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Hesoun

siebziger Jahre unvergleichlich schwächer waren als die Regierungen in den sechziger Jahren.

Ich möchte hier bestreiten, daß es in Frankreich und in Italien zu dieser Zeit, in den sechziger Jahren, schlechtere Regierungssysteme gegeben hat, als es heute der Fall ist. Das bleibt Ihrer Beurteilung überlassen.

Wir können aber heute die Feststellung treffen - es ist so, wie ich es gesagt habe; ich glaube nicht, daß hier die Dinge anders liegen -, daß ein Inflationsprozeß in diesen Ländern die Parteien zerlegt hat und auch die Gewerkschaften in diesen Ländern unter Druck stehen und ihre Funktion oft nicht erfüllen können.

Wir hatten im Jahre 1967, also vor zehn Jahren - und ich habe mir erlaubt, hier den Koren-Plan aus dieser damaligen Zeit mitzunehmen, um auch an einem eigenen Papier der ÖVP den Beweis anzutreten -, in den Industriestaaten 6,5 Millionen Arbeitslose, 1971 7,5 Millionen, aber 1977 14,8 Millionen. Also mehr als eine Verdoppelung von 1967 bis zum Jahre 1977. Wir konnten die österreichische Bevölkerung aus dieser ärgsten Inflation heraushalten. Wenn wir heute mit 5,1 Prozent nahe an der Schwelle zur schleichenden Inflation stehen, ist das bei den katastrophalen Zuständen in anderen Ländern schon ein gewaltiger Erfolg.

Nur weil wir auf dem Gebiet der Inflationsbekämpfung so erfolgreich sein konnten, konnten wir auch unsere Institutionen stabil halten, konnten wir eine verhältnismäßig günstige Entwicklung auch hinsichtlich des Wirtschaftswachstums erzielen.

Es gibt heute, geschätzte Damen und Herren, eine modern gewordene Denkrichtung: Wozu brauchen wir ein Wirtschaftswachstum, bleiben wir stehen, wo wir sind, es geht uns sowieso ganz gut. Und außerdem ist Wirtschaftswachstum mit so unangenehmen Dingen wie Energieversorgung, Leistung und Disziplin verbunden, alles Dinge, geschätzte Damen und Herren, die anscheinend etwas unmodern geworden sind, ohne die wir aber nicht leben können.

Als Gewerkschafter, ich sage es sehr offen, sind wir nach wie vor der Meinung, Kollege Heinzinger, daß die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Wirtschaftswachstums notwendig ist. Ich persönlich - und das darf ich hier anschließen - halte überhaupt nichts von dieser irreführenden Denkrichtung, daß Wirtschaftswachstum etwas Schlechtes ist.

Wir in Österreich haben aber auch in bezug auf das Wirtschaftswachstum Hervorragendes geleistet. Wir alle wissen, geschätzte Damen und Herren, daß das Wachstum schwächer

geworden ist. Die Prognosen für weiteres wirtschaftliches Wachstum sind nicht günstig. Ich denke nicht daran, mich hier daran vorbeizuschwindeln. Die Prognosen sind aber nicht etwas, geschätzte Damen und Herren, womit man sich abzufinden hat, sondern etwas, was eine Orientierung gibt, was geschieht, wenn nicht besondere zusätzliche Anstrengungen unternommen werden.

Daß bei dieser gewaltigen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in den anderen Industriestaaten - ich habe diese Zahlen hier zitiert, 6,5 Millionen und 14,8 Millionen - diese schlimmste Bedrohung von der österreichischen Arbeitnehmerschaft ferngehalten werden konnte, kann heute hier als schöner Erfolg verbucht werden.

Sie alle wissen, wir haben nur knapp über ein Prozent Arbeitslose. Wir hatten 1975 40 000, 1976 34 000, 1977 wieder 34 000. Es ist dies - darauf kann man nicht oft genug hinweisen - ein großartiger Erfolg der Wirtschaftspolitik der österreichischen Bundesregierung, der natürlich weiterhin gehalten werden muß, und es ist für uns als Gewerkschafter selbstverständlich - auch das unterstreiche ich, Kollege Heinzinger -, daß wir diese Wirtschaftspolitik mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen werden.

Wir bedürfen sehr dringend der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaftsbund. Gemeinsam haben wir den Währungsverfall verhindert, indem wir uns in der Währungspolitik aus der Überlegung heraus an die D-Mark angehängt haben, daß die Bundesrepublik ihr Preisniveau stabil hält, weil sie unser größter Handelspartner ist und die D-Mark die Leitwährung des Hartwährungsblocks darstellt, zu dem natürlich auch unsere wichtigsten Handelspartner gehören.

Wenn heute festgestellt wird, meine Damen und Herren, daß der Kampf gegen die Inflation erfolgreich war und nur erfolgreich sein konnte auf Grund dieser Währungspolitik, verbunden mit einer harten Kreditpolitik in den Jahren 1973, 1974, mit einer Lohnpause, die wir damals gemacht haben und die ein halbes Jahr gedauert hat, weiters mit einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik, die wir in den Jahren darauf betrieben haben, dann ist dies ein Verdienst des Finanzministers und der verantwortungsbewußten Lohnpolitik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Wirtschaftsflaute wurde im Jahre 1975 ein Vollbeschäftigungsbudget erstellt. Sie wissen, daß gegenwärtig dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und insbesondere hier

Hesoun

unserem Präsidenten vorgeworfen wird, daß er durch die Lohnpolitik des Gewerkschaftsbundes der Vater dieser damaligen Inflation war.

Und tatsächlich, und jetzt komme ich zum Kollegen Pisec, tatsächlich war die Lohnpolitik des Gewerkschaftsbundes eine durchaus verantwortungsbewußte und auch, so möchte ich sagen, verantwortbar.

Wir hatten, wenn ich die Arbeitskosten Österreichs und Deutschlands miteinander vergleiche, immer ungefähr dieselben Zuwachsraten, mit Ausnahme eines einzigen Jahres, und das war das Jahr 1975. 1975 war die Idee, die lohnpolitische Idee des Gewerkschaftsbundes die sogenannte aktive Lohnpolitik, also eine Lohnpolitik, mit der die Konjunktur aufrechterhalten und die Nachfrage gesteigert werden kann.

Eine solche Lohnpolitik, geschätzte Damen und Herren, das möchte ich hier rundheraus sagen, ist natürlich ein außerordentlich gefährliches Instrument, dessen Einsatz sehr riskant ist. Aber trotzdem, wir haben es getan, und ich bekenne mich voll und ganz dazu, daß es richtig war, es zu tun.

Wir konnten es aber nur deshalb tun – und ich bitte, das sehr zu beachten – weil wir annehmen konnten, daß unser System so lenkbar ist, daß man rechtzeitig zurückkurbeln kann. Wenn man das nicht annehmen kann, geschätzte Damen und Herren, wenn man also denken muß, daß es ein Mechanismus ist, den man nicht in der Hand behalten kann, das rennt einem davon, da macht jeder, was er will, da gibt es keine zentrale Steuerung oder dergleichen mehr, das wird von irgendwoher diktiert, auch politisch oder von der Betriebsebene her, jedenfalls nicht von einer gesamtwirtschaftlich verantwortungsvollen Stelle her, dann kann man eine solche Politik, geschätzte Damen und Herren, nicht machen, denn sie führt fürs erste natürlich zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz und zu einem Verlust von Währungsreserven.

Wenn man sich aber anschaut, wie sich die Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaften entwickelt hat, wie sie bei den Kollektivvertragslöhnen ausgesehen hat, dann sieht man erst, geschätzte Damen und Herren, daß das Risiko eingegangen werden konnte: 12,9 Prozent, 10,1 Prozent und 8,6 Prozent jetzt im Jahre 1977 im Durchschnitt.

Wir haben getan, was notwendig war, und es sollte eigentlich hier auf breiter Ebene der Wille vorhanden sein, auf diesem Weg fortzuschreiten zu können. Wir müssen nicht fürchten, und ich sage es vielleicht mit einem Fremdwort, in einer Stop-go-Politik englischen Musters unterzugehen.

Nun befinden wir uns, wie ich gesagt habe, im fünften Minenfeld, und zwar in einem Leistungsbilanzdefizit. Der Finanzminister hat, wie Sie wissen, die größten Anstrengungen unternommen, um mit Unterstützung des Gewerkschaftsbundes das Leistungsbilanzdefizit einzudämmen – obwohl viele, ohne viel nachzudenken, dagegen protestiert haben, geschätzte Damen und Herren. Sie wissen sicher so gut wie ich, daß ein Leistungsbilanzdefizit zweifellos etwas schwieriger und sicherlich auch ernster als das Budgetdefizit ist.

Unser Leistungsbilanzdefizit ist keine isolierte Erscheinung. Die Industriestaaten haben insgesamt ein sehr großes Leistungsbilanzdefizit, und zwar gegenüber den OPEC-Staaten. Wir hatten bis zum Jahre 1973 eine ausgeglichene Leistungsbilanz. Seit der Ölpreissteigerung sind wir aus diesem Gleichgewicht gekommen.

Wir haben eine Tendenz zum Ungleichgewicht, so möchte ich es formulieren, denn wir sind eine vollbeschäftigte Wirtschaft und haben innerhalb einer unterbeschäftigten Umwelt, einer Umwelt, in der, so sehr uns das entsetzen muß, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht mehr ein wirtschaftspolitisches Ziel ist, sondern wo die Erzeugung der Arbeitslosigkeit ein wirtschaftliches Instrument darstellt.

Das heißt, und ich sage es hier als Gewerkschafter sehr bewußt, in vielen Industriestaaten ist eine so große reaktionäre Tendenz festzustellen, daß man sagt: Wir müssen eine entsprechend hohe Arbeitslosigkeit schaffen, dann vergeht den Gewerkschaften der Wunsch und die Courage nach starken Lohnbewegungen. Dann stabilisiert man das Preisniveau und reduziert auch die Leistungsbilanzdefizite.

Daß wir in Österreich eine solche Ideologie nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch im politischen Lager ablehnen, ist logisch, ist auch verständlich. Daß wir aber etwas unternehmen müssen, ist uns ebenso klar. *(Bundesrat Pumpernik: Wieso? Wenn alles in Ordnung ist, warum dann eine solche Erhöhung der Steuern?)*

Lieber Herr Kollege, Sie haben zuerst versucht, in 20 Minuten uns etwas klar zu machen, was vom Beginn Ihrer Ausführungen an niemand hier verstanden hat. *(Bundesrat Pumpernik: Aber Ihre Ausführungen sind auch nicht zu verstehen! Wenn alles in Ordnung ist, warum dann Steuererhöhungen? Das ist doch widersinnig?)* Wenn Sie zugehört hätten, würden Sie den Zusammenhang sicher erkennen. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen jedes statistische Material zur Verfügung zu stellen, damit ich Ihren Weg erleichtere, die Wahrheit und die Richtigkeit meiner Worte nicht anzuzweifeln.

12374

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Hesoun

Ich darf also weiter zur Orientierung sagen: Wir haben Währungsreserven von zirka 38 Milliarden, und da man ein Leistungsbilanzdefizit nur decken kann, indem man im Ausland Auslandskredite aufnimmt und Währungsreserven heranzieht, ist offenkundig, daß ein solches Leistungsbilanzdefizit gewaltig auf die Währungsreserven geht.

Was haben wir schon zu spüren bekommen. Einer meiner Vorredner aus meiner Fraktion hat es bereits erwähnt. Es hat wegen dieses Defizites eine Spekulationswelle gegeben, die ärgste in dieser Zeit der Verhandlungen über das Zahlungsbilanzverbesserungsprogramm. Da sind in etwas mehr als einer Woche fast 7 Milliarden Schilling im Wege spekulativer Geldüberweisungen ins Ausland gegangen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Nun müssen wir uns gemeinsam die Frage stellen: Von welcher weltwirtschaftlichen Perspektive aus wollen wir unsere Leistungsbilanz verbessern? Hier gebe ich Ihnen die Antwort, die Sie vielleicht erwarten. Ich gebe Ihnen diese Antwort sehr offen, die sicherlich nicht sehr populär für einen Gewerkschafter ist. Aber ich sage es trotzdem, weil wir gewohnt sind - ich habe es zu Beginn gesagt -, die Wahrheit zu sagen.

Es ist damit zu rechnen und so hoffe ich, daß wir im kommenden Jahr eine gewisse Konjunkturbewegung von der Bundesrepublik und auch von Großbritannien und Frankreich her bekommen. In diesen Ländern muß aus politischen und wirtschaftlichen Gründen etwas unternommen werden. Man kann damit rechnen - das ist meine Überlegung -, daß wir mit unserer Abkühlung der Konjunktur auf eine Erwärmung der Konjunktur im Ausland stoßen und sich daraus eine Verbesserung der Exportsituation sowie - und das ist der entscheidende Punkt - eine Verringerung der Importe ergeben wird. *(Zwischenruf des Bundesrates Dr. Heger.)*

Es ist, ich wiederhole, nicht ein Zusammenbruch der Exporte gewesen, Herr Kollege. Kollege Dittrich wird es Ihnen beweisen, daß wir in den Exporten angestiegen sind. Es ist nicht ein Zusammenbruch der Exporte gewesen, der uns die Verschlechterungen der Leistungsbilanz gebracht hat, sondern es war eine gewaltige Steigerung der Importe zu verzeichnen. Im Plenum des Nationalrates und auch heute wurde viel über diese Fragen diskutiert.

Wie werden nun die Säulen der Zahlungsbilanzverbesserungspolitik sein und wie werden sie aussehen?

Ich möchte kein Prophet sein, ich könnte mir nur eine Zielrichtung als Gewerkschafter zurechtlegen. Zu diesen Zielen gehört die

Kreditrestriktion. Aber ich möchte auch hier ganz offen zum Ausdruck bringen: Wenn zur Zeit auf diesem Gebiet eingebremst wird, dann kann man auf Dauer mit einer angezogenen Bremse sicherlich nur schlecht fahren.

An zweiter Stelle nenne ich die Senkung des Budgetdefizits. Ich wäre sehr glücklich, wenn die Aussagen der Bundeskammer stimmen würden, nämlich daß die steuerpolitischen Maßnahmen dem Finanzminister 28 Milliarden Schilling bringen. Ich hoffe aber trotzdem, daß es vielleicht doch etwas mehr als 14 Milliarden Schilling sein werden, die der Finanzminister ins Auge gefaßt hat. Damit wird es uns schon gelingen, die Trendwende herbeizuführen, die sehr dramatisch sein wird, ohne es von dieser Stelle aus zu dramatisieren, die aber unvermeidbar war.

Die dritte Säule muß die Einkommenspolitik sein. Hier verweise ich auf meine Ausführungen, daß ich auch als Gewerkschafter Mut zur Wahrheit habe. Es wird sicherlich die Gewerkschaftsbewegung auf dem beschrittenen Weg mit rückläufigen Inflationsraten und rückläufiger internationaler Konjunktur entsprechend den Beschlüssen des Bundeskongresses die Einkommenspolitik in erster Linie zahlungsbilanz- und leistungsbilanzorientiert betreiben.

Natürlich, geschätzte Damen und Herren, gehören dazu auch eine Menge anderer Dinge, das Energiesparen, es ist schon darauf verwiesen worden, die Umschichtung des Verkehrs von der Straße auf die Bahn, wie der Kollege Schmözl es angeführt hat, die Exportförderung, eine Investitionsfinanzierung, tarifliche und nicht tarifliche Handelsgrenzen und gewisse Zollerhöhungen.

Aber auch - ich sage es auch hier sehr deutlich, wir haben es in der Paritätischen Kommission zum Ausdruck gebracht - die Gleichstellung österreichischer Waren mit ausländischen Waren muß angestrebt werden. Als Mitglied der Paritätischen Kommission verweise ich auf die perverse Situation - ich erlaube mir hier diese Bemerkung -, daß zum Beispiel im Preisunterausschuß für die Inlandware eine Preiserhöhung genehmigt werden muß, aber der Importeur, der mit teurer Ware kommt, das nicht braucht. Was ist das Ergebnis? Alle kennen es: Der Handel wird natürlich mit höheren Spannen gelockt, legt dann zum Beispiel den deutschen Käse vorne auf und versteckt den österreichischen Käse irgendwo hinten. *(Bundesrat Bürkle: Das hat der Staribacher doch gewollt?)*

Das ist nicht richtig, Herr Bürkle, bleiben Sie sachlich. Es ist nicht richtig. Gemeinsam haben wir den Weg der Paritätischen Kommission beschritten. Wenn ein Umdenken in der Paritätischen Kommission vor sich geht, dann können

Hesoun

Sie nicht sagen, der Staribacher hat es so gewollt, daß die Auslandsprodukte nicht in der Paritätischen Unterkommission oder in der Paritätischen Kommission zur Behandlung stehen. (*Bundesrat Dr. Fuchs: Hongkong-Hemden, ausländische Möbel, französischer Käse!*)

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe bereits ein Umdenken erwähnt. Das Umdenken muß einmal beginnen. Man kann nur immer einen Beginn setzen.

Sie haben gehört, daß unser neuer Staatssekretär auch bei der OECD einen Plan vorgelegt hat, stärkere Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern aufzunehmen. Natürlich werden wir auch hier eine Fülle - ich sage es wieder sehr deutlich: eine Fülle - von Schubladenprogrammen entwickeln und produzieren müssen. Aber was bleibt uns anderes übrig, denn wenn wir solche Programme nicht haben, werden wir nie in die Situation kommen, uns dieser weltweiten Entwicklung positiv anzuschließen.

Mir scheint aber, geschätzte Damen und Herren, eine bestimmte Sache ganz besonders wichtig zu sein, und ich möchte es hier nach dieser stundenlangen Diskussion doch nicht unerwähnt lassen. Damit möchte ich eigentlich auch meine Ausführungen beenden.

Ich glaube, wir benötigen in Österreich eine Änderung der in den letzten Monaten und Jahren eingerissenen Geisteshaltung. Wenn ich mir die Einstellung vieler Leute heute vorstelle und sehe, welche Initiativen man ergreifen will, warum man nachdenkt, wogegen angekämpft wird, wofür gekämpft wird, dann komme ich zu dem Schluß, daß es drei ungeheuer wichtige Einstellungen waren, mit denen wir uns in der Nachkriegszeit aus der ärgsten Katastrophe herausgerettet haben, die uns zu einem großen wirtschaftlichen Erfolg geführt haben, die dazu führten, daß unser kleines Land ein stärkeres Wirtschaftswachstum hatte als alle anderen Industrieländer. Ich wiederhole es gerne: als alle anderen Industrieländer.

Daß wir eine geringere Inflationsrate haben als viele andere Staaten, daß wir die Vollbeschäftigung halten können, all das, geschätzte Damen und Herren, war nur möglich, weil es in Österreich einen Leistungswillen gab, weil es mehr - ich unterstreiche: mehr - Disziplin gab und weil die Menschen eher bereit waren, auch Risiken auf sich zu nehmen.

Was ich glaube feststellen zu können, ist die Geisteshaltung, kein Risiko zu übernehmen. Der Ausbund dieser ganzen Geisteshaltung ist zu sehen bei diesen 5 000 Menschen, die vor dem Bundeskanzleramt gegen die Kernkraftwerke demonstriert haben. Kein Risiko übernehmen.

Nichts darf passieren. 150 Prozent Sicherheit wird verlangt. Und Angst vor der Zukunft wird gemalen, Angst vor der weiteren Entwicklung, die auf uns zukommt, wo man gar nicht aussteigen kann. Jeder, der ehrlich bemüht ist in diesem Land, wird diese Ausführungen unterstreichen müssen.

Zu der Illusion, meine geschätzten Damen und Herren, weniger Arbeit, wie das eine politische Gruppe in einer politischen Partei meint: Viele reden schon wieder - es stehen ja Wahlen bevor: Landtage, Arbeiterkammer - von einer Arbeitszeitverkürzung. Ich als Gewerkschafter traue mir die Prognose abzugeben, daß wir uns diese nicht werden leisten können.

Ich glaube aber auch, daß eine Tendenz festzustellen ist, sich zurückzuziehen, womöglich von Anstrengungen nichts wissen zu wollen. Ich glaube, diese Geisteshaltung kann nur dann überwunden werden, wenn man nicht nur Gefahren sieht und versucht, die anderen Menschen mit diesen Gefahren zu konfrontieren, wenn man nicht nur das Negative sieht, wenn man sich nur erschöpft an Kritik an dem, was gut ist, und an allem, was zum Beispiel der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky mit dem Austro-Porsche-Werk und mit den Seilbahnen erleben mußte. All dies habe ich hier als „Schubladenpolitik“ deklariert, weil man sich Gedanken machen muß, wie die Zukunft aussehen wird.

Ich glaube, geschätzte Damen und Herren: Es ist nicht ideal, wenn man nur immer wieder nein sagt und jahrelang keine konkreten Vorschläge auf den Tisch legt. Wenn heute ein Taus-Papier auf den Tisch liegt und über dieses geredet werden soll, dann, glaube ich, kann man sich zu einem gegebenen Zeitpunkt darüber auseinandersetzen.

Ich sage: Zum Überleben ist auch ein unbedingter Wille zum Erfolg notwendig. Der muß aber geschaffen werden. Ich nenne Ihnen zum Abschluß nur ein einziges Beispiel, wohin dieser Geist des Negativismus hinführt.

Es ist heute die Bundesrepublik Deutschland angeführt worden. (*Bundesrat Bürkle: Mit Steuersenkungen!*) In der Bundesrepublik Deutschland war es soweit - und ich hoffe, daß es zur Gänze überwunden werden kann -, daß die Anstrengungen der Regierung, die Wirtschaft aus der Krise herauszuführen und 25 Milliarden auf verschiedenste Weise in diese Wirtschaft zu pumpen, gescheitert sind. Das ist aber hängengeblieben an dem Unmut der Bürgermeister - der Kollege Schickelgruber hat es hier zum Ausdruck gebracht -, weitere Verschuldungen auf sich zu nehmen, im Widerwillen der Manager, sich Risiken auf den

12376

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Hesoun

Hals zu hängen, in den Widerstandsbewegungen, angefangen vom Kohlenkraftwerk bis zum Kernkraftwerk, und schließlich auch in den Widerstandsbewegungen gegen Straßen, Brücken, Flugplätze, also in all dem, was ich mit dem Ausdruck „Populismus“ hier bezeichnen möchte.

Wir in Österreich konnten diese negative Einstellung - ich unterstreiche hier diese Neigungen, dieses Neinsagen, dieses Ablenken jeden Fortschrittes - von den Menschen am Arbeitsplatz fernhalten. Wir konnten unsere Arbeiterbewegung von seiten der Gewerkschaftsbewegung in dieser Richtung beeinflussen. (*Bundesrat Bürkle: Vergattern nach der Regierungspolitik?*) Wir haben sie nicht vergattert, Kollege Bürkle. Bei uns ist „Demokratie“ (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Diktatur der Mehrheit!*) noch immer etwas, was wir durch Taten bewiesen haben - ich habe schon davon gesprochen -, zu einer Zeit, wo andere, die sehr weit weg von diesen Ereignissen sich ein Urteil erlaubt haben, nicht direkt an der Front gestanden sind. Als Niederösterreicher kann ich sagen: Ich war zu dieser Zeit 20 Jahre, ich bin auch damals an der Front gestanden.

Ich möchte hier nur sagen: Wir müssen uns den dynamischen Faktor, den wir noch zum geringen Teil haben - das sage ich sehr offen -, erhalten. Wir müssen mit einer Kooperation aller rechnen können, nicht nur mit der Kooperation Regierung - Gewerkschaft, sondern mit einer Kooperation, wie es hier unser Kollege Bundesrat Schickelgruber zum Ausdruck gebracht hat. Auch das Land muß mehr als bisher in Erscheinung treten. (*Bundesrat Dr. Lichal: Na geh?*) „Na geh“, hat der Kollege Lichal gesagt. Na geh: In einem Land, wo das ganze Budget nur auf Subventionen aufgebaut ist, in einem Land, wo überhaupt keine Initiativen in der Industrie sichtbar sind? Im Koren-Plan, Herr Kollege Lichal, steht - wörtlich -: Industriepolitik. Sie können hier im Koren-Plan von 1968 nachlesen, wie Länder Industriepolitik unterstützen müßten und sollten. Hier liegt der Koren-Plan zur Einsicht für Sie bereit. (*Der Redner zeigt diese Broschüre vor. - Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich glaube, geschätzte Damen und Herren, abschließend sagen zu dürfen - ich hätte es nicht zum Ausdruck gebracht; aber wenn hier so viel politisiert wurde, ohne auf die Dinge einzugehen, erlaube ich mir, auch hier in diesem Schlußsatz diese Bemerkung -: Als die Sozialdemokraten ein armseliges Wien aus einem Großkaiserreich übernommen und in eine blühende Stadt verwandelt haben - so hat es Bundeskanzler Kreisky formuliert -, als die Sozialisten im Burgenland und in Kärnten die

Mehrheit bekommen haben, konnten sie bei jeder Wahl den Vertrauensbeweis nur erhöhen, weil ihre Leistung diesem Vertrauensbeweis vorangegangen ist.

Ich möchte noch eines hinzufügen: Als die Sozialistische Partei im Jahre 1970 zum ersten Mal in diesem Staat durch den Wählerwillen eine sozialistische Regierung installieren konnte, haben wir immer - und ich sage es sehr offen, wie es im Lied unserer Jugend zum Ausdruck kommt; wenn jemand das Lied nicht kennt, so bin ich gerne bereit, hier den Text vorzulesen (*Rufe bei der ÖVP: Vorsingen!*) - für diesen Staat gearbeitet.

Wir können daher mit Recht von uns sagen, geschätzte Damen und Herren, daß wir Sozialdemokraten das Bauvolk in dieser Republik waren, es sind und auch bleiben wollen. - Dankeschön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Als nächster zu Wort angemeldet ist der Herr Bundesrat Dr. Lichal. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. **Lichal** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Mit Genehmigung . . . Der Minister ist nicht mehr da, ihn kann ich nicht mehr ansprechen, er ist nicht mehr da. (*Bundesrat Schipani: Er ist schon noch da!*) Nein, die Frau Staatssekretär ist der Rest der Regierung.

Herr Vorsitzender! Mit Ihrer Genehmigung darf ich vielleicht jetzt zu einigen Ausführungen Stellung nehmen und hoffe, daß ich nicht eine Androhung mit einem Ruf zur Sache bekomme, wenn ich nicht ganz sachlich sein sollte, weil ich nur zu unsachlichen Ausführungen Stellung nehme. (*Bundesrat Schamberger: Er kriegt schon selber Angst!*) Ich werde daher versuchen, einige Diskussionsbeiträge doch zu besprechen, mit Ausnahme jenes Beitrages vom Kollegen Tirnthal, zu dem dann unser Klubobmann Professor Dr. Schambeck eine grundsätzliche Feststellung treffen wird.

Herr Kollege Schamberger! Gleich zu Beginn des heutigen Tages haben Sie unter anderem von einer Transparenz der Waffenverkäufe gesprochen. Es war ein bisschen kabarettistisch, in der Früh das zu sagen. Eine Partei spricht von der Transparenz der Waffenverkäufe, die einen Verteidigungsminister Lütgendorf gehabt hat mit seinem Freund Weichselbaumer, et cetera, et cetera. (*Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundesrates Schamberger.*) Ich glaube, Herr Kollege, Sie wollten nur schon in der Früh etwas Stimmung machen. Oder aber, Herr Kollege Schamberger, Sie wollten damit die Öffentlichkeit etwas verhöhnen. Aber nur Diffa-

Dr. Lichal

mierungen, die da auch angeklungen sind schon in der Früh, wissen Sie, sind kein Ersatz für ein fehlendes Argument.

Kollege Dr. Bösch hat festgestellt, daß unser Klubobmann Koren ein Dauerlamento betrieben hat und daß er immer von einem angeblichen Budgetchaos gesprochen hat. Also wenn das derzeitige Budget in Ordnung ist, dann kenne ich mich nimmermehr aus, wozu heute von Ihnen zehn Stunden ein Belastungspaket verteidigt wird, das den Österreichern wieder 15 Milliarden Schilling kostet. Wenn das Budget so in Ordnung ist, wie alle jetzt am Schluß festgestellt haben, darf ich dazu sagen, so schwarz konnte Koren gar nicht malen, als heute tatsächlich die Dinge stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun, Kollege Steinle - er ist wieder da - und Kollege Schmölz wegen des gestrigen Bundesvorstandes. Ich darf dazu eines feststellen: Ich war dort, aber euch dürfte - und der Kollege Seidl wird mich vielleicht unterstützen - entgangen sein, daß bei aller Ehrfurcht vor dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, bei aller Anerkennung der Stärke und des Mitspracherechtes in diesem Staate eines, meine Damen und Herren, gestern im Bundesvorstand nicht passiert ist: Es hat weder die Fraktion Christlicher Gewerkschafter noch die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter noch der gesamte ÖGB ein Belastungs- oder, wie Sie es nennen, Maßnahmenpaket beschlossen. Das hat der Nationalrat beschlossen und dort die sozialistische Fraktion allein, und heute wird der Einspruch der ÖVP-Fraktion gegen dieses Belastungspaket erfolgen. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Wenn Sie glauben, daß wir uns deshalb aufregen, haben Sie sich getäuscht!)*

Ich kann das nicht vorschreiben, Herr Kollege, warum man sich aufregen soll. Ich wollte nur klarstellen, daß diese Feststellung von vorhin, daß der ÖGB gestern das Paket einstimmig beschlossen hat, nicht den Tatsachen entspricht.

Und nun muß ich allgemein eines feststellen: Meine Damen und Herren! Ich habe ja für Ihre Lage vollstes Verständnis. Ich beneide Sie ja keine Minute. Sie müssen etwas verteidigen, Sie müssen eine Belastung, die Sie über die Österreicher nun wieder verfügen, verteidigen, gerade Sie, die mitgeholfen haben, noch im Jahre 1970, im Jahre 1971 und im Jahre 1975 den Österreichern das Paradies auf Erden zu versprechen. Ich muß also ehrlich sagen: Das Paradies schaut schön aus, wenn man die ganzen Ausführungen und die ganzen Belastungen, die man sich jetzt einfallen lassen muß, um halbwegs über die Runden zu kommen, betrachtet.

Herr Kollege Bürgermeister Schickelgruber hat von einer Zerrissenheit der ÖVP gesprochen. *(Bundesrat Schickelgruber: Wenn Sie mit den Leuten reden, werden Sie hören: Es soll nur so bleiben wie es ist!)* Herr Bürgermeister! Ich komme gleich dazu, ich bin dabei. - Sie haben von einer Zerrissenheit der ÖVP gesprochen, nicht? Na ja, bitte, ich meine, so einig wie die sozialistische Regierung sind wir auch noch, wo Benya etwas anderes sagt als Kreisky, wo Androsch die dritte Meinung vertritt *(Bundesrat Schipani: Das hätten ihr gerne! Das entspricht nicht den Tatsachen!)*, wo dann ein Staatssekretär als Gehilfe wieder gehen muß, weil er ganz etwas anderes gesagt hat, und der Kienzl wird halt dort auch noch ein bisserl in der Öffentlichkeit abgerieben. Also so einig, bitte, ist sich die ÖVP noch lange. Schauen sie einmal, daß Sie in Ihrer Regierung eine einheitliche Auffassung kriegen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bürgermeister Schickelgruber! Sie haben festgestellt: Der Lebensstandard in Österreich ist hoch. *(Bundesrat Schamberger: So hoch wie noch nie!)* Kein Wunder: Wir haben 25 Jahre, da heißt ein Vierteljahrhundert, einen ÖVP-Bundeskanzler gehabt. *(Beifall bei der ÖVP. - Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. - Bundesrat Schmölz: Viel zu lange!)* Und diese Grundlage haben Sie in nicht einmal 7 ½ Jahren zerstören können. *(Allgemeine Heiterkeit und neuerlicher Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Ihr träumt noch immer von den 25 Jahren!)* Jetzt dauert es nicht mehr lange, Kollege Schipani. Jetzt dauert es nicht mehr lange, jetzt haben wir die ärgsten Befürchtungen. Der Bogen ist überspannt. *(Bundesrat Hermine Kubanek: Herr Kollege! Wenn es so gut gegangen ist, warum hat Sie die Bevölkerung abgewählt?)*

Ja, ich kenne das Argument. Schauen Sie, Sie behaupten immer wieder: Wie war es zwischen 1966 und 1970? Was hat Ihr damals gemacht? Was hat die ÖVP gemacht? *(Bundesrat Schamberger: Das haben wir heute schon gehört: Um 40 S habt Ihr die Kinderbeihilfe erhöht! Eine Riesenleistung!)*

Ja, ich bitte Sie doch um Verständnis: Wenn Sie haargenau das gleiche machen oder es noch schlechter machen, dann hätte ja die Bevölkerung nicht Sie zu wählen brauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie sind angetreten und haben gesagt, Sie bauen das moderne Österreich. Sie haben gesagt, Sie führen die Leute in die Zukunft, ohne Steuern und ohne Abgabenerhöhung. Sie haben den rosaroten Hintergrund gezeichnet und die jungen Menschen, die nur fröhlich nach vorwärts drängen. Und die Bevölkerung hat halt Ihren Versprechungen

12378

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dr. Lichal

geglaubt, das sehe ich vollkommen ein. Nur: Das Erwachen aus diesem Traum wird fürchterlich.

Und jetzt möchte ich mich an den Herrn Bürgermeister wenden. (*Bundesrat Schickelgruber: Die betagten Menschen werden Ihnen bestätigen, daß es ihnen noch nie so gut gegangen ist wie jetzt! Der einzige Wunsch ist, daß es so bleibt, wie es jetzt ist!*)

Herr Bürgermeister! Damit es so bleibt, sind ein paar Voraussetzungen erforderlich, und da haben wir konkrete Vorschläge gemacht. Aber was Sie machen mit den zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft, mit der zusätzlichen Belastung der Bevölkerung ist sicher nicht der richtige Weg, daß es uns gut geht und daß es uns besser geht.

Herr Bürgermeister! Sie haben bitte zu dem Spitalsproblem im Rahmen des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes oder -Erhöhungsgesetzes heute Stellung genommen. Herr Bürgermeister! Sie haben einiges gesagt, ja. Aber ich muß ganz ehrlich sagen: Sie haben einen Eindruck hinterlassen, als ob das Bundesland Niederösterreich für die Gesundheit nichts täte, sondern nur der Bund. Sie haben das dann auch ausgedrückt, so irgendwie: Die Gesundheit muß uns allen etwas wert sein!, Sie haben die Gesundheit in den Vordergrund gestellt. Ja, ich sehe Ihre Sorge bei Ihrem Spitalsbau und bei der Erhaltung des Spitals als Spitalgemeinde St. Pölten voll und ganz ein.

Aber bitte, um der Wahrheit die Ehre zu geben: Von Ihren Baukosten von der ersten Etappe, von den 525 Millionen, berappt einmal das Land Niederösterreich, das nach Kollegen Hesoun überhaupt keine Aktivitäten setzt, 60 Prozent (*Bundesrat Schamberger: Das ist ohnehin Aufgabe des Landes!*), und das sind mehr als 300 Millionen Schilling. (*Hört! - Hört! - Rufe bei der ÖVP.*) Und der NÖKAS, der niederösterreichische Krankenanstaltensprengel, zahlt 20 Prozent. Das sind die Gemeinden rundherum. Und die anderen 20 Prozent zahlt St. Pölten. (*Bundesrat Schickelgruber: Von den Patienten sind 70 Prozent aus Niederösterreich, nicht aus St. Pölten!*) Ja.

Aber wenn Sie das von der Gesundheit immer gesagt haben, ja bitte, dann sagen sie das dem Herrn Finanzminister oder sagen sie der Frau Staatssekretär, sie soll es der Frau Gesundheitsminister Leodolter sagen, daß ihr vom Bund auch etwas dazubekommt, nicht vielleicht nur 20 Millionen bei einer Baukostensumme von 500 Millionen oder von einer Milliarde, wenn es dann fertig ist. Bitte setzen Sie sich doch in den eigenen Reihen durch. Aber Sie können doch nicht alles so hinstellen: Es geschieht nichts und das Land und die Gemeinden haben die meisten Belastungen zu tragen.

Und das gleiche, Kollege Hesoun, ist noch zu dem Beschluß des Landtages von 60 Prozent auf 80 Prozent und so weiter zu sagen. Sehen Sie, es ist ja interessant, meine Damen und Herren, wenn Sie heute in der Öffentlichkeit jemanden fragen, einen Arbeitnehmer: Wenn du ins Spital kommst, wer zahlt dir denn das?, dann wird er voraussichtlich darauf antworten: Meine Krankenkasse. In vollkommener Verkennung der Situation, denn diese Krankenkasse zahlt ihm nur einen Teil, und den anderen Teil zahlt wieder das Land, zahlt wieder die Gemeinde und zum kleinen Teil auch der Bund. Aber der Eindruck in der Öffentlichkeit, jeder ist versichert, es kann ihm ja gar nichts passieren, und niemand braucht dazuzahlen, der ist ja falsch, denn 40 Prozent des Abganges werden aufgeteilt auf Bund, Länder und Gemeinde. Und der Bund ist hinuntergegangen auf die 18,75 Prozent.

Als dann ein Land sagte, Kärnten - wo sind die Kärntner Bundesräte Ihrer Fraktion? -, bitte schön, es muß die Krankenkasse, der Sozialversicherungsträger mehr zahlen, da war es auf einmal in Ordnung, da hat man es verteidigt (*Bundesrat Hesoun: Nie!*) und hat gesagt: Na ja, warum nicht? Und als dann das Bundesland Niederösterreich das gleiche getan hat, war der Teufel los, war die Verteufelung vorhanden, daß man hier die Arbeitnehmer, die Versicherten zusätzlich belastet.

Stellen wir eines fest, und das ist verfassungsrechtlich, und das war zuerst mein Einwand, Herr Bürgermeister: Für die Dotierung der Sozialversicherungsträger ist nach der Bundesverfassung noch immer der Bund zuständig, und für die Abgänge in den Spitälern zahlen wir alle zusammen, das Land und die Gemeinde. Stellen wir die Dinge ins richtige Lot, wie es auch richtig ist, um einen falschen Eindruck zu vermeiden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Lustig war heute auch ein Ausspruch, daß die Meldungen, die mit der ÖVP identifiziert wurden - na klar, was soll man denn sonst sagen von den Geldschwierigkeiten? - sofort zu einem massenweisen Devisenabfluß ins Ausland geführt haben. (*Ruf bei der SPÖ: Eh war!*) Der Redner, der das gesagt hat, muß ganz vergessen haben, daß wir in Österreich die schärfsten Bestimmungen für einen Devisenabfluß besitzen und es gar nicht möglich ist (*Bundesrat Schipani: Bei den Multis schon!*), im Gegensatz zu allen anderen Ländern in Europa, daß von hier im größeren Ausmaß Devisen ohne Genehmigung der Notenbank ins Ausland gehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Fragen Sie einmal den Kollegen Kienzl, vielleicht kann der etwas dazu sagen. (*Bundes-*

Dr. Lichal

rat Bürkle: Die verstaatlichten Großbanken...!)

Kollege Hesoun, zum Schluß möchte ich nur zu einem Stellung nehmen, und zwar zu Ihrer Behauptung: In Niederösterreich habe der Finanzreferent auf Grund der guten Politik des Herrn Finanzministers die Schulden abbauen können.

Ich würde es anders formulieren, und zwar: Warum war es Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig als Finanzreferenten von Niederösterreich möglich, in den letzten Jahren einen Schuldenabbau vorzunehmen! - Einmal deshalb, weil er sich nicht an die Prophezeihungen Ihres Finanzministers gehalten hat, denn der hat bis heuer im Frühjahr gesagt: Es ist alles in Ordnung, Herr Graf, bitte schön - das hat er auch dem Bundeskanzler gesagt -, und jetzt auf einmal ist das Schloß abgebrannt, wie das schöne Lied vom Heinz Conrads geht. Jahrelang war alles in Ordnung! (*Zustimmung bei der ÖVP. - Bundesrat Hesoun: Das Notopfer vom Koren...!*) Na warten Sie ein bisserl, eines nach dem anderen!

Ludwig hat die Schulden verringert, das ist richtig. Er hat also trotz des Finanzministers Androsch eine gute Finanzpolitik gemacht. Und das ist beachtlich! (*Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Nicht sagen: „Trotz“! Weill!*)

Ich kann mich ja noch erinnern, wie der Klubobmann der Sozialistischen Partei im Niederösterreichischen Landtag, der Abgeordnete Brezovszky, in einer Rede erklärt hat: Siegfried, hat er gesagt - Siegfried Ludwig heißt der Landesfinanzreferent, er hat ihn verglichen und hat festgestellt -, Siegfried mit der leeren Tasche! (*Heiterkeit bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Das war unter der ÖVP!*) Und den Androsch hat euer Klubobmann genannt: Hannes, der Münzreiche. (*Neuerliche Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Der Reichtum dürfte dem Finanzminister in der letzten Zeit stark verlorengegangen sein, so münzreich dürfte er nicht mehr sein, wie er es noch vor einem Jahr gewesen ist. (*Bundesrat Schipani: Das ist klar: Wenn er dem Siegfried mit der leeren Tasche Geld gibt, muß es weniger werden!*)

Und nun ein Wort zum Demokratieverständnis. Kollege Hesoun, Arbeiterkammerpräsident von Niederösterreich, Gewerkschafter: Bekenntnis zur Gewerkschaft, Bekenntnis zur Demokratie - das ist schön, das höre ich gerne. Ich darf nur bitten, Herr Präsident, allen Einfluß geltend zu machen, daß im Bezirk Zwettl des Bundeslandes Niederösterreich, wo seit geraumer Zeit eine FCG-Mehrheit besteht, endlich einmal ein Bezirksexekutivetag der Gewerkschaft durchge-

führt wird, damit dieser Änderung der Mehrheitsverhältnisse auch in den Organen Rechnung getragen werden kann! Und bitte, die sozialistischen Gewerkschafter darauf aufmerksam zu machen, daß sie dort endlich einmal dieses Demokratieverständnis, das hier verbal an den Tag gelegt wurde, auch in die Wirklichkeit umsetzen! (*Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundesrates Rosa Heinz.*)

Zu den Bemerkungen, Sozialisten haben ein armseliges Wien schön gemacht. Na ja, das ist natürlich ein Witz. Aber bitte, da wurde schon sehr viel gesagt: Bauring -, wenn man das alles wiederholen würde -, die ganz moderne Wasserleitung, die wir jetzt haben, und das Gasrohrnetz. Das haben alles die Sozialisten gemacht.

Ich kann mich nur erinnern: Etwas ist schon gemacht worden in der letzten Zeit von der kommunalen Verwaltung, das ist aber auch schon wieder zusammengebrochen oder gesperrt, und das ist das Weststadion. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Es hat nur kurz überlebt. Aber die alte Gasleitung, ich glaube, die ist aus dem „armseligen“ Wien vor langer Zeit, von dem Wien heute noch existiert und die Bevölkerung noch den Nutzen hat! (*Heiterkeit bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Die zittert genauso wie Sie!*) Ja dann gehört es einmal gemacht.

Meine Damen und Herren! Es wurde ja sehr viel gesagt, aber es ist auch vieles wert, wiederholt zu werden. Der Sickerprozeß ist ja immer verschieden und manchmal sehr lang.

Es wurde unter anderem auch festgestellt, daß dieses Budgetdefizit eklatant groß ist. Das ist ja auch die Begründung für den heutigen Antrag, daß man hier eine Entlastung beim Budget bringt. (*Bundesrat Schipani: In Relation zum Bruttonationalprodukt stellen, bitte!*)

Und es ist tatsächlich so. Ich darf Ihnen ganz kurz noch vielleicht diese graphische Tabelle zeigen. Da sieht man nämlich die Spitzen. (*Redner hält die Tabelle hoch.*) Das hellgraue mit den niederen Werten ist die „schlechte Zeit“ der ÖVP-Regierung. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Die Spitzen und das Schwarze hier, graphisch, ist die „gute Zeit“ der Sozialisten mit dem dreifachen Defezit und mit der dreifachen oder vierfachen Verschuldung. Hier sieht man es sehr gut. Es hat also tatsächlich eine Explosion gegeben, Kollege... (*Zwischenruf bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Nur keine Halbwahrheiten! Bringen sie doch den Vergleich mit dem anderen!*) Was soll ich für einen Vergleich bringen? Ich spreche jetzt vom Budgetdefizit. (*Bundesrat Schamberger: Demagogische Halbwahrheiten!*)

Gut, ich bringe einen Vergleich, einverstan-

12380

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dr. Lichal

den. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Im Jahr 1969 war die Staatsschuld 60,5 Milliarden, Ende 1976 war sie 198,6 Milliarden. Das ist ein Vergleich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Defizit des Bundeshaushaltes war 1969 7,2 Milliarden hoch, jetzt beträgt es 46 Milliarden. Auch ein Vergleich. - Bitte, ich vergleiche nur Gleiches mit Gleichem und nicht, wie Sie wollen, Äpfel mit Birnen! Das mache ich nicht. (*Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wir sehen also, daß das Budgetdefizit ... (*Bundesrat Rosa Heinz: ... Bruttonationalprodukt!*) Kommt schon. Danke für den Hinweis, ich werde mich gleich damit beschäftigen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es gibt also ein Budgetdefizit, es gibt eine exorbitante Verschuldung. Wir haben vom Handelsbilanzdefizit und von den Schwierigkeiten bei der Zahlungsbilanz gehört. Das sind alles die Gründe, warum Sie heute der Bevölkerung diese Belastung zumuten, wenn ich das richtig verstanden habe. (*Zwischenrufe.*) Es haben ja acht Redner von Ihnen das immer behauptet, so werde ich auch noch sagen dürfen, wenn es acht andere sagen, wie es aussieht. Warum soll ich das nicht sagen dürfen?

Und sehen Sie - das ist ja nur das Nette -, der Bundeskanzler hat gesagt: Wir haben Österreich auf die Überholspur gebracht. Er hat recht, bitte. Er hat recht, ich bestätige es: Beim Budgetdefizit, bei der Verschuldung, beim Handelsbilanzdefizit und bei der Zahlungsbilanz sind wir auf der Überholspur! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und die Situation mit der Verschuldung ist ja tatsächlich nicht so rosig; ich glaube, das hat heute noch gar niemand gesagt. (*Bundesrat Schamberger: Die Aussage ist nicht ernst zu nehmen!*) Wir brauchen für Zinsen und Tilgung der Auslandsschulden - schade, daß der Herr Finanzminister nicht mehr da ist, aber das wird ja schon Allgemeingut geworden sein -, 31 Milliarden Schilling. In einem Jahr. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) In einem Jahr, bitte. Ja, man glaubt es nicht. Ich glaube es Ihnen, Herr Kollege, ich habe es auch nicht geglaubt. Aber es ist so.

Wir brauchen also täglich 85 Millionen Schilling für die Annuität. Und wir benötigen täglich 40 Millionen Schilling - täglich 40 Millionen Schilling! - für die Zinsen und Spesen für unsere Auslandsverpflichtungen. Das sind umgerechnet täglich 807 Mittelklassewagen - weil wir jetzt immer sosehr von Autos reden - oder 85 Eigenheime, die man täglich um dieses Geld errichten könnte.

Das sind also Größenordnungen, die bestimmt

nicht lustig sind. (*Bundesrat Schamberger: Und den Gegenwert nennen Sie nicht?*) Wir stellen es fest. Das hat - ich weiß nicht - der Kollege Hesoun gesagt: Es wird nichts beschönigt. Auch die Gewerkschafter sagen es ja. Und die Ziffern stammen ja zum Teil auch aus dem ÖGB-Vorstand, dort hat es Präsident Benya erklärt. Warum sollen auf einmal die Ziffern nicht stimmen?

Wir haben das Handelsbilanzdefizit: 1974 32,7 Milliarden, ist gesagt worden, 1976 bereits 53,2 Milliarden, Prognose 1977 71 Milliarden.

Wir haben die Dienstleistungsbilanz 1974 mit 72,4 (*Bundesrat Schipani: Und deshalb sind diese Maßnahmen notwendig!*) - ja, Moment - und 1976 mit 25,2. Das heißt, mit den Überschüssen, die wir aus dem Fremdenverkehr sonst erzielt hatten, um unser Defizit in der Handelsbilanz abzudecken, konnten wir im Jahre 1976 nur noch die Hälfte, als knapp 50 Prozent, abdecken.

Und die Prognose ist nicht rosig, wenn man gelesen hat, daß im Juli - bitte: im Spitzenmonat des Fremdenverkehrs immerhin! - in Österreich in diesem Jahr im Gegensatz zum Vorjahr, wo es noch einen Überschuß von 500 Millionen Schilling gegeben hat, heuer eine Negativbilanz von 822 Millionen festzustellen war. (*Zwischenruf des Bundesrates Bürkle.*) Die Differenz sind 1,3 Milliarden Schilling. Also wenn wir schon bei dem Fremdenverkehr die Gelder nicht mehr einnehmen, damit wir das andere zahlen, ist das wirklich besorgniserregend, wirklich besorgniserregend!

Nur eines - und dagegen wehren wir uns -: Und was sagen Sie? - Schuld sind alle anderen, nur wir nicht! (*Heiterkeit bei der ÖVP. - Bundesrat Schamberger: Schon wieder eine Demagogie!*) Und das ist nicht möglich! Sie haben die Regierungsverantwortung, und daher sind Sie auch schuld daran. (*Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundesrates Schamberger.*)

Man muß einmal zur Kenntnis nehmen: Wir haben in Österreich eine strukturell passive Handelsbilanz, das heißt, wir müssen immer mehr Waren aus dem Ausland einführen, als wir ins Ausland exportieren können. (*Bundesrat Schipani: Wer produziert die Waren, Herr Kollege, bitte? Die Bundesregierung, oder ...?*) Das ist strukturell bedingt. Das Geld dafür - Moment! - haben wir uns immer aus den Überschüssen aus dem Fremdenverkehr beschafft. So hat es dann immer eine halbwegs ausgeglichene Zahlungsbilanz gegeben; ganz genau kann man es nicht planen: Einmal so und einmal so. (*Bundesrat Schipani: „Kauft österreichische Waren!“ muß der Slogan heißen! Nur*

Dr. Lichal

darf das nicht Slogan bleiben, sondern muß zur Tatsache werden!)

Aber nun, bitte, kann man doch nicht feststellen: Das ist etwas ganz Neues, und jetzt sind überhaupt nur die Leute daran schuld! – Wir haben immer diese strukturell passive Handelsbilanz gehabt, auch unter der ÖVP-Regierung eine strukturell passive Handelsbilanz.

Denn eines steht fest, meine Damen und Herren: Heute sind auf einmal die Autokäufer die Schuldigen, weil sie ihr Auto im Ausland kaufen. Auch unter der ÖVP-Regierung ist das Auto nicht in Wastl am Wald gekauft und erzeugt worden, sondern es ist auch im Ausland gekauft worden! (*Bundesrat Schipani: War doch nur Geld für Erdäpfel da! – Bundesrat Schamberger: Haben es sich die Leute nicht leisten können! – Bundesrat Schipani: Haben Sie die Arbeiter nichts verdienen lassen!)* Also es hat auch damals keine „Steyr-Babies“ gegeben, es hat allerdings auch kein Projekt des Austro-Porsche gegeben. Das heißt, die Autokäufer ... (*Bundesrat Schamberger: Bleiben Sie bei der Wahrheit jetzt!)*

Darf ich Ihnen noch ein Beispiel bringen, Herr Kollege Schamberger. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Wenn wir einen Tee trinken wollen, so müssen wir ihn im Ausland kaufen (*Bundesrat Schipani: Probieren wir es, vielleicht wächst er bei uns auch!)*, bei uns wächst er halt nicht. Wenn wir Kaffee trinken wollen, müssen wir ihn im Ausland kaufen, weil bei uns wächst er nicht. Und wenn wir Bananen essen wollen, müssen wir sie auch im Ausland kaufen, denn die einzigen Bananen in Österreich wachsen im Palmenhaus in Schönbrunn, und das ist auch schon wegen Baufähigkeit zugesperrt. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. – Bundesrat Schipani: Aber wir kaufen auch um 15 Milliarden Schilling Textilien im Ausland!)*

Nun führen Sie auf der einen Seite den Kampf gegen das Auto, auf der anderen Seite haben Sie das Projekt Austro-Porsche.

Das war ja auch fast kabarettistisch. Man muß sagen: Des Bundeskanzlers liebstes Spielzeug – der Austro-Porsche! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das ist so, wie wenn am Sonntag ein Bub vor der verschlossenen Auslage steht und sagt: Dieses Match-box-Auto will ich!, und das Rollo ist herunter, er kann es also nicht haben. Und so geht es auch da beim Porsche.

Aber bitte, ich habe gehört, daß man das schon zur Kenntnis nimmt, jetzt verhandelt man mit einer japanischen Firma, mit Mitsubischi. Also dann wird vielleicht der Wagen nicht „Austro-Porsche“, sondern „Austro-Bischi“ heißen. (*Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Bundesrates Scham-*

berger. – Bundesrat Schipani: Sie kommen sich als Hofrat dabei noch ganz gut vor! Da muß man sagen: Danke schön!, und Hut ab!, Herr Hofrat! – Bundesrat Schamberger: Typisch ÖVP! – Gegenrufe bei der ÖVP.) Darf ich jetzt vielleicht ein paar Ziffern nennen, ein paar Ziffern, weil es heißt, der Devisenabfluß für Pkw sei so gigantisch. (*Bundesrat Schipani: „Es lebe Österreich!“ kann man da nur sagen! „Austro-Bischi!“ Das muß man sich merken, Herr Hofrat!)* Ja die Firma heißt ja Mitsubischi, ich kann nichts dafür. Die Firma heißt sol (*Bundesrat Schipani: Aber nicht „Austro-Bischi!“!*) Bitte, ich habe die Firma nicht erfunden! Sie heißt – schreiben Sie es sich auf – Mitsubischi! Ich kann sie ja noch nennen, wenn ich weiß, wie sie heißt! Nicht? – Also! (*Bundesrat Schipani: Ihr Demokratieverständnis und Ihre Österreich-Liebe...! Da sage ich: Recht herzlichen Dank! Irgendwann hört sich der Spaß auf!)*

Am gesamten Import nehmen die Pkw 14,6 Milliarden Schilling ein. (*Bundesrat Czerwenka: Herr Kollege! Sind Sie Redner oder Kabarettist? – Heiterkeit.*) Was ich bin, das überlassen Sie mir. Herr Kollege Czerwenka! Es spricht jeder, wie er kann. Jeder kann nicht so wie der Timthal sein! (*Lebhafte Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Und ich glaube, daß meine Art noch immer die vernünftigere ist – in aller Freundschaft.

Wir haben also den Pkw. – Aber die Zahlen darf ich schon sagen. Die Zahlen sind überall gleich. – 14,6 Milliarden Schilling.

Bei Maschinen ist das aber wesentlich mehr – das heißt, daß wir gegenüber dem Ausland nicht konkurrenzfähig sind –: 24,17 Milliarden Schilling.

Halb- und Fertigwaren: 39,75 Milliarden Schilling.

Energie: 25,2 Milliarden Schilling.

Ich möchte das nur nochmals wiederholen, weil es nicht stimmt, daß der „böse“ Autokäufer durch seine Kaufwut bei den Autos die ganze Zahlungsbilanz ruiniert. Da gibt es andere wirtschaftliche Schwierigkeiten, meine Damen und Herren (*Bundesrat Schamberger: Ist schon wieder eine Halbwahrheit!)*, die aus diesen Zahlen leicht zu erkennen sind.

Eines ist Ihnen gelungen. Sie wollen jetzt das Ganze durch Belastungen sanieren, unter anderem durch eine Luxussteuer, durch einen erhöhten Mehrwertsteuersatz. Ich darf also feststellen: Das Auto ist nunmehr in Ihren Augen ein Luxus geworden, weil es mit diesem erhöhten Mehrwertsteuersatz belastet ist.

Ich darf die niederösterreichischen Bundes-

12382

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dr. Lichal

räte fragen: Stimmt es, daß für den Arbeitnehmer, den Sie ja so verteidigen, Kollege Hesoun, in Rauchenwarth oder nördlich von Stockerau oder nördlich von Korneuburg und in vielen anderen Gegenden Niederösterreichs, der in der Früh zur Arbeit fahren will, das Auto ein reiner Luxusgegenstand ist, oder kommt er sonst gar nicht an seinen Arbeitsplatz, wenn er kein eigenes Fahrzeug hat?, also gerade den Arbeitnehmer, gerade denjenigen, den Sie immer besonders zu schützen vorgeben, trifft mit voller Wucht die Härte dieser Luxussteuer! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und in der Tabelle ... *(Bundesrat Schamberger: Die Tränen kommen einem!)* Ja, Sie können weinen. Wenn Sie es ehrlich meinen, müssen Sie wirklich weinen. *(Bundesrat Schamberger: Dabei hat es in Niederösterreich das niedrigste Lohnniveau! - Zwischenruf des Bundesrates Bürkle.)*

Wenn Sie sich die Liste anschauen: Was ist alles Luxus?

Photoartikel und Filme sind jetzt Luxus geworden. Das heißt also, ein Kinderbild ist in Zukunft eine Luxusangelegenheit. Das ist das Paradies auf Erden!

Parfums und Kölnischwasser sind Luxus geworden, wahrscheinlich unter dem Schlachtruf: Zurück zur Schichtseife! *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Autoradios sind Luxus geworden. Ein Wetterbericht - manche brauchen das beruflich - ist bereits Luxus. *(Bundesrat Schipani: Stereo-Anlagen!)* Edelsteine, Schmucksteine und Juwelierwaren: Da kann man natürlich verschiedener Meinung sein, wo der Luxus beginnt und wo er aufhört. *(Bundesrat Schipani: Für Sie ist es kein Luxus mehr! Als Hofrat in Niederösterreich können Sie das wahrscheinlich kaufen!)*

Gold- und Silberwaren sind also Luxus; das heißt, daß das Taufkettel für den Täufling in Zukunft Luxus ist.

Weil ich so direkt angesprochen wurde - ich bitte, das nicht böse zu verstehen, wirklich nicht böse -: Meine Damen, meine Kolleginnen der sozialistischen Fraktion: Blicken sie einmal auf Ihre Hände *(Ruf bei der SPÖ, die Hände zeigend: Na bittel!)*, beachten Sie Ihre Finger, sie sind gold-, silber- und edelsteingeschmückt. Sie sind also nach Meinung des Finanzministers alle schon Luxusweibchen geworden! *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundesrates Rosa Heinz.)* Aber nein, Frau Kollegin, wenn es als Luxus bezeichnet ist, dann ist es auch ein Luxus. *(Bundesrat Rosa Heinz: Das kann sich nur ein Hofrat erlauben! Ich komme von den Tramwayern, aber so etwas erlaubt sich ein gewöhnlicher Arbeiter nicht! - Ruf bei der SPÖ: Primitiv!*

Bundesrat Rosa Heinz: Ich habe mir das in 25jähriger Arbeit erarbeitet!) Das sagen Sie dem Finanzminister, nicht mir, ich bin Ihnen nicht neidig, Frau Kollegin! Halt! Halt! Irrtum! Nicht wir sind Ihnen neidig, die Regierung macht es zum Luxus! Nicht wir, sondern Sie machen es zum Luxus! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wir sind ja dagegen!

Um es noch einmal richtig festzustellen: Nicht die Sachen umkehren! Diese Vorlage ist allein von der Sozialistischen Partei im Nationalrat beschlossen worden und von niemandem anderen. *(Zwischenruf des Bundesrates Schipani.)* Also dann nicht sagen, daß wir jemandem etwas neiden! Wir haben uns immer zum Eigentum bekannt, Frau Kollegin, im Gegensatz zu anderen.

Wir glauben also insgesamt, alles in allem, daß das der falsche Weg ist, den Sie einschlagen, daß man nicht wirtschaftliche Schwierigkeiten mit einer Belastung der Bevölkerung beseitigen kann. So wird es ganz einfach nicht gehen.

Es wurde heute schon gesagt, daß ein Konzept von der Österreichischen Volkspartei über die Arbeitsplatzsicherung da ist. Das wurde natürlich in Bausch und Bogen, weil es von der Opposition kommt, zur Seite geschoben. *(Bundesrat Schipani: Husch-Pfusch, haben wir auch schon gesagt!)* Da sagt man, das brauchen wir nicht, wir sind eh die Gescheiterten. Ja bitte, man kann es nicht verhindern, solange Sie die Mehrheit haben. Wir können nur warnen, daß das der falsche Weg ist, daß das keine richtige und keine gesunde Wirtschaftspolitik ist.

Und wenn man den Menschen alles wegnimmt, dann kommen wir zur Taschengeldgesellschaft. Dann nimmt ihm der Staat das gesamte erarbeitete Einkommen weg und gibt ihm ein kleines Taschengeld, damit er sich eine Schokolade kaufen kann, wie bei einem Kind. Und das wollen wir nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und geben Sie einmal zu bitte - das wird das wichtigste sein -, daß Sie heute vor den Trümmern Ihrer Utopien stehen. Sie haben vielleicht im Jahre 1970 und 1971 selber geglaubt, es genügt, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sozialistisch wählt, und das Paradies auf Erden ist verwirklicht. Und heute schlagen Sie sich mit den gleichen Problemen herum, mit denen sich jede Regierung herum-schlagen muß *(Bundesrat Schipani: Nur besser als Sie, und das ist der Unterschied!)*: mit der Zahlungsbilanz, mit der Währungsparität, mit der Handelsbilanz und mit all jenen Dingen. Nur mit einem Unterschied: Sie haben sie nicht im Griff. *(Bundesrat Schipani: Besser als Sie, und das ist der Unterschied, und das tut euch weh!)* Und deshalb können wir natürlich diesen

Dr. Lichal

Maßnahmen, diesem Belastungskatalog, den Sie jetzt als vierte Welle über die Bevölkerung drüberschwappen lassen, nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Bundesrat Liebl. Ich erteile ihr das Wort.

Bundesrat Otilie Liebl (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Staatssekretär! Hohes Haus! Wir haben heute von unseren Vorrednern Sprichwörter gehört. Ich darf mich anschließen, ich möchte das Sprichwort: „Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es zurück!“ anbringen. *(Bundesrat Hermine Kubanek: Das gilt genauso für Ihre Fraktion!)*

Auch ich kann es Ihnen nicht ersparen, einige Feststellungen zu treffen, denn die provokanten Äußerungen dürfen nicht widerspruchslos entgegengenommen werden, und ich danke dem Kollegen, der sehr wohl diese Widersprüche aufgezeigt hat. Mir bleiben nur noch einige wenige, die ich aber dennoch erwähnen muß.

Einer der Herren hat festgestellt, daß die FCG-Betriebsräte und Funktionäre Parteimitglieder sein müssen oder daß sie das tun müssen oder sollten, was die Partei ihnen vorschreibt. Darf ich feststellen: Das ist unrichtig. *(Bundesrat Windsteig: Das ist ja da herinnen nicht gesagt worden!)* Das ist aus den Worten einiger Vorredner hervorgegangen. Darf ich feststellen, daß in diesem Hohen Haus außer sozialistischen Gewerkschaftern auch Gewerkschafter der Christlichen Fraktion sind *(Beifall bei der ÖVP)*, und wir freuen uns und wir sind stolz, daß wir vom ÖAAB und von der Christlichen Fraktion die Arbeitnehmerinteressen wirkungsvoller vertreten können als die Kollegen der sozialistischen Fraktion *(lebhafteste Zustimmung bei der ÖVP)*, denn sonst wäre es nicht möglich, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, daß sie Steigbügelhalter *(Ruf bei der SPÖ: ... vom FCG!)* – nein – der Regierung sind.

Im Gegensatz zu den sozialistischen Gewerkschaftern – meine Herren, das wissen Sie genauso gut wie ich –, und zwar in Ihrem Parteibuch, ich habe noch eines vom Jahr 1958 zur Verfügung, steht es wortwörtlich drinnen. *(Bundesrat Schamberger: Sie hat noch eines von uns!)*

In Ihrem Parteibuch, in Ihrem Parteiprogramm – ich bringe Ihnen nächstesmal ein solches mit – steht – und hören Sie –: Es dürfen Betriebsräte nur die der sozialistischen Fraktion werden, und zwar diese, die der Sozialistischen Partei angehören, die Funktionäre sind, und die die Interessen der Sozialistischen Partei in den Betrieben vertreten.

Meine Damen und Herren! Wo ist jetzt die Parteipolitik, die Sie uns vorwerfen, daß wir sie machen! Wer macht sie im ÖGB: die Sozialisten oder die Christliche Fraktion? *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Es ist nicht das erstmal: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Das erleben wir in diesem Hohen Haus immer wieder. Aber eines, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion: Seit wann sind sie so mimosenhaft? Das war doch früher nicht der Fall. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Und zu gleicher Zeit, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, machen Sie beinharte Gesetze, die die Bevölkerung belasten.

Wir sehen, wie emotionsgeladen die heutige Debatte vor sich geht. Aber harte Worte gehören zum Wesen einer Demokratie.

Persönliche Diffamierungen gehören leider nicht zum Stil eines ernst zu nehmenden Parlamentariers. *(Bundesrat Schamberger: Sagen Sie das dem Heinzinger! – Bundesrat Schipani: Das haben wir heute gehört!)* Ebenso wenig ernst sind die Belehrungen des Kollegen Dr. Bösch zu nehmen.

Zweifellos ist es nicht die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu loben. Auch Sie haben es nie getan. Aber auf keinen Fall dürfen Gewerkschafter der Regierung die Stützmauer machen.

Die Ausführungen des Gewerkschaftskollegen Steinle bezüglich des ÖGB-Bundesvorstandes, die Unterstellung, um Gassner zu diffamieren, finde ich ungeheuerlich. *(Bundesrat Steinle: Ich habe niemandem etwas unterstellt! Das steht auch in der Zeitung!)*

Ich danke dem Kollegen Lichal und dem Kollegen Heinzinger für die Richtigstellungen in diesem Raum. Aussprüche wie „Janusköpfe“, „Scheinheiligkeit“, „Polemik“, „Obstruktion“, sind Ausdrücke, die besser nicht gesagt worden wären. *(Bundesrat Schipani: Die sind ja noch harmlos gewesen!)*

Gestatten Sie mir aber, meine Herren, einige Zitate Ihrer Spitzenfunktionäre aufzuzeigen, die während der ÖVP-Alleinregierung von Ihnen gesagt wurden. Würden Sie nicht mit zweierlei Maß messen, müßten Sie vor so einer Überheblichkeit und Dreistigkeit erschauern. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Lesen Sie bitte in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 26. 4. 1968 nach, und zwar Häuser: „Erkennt eure Feinde, klärt alle Berufskollegen, die die Machenschaften der ÖVP-Regierung noch nicht durchschaut haben, auf und bereitet schon jetzt den Tag der Abrechnung, den Wahltag vor.“

12384

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Ottlie Liebl

Kreisky, bei der Wiener Maifeier 1967: „Wir alle wollen, daß es nie wieder so kommt, wie es in den dreißiger Jahren war, und darum verfolgen wir die Politik der ÖVP-Regierung mit solcher Besorgnis. In dieser Regierung herrscht ein gefährlicher reaktionärer Geist, diese Regierung hat in einem einzigen Jahr Amtszeit die Privilegien der Reichen noch mehr vergrößert und die Ausbeutung der arbeitenden Menschen verstärkt.“

Meine Frage an die Bundesregierung: Welcher Geist herrscht heute in dieser Bundesregierung? (*Bundesrat Schamberger: Modern und fortschrittlich!*) Ich hoffe, kein Ungeist.

Wenn man das liest: „Die Spitzenpolitiker der ÖVP sind Reaktionäre, Bankrotteure, Verleumder, Wadlbeißer, Mystiker und Gesundheitsbeter der Wirtschaft, die sich Astrologen halten, Faschisten und Halbfaschisten, die den Fortschritt blockieren, kein Herz für die Witwen und Rentner haben, die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährden und vor allem junge Menschen benachteiligen.“ Bitte, lesen Sie das doch nach in der „Arbeiter-Zeitung“, das ist ja nicht gelogen, das ist ja nicht erfunden. Das haben doch Sie alles vorgeführt.

Und dann, meine Damen und Herren, damals – und da darf ich auch Sie, Frau Kollegin Demuth, nennen, auch Sie waren mit dabei –, bei einer dreiprozentigen Preissteigerung während der ÖVP-Alleinregierung haben die sozialistischen Frauen die ÖVP-Regierung aufgefordert zurückzutreten. (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Weil die Löhne nicht gestiegen sind! Das war eine gute Idee, die Aufforderung!*)

Wir Frauen der Österreichischen Volkspartei beeinspruchen dieses sogenannte Maßnahmenpaket. Es ist ein Belastungspaket. Denn heute ist es nicht mehr modern zu sagen, arbeitslos zu sein. Es klingt besser und schöner, zu sagen, sie werden freigesetzt, als sie sind arbeitslos.

Wir werden dieses Gesetz nicht nur beeinspruchen, wir werden nein zu diesem Belastungspaket sagen, und ich bin überzeugt, daß Sie wieder, wie schon so oft, mit einer hauchdünnen Mehrheit beschließen werden (*Bundesrat Hermine Kubanek: Aber Ihre Mehrheit war auch nicht größer!*), daß doch diese Belastung auf alle Österreicher zukommt. Aber es trifft Sie genauso wie uns.

Und uns Frauen der Österreichischen Volkspartei gestatten Sie, daß wir die Regierung auffordern, zurückzutreten. (*Beifall bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Als nächster und vorläufig letzter Redner ist zu Wort gemeldet Herr Bundesrat Dr. Schambeck. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. **Schambeck** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Hoher Bundesrat! „Was mich aber in der derzeitigen politischen Situation besonders bewegt, ist der politische Stil der Debatten. Die Vertreter der beiden großen staatstragenden Parteien sollten sich nicht durch verbale Kraftakte gegenseitig emotionell so eskalieren, daß einmal eine Situation eintritt, in der man miteinander nicht einmal mehr reden kann.“ Das erklärte in dankenswerter Weise der Vorsitzende des Bundesrates Dr. Franz Skotton am 7. Juli 1977.

Meine Damen und Herren! Der Herr Vorsitzende hat gesagt, der letzte Redner meldet sich nun zu Wort, und er hat mir das Wort erteilt. Ich habe mich zwar früher gemeldet gehabt nach der Äußerung des Kollegen Tirnthal, aber nach seiner Auslegung bin ich jetzt zum Wort gekommen.

Vorsitzender (*den Redner unterbrechend*): Nach § 41 der Geschäftsordnung, Herr Kollege!

Bundesrat Dr. **Schambeck** (*fortsetzend*): Wobei ich das nicht kritisieren, sondern nur feststellen möchte, man kann auch anderer Meinung sein.

Ich akzeptiere die Meinung des Vorsitzenden, möchte aber dazu sagen... (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Sie müssen die Geschäftsordnung kennen!*) Nein, bitte ich spreche jetzt zu dieser Äußerung des Kollegen Skotton und möchte sagen:

Ich möchte es nicht, Hoher Bundesrat, in Abrede stellen, daß sich über die Grenzen der Fraktionen hinaus in den letzten Tagen, heute selbst Redner beider Fraktionen, der ÖVP und der SPÖ, vorgenommen haben, beim Betreten dieses Saales diesen Worten des Kollegen Skotton zu entsprechen, eine sachliche Konfrontation vorzunehmen, ohne persönliche Attackierung vorzunehmen, ohne Pauschalbeleidigungen vorzunehmen, ohne ideologisch und weltanschaulich nicht zu entschuldigende und zu rechtfertigende Vergleiche.

Wir haben es daher sehr bedauert, meine Damen und Herren, daß der Kollege Tirnthal, auch zum Unterschied von anderen Rednern der SPÖ-Fraktion vor ihm, jenes Maß an Heftigkeit, die sich bei jeder parlamentarischen Debatte ergibt, weil sich ja jeder bemüht, aus seiner Überzeugung heraus zu sprechen, nach unserer Meinung übertreten hat. (*Bundesrat Tirnthal: Das ist Ihre Meinung!*) Nach unserer Meinung.

Dr. Schambeck

Und wir haben das Recht in diesem Haus, dieser Meinung Ausdruck zu geben, und auch der letzte Redner dieser Debatte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Tirnthal! Wir waren der Meinung, daß nach den Beschlüssen, die erwähnt wurden, der Arbeiterkammer von Vorarlberg und nach anderen ähnlichen Beschlüssen der Vergleich von ÖVP- und ÖAAB-Repräsentanten mit der Kommunistischen Partei beendet ist, und wir haben auch bemerkt, daß vor Ihrer Wortmeldung andere Kollegen aus der SPÖ-Fraktion derartige Vergleiche nicht angestellt haben, die Sie angestellt haben, als Sie sagten:

„Die ständige Panikmacherei in der Volkspartei ist zum System geworden und erinnert sehr deutlich an die Agitation der Kommunisten in den fünfziger und sechziger Jahren. Dies, meine Damen und Herren, ist kein Wunder, wenn man, wie ich, als jahrzehntelanger Belegschaftsvertreter mitgemacht hat, wie Ende der sechziger Jahre ein wesentlicher Teil der damaligen kommunistischen Wähler mit fliegenden Fahnen in das ÖAAB-Lager übergegangen und hinübergewechselt ist. Ich weiß schon, Sie verlassen, meine Damen und Herren von der Volkspartei, den Saal, weil Sie ein schlechtes Gewissen haben.“

Hoher Bundesrat! Wir von der ÖVP-Fraktion haben diesen Saal verlassen, weil wir nicht durch unsere Anwesenheit dieser politischen Taktlosigkeit unsere Zustimmung geben wollten und das die einzige Möglichkeit war, das zurückzuweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Keiner von der ÖVP-Fraktion würde es bei dem Wissen um die große Geschichte der sogenannten Zweiten Republik, die getragen war von der Zusammenarbeit beider Großparteien, wagen, hier bei dieser Gelegenheit der Sozialistischen Partei Österreichs ihr demokratisches Bewußtsein abzusprechen. Das wollen weder wir noch auch ich.

Und ich möchte auch Ihnen sagen, Herr Kollege Tirnthal: Vergessen wir nicht auch in dieser Stunde harter Konfrontation, daß es harte Situationen in der Geschichte der Republik Österreich gegeben hat, wo auch christliche Demokraten, Arbeiter und Angestellte der Fraktion Christlicher Gewerkschafter neben solchen der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion gestanden sind, daß es der Niederösterreichische Bauernbund war, der mit seinen Mannen aus allen Teilen Niederösterreichs auch nach Wien gezogen ist, unter Leopold Figl und Eduard Hartmann, um hier Position zu beziehen.

Und wenn der Herr Präsident Hesoun darauf hingewiesen hat: Wir sind die Baumeister der

Zweiten Republik!, so sage ich Ihnen, Kollege Hesoun: Auch ich nenne in ÖVP-Veranstaltungen die Sozialpartnerschaft eine große Leistung, und auch ich nenne dabei den Namen Johann Böhm. Ich möchte aber genauso in dem selben Atemzug den Namen Julius Raab nennen, meine Damen und Herren *(Beifall bei der ÖVP)*, und möchte sagen: Wir wären bloße Epigonen und keine echten Nachfolger, würden wir in dieser Stunde nicht auch den Teil der österreichischen Geschichte, für den wir verantwortlich mitzeichnen und den wir fortgesetzt wissen wollen, einfach zur Disposition stellen, Hohes Haus.

Und daher meine ich - und damit komme ich schon zum Schluß -: Wir sollten uns bemühen - man lernt ja gegenseitig aus jeder parlamentarischen Debatte, und die österreichische Öffentlichkeit ist gerade in dieser schwierigen Budget- und Finanzlage, die niemand geeignet hat, wahrlich nicht an verbalen Kraftakten interessiert ist, sondern an einer echten sachlichen Konfrontation -, daß auch wir Jungen aus der Geschichte lernen und uns nicht als Feinde betrachten, sondern bei aller parlamentarischen Auseinandersetzung vielmehr insofern als Gegner, als wir Mitbürger im gemeinsamen Vaterland sind, die eine gegenteilige Meinung vertreten. Denn Österreichs Verfassung beginnt mit den Worten: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

Auch die Opposition, auch eine Minderheit in diesem Staat nach einem Wahlgang hat mit die Verantwortung für das Gemeinwohl, das uns ungeteilt aufgetragen ist. Und wenn wir das nicht gemeinsam erkennen, dann müßte einmal ein Österreicher und die Geschichtsschreibung es empfinden: Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht war am Volke ausgegangen. - Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet ist noch Herr Bundesrat Schipani. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Schipani (SPÖ): Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Nach diesen sehr ernstesten Worten des Herrn Dr. Schambeck, wo er in feierlichem Pathos erklärt hat, die Österreichische Volkspartei habe uns niemals das Demokratieverständnis abgesprochen, so darf ich denn doch, weil Sie gar so auf eine einzige Äußerung eingesprungen sind, in Erinnerung rufen, daß Sie uns 25 Jahre lang das Gespenst der Roten Katze nachgejagt haben.

Es sind heute noch Zeugen dafür aufzubringen, daß beispielsweise im Wahlkampf 1969 im niederösterreichischen Grenzgebiet die Bauern mit dem Slogan „Wenn die Roten an die Regierung kommen, werdet Ihr volksdemokratischer Bereich!“ und „Wenn die Roten an die

12386

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Schipani

Regierung kommen, wird die letzte Kuh aus dem Stall getrieben!" eingeschüchtert wurden.

Wenn Sie heute hier die Feststellung treffen, daß wir Sie etwa mit Kommunisten vergleichen, dann darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß nicht wir es gewesen sind, sondern Ihr eigener Parteiohmann, der Obmann des niederösterreichischen ÖAAB, der 1966 in einem Interview mit der Wiener „Wochenpresse“ erklärt hat: Es ist zum Weinen, wir sind von Kommunisten unterwandert!

Und wer sich die heutige Debatte, die an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig gelassen hat – und ich habe in diesem Zusammenhang auf die Schreibweise auch Ihres Initiativantrages verwiesen –, angehört hat, der kommt auf die Idee, daß die Zahl der seinerzeitigen Unterwanderer nicht kleiner, sondern größer geworden ist.

Ich darf Ihnen namens unserer Fraktion sagen, daß hinter der Aussage des Herrn Kollegen Tirthal nicht er selbst, sondern die ganze Fraktion steht. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender: Als nächster ist hier noch zu Wort gemeldet worden Herr Bundesrat Windsteig. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat **Windsteig** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Staatssekretär! Verehrte Damen und Herren! Herr Professor Schambeck, Sie haben in sehr eindrucksvollen Worten hier gesprochen, und ich darf mich hier einigen Ihrer Äußerungen vollinhaltlich anschließen.

Ich möchte aber erwarten, daß diese Ihre Worte an beide Fraktionen gerichtet sind. Wir finden wohl auch in Ihrer Fraktion genug Leute, die sich – wie man bei uns sagt – bei der Nase nehmen müßten und sich vielleicht doch früher oder später einmal besinnen auf die Würde des Hauses, auf die Würde des Abgeordneten selbst und vielleicht auf ihre eigene Würde.

Wenn der Kollege Lichal hier mehr oder weniger mit billigen Gags gearbeitet hat, die in Gelächter und Gejohle ausgegangen sind, ohne hier den nötigen Ernst für die Situation und für die Sachlage zeigen, dann ist das vielleicht eine der Adressen, an die Sie sich auch gewendet haben.

Ich möchte zu dem, was Kollege Lichal gleich eingangs erwähnt hat, vielleicht doch etwas sagen. Er hat ja gestern in der ÖGB-Sitzung ganz anders gesprochen. Hier in den „Salzburger Nachrichten“ heißt es:

„In der einstimmig, also auch von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter ... verabschiedeten Resolution heißt es, das von der SPÖ im Nationalrat beschlossene Maßnahmenpaket zur

Verringerung von Budget- und Zahlungsbilanzdefizit, ermögliche auch bei einem geringeren Wirtschaftswachstum die Sicherung der Vollbeschäftigung“. Wörtlich wird festgestellt: „Dies bringt wohl eine Belastung für die Bevölkerung, doch konnte diese in tragbaren Grenzen gehalten werden.“

Hier in dem Papier des ÖGB sind nun diese Punkte tatsächlich vollinhaltlich zu lesen. Der ÖGB hält rechtzeitige Maßnahmen gegen die Konjunkturabschwächung für unbedingt notwendig, das vom Nationalrat beschlossene umfangreiche Maßnahmenpaket zur Verringerung des Zahlungsbilanz- und des Budgetdefizites solle auch bei einem geringeren Wirtschaftswachstum die Sicherung der Vollbeschäftigung ermöglichen. Dies bringe wohl eine Belastung für die Bevölkerung, doch konnte diese in tragbaren Grenzen gehalten werden. Der Bundesvorstand erwartet auch größte Sparsamkeit der öffentlichen Hand. Das wurde – zimal erklärt.

Dann geht es um die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, die Sicherung der Energieversorgung, die Hartwährungspolitik und die Preisstabilität und zuletzt auch um die Frage der Lohnsteueranpassung und hier wörtlich:

„Der Bundesvorstand bestätigt den Vorschlag der ÖGB-Lohnsteuerkommission, eine Lohnsteueranpassung am 1. Jänner 1979 unter der Voraussetzung durchzuführen, daß die wesentlichen wirtschaftspolitischen Ziele erfüllt werden können, nämlich, daß die Vollbeschäftigung 1979 erhalten und ein entsprechendes wirtschaftliches Wachstum erwartet werden kann und auch die öffentlichen Haushalte in der Lage sind, ihre Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen.“

Nicht mehr wurde gesagt, als daß gestern die Kollegen der Fraktion Christlicher Gewerkschafter im ÖGB-Bundesvorstand diesem Papier, dieser Aussendung des ÖGB zugestimmt haben, und heute werden sie also hier dagegenstimmen.

Eine österreichische Tageszeitung, mit der ich mich absolut nicht identifiziere, hat diese Haltung als reine Demagogie bezeichnet.

Warum kommt der ÖGB-Bundesvorstand zu dieser Ansicht? Warum wurde denn das ganze Maßnahmenpaket erforderlich?

Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung hat die Bundesregierung eine Politik der Vollbeschäftigung verfolgt, und nur dadurch war es vor allen Dingen im Jahre 1975 erforderlich gewesen, verstärkt Bundesmittel einzusetzen. Und dadurch kam es zu diesem Budgetdefizit.

Das Zahlungsbilanzdefizit liegt ja nun wieder auf einer ganz anderen Ebene. Wir importieren

Windsteig

eben viel zu viel Waren aus dem Ausland und exportieren wesentlich weniger.

Wir befinden uns aber - und das ist Tatsache und festgestellt, und an den Tatsachen sollten wir nicht vorbeigehen - als Österreicher auf der Überholspur. Wir haben heute einen wesentlich höheren Lebensstandard aller Bevölkerungsgruppen in unserem Lande, als dies noch 1970 der Fall gewesen ist. Ich möchte hier wirklich nicht mehr allzulange sprechen. Aber dem muß doch Rechnung getragen werden.

Nun ist diese Situation für uns eingetreten. Die Maßnahmen sind vorbereitet, sie wurden im Nationalrat beschlossen, der ÖGB-Bundesvorstand hat sich dazu bekannt.

Jetzt bitte ein Wort zu dem, was der Kollege Pisec gesagt hat, dem ich mich vollinhaltlich anschließe, als er nämlich sagte: Gemeinsam die Schwierigkeiten beseitigen und lösen.

Ich erinnere mich sehr wohl an unsere China-Reise, und alle, die mit waren, werden es bestätigen, daß viele von uns, als wir uns wieder auf österreichischem Boden befunden haben, sagten: Es war recht schön, wir haben sehr viel gesehen, aber wir sind froh, daß wir wieder in Österreich sind, und wir sind froh, in Österreich leben zu dürfen, und wir sollten auch alles daransetzen, uns dieses Leben in Österreich so zu erhalten.

Was wird denn nun auf Grund dieses Maßnahmenpakets geschehen? Es wird ja niemandem etwas weggenommen im eigentlichen Sinn dieses Wortes. Es wird das Wachsen des Lebensstandards verlangsamt werden, und man soll hier nicht in Demagogie verfallen und immer wieder etwas anderes dazu behaupten wollen.

Vielleicht erinnern wir uns gerade in dieser Situation unseres Landes: Nicht durch schlechte Regierungspolitik sind wir hineinmanövriert worden, sondern durch Überwindung der Weltwirtschaftskrise, die sich im Ausland ganz deutlich abgezeichnet hat.

Wir wissen: 17 Millionen Arbeitslose in der Welt, 15 Millionen Arbeitslose noch immer in den westlichen Ländern, wir wissen um die Schwierigkeiten der Währungsproblematik in der gesamten Welt und so weiter.

Da, glaube ich, wäre auch für uns alle in Österreich ein Wort des seinerzeitigen Präsidenten von Amerika Kennedy in abgewandeltem Sinne anzuwenden. Vielleicht sollten wir uns auf das besinnen, was auch für uns gelten sollte. *(Bundesrat Bürkle: Das hätten Sie früher auch*

sagen sollen! Wir kennen es schon!) Es ist nicht die Frage, was wir vom Staat noch holen können, sondern es wird in unserer Situation die Frage sein: Was kann ich - und damit meine ich alle - für dieses unser Land weiterhin noch tun? *(Beifall bei der SPÖ. - Bundesrat Bürkle: Das sagen Sie jetzt, wo Sie uns in dieses Elend hineinmanövriert haben!)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die Frage, ob noch jemand das Wort wünscht. - Das ist nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen. Wird von der Frau Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? - Dies ist ebenfalls nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Bei der getrennt durchgeführten Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen die vier Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung über den von den Bundesräten Dr. Schambeck und Genossen zum vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates eingebrachten Entschließungsantrag.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, um ein Handzeichen. - Es ist dies Stimmenmehrheit. Der Entschließungsantrag ist somit angenommen.

10. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend eine Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation und Anwendung einer Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation auf die Beziehungen mit Finnland (1725 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 10. Punkt der Tagesordnung: Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation und Anwendung einer Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation auf die Beziehungen mit Finnland.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Dr. Schwaiger. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. Schwaiger: Durch die vorliegenden Ratsbeschlüsse soll nun dem EFTA-Rat und dem FINEFTA-Rat die Befugnis eingeräumt werden, Portugal über dessen

12388

Bundesrat - 368. Sitzung - 10. November 1977

Dr. Schwaiger

Antrag zur Erhebung von Einfuhrzöllen für bestimmte Waren zu ermächtigen. Die Liste dieser Waren soll vom Rat unter Festsetzung des höchsten Wertzollsatzes für jede einzelne Ware erstellt werden. Ferner soll der Rat den Zeitplan für die Senkung und für die vor dem 1. Jänner 1985 durchzuführende Beseitigung jedes einer derartigen Ermächtigung unterliegenden Zolles beschließen. Die gegenständlichen Ratsbeschlüsse bedürfen zu ihrem Inkrafttreten gemäß Art. 44 des EFTA-Übereinkommens der Annahme durch die einzelnen EFTA- bzw. FINEFTA-Mitgliedsstaaten.

Der Außenpolitische Ausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Außenpolitische Ausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 betreffend eine Abänderung des Anhangs G des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation und Anwendung der Europäischen Freihandelsassoziation auf die Beziehungen mit Finnland wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Angelobung

Vorsitzender: Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, nehme ich die Angelobung des am Beginn der Sitzung aus gesundheitlichen Gründen abwesenden burgenländischen Bundesrates Josef Medl vor. Die Angelobung ist mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung der Gelöbnisformel.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Schriftführerin Leopoldine Pohl leistet Bundesrat Medl seine Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“.

Ich begrüße den neubestellten Bundesrat Medl in unserer Mitte. *(Allgemeiner Beifall.)*

11. Punkt: Ausschüßergänzungswahlen

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 11. Punkt der Tagesordnung: Ausschüßergänzungswahlen.

Diese Wahlen sind infolge des Ausscheidens eines Steiermärkischen Mitgliedes des Bundesrates und der Neuwahl der Burgenländischen Bundesräte notwendig geworden.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, die Bundesräte Anton Berger, Josef Medl und Reinhold Polster in jene Ausschüsse als Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder zu wählen, denen sie schon bisher angehört haben. Bundesrat Waltraud Klasnic soll an die Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes des Bundesrates Edda Egger treten, und zwar mit der Maßgabe, daß sie im Außenpolitischen Ausschuß, Finanzausschuß und Rechtsausschuß zum Ersatzmitglied gewählt wird. Die bisherigen Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse, Bundesrat Dkfm. Robert Löffler und Bundesrat Rosa Gföller sollen zu Ausschüßmitgliedern gewählt werden.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich über die Wahlvorschläge unter einem und durch Handzeichen abstimmen lassen. - Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die den Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. - Die Wahlvorschläge sind somit einstimmig angenommen.

Ein Verzeichnis der neu-beziehungsweise wiederbesetzten Ausschüßmandate wird dem Stenographischen Protokoll der heutigen Sitzung angeschlossen werden.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Mittwoch, der 7. Dezember 1977, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschüßvorberatungen sind für Montag, den 5. Dezember 1977, ab 16 Uhr vorgesehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 35 Minuten

Besetzung von Ausschuffmandaten auf Grund der vom Bundesrat in seiner (368.) Sitzung vom 10. November 1977 durchgeführten Ausschuffergänzungswahlen

Außenpolitischer Ausschuff

Mitglied: Dkfm. Robert Löffler (an Stelle Edda Egger)

Ersatzmitglied: Waltraud Klasnic (an Stelle Dkfm. Robert Löffler), Reinhold Polster (so wie bisher)

Finanzausschuff

Mitglied: Rosa Gföller (an Stelle Edda Egger), Reinhold Polster (so wie bisher)

Ersatzmitglied: Anton Berger (so wie bisher), Waltraud Klasnic (an Stelle Rosa Gföller)

Geschäftsordnungsausschuff

Ersatzmitglied: Anton Berger (so wie bisher), Josef Medl (so wie bisher)

Rechtsausschuff

Mitglied: Rosa Gföller (an Stelle Edda Egger)

Ersatzmitglied: Waltraud Klasnic (an Stelle Rosa Gföller), Josef Medl (so wie bisher)

Sozialausschuff

Ersatzmitglied: Anton Berger (so wie bisher)

Unterrichtsausschuff

Mitglied: Waltraud Klasnic (an Stelle Edda Egger), Josef Medl (so wie bisher), Reinhold Polster (so wie bisher)

Unvereinbarkeitsausschuff

Ersatzmitglied: Waltraud Klasnic (an Stelle Edda Egger)

Wirtschaftsausschuff

Mitglied: Anton Berger (so wie bisher)

Ersatzmitglied: Josef Medl (so wie bisher), Reinhold Polster (so wie bisher)

Ständiger gemeinsamer Ausschuff im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948

Mitglied: Anton Berger (so wie bisher)

Ersatzmitglied: Reinhold Polster (so wie bisher)